Rüdiger Lison

VERÄNDERUNGSBEDINGUNGEN GEWERKSCHAFTLICHER STRATEGIEBILDUNG

Die Systembedingtheit des Wandels von Strategie am Beispiel der deutschen Gewerkschaftsbewegung

1977

1978

Soziologie

Veränderungsbedingungen gewerkschaftlicher Strategiebildung

- Die Systembedingtheit des Wandels von Strategie am Beispiel der deutschen Gewerkschaftsbewegung -

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der
Philosophischen Fakultät
der
Westfälischen Wilhelms-Universität
zu
Münster (Westf.)

vorgelegt von

Rüdiger Lison
aus Schönebeck/Elbe
1976

Tag der mündlichen Prüfung: 11.2.1977

Dekan: Prof. Dr Budde

Referent: Prof. Dr. Krysmanski

Koreferent: Prof. Dr. Deppe (Marburg)

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Inhalt

1.	Die Entstehung von Gewerkschaft und Strategie aus dem kapitalistischen Klassenwiderspruch	1
1.1	Die sozio-ökonomischen Entstehungsbedingungen	1
1.1.1	Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung	1
1.1.2	Der utopische Sozialismus und Kommunismus	4
1.1.3	Die proletarischen Handwerksgesellen und die Geheimbünde	6
1.1.4	Weitere Einflußfaktoren bei der Entstehung der deutschen Arbeiterbewegung	10
1.1.5	Der Bund der Kommunisten und das Manifest der kommunistischen Partei	16
1.1.6	Die deutsche Arbeiterklasse in der Revolution von 1848/49	23
1.1.7	Die Restaurierung konservativer und feudaler Strukturen	37
1.1.8	Die Lehren aus der Revolution	42
1.1.9	Die Anfänge der revolutionären Sozialdemokratie	55
2.	Die programmatisch/theoretischen Konzepte und ihr strategischer Gehalt	65
2.1	Die Gesellenbewegung	65
2.1.1	Ziele und Forderungen	65
2.1.2	Kampfmaßnahmen	70
2.1.3	Organisationsprinzipien und -formen	75
2.1.4	Zusammenfassung: Gesellenverband - Vorform der Gewerkschaften	77
2.2	Nationalisierung - Internationalisierung	83
2.2.1	Gesellschaftsbild der nationalen und internationalen Verbände	83
2.2.2	Funktionsbestimmung der Gewerkschaftsorganisation	89
2.2.3	Konkrete Zielsetzungen	92
2.2.4	Kampfmittel der Gewerkschaften - praktisch entwickelt und theoretisch eingeordnet	95
2.2.5	Zusammenfassung: Produktivkraftentwicklung - Verbreiterung der Organisation - Zunahme an Theorie	100

2.3	Organisierung - Zentralisierung	104
2.3.1	Verschiedene Stufen zur Zentralisierung	104
2.3.2	Zentralisierung und Interessendurchsetzung	110
2.3.3	Zusammenfassung: Zentralisation - Effektivierung der Organisation	111
2.4	Allgemeine Merkmale	112
3.	Strategiewandel - Produkt der Auseinandersetzung	119
3.1	Der Strategie-Gegner	119
3.1.1	Die ideologische Position der Unternehmer	122
3.1.1.1	Das Gesellschaftsbild	122
3.1.1.2	Einschätzung der eigenen gesellschaftlichen Funktion	136
3.1.1.3	Abstützung in der Industrie- und Betriebssoziologie an einigen Beispielen	143
3.1.2	Politisch-ökonomische Allianz mit dem Staat	153
3.1.2.1	Distanzierung	154
3.1.2.2	Kooperation	161
3.1.3	Organisatorische Absicherung der Kapitalstrategie	168
3.1.3.1	Strategische Zielsetzung und Mittel	169
3.1.3.2	Grundtypen der Unternehmerorganisationen	175
3.1.3.3	Organisation der Kooperation	177
3.2	Der Strategie-Einbruch	182
3.2.1	Ökonomische Bedingungen (kurzer Überblick)	182
3.2.2	Politische Bedingungen (kurzer Überblick)	190
3.2.3	Sozio-strukturelle Bedingungen (kurzer Überblick)	196
3.2.4	Gewerkschaftsspezifische Bedingungen	202
3.2.5	Ideologisch-theoretischer Wandel	211
3.2.6	Einige praktisch-politische Auswirkungen als Hauptmerkmale vollzogenen Strategie-Wandels	222

4	Zusammenfassende Verallgemeinerung und Schlußfolgerungen	231
4.1	Begriffliche Bestimmung von Strategie und -wandel	231
4.1.1	Gesamtgesellschaftliche Natur	231
4.1.2	Antagonistischer Charakter	239
4.1.3	Wissenschaftliche Struktur	247
4.1.4	Zusammenfassung: Konkretisierung	256
4.2	Praktische Konsequenzen heute (DGB)	265
4.2.1	Gesellschaftliche Grundvorstellungen	265
4.2.2	Selbstverständnis der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung	269
4.2.3	Organisationsform	272
4.2.4	Zielvorstellungen und Einzelforderungen (exemplarisch)	272
4.2.5	Mittel der Auseinandersetzung	276
4.3	Die Notwendigkeit des Bündnisses reformistischer und revolutionärer Gewerkschaften	284
4.3.1	Multinationale Konzerne - allgemeine Wesensmerkmale	284
4.3.1.1	Konzentration und Zentralisation	285
4.3.1.2	Produktions- und Gewinnverlagerung	286
4.3.1.3	Nationalstaatliche Unabhängigkeit	287
4.3.2	Konkrete strategische Maßnahmen	288
4.3.2.1	Export von Arbeit	288
4.3.2.2	Entlassungsstrategien	289
4.3.2.3	Staatliche Deckung von Monopolstrategien	290
4.3.2.4	Gewerkschaftsspaltende Versuche	290
4.3.3	Neue Aufgaben für die Gewerkschaftsstrategie	292
4.3.3.1	Veränderte und zusätzliche Zielsetzungen (exemplarisch)	292
4.3.2.2	Strategische Maßnahmen auf internationaler Ebene	294
4.3.3.3	Schritte zur gewerkschaftlichen Einheit	296
	Literaturverzeichnis	299

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41547208_0037

1 Die Entstehung von Gewerkschaft und Strategie aus dem kapitalistischen Klassenwiderspruch

1.1 Die sozio-ökonomischen Entstehungsbedingungen[1)]

1.1.1 Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung

Den Beginn der deutschen Arbeiterbewegung kann man mit dem Zeitraum 1830 - 1840 ansetzen. In dieser Zeit gab es die ersten bedeutenden Auseinandersetzungen zwischen dem sich als Proletariat konstituierenden Teil der entstehenden kapitalistischen Gesellschaft und der Klasse des Kapitals, der Bourgeoisie oder dem Bürgertum. Entsprechend dem Entwicklungsstand der neuen Gesellschaftsformation war der Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und dem Bürgertum jedoch noch nicht voll ausgebildet, sondern überlagert vom Hauptwiderspruch zwischen der herrschenden Klasse des zu Ende gehenden Feudalismus - der Aristokratie - und der zur Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse drängenden Klasse des Bürgertums. Diese konzentrierte in ihren Händen das Kapital und mußte deshalb um die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise durch Erringung der politischen Herrschaft bemüht sein. Die Einführung des Kapitals in die Produktion, der Austausch von Waren zum Zwecke der Profitgewinnung veränderte die bisherige Wirtschaftsstruktur maßgeblich. Die Überlegenheit der kapitalistischen Produktivkräfte ließ die

---

[1)] Dieser Abschnitt ist im September 1976 unter dem Titel "Die Entstehung der deutschen Arbeiterbewegung - Der Organisationsprozeß der Klasse 'an sich' zur Klasse 'für sich'" in Köln erschienen. Da er als Teil der Dissertation konzipiert war und für unser Arbeitsziel unverzichtbar ist, übernehmen wir ihn mit kleineren Änderungen an dieser Stelle.

feudalen Aneignungsmechanismen, ihre Zunftgebundenheit und nationale Zersplitterung zum Hemmschuh für die den kapitalistischen Produktivkräften immanenten Entwicklungsmöglichkeiten werden. Auf ökonomischem Gebiet setzte sich die Produktion von Waren - von Gütern also, die nicht nur dem Gebrauch dienen sollten, sondern ebenso dem Austausch - immer mehr durch.

Die Industrielle Revolution bewirkte die Entstehung der Industrie, die dem Manufaktursystem und schon gar den noch bestehenden Resten der Zunftgewerbe an Produktivität bei weitem überlegen war. Die Einführung der Werkzeugmaschine und einer neuen Antriebskraft, der Dampfmaschine, in den Produktionsprozeß, führte zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die Industrie wurde zunehmend zum führenden Sektor im Wirtschaftsleben. Mit dem Anwachsen der Industrie wuchs die Macht und Stärke des Bürgertums, mit dem Anwachsen von Fabriken mußte auch die Zahl der Produzenten der Waren anwachsen. Dabei handelt es sich anfangs um die aus den Zunftgewerben entlassenen Handwerksgesellen und die Bauern, die von ihrem Grund und Boden vertrieben worden waren. "In demselben Maße, worin sich die Bourgeoisie, d. h. das Kapital, entwickelt, in demselben Maße entwickelt sich das Proletariat, die Klasse der modernen Arbeiter, die nur so lange leben als sie Arbeit finden, und die nur solange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt ... Die moderne Industrie hat die kleine Werkstube des patriachalischen Meisters in die große Fabrik des industriellen Kapitalisten verwandelt. Arbeitermassen, in der Fabrik zusammengedrängt, werden solidarisch organisiert."[1)]

[1)] Marx/Engels, Das Manifest der Kommunistischen Partei, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke (im folgenden: MEW), Bd. 4, S. 468 f.

Entsprechend dem Stand der industriellen Entwicklung war der Anteil der modernen Industriearbeiter anfangs sehr gering. Mit dem Bau der ersten Eisenbahnen und deren zunehmender Vervollkommnung wurden große Teile der verstreuten Arbeiterklasse konzentriert. Tagelöhner und enteignete Bauern wurden zu Fabrikarbeitern, dem späteren Kern des Proletariats. Die Entwicklung des Kapitalismus vollzog sich auch in Deutschland nicht gleichmäßig. Entsprechend sah die Zusammensetzung der Arbeiterklasse aus. Zu Beginn der Arbeiterbewegung gab es in Deutschland 250 000 Arbeiter, die in der Industrie, 75 000, die in Bergwerken und 125 000, die im zunftfreien Handwerk arbeiteten. Bis 1848 stieg diese Zahl der Lohnarbeiter auf eine Million, das waren damals 10 % der Gesamtbevölkerung.[1] "Eine größere Rolle spielten dagegen die Handwerks-

---

[1] J.Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Berlin 1961, Bd. 1, S. 222ff (im folgenden Lage der Arbeiter). Nach Berufsschichten differenziert ergibt sich folgendes Bild zu Beginn der Arbeiterbewegung:

	1822	1846
Berg- und Salinenarbeiter	0,6	1,1
Fabrikarbeiter	2,5	4,2
Gewerbehilfen und Lehrlinge	8,8	11,6
Gewerblich-industrielle Berufe	11,9	16,9
Gesinde (zu 85 % in der Landwirtschaft)	12,6	11,4
Tagelöhner und Handarbeiter (etwa zur Hälfte in der Landwirtschaft, dabei Eisenbahn- und Straßenarbeiter, weit überwiegend ländliche Unterschicht)	16,5	17,2
Vorwiegend ländliche Unterschicht in Landwirtschaft und ungelernter Tagelohnarbeit	29,1	28,6
Summe der "Arbeiter"	41,0	45,5

in: ebenda.

gesellen, die mit der Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaft immer mehr in ein kapitalistisches Lohn- und Abhängigkeitsverhältnis gerieten und sich in ihrer sozialen Stellung den Industriearbeitern näherten ... Die zahlenmäßig stärkste Gruppe stellten die von Händlern und Verlegern kapitalistisch ausgebeuteten Handwerksmeister und ländlichen Hausgewerbetreibenden. Die hausindustriellen Manufakturarbeiter, die Weber, Spinner, Färber und die Arbeiter des Kleineisengewerbes, unterlagen einer ungeheuren kapitalistischen Ausbeutung. Meist waren sie noch im Besitz eines Stück Landes und teilweise auch handwerklicher Produktionsmittel wie des Webstuhles."[1)]

In England und Frankreich war die Entwicklung der Industrie im Vergleich zu Deutschland schon sehr weit fortgeschritten.[2)] Folglich besaß das dortige Proletariat eine Anzahl klassenmäßiger Erfahrungen, die es in Form von Aktionen und Theorien einzusetzen bestrebt war. Die aus ihnen abgeleiteten Ideen waren zwar noch größtenteils utopischer Natur, hatten jedoch für die Verselbständigungsbestrebungen des internationalen und des deutschen Proletariats eine wichtige Aufbaufunktion. Ein Teil davon ist zur Quelle des Marxismus geworden.

1.1.2 Der utopische Sozialismus und Kommunismus

Die utopischen Theorien, in denen voluntaristische und

[1)] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 1, S. 23 (im folgenden Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung); Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 1, S. 227.

[2)] Vgl. S. 25 f, 101 dieser Arbeit.

karitative Vorstellungen über gesellschaftliche Veränderungen zum Ausdruck kamen, widerspiegelten die Widersprüche des entstehenden Kapitalismus, besonders des Elends, in dem die sich bildende Arbeiterklasse lebte. Die Theorien Claude-Henri de Saint-Simons und Charles Fouriers in Frankreich und Robert Owens in England erkannten die Herrschaftssituation des Kapitalismus und versuchten Wege für eine gerechtere Gesellschaftsformation anzugeben. Dabei war jedoch die Erkenntnis des Klassenkampfes als gesellschaftliches Gesetz und somit Mittel zur Befreiung der Unterdrückten erklärlicherweise noch nicht stark ausgeprägt. Die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsformation hatte die Widersprüche noch nicht voll ausreifen lassen. Die Theorien der Utopisten konnten deshalb auf nur gering anzusetzende klassenmäßige Erfahrungswerte zurückgreifen. "Das sich aus .. besitzlosen Massen eben erst als Stamm einer neuen Klasse absondernde Proletariat, noch ganz unfähig zu selbständiger politischer Aktion, stellte sich dar als unterdrückter leidender Stand, dem seine Unfähigkeit, sich selbst zu helfen, höchstens von außen her, von oben herab Hülfe zu bringen war."[1] Die wissenschaftliche Verallgemeinerung dieser Erfahrungen zu einer Theorie, die als Strategie der Beherrschten dienen konnte, war deshalb nur in Anfängen möglich, die noch stark sozial-romantische Züge trugen.

Entsprechend war ihre praktische Politik noch nicht klassenbezogen, harmonistisch und an karitativen Idealen

---

[1] Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), MEW Bd. 20, S. 240.

orientiert. Die Utopisten hielten den friedlichen, auf bloße Vereinbarungen beruhenden Übergang in eine Gesellschaft für möglich, in der alle gleich sind. Grundgedanke ist die Umerziehung aller einander bekämpfender Schichten und Individuen nach den Prinzipien der Vernunft. Dieser Gedanke geht von der Herrschaftssituation als einer durch Einsicht und Moral vermittelten und somit auch dadurch veränderbaren Zufallskonstellation aus, wenn auch S a i n t - S i m o n bereits keimhaft den gesetzmäßigen Charakter dieser Entwicklung erkannte. Dabei ist bei S a i n t - S i m o n und O w e n die Abschaffung des Privateigentums Voraussetzung, während F o u r i e r s die Gleichverteilung des geschaffenen Reichtums für ausreichend hält. In der Konstruktion eines utopischen Gesellschaftszustandes tauchten bei allen Unzulänglichkeiten jedoch schon revolutionäre Ideen auf, die von der deutschen Arbeiterbewegung aufgegriffen wurden.

1.1.3 Die proletarischen Handwerksgesellen und die Geheimbünde

Eine Anzahl von sozialistischen Gedanken war über wandernde Handwerksgesellen nach Deutschland gelangt. Diese Handwerksgesellen hatten durch ihr Wanderleben, das sie teils aus Gründen der beruflichen Qualifikation auf sich nehmen mußten, das teils aber auch eine Flucht vor der politischen Verfolgungswelle 1833/34 in ihrer Heimat war, Kontakt aufgenommen zu Organisationen und Theorien in den wirtschaftlichen entwickelteren Ländern Frankreichs, Englands und der Schweiz. Konzentrationspunkt der fortschrittlichen Vertreter der deutschen Arbeiterklasse wurde Paris.[1)] Dort hatten sich kleinbürgerliche Demo-

---

[1)] Vgl. auch W.Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbe-

kraten in politischen Geheimbünden zusammengeschlossen.

Bereits hier wurde deutlich, daß die deutsche Arbeiterbewegung nur ein Teil der internationalen Organisation der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder war. So war auch die Struktur dieser Vereinigung zunächst international. Die Führung der sektiererisch-konspirativen Bünde wurde anfangs von kleinbürgerlichen Intellektuellen wahrgenommen. Die wichtigste dieser Organisationen war der "Bund der Geächteten", der im Jahre 1834 gegründet worden war. Er war autoritärhierarchisch aufgebaut und hatte aufgrund seiner Verschwörertaktik nur wenige Mitglieder, die über Kuriere und einzelne Zweigstellen in Deutschland politisch zu wirken versuchten.

Mit dem Aufkommen utopisch-sozialistischer Ideen wuchs der Einfluß des proletarischen Elements. In den Jahren 1836 - 1838 trennten sich proletarische Handwerksgesellen von den kleinbürgerlichen Intellektuellen und gründeten den "Bund der Gerechten". Man kann ihn als die erste Organisation der deutschen und internationalen Arbeiterklasse bezeichnen. Seine Gründung stellte einen Schritt auf dem Weg zur Verselbständigung der deutschen Arbeiterklasse vom Einfluß des Bürgertums dar. Zwar war auch dieser Verband eine geheime Organisation, ihr Aufbau und ihre Gliederung vollzog sich jedoch nach demokratischen Regeln. Nach einem mißglückten Putschversuch französischer Arbeiterkommunisten unter B l a n q u i , in den die "Gerechten" verwickelt wurden, wandte sich der Bund mehr der Propaganda zu. Seine Zweigstellen (Bundesgemeinden) waren über Frankreich, Deutschland,

---

wegung (Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830), Stuttgart 1963.

England und die Schweiz verteilt. Die Bundeszentrale befand sich in Paris.

Das Programm des Bundes verfaßte dann der Schneidergeselle Wilhelm W e i t l i n g . Er hatte nach der Erstarkung des Bundes maßgeblichen ideologischen und politischen Einfluß auf die Bundesmitglieder gewonnen. Seine Schrift "Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte" ist die grundlegende Schrift des deutschen utopischen Arbeiterkommunismus und die erste selbständige Grundsatzerklärung der deutschen Arbeiterbewegung. In W e i t l i n g s Vorstellungen trat bereits der Gedanke einer revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft mit dem Ziel der Abschaffung der Herrschaft des Menschen über den Menschen auf. Das Endziel war für ihn eine kommunistische Gütergemeinschaft. Er schlußfolgerte jedoch die Umwandlung in ein neues gesellschaftliches System nicht aus der Einsicht in die bestimmenden gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten, die eine Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaftsformation von einem bestimmen Entwicklungsstand der Widersprüche zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen abhängig machte. Sein Gesellschaftsmodell kam deshalb nicht zu der Prognose, daß die Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise durch die Überwindung der zurückgebliebenen feudalen bedingt wurde, d. h. mit einer bürgerlichen Revolution verbunden war, aus der das Proletariat als Klasse stabilisiert und vorerst nur mit bürgerlich-demokratischen Rechten versehen hervorgehen konnte. Für W e i t l i n g war die Arbeiterklasse noch nicht die in der historischen Perspektive bestimmende gesellschaftliche Kraft, zu der sie später in der marxistischen Analyse wurde. Für ihn war zwar die Arbeiterklasse eine unterdrückte Klasse, die auf ihre Befreiung drängte, er sah jedoch nicht,

daß diese Befreiung ein selbständig entwickeltes und von bürgerlichen Einflüssen freies Proletariat zur Voraussetzung hatte. Für W e i t l i n g stand die kommunistische Revolution bereits auf der Tagesordnung, als die bürgerliche Revolution noch nicht vollzogen und das kapitalistische Wirtschaftssystem mit seiner Industriearbeiterschaft erst in den Anfängen steckte, was sich auch auf den Konsolidierungsgrad der deutschen Arbeiterbewegung und des Klassenbewußtseins des noch stark zünftlerisch und kleinbürgerlich geprägten Proletariats auswirken mußte. Es war eine Entwicklungsphase, "in der das Proletariat noch höchst unentwickelt ist, also selbst noch phantastisch seine eigene Stellung auffaßt "[1].

M a r x und E n g e l s , die nun ihren Einfluß auf den "Bund der Gerechten" und die internationale Arbeiterbewegung geltend machten, erkannten jedoch den Hauptverdienst W e i t l i n g s , den Kommunismus in Deutschland "zum Gegenstand allgemeiner Aufmerksamkeit" gemacht zu haben, an.[2] Andererseits kritisierten sie aber die sektierischen und scheinrevolutionären Auffassungen W e i t l i n g s und maßen ihr eine gewisse Gefährlichkeit für eine erfolgreiche Politik der deutschen Arbeiterklasse zu.[3] Die Auseinandersetzung mit den

---

[1] Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, a.a.O., S. 490.

[2] Engels, Fortschritte der Sozialreform auf dem Kontinent, MEW Bd. 1, S. 492.

[3] Vgl. auch Schieder, a.a.O., S. 245 ff.

W e i t l i n g schen Theorien nahm einen breiten Raum in der Diskussion des "Bundes der Gerechten" ein. Die Mehrheit des Bundes kam zu der Erkenntnis, daß der konspirative Charakter der Organisation aufgegeben werden mußte zugunsten einer konkreten Öffentlichkeitsarbeit. Diese Erfahrung und die in der Auseinandersetzung mit den W e i t l i n g ianern gewonnenen Einsichten in den wissenschaftlichen Sozialismus von M a r x und E n g e l s schufen die Voraussetzung für die spätere Neuorganisierung des Bundes. Zunächst widmete der Bund sich in zunehmendem Maße aufklärerischer und Bildungsarbeit. Mitglieder des Bundes gründeten in London einen öffentlichen Arbeiterbildungsverein. An dessen Spitze standen Karl S c h a p p e r , Heinrich B a u e r und Joseph M o l l , die auch in der Führung des Bundes aktiv waren. In Deutschland, wo seine politischen Aktivitäten als illegal verboten waren, wirkte er im Rahmen von Arbeitervereinen, Turn-, Gesangs-, Lese- und Bildungsvereinen. Der Bund der Gerechten gewann immer mehr den Charakter einer Vorform der späteren Ersten Internationale: in London, wohin er Anfang der 40-er Jahre seinen Schwerpunkt verlagert hatte, setzten sich seine Mitglieder aus Polen, Skandinaviern, Schweizern und Ungarn zusammen.

1.1.4 Weitere Einflußfaktoren bei der Entstehung der deutschen Arbeiterbewegung

Wie die Gründung von eigenständigen Organisationen, so zeugten auch die zunehmenden politischen und sozialen Unruhen und Streiks von dem Prozeß der Klassenbildung des Proletariats. Hierbei muß man beachten, daß zwischen der Bildung von Organisationen und der praktisch-politischen Aktion des Wider-

standes eine Wechselbeziehung besteht. So entstehen die Organisationen zur Realisierung politischer, sozialer und ökonomischer Aktionen und aus den Aktionen ergeben sich Anforderungen an die Organisiertheit des Vorgehens. Ähnliches mußte das in diesen Dingen noch unerfahrene deutsche Proletariat feststellen. Nur war hier der vorhandene Organisationsgrad entsprechend dem schwach entwickelten Stand der Klassenbildung noch sehr niedrig. Die Ereignisse des Jahres 1844 in den schlesischen Weberdörfern Peterswaldau und Langenbielau wiesen auf die Notwendigkeit der Organisierung der Arbeiterklasse in einer selbständigen Partei und eigenen Gewerkschaften hin. Sie widerlegten auch die These W e i t l i n g s , daß die kommunistische Revolution kurz bevorstünde. Das entstehende Proletariat war weder organisatorisch noch vom Bewußtsein her im Stande, eine grundsätzliche Umwälzung seiner Lage herbeizuführen.

So mußte der Aufstand der Schlesischen Weber mit einer blutigen Niederlage für die deutsche Arbeiterklasse enden. Staatliche Institutionen wie Militär und Polizei, Justiz und Bürokratie erwiesen sich den um ihre bloße Existenz ringenden, mittel- und führungslosen Proletariern überlegen. Diese hatten keine Organisation, die ihnen die nötigen Kenntnisse und Sicherheit im Klassenkampf vermitteln konnte, die in einer proletarischen Theorie und Strategie und organisatorisch-finanziellem Rückhalt bestanden hätte. In Unkenntnis der wahren Ursachen ihres Elends zerschlugen die Weber die Maschinen als ihre vermeintlichen Konkurrenten und plünderten die Villen der Fabrikbesitzer. Die Arbeiter hatten noch nicht gelernt, zu unterscheiden zwischen den Erscheinungsformen eines gesellschaftlichen Tatbestandes - in diesem Fall der Ausbeutung - und seiner Ursache. So mußte ihr Streik spontanen und überwiegend

emotionalen Charakter tragen. Die gesellschaftspolitischen Einblicke, die diese Niederlage vermittelte, hatten nationale Bedeutung: Eine Kette von Streiks und Demonstrationen schlossen sich an. "Die Erfahrungen weiterer Klassenkämpfe lehrten die Arbeiterklasse, zwischen der Maschine als materieller Produktivkraft und ihrer privatkapitalistischen Anwendung zu unterscheiden und nicht die Maschine zu vernichten, sondern deren Eigentümer, die Kapitalisten zu bekämpfen ..."[1] Neben dem gesellschaftlichen Hauptwiderspruch zwischen der aufkommenden kapitalistischen Gesellschaftsformation und der Feudalordnung manifestierte sich - nunmehr deutlich sichtbar - ein neuer gesellschaftlicher Konflikt, der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit.

Untrennbar von der Entwicklung des deutschen Proletariats zu einer revolutionären Klasse ist die internationale Entwicklung des Kapitalismus und der Arbeiterklasse. Zwischen den Klassenkämpfen in den einzelnen Staaten bestehen auf Grund der internationalen Verflechtung der ökonomischen Basis und der auf ihr beruhenden Politik ursächliche Gemeinsamkeiten mit graduellen (zeitversetzten, quantitativen) Unterschieden. Die französische bürgerliche Revolution von 1830 und der Kampf der Arbeiterklasse zu ihrer Vollendung hat die Aktivität und das Bewußtsein der Arbeiter aller europäischer Länder in Gang gesetzt und verstärkt. Nach der bürgerlichen Revolution wurde klar, daß die Arbeiterklasse nur in eigenständigen Organisationen Erfolge zur Verbesserung ihrer Lage erzielen könnte. Die Lyoner Seidenweberaufstände, Vorformen des spontanen Streiks, waren selbständige Aktionen, in denen die Arbeiter sich Reformen erkämpfen wollten, die ihnen in der französischen

---

[1] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 1, S. 37.

Revolution 1830 versagt geblieben waren. Die Aufstände wurden blutig niedergeschlagen, ihre Folge war die Organisierung in Geheimbünden.

Einen Höhepunkt im Widerstandsprozeß kleinbürgerlicher und proletarischer Kräfte in Deutschland bildete das Hambacher Fest. 1832 trafen sich im Schloß Hambach/Rheinpfalz 25 000 "Vertreter der fortschrittlichen Bewegung, vor allem Handwerker und Handwerksgesellen, Bauern und Intellektuelle"[1]. Die Versammelten forderten die Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage, um die politische Zersplitterung aufzuheben, die die volle Entfaltung der Produktivkräfte und die fortschrittliche gesellschaftliche Entwicklung bisher verhindert hatte.

Die Folge der revolutionären Aktionen in Deutschland waren doppelt: Einerseits mußten die Feudalherren den ökonomischen Erfordernissen der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise Rechnung tragen und die Gründung des deutschen Zollvereins im Jahre 1834 zulassen, "der einen wichtigen Schritt zur Förderung der industriellen Revolution, zur ökonomischen Einheit Deutschlands" darstellte.[2] "Seine Gründung war gleichzeitig ... ein wesentlicher Schritt zur Schaffung eines nationalen Marktes. Durch den Zollverein wurde ein Gebiet von 425 000 Quadratkilometern mit 23 Millionen Einwohnern von Binnenzöllen befreit und durch mäßige Schutzzölle vor der ausländischen Konkurrenz gesichert."[3]

---

[1] J.Streisand, Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart - Eine marxistische Einführung, Köln 1972, S. 166.

[2] ebenda, S. 168.

[3] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 1, S. 20.

Die andere Konsequenz war das Einsetzen einer Verfolgungswelle in den Jahren 1833/34, die viele Revolutionäre in das Ausland vertrieb. Die Bildung politischer Organisationen wurde verboten, bestehende aufgelöst. So kam es zu einer historischen Situation, aus der heraus der organisierte Kampf vom Ausland her angeleitet werden mußte. Paris, London und die Schweiz wurden zu Sammelpunkten des Widerstandes. Für die bürgerliche Klasse, die sich noch im revolutionären Stadium ihrer Politik befand, wurde durch die Verbreiterung der ökonomischen Machtbasis auch der Kampf um die politische Macht stärker und abgesicherter.

Wie die deutsche Arbeiterklasse die Notwendigkeit selbständigen Handels erkannt hatte, so hatte das deutsche Bürgertum ihrerseits nun den sich mit der schrittweisen Erringung der politischen Macht herausbildenden Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital gespürt und hielt aus diesem Grunde noch an dem Bündnis mit der Feudalaristokratie fest. Die Erringung ihrer eigenen Herrschaft wurde durch diese Doppelstrategie verzögert. So kam es dann beim Aufstand der schlesischen Proletarier zu einem Zusammengehen zwischen den Besitzern der ökonomischen Positionen mit dem Feudaladel, der die Herrschaft in den staatlichen Institutionen wie Justiz, Polizei und Verwaltung ausübte.

Der Prozeß der Verselbständigung der Arbeiterklasse als Klasse "für sich" ging also in einer bestimmten Wechselseitigkeit mit der Herrschaftsetablierung des Bürgertums einher. Beide Klassen führten bereits jetzt - in ihrer Polarisierung nur noch gehemmt durch die Reste der alten Feudalherrschaft - die realen Auseinandersetzungen des aufkommenden Kapitalismus, den Kampf zwischen Besitzern an Produktionsmittel und aus-

gebeuteten Lohnarbeitern. Schon hier - am Vorabend einer bürgerlichen Revolution - durchdrang sich der Kampf für die bürgerlich-demokratische Umgestaltung unmittelbar mit dem Klassenkampf zwischen Proletariat und Bürgertum.

In dieser Situation stellte sich für die deutsche Arbeiterklasse die Frage der Strategie und proletarischen Theorie. Die theoretische Auseinandersetzung zwischen dem utopischen Arbeiterkommunismus, der hauptsächlich von W e i t l i n g getragen wurde, und dem wissenschaftlichen Sozialismus von Karl M a r x und Friedrich E n g e l s hatte sich im "Bund der Gerechten" und somit auch in vielen anderen Arbeitervereinen und -organisationen nicht zuletzt an Hand der Niederlagen in Form unorganisierter, putschistischer Streiks und Aufstände entschieden. Die Arbeiter sahen in der Praxis, daß nur organisierte und anhand wissenschaftlicher proletarischer Theorie begründete Strategie ihnen zur Macht verhelfen konnten. Die Ideen von M a r x und E n g e l s begannen ihre Praktikabilität zu beweisen und sich in der entstehenden Arbeiterbewegung durchzusetzen. Die auf ihren Prinzipien verlaufende Politik wurde vom "Bund der Kommunisten" getragen.

War bisher das Proletariat "ein Instrument in der Hand des Bürgertums" (E n g e l s), so wurde mit dem putschistischen Aufstand in Frankreich sowie mit dem Kampf des schlesischen Proletariats und den daran anschließenden Klassenkämpfen deutlich, in welche Richtung sich der gesellschaftliche Hauptwiderspruch entwickelte. Das Bürgertum war im Begriff, seine ökonomische Macht immer weiter auszubauen. Die Entwicklung hatte das feudale Wirtschaftssystem überrundet. Mit diesem Prozeß wurde aber auch das Proletariat zahlenmäßig gestärkt.

Die "Klasse an sich" war gebildet und ihre Streiks und Aufstände, ihre Organisierungs- und Verselbständigungsbestrebungen waren Ausdrucksformen eines qualitativen neuen Entwicklungsprozesses zur "Klasse für sich ".

1.1.5 Der "Bund der Kommunisten" und das Manifest der Kommunistischen Partei

Inzwischen waren M a r x und E n g e l s durch die politischen Umstände gezwungen gewesen, Deutschland zu verlassen. M a r x begab sich zunächst nach Paris ins Exil, wo seine historische Begegnung mit E n g e l s stattfand.

1846 gründeten sie in Brüssel das "Kommunistische Korrespondenzkomitee", ein wichtiges Zentrum ideologischer und politischer Arbeit. Im "Kommunistischen Korrespondenzkomitee" liefen die Fäden aller sozialistischen und kommunistischen Auffassungen des damaligen Europas zusammen und verliehen der Arbeit des Komitees internationalen Charakter. Verbindungen entstanden zum englischen Chartismus und zum belgischen und französischen Sozialismus. In Brüssel übten M a r x und E n g e l s auch in organisierter Form ihren Einfluß auf die Entwicklung des "Bundes der Gerechten" in London aus. Das Komitee spielte dadurch eine wichtige Rolle bei der Auseinandersetzung mit dem W e i t l i n g schen Arbeiterkommunismus und der Richtung der "wahren" Sozialisten. Deren Wirkungskreis war besonders unter der kleinbürgerlichen Intelligenz groß und hatte über seine Hauptvertreter (M o s e s , H e ß , Karl G r ü n , Herrmann K r i e g e) einen gewissen Einfluß auf den "Bund der Gerechten". Ähnlich

wie W e i t l i n g ging diese Gruppe in ihrer Theorie nicht von den Gesetzmäßigkeiten gesellschaftlicher Prozesse, ihrer materialistischen Grundlegung und der Dialektik der bürgerlichen und sozialistischen Revolution aus. Egoismus der Menschen und alles versöhnende Liebe waren für sie Ursache der Klassengegensätze der kapitalistischen Gesellschaft und das Mittel ihrer Beseitigung. Die Auseinandersetzung wurde vom Komitee in einem umfangreichen Briefwechsel und durch Rundschreiben (Zirkulare) geführt. In dieser Zeit des ideologischen Kampfes zwischen der wissenschaftlichen Theorie von M a r x und E n g e l s und utopischen Ansätzen innerhalb der Arbeiterklasse entstanden wesentliche Werke der marxistischen Theorie, so 1845/46 "Die deutsche Ideologie". Dieser Prozeß der Durchsetzung der Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus trat mit dem Beitritt von M a r x und E n g e l s in den "Bund der Gerechten" in ein qualitativ neues Stadium. Das "Kommunistische Korrespondenzkomitee" stellte seine Tätigkeit ein. Auf zwei Kongressen wurde nun die Reorganisierung des "Bundes der Gerechten" beraten. Als Vertreter der Theorie von M a r x und E n g e l s nahm u. a. auch Wilhelm W o l f f , ein Freund von M a r x und bedeutender schlesischer Revolutionär, an dem Treffen teil. Die Losung des Bundes "Alle Menschen sind Brüder" wurde durch die von nun an für die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung gültige Losung "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" ersetzt. Der "Bund der Gerechten" wurde umbenannt in den "Bund der Kommunisten". In den Statuten kam deutlich zum Ausdruck, daß es sich hier nicht nur um eine Namensänderung handelte, sondern um die inhaltliche qualitative Neuorientierung einer Organisation, die man als die erste Partei der Arbeiterklasse bezeichnen kann. Sie war Vorläufer der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA), der Ersten Internationale. Das Statut war nach den Prinzipien eines demokratischen Zentralis-

mus strukturiert. Die Organisation bestand aus gewählten und absetzbaren Gremien. Ziel des Bundes war "der Sturz der Bourgoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung, auf Klassengegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und die Gründung einer neuen Gesellschaft ohne Klassen und ohne Privateigentum "[1]. Auf diesem Kongress wurde auch ein von E n g e l s verfaßter Vorentwurf für ein Programm des Bundes angenommen, die "Grundsätze des Kommunismus "[2]. Auf dem 2. Kongress, im November 1847, der die Gründungsphase des Bundes abschließen sollte, wurden M a r x und E n g e l s nach langen Diskussionen beauftragt, ein Grundsatzprogramm, das "Manifest der Kommunistischen Partei" zu verfassen.

Der "Bund der Kommunisten" mußte in Deutschland als Geheimorganisation wirken, da die Justiz der herrschenden Klassen sein Programm und seine Organisation illegalisiert hatte. Der Mitgliederstruktur nach und gemäß seinen Zielsetzungen war der Bund eine internationale Organisation. Seine Angehörigen kamen aus den Ländern Europas, die meisten waren deutsche Handwerksgesellen. Sitz war zunächst London, nach Ausbruch der Pariser Februarrevolution zog die deutsche Zentralbehörde nach Paris. Auf Grund der Kriminalisierung dieser Organisation und ihrer Politik mußten seine Mitglieder auf die Etablierung öffentlicher Bundesgemeinden verzichten und wirkten als Einzelpersonen in den bestehenden oder von ihnen gegründeten Arbeiterbildungs-, Lese- und Turnvereinen.

Der "Bund der Kommunisten" hatte zwar - auf Grund der vorgefundenen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen - eine geheimgehaltene Organisation, seine Tätigkeit hatte aber gegenüber dem "Bund der Gerechten" insofern eine neue Qualität

---

[1] Statuten des Bundes der Kommunisten, MEW Bd. 4, S. 596 f.

erreicht, als seine Politik und Theorie öffentlich verbreitet wurden. Putschistische Aktionen und verschwörerische Pläne, die auch in seiner Endphase noch Teile des "Bundes der Gerechten" vertraten und die das Volk bzw. die Arbeiterklasse zum Objekt einer kleinen Elite machten, waren aufgegegeben zugunsten der wissenschaftlichen Analyse der historischen, politischen und gesellschaftlichen Situation der Entwicklung des Widerspruchs von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Sein strategisches Konzept betrachtete das Volk als Träger der gesellschaftlichen Veränderung und die Arbeiterklasse als historisches Subjekt der Entwicklung der alten Gesellschaftsformation in die klassenlose neue. Das "Kommunistische Manifest" kann als das Strategiepapier der Arbeiterklasse angesehen werden, in dem die historische Mission des Proletariats aufgezeigt und bewiesen wird.

"Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen."[1] Dieser berühmt gewordene Satz des Manifests gibt die Ausgangsposition der marxistischen Wissenschaft von der Gesellschaft, des historischen Materialismus, wieder: Der Klassenkampf ist die Hauptantriebskraft der gesellschaftlichen Entwicklung. In wissenschaftlicher Analyse leiten M a r x und E n g e l s dieses Gesetz aus dem Gesetz der dialektischen Einheit von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften ab. "Die Produktions- und Verkehrsmittel, auf deren Grundlage sich die Bourgeoisie

---

[2] MEW Bd. 4, S. 361 ff.

[1] Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, a.a.O., S. 462.

heranbildete, wurden in der feudalen Gesellschaft erzeugt. Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung dieser Produktions- und Verkehrsmittel entsprachen die Verhältnisse worin die feudale Gesellschaft produzierte und austauschte, die feudale Organisation der Agrikultur und Manufaktur, mit einem Wort die feudalen Eigentumsverhältnisse den schon entwickelten Produktivkräften nicht mehr, .. sie wurden gesprengt."[1] Auch in der kapitalistischen Gesellschaftsformation setzt sich diese Gesetzmäßigkeit durch. Von einem bestimmten Entwicklungsstand an genügen die durch Privateigentum an den Produktionsmitteln gekennzeichneten gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse den Erfordernissen der inzwischen weiterentwickelten Produktivkräfte - menschliche Fähigkeiten und Erkenntnisse und Technologie - nicht mehr. Die mit ihnen vorhandenen Möglichkeiten gesamtgesellschaftlichen Fortschritts und Nutzens können nur in maßgeblich geänderten Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen realisiert werden, wenn nicht Produktionskrisen immer wieder die durch die Mehrheit geschaffenen Werte und Güter vernichten sollen. Die Gesetzmäßigkeit solcher Krisen auf Grund der Widersprüche in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem ist ein weiterer Punkt, den das Manifest deutlich zu machen versucht.

Die Tatsache, daß das Proletariat von allen Klassen die von den Widersprüchen am meisten betroffene, die zahlenmäßig größte und die den direkten Mehrwert produzierende Klasse ist, begründet - nach M a r x und E n g e l s - ihre führende Rolle in diesem Umwälzungsprozeß in eine neue Gesellschaftsformation. Das Ergebnis dieses Prozesses ist ge-

---

[1] ebenda, S. 467.

kennzeichnet durch die Überführung der wichtigsten Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, d. h. durch die ökonomische und politische Entmachtung der herrschenden Klasse der Produktionsmittelbesitzer; das bislang unterdrückte Proletariat übernimmt die politische Macht.

In demselben Maße, in dem sich die Produktivkräfte entwickeln, vergrößert sich auch das Proletariat. Das Anwachsen der Industrie konzentriert das Proletariat an einen Ort, "es wird in größeren Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst, es fühlt sie mehr "[1]. M a r x und E n g e l s versuchten nachzuweisen, daß nur unter seiner Führung die Etablierung einer klassenlosen Gesellschaft möglich ist. Das Proletariat, das keine Produktionsmittel besitzt und ihrem Mißbrauch auf Grund seiner direkten Abhängigkeit am meisten ausgesetzt ist, hat folglich ein Interesse daran, Gesellschaftsformen zu schaffen, in denen die geschaffenen Werte dem Volk gehören und für seine objektiven Interessen eingesetzt und vermehrt werden.

Das kapitalistische Konkurrenzsystem spaltet jedoch die Arbeiter untereinander. Sie bilden Organisationen, die ihren Kampf vereinigen und führen sollen. Im Manifest wird so auch die Notwendigkeit von Gewerkschaften erkannt und wissenschaftlich begründet. Für wie wichtig die Autoren eine Partei der Arbeiter halten, zeigt schon ihre politische Praxis mit der Gründung des "Bundes der Kommunisten ". Ziel der Herrschaft des Proletariats soll es sein, eine klassenlose Gesellschaft zu schaffen, "worin die freie Entwicklung

---

[1] ebenda, S. 470.

eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist "[1].

Das gemeinsame Merkmal der Ausbeutung durch das Kapital und die daher entstandenen gemeinsamen Interessen bringen die Arbeiterklasse auch auf internationaler Ebene zusammen. Der proletarische Internationalismus ist eins der im Kommunistischen Manifest vertretenen Ziele. Die Praxis des "Bundes der Kommunisten" als internationaler Organisation, die internationale Solidarität z. B. beim Aufstand des schlesischen Proletariats sind Vorformen einer internationalen Klassenorganisation. "Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit mit dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen. Vereinigte Aktionen, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung."[2]

Anhand der aktuellen politischen Forderung, die Revolution des Bürgertums zu unterstützen, um auf dem Boden der gewonnenen Demokratie den Kampf um den Sozialismus unter Ausnutzung der auch der Arbeiterklasse zugute kommenden demokratischen Rechte und mit größerer organisatorischer Effizienz erfolgreich führen zu können, versuchten die Autoren dialektische Einheit des Kampfes um demokratische Rechte und um die Durchsetzung des Sozialismus zu beweisen. Auch an andren

---

[1] ebenda, S. 482.

[2] ebenda, S. 479.

Stellen des Manifests setzen sie sich von den utopischen, "wahren" und reaktionären Sozialismus-Richtungen der damaligen Zeit ab.[1)]

1.1.6 Die deutsche Arbeiterklasse in der Revolution von 1848/49

Die bürgerliche Revolution war nicht ein plötzlich und unerwartet eintretendes Ereignis. Sie muß im Zusammenhang gesehen werden mit den zunehmenden spontanen und organisierten Klassenkämpfen in den 30-er Jahren. Ausgelöst durch die französische Revolution von 1830, die die Herrschaft der adeligen Grundbesitzer gestürzt hatte, war es auch schon in Deutschland zu kleineren selbständigen Erhebungen gekommen, die - bei allen Rückschlagen - immer organisiertere Formen annahmen und ihren Höhepunkt im Aufstand der schlesischen Weber gehabt hatten.

Am Vorabend löste sich der Widerspruch zwischen den sprunghaft angewachsenen kapitalistischen Produktivkräften und den unzureichenden Produktionsverhältnissen in einer zyklischen (Überproduktions)krise. Arbeitslosigkeit, Lohnsenkungen und zwei Mißernten 1845 und 1846 lösten bei den Werktätigen eine Hungersnot aus. Schwache Organisation, ständig unterbunden von dem preussischen Polizeistaat, ließ die unzähligen Streiks und Erhebungen zu einer

---

[1)] ebenda, S. 482 ff.

Niederlage des Proletariats werden.[1] "Das Proletariat litt damals nicht nur unter der kapitalistischen Ausbeutung, sondern auch unter der Rückständigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung, die in den feudalen Überresten ihren sichtbarsten Ausdruck fand. Es litt auch unter dem preußischen Polizeistaat, der die Bildung von Arbeiterorganisationen brutal verfolgte. Im Interesse des Proletariats lag das radikale Hinwegfegen des absolutistischen mittelalterlichen Plunders, lag die vollständige Beseitigung des überlebten Absolutismus."[2]

1847 erzwang die erstarkende Opposition auch des Bürgertums den Vereinigten Landtag. Schon hier zeichnete sich die spätere unkonsequente Haltung des liberalen

---

[1] Vgl. auch: H.Wachenheim, Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 - 1914, Köln und Opladen, S. 28 ff. An Streiks sind überliefert:

Jahre	Zahl der Streiks
1789 - 1800	22
1801 - 1810	6
1811 - 1820	5
1821 - 1830	17
1831 - 1840	9

(E.Todt/Radandt, Zur Frühgeschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, 1800 bis 1849, Berlin 1950, S. 68.)

Über die Zahl gewerkschaftsähnlicher Organisationen finden wir bei Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 1, S. 141:

Jahre	Zahl der Kassen und Vereine
1801 - 1810	5
1811 - 1820	11
1821 - 1830	12
1831 - 1840	26

[2] H.Mottek, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands - Ein Grundriss, Bd. 2, Berlin 1974, S. 12.

Bürgertums ab, das im Landtag die Mehrheit hatte. Ernsthafte, der bürgerlichen Demokratie dienliche Forderungen wurden nicht erhoben: das Bürgertum fürchtete die Kraft des stärker und selbstbewußter auftretenden Proletariats, das aus seinen Niederlagen in Deutschland und den Erfolgen der bürgerlich-demokratischen Revolution eigenständige Lehren zu ziehen begann. Besonders in den Hungerunruhen 1847 in Berlin, die nur durch den Einsatz von Militär niedergeschlagen werden konnten, kam dieses Erstarken zum Ausdruck.

Es waren zwei Widersprüche miteinander verflochten, von denen der eine sich erst entwickeln konnte, wenn der andere beseitigt war. Dies spürten sowohl Bürgertum als auch Proletariat auf verschiedene Weise.

Um den Stand der industriellen Revolution als Erscheinungsform der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung zu begreifen, müssen folgende Fakten und Daten herangezogen werden:

Der wichtigste Faktor des Aufschwungs der kapitalistischen Produktionsweise war die Industrielle Revolution. Sie bildete den Übergang von der manufakturellen zur industriellen Produktion. Technisch war sie gekennzeichnet durch die Einführung der Werkzeugmaschine und der Dampfmaschine. Damit wurde auch der wirtschaftliche Schwerpunkt aus der Landwirtschaft in die Industrie verlagert. Die Industrielle Revolution vollzog sich in den verschiedenen europäischen Ländern mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und nicht gleichzeitig. In Deutschland kam es zu diesem Prozeß erst Anfang der 30-er Jahre des 19. Jahrhunderts, in Frankreich hatte sie bereits um 1800 und in England um 1770 begonnen. Sie war in England faktisch abge-

schlossen, als sie in Deutschland begann. Zum Zeitpunkt ihres Beginns in Deutschland hatte die Industrielle Revolution bereits eine 60-jährige Entwicklung durchgemacht, was auf ihren Verlauf in Deutschland einen multiplikatorischen Effekt ausübte. Dies führte zu schneller Polarisierung der beteiligten bzw. entstehenden Klassen untereinander und zu den noch herrschenden. So entstand der scheinbar doppelte Widerspruch zwischen Bürgertum und Feudalklasse und Bürgertum/Feudalklasse und Proletariat. Die genannte Gründung des Zollvereins beschleunigte darüber hinaus die vorher durch politische Zersplitterung gebremste Ausdehnung.

Besonders schnelle Phasen machte die Mechanisierung der Textilindustrie, der Metallindustrie und des Bergbaues durch: von 1822 - 1835 wurden in Sachsen insgesamt 21 Dampfmaschinen mit 260 PS in den Dienst gestellt, in den Jahren 1836 - 1840 waren es dagegen schon 32 mit 536 PS, also eine Zunahme an Produktionskapazität um mehr als das Doppelte bei nur eineinhalbfacher Vergrößerung des Maschinenparks. In Preußen sehen wir einen ähnlichen Anstieg: Zwischen 1837 und 1849 stieg die Zahl der Dampfmaschinen von 423 auf 1264 (also um fast das Dreifache) und die PS-Zahl von 7513 auf 67 149 (also um ungefähr das Neunfache). Die Leistungskraft sämtlicher Dampfmaschinen in Deutschland erhöhte sich zwischen 1840 und 1850 um das Sechseinhalbfache. In derselben Zeit erhöhte sich die Kohleproduktion um fast das Doppelte, von 3,4 Millionen auf 6,7 Millionen Tonnen. Von der Gründung des Zollvereins 1834 bis zum Beginn der Revolution 1848 stieg die Roheisenerzeugung von 110 105 auf 229 161 Tonnen, also mehr als das Doppelte. Auf dem Gebiet der industriellen Produktion begann Deutschland in den 30-er und

40-er Jahren international aufzuholen.[1] Regional gesehen entstand in der preußischen Rheinprovinz das erste Industrieland, denn "seit zwei Generationen kennt das linke Rheinufer keinen Feudalismus mehr; der Adelige ist seiner Privilegien beraubt, der Grundbesitz aus seinen Händen und denen der Kirche in die des Bauern übergegangen; der Boden ist parzelliert, der Bauer ist freier Gutbesitzer wie in Frankreich. In den Städten verschwanden die Zünfte und die patriarchalische Patrizierherrschaft zehn Jahre früher als irgendwo in Deutschland vor der freien Konkurren ..."[2] E n g e l s spielt hier auf die Folgen der bürgerlichen Umwälzung an, die das Rheinland im Laufe der Napoleonischen Eroberungskriege mitmachte. Die Grundlagen für die politische und ökonomische Macht der Kapitalbesitzer waren hier also am günstigsten.

Zum Ausbruch einer Revolution konnte es aber nur kommen, weil auch andere gesellschaftliche Gruppen und Schichten außer dem Bürgertum objektiv an einer Lösung der Widersprüche zwischen der Entfaltung der kapitalistischen Ökonomie und dem Festhalten des Feudalabsolutismus an seinen politischen Machtpositionen interessiert waren. Staats- und Verwaltungsapparat sowie Polizei und Armee waren sichere Herrschaftsinstrumente in den Händen der Feudalaristokratie. Hinzu kam die politische Zersplitterung Deutschlands, die eine Durchsetzung der mit der kapitalistischen Produktivkraftent-

---

[1] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 1, S. 20 f; vgl. Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 1, S. 90 ff, 146 f, 158 ff.

[2] Engels, Die Deutsche Reichsverfassungskampagne, MEW Bd. 7, S. 116.

wicklung gegebenen ökonomischen Möglichkeiten verhinderte. Die Aufsplitterung des Landes in viele souveräne Einzelstaaten bewirkte das Fehlen eines einheitlichen inneren Marktes, einer einheitlichen Gesetzgebung, der bürgerlichen Freizügigkeit, sowie eines staatlichen Schutzes gegen die ausländische Konkurrenz und erwies sich als das schwerste Hemmnis für eine ungehinderte kapitalistische Entwicklung.

Diese politische Lage hemmte durch die Verhinderung der freien Entfaltung der Produktivkräfte auch die Entwicklung einer einheitlichen und selbständigen deutschen Arbeiterbewegung. Aus diesen Gründen bestand für die sonst untereinander gegensätzlichen Klassen der Bauern, des Kleinbürgertums, des Bürgertums und des Proletariats ein gemeinsames Interesse an einer Einigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage. Die Führung bei diesem Einigungsprozeß, der nur gegen die Interessen der herrschenden Feudalschichten durchgesetzt werden konnte, der also notwendigerweise revolutionären Charakter tragen mußte, lag in den Händen des Bürgertums. Sie war die am weitesten entwickelte Klasse des neuen Gesellschaftssystems, denn als Trägerin der kapitalistischen Produktionsweise hatte sie bereits einen hohen Organisationsgrad und sichere ökonomische Machtpositionen errungen. Ihr Vorgehen war jedoch schon vorher gekennzeichnet durch eine Abwehr gegenüber eigenständigen revolutionären Aktionen. Sie fürchtete die Stärke des aufkommenden Proletariats, die sie bereits in den Streikphasen und lokalen Erhebungen während des Vormärz erkannt hatte. Ihr Bestreben war daher darauf gerichtet, die politische Macht durch reformerische Vereinbarungen mit dem Feudaladel übertragen zu bekommen.

Hauptantriebskraft der bürgerlichen Revolution wurden so das Proletariat, die Bauernschaft und das demokratische, gleichermaßen von der feudalen wie von der aufkommenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung bedrohte Kleinbürgertum. Das Kleinbürgertum bestand aus Handwerkern, kleinen Händlern und Gewerbetreibenden, die sich aus den zünftlerisch-feudalen Zwängen befreit hatten und so ein genuines Interesse daran hatten, das Feudalsystem zu überwinden. Andererseits unterlagen sie schon dem Konkurrenzdruck der großen Kapitale. Bei den Bauern war die Leibeigenschaft zwar offiziell abgeschafft, jedoch standen sie zum größten Teil noch in direkter ökonomischer Abhängigkeit von den feudalen Großgrundbesitzern; nur kleine Teile - wie im Rheinland - waren Parzellenbauern, eine kleine Minderheit Großbauern geworden.

Entscheidender Anlaß für den Beginn der Revolution war die Pariser Februarrevolution. Die zugespitzte Situation in Deutschland brauchte diesen Erfolg, der bewies, daß die Notwendigkeit der bürgerlich-demokratischen Revolution nicht nur für die deutschen Verhältnisse bestand, sondern eine allgemeine den gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen entsprechende internationale Realität war. Spontan und zu Anfang isoliert voneinander begannen Arbeiter, Handwerker, Gesellen und Bauern in verschiedenen Einzelstaaten den Kampf. In zahlreichen Demonstrationen und Aufständen zwangen sie im März 1848 die feudalen Fürsten, die Regierungen mit liberalen Bürgerlichen zu besetzen. Es entstanden die sogenannten "Märzministerien". Demokratische Rechte wie die Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Wahlrecht und Volksbewaffnung mußten zugestanden werden. Die Revolution in Paris hatte aber auch die Stärke und konsequente

Haltung des Proletariats gezeigt. Dies führte einerseits zu den ersten selbständig geleiteten und durchgeführten Aktionen des deutschen Proletariats, wie den am 5. März dem Kölner Stadtrat vorgetragenen "Forderungen des Volkes", ließ aber eben das Bürgertum von Anfang an darauf bedacht sein, Bündnisse mit den feudalen Schichten einzugehen.

Insbesondere die Effektivität theoretischer und parteimäßiger Organisierung der Arbeiterklasse kam in den Kämpfen der Revolution zum Ausdruck. So waren die Mitglieder des "Bundes der Kommunisten" in besonderem Maße an den Auseinandersetzungen beteiligt und versuchten ihnen eine einheitliche Richtung zu verleihen. Die mangelnden Möglichkeiten und das Hindernis, in den meisten Städten nicht offen als Organisation auftreten zu können, hatten jedoch zusammen mit der Unerfahrenheit und Führungslosigkeit des Proletariats und dem Widerstand des Bürgertums zur Folge, daß nur in den eigentlichen Märzkämpfen wirklich revolutionäre Erfolge errungen werden konnten.

Träger des theoretischen Kampfes war die "Neue Rheinische Zeitung", die M a r x während der Revolution in Köln herausgab und die den politischen Standpunkt des "Bundes der Kommunisten" vertrat, den sie in den 17 "Forderungen der Kommunisten Partei in Deutschland" niedergelegt hatten. "Durch ständige Enthüllung der klassenmäßigen Hintergründe aller politischen Ereignisse, durch Vermittlung oder Kampferfahrungen des fortgeschrittenen englischen und französischen Proletariats, durch direkte Polemik gegen kleinbürgerliche Versuche, die Klassengegensätze zu vertuschen, und seit Frühjahr 1849 auch durch systematische Erläuterung der ökonomischen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft för-

derte sie wesentlich den politischen Reifeprozeß der deutschen Arbeiterklasse und bereitete die Bildung einer Arbeiterpartei in Deutschland vor ..."[1)]

Der letzte große Erfolg der Revolution, bevor die vom Bürgertum ausgelöste Rückwärtsentwicklung einsetzte, war die Wahl einer deutschen Nationalversammlung in Frankfurt am Main (18. März) und einer verfassungsgebenden Versammlung in Preußen (22. März). Doch waren in beiden Parlamenten die revolutionären Kräfte des Volkes nicht vertreten. Die Mehrheit der Abgeordneten bestand aus bürgerlichen Liberalen, denen mehr an einem Kompromiß mit den Herrschenden gelegen war als an einer Verwirklichung der demokratischen Ziele der Revolution. In beiden Parlamenten saß kein Arbeiter und nur ein einziger Bauer.

Die augenscheinliche Notwendigkeit der Organisierung, die der Notwendigkeit der Vereinheitlichung von Strategie und Taktik des revolutionären Kampfes entsprach, führte zur Gründung zahlreicher Arbeitervereine, die teils - wie in Gewerkvereinen - frühgewerkschaftliche Inhalte und Formen annahmen, teils - wie in Arbeiterbildungsvereinen - der Systematisierung der vorhandenen theoretischen und praktischen Erfahrungen zu einem kontinuierlichen Klassenbewußtsein dienen sollten.

Die Bildung der Gewerkvereine war Resultat zahlreicher wirtschaftlicher und sozialer Kämpfe der Arbeiterklasse. Mit ihrer Organisierung verloren die Streiks allmählich ihren

---

[1)] Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 172 (im folgenden Sachwörterbuch).

spontanen, auf Maschinenstürmerei angelegten Charakter. Die Forderungen der Streikenden trugen in der Regel sozialen und ökonomischen Charakter, gingen aber auch schon in den Bereich der Politik wie die Forderungen der Landarbeiter in den preußischen Gebieten Ostelbiens, die neben Lohnerhöhung, Steuerminderung und Arbeitszeitregulierung die Übergabe von Land in ihre Hände forderten. Die gewerkschaftsähnlichen Verbände trugen noch vielfach die Form von sogenannten Unterstützungsvereinen, die sich der Verfolgung durch die Herrschenden bisher oft durch ihre "gegenseitige Hilfe vor allem in Krankheits- und Todesfällen" entziehen konnten, da sie der "Obrigkeit" einen Teil der Armenpflege abnahmen. Jedoch begannen die Handwerksgesellen und Arbeiter jetzt zu erkennen, "daß auch solche Verbände, deren angegebener Zweck ein anderer, also nicht der einer Interessenvertretung gegenüber den Unternehmern war, von den Mitgliedern zum Kampf um Erzwingung besseren Lebensbedingungen ausgenutzt werden konnten "[1].

Diese erste größere Streikwelle der deutschen Arbeiterbewegung endete Anfang Juni 1848. Sie hatte zur Folge, daß zwei gesamtnationale Gewerkschaftsverbände gegründet wurden, der National-Buchdruckerverein und die Assoziation der Zigarrenarbeiter Deutschlands. Der erstere zerfiel bald nach dem Scheitern der Revolution, der letztere hatte einen längeren Bestand. Beide Verbände sind für die Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung durch ihren gesamtnationalen Charakter von entscheidender Bedeutung gewesen. Beachtenswert dabei ist

---

[1] Mottek, a.a.O., Bd. 2, S. 246; s. dazu S. 65 dieser Arbeit.

weiterhin, daß hier zum erstenmal der Wille des Proletariats nach Ländergrenzen übergreifender Organisierung ihrer gemeinsamen Interessen im Produktionsbereich zum Ausdruck kam.

Mehr politischen Charakter, wenngleich unter starker ökonomischer Orientierung, trug die von Stephan B o r n im August 1848 gegründete "Arbeiterverbrüderung". B o r n - Mitglied des "Bundes der Kommunisten"- hatte es verstanden, die Berliner Arbeiter, die in Gewerksvereinen zusammengeschlossen waren, in einem einheitlichen Verband zusammenzuschließen. Mit der "Arbeiterverbrüderung" versuchte er dem subjektiven Bestreben der Arbeiter nach zentralen Interessenvertretungsorganen auf politischer Ebene nachzukommen. Zwar war der Verband ein weiterer Schritt zur Lostrennung von den ideologischen Einflüssen der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums, aber es gelang der "Arbeiterverbrüderung" nicht, den objektiven Anspruch nach politischer, die augenblicklichen ökonomischen und sozialen Belange überschreitender Politik zu realisieren. Sie blieben den direkten wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen auch politisch-ideologisch verhaftet. Dadurch bildeten sich ökonomische, nur-gewerkschaftliche Vorstellungen heraus. "Speziell wurden Streiks, Gewerksgenossenschaften, Produktivgenossenschaften ins Werk gesetzt und vergessen, daß es sich vor allem darum handelte, durch politische Siege sich erst das Gebiet zu erobern, worauf allein solche Dinge auf die Dauer durchführbar waren."[1)]

[1)] Engels, Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, MEW Bd. 21, S. 219.

B o r n s Politik trennte sich von den revolutionären Grundsätzen des Bundes und schlug um in opportunistische, auf bloße Reformen und Ausgleich der Klassengegensätze angelegte Überlegungen. Er kam damit den Vorstellungen entgegen, die sich besonders noch in den sozio-ökonomisch rückständigen Schichten der Arbeiterklasse hielten und noch in der Masse des Proletariats bestimmend waren. Die "Arbeiterverbrüderung" entfernte sich dadurch von dem Ziel M a r x' und E n g e l s', Träger der Entfaltung politischen-strategischen Bewußtseins des Proletariats zu sein. Diese objektiv der Bildung des Klassenbewußtseins abträgliche Entwicklung verlor sich nie gänzlich, obwohl der Einfluß der politisch bewußten Arbeitervereine dieser Organisation gegenüber den allein gewerkschaftlich orientierten zunahm. Im Prozeß der Restauration der reaktionären feudalen Kräfte wurde jedoch die Organisation später (1850) verboten.[1)]

Von den der "Arbeiterverbrüderung" angeschlossenen politischen Arbeitervereinen erlangte der "Kölner Arbeiterverein" die größte Bedeutung. Auch er wurde von Mitgliedern des "Bundes der Kommunisten" gegründet. Wenn auch zeitweise die "wahren" Sozialisten unter Führung des Arztes Andreas G o t t s c h a l k eine starke Position innerhalb des Verbandes beziehen konnten, so gelangte er doch während der Revolution unter den entscheidenden Einfluß von M a r x und E n g e l s . Sie kritisierten die sektierische Politik

---

[1)] Vgl. die Einschätzung von F.Balser, Sozial-Demokratie 1848/49 - 1863 (Die erste deutsche Arbeiterorganisation - "Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung" nach der Revolution), Stuttgart 1966², insb. S. 47 ff.

Gottschalks scharf. Gottschalk lehnte eine Beteiligung an der demokratischen Volksbewegung gegen den Feudalismus ab und ignorierte die den gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen entsprechende Notwendigkeit, um die demokratischen Rechte einer bürgerlichen Gesellschaft zu kämpfen, bevor an die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft sozialistischen Typs gedacht werden konnte. Diese utopischen Vorstellungen entsprachen nicht dem Entwicklungsstand des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital, ließen das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zwischen den Klassen außer acht und die Tatsache, daß es eines bewußten und als Klasse organisierten Proletariats bedurfte, um diese Ziele durchzusetzen. Die Kommunisten überzeugten den Großteil der Mitglieder von der Marxschen proletarischen Theorie und der aus ihr folgenden Strategie und Taktik des politischen Kampfes des Proletariats.[1] Auch in der politischen Praxis wurde durch die Organisation der Kölner Arbeiter die proletarische Theorie verbreitet und besonders den bäuerlichen Massen zugänglich zu machen versucht.

Daß der in der Theorie erkannte gesetzmäßige Zusammenhang auch Folgen in der Bündnispraxis der Kölner Kommunisten und Arbeiter hatte, zeigte sich in ihrer Mitwirkung in der "Kölner Demokratischen Gesellschaft", einer kleinbürgerlich-demokratischen Organisation, die auch Vertreter in die Dachorganisation des "Rheinischen Kreisausschusses der Demokraten" entsandte. Dieser Ausschuß setzte sich somit zusammen

---

[1] Vgl. auch Wachenheim, a.a.O., S. 41 ff.

aus Vertretern des "Kölner Arbeitervereins" und der "Kölner Demokratischen Gesellschaft". Hinzu kamen Vertreter des weniger bedeutenden "Vereins für Arbeiter und Arbeitgeber". Erst als die kleinbürgerlich-demokratische Bewegung immer deutlicher zeigte, daß sie nicht in der Lage war, proletarische Interessen wirksam mitzuvertreten bzw. auch im Kampf um die bürgerlichen demokratischen Rechte gegen das wiedererstarkende Feudalsystem nach dem Umschwenken des Bürgertums auf die Seite des Feudaladels nicht die Führung zu übernehmen bereit war, verließen die Kommunisten 1849 die "Demokratische Gesellschaft" und den "Kreisausschuß".

Wurden auch in den Arbeitervereinen, Gewerkvereinen, der Arbeiterverbrüderung usw., wie wir sahen, sehr viel zünftlerische, ökonomistische und reformerische Gedanken organisiert, so muß man doch die Tatsache der Organisierung in Verbänden, der selbständigen Verständigung über die eigenen Interessen als eine Stufe neuer Qualität im Entstehungsprozeß der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnen.

Die Verdienste einzelner Persönlichkeiten um die Durchsetzung dieser Idee der Vereinheitlichung, Politisierung und Systematisierung von Theorie und Praxis, der Organisierung von Strategie und Taktik sind in ihrer Widersprüchlichkeit und teilweisen Inkonsequenz als Ausdrucksformen gesellschaftlich notwendiger Entwicklungsstadien zu betrachten. So entsprachen etwa die Diskussionen der Arbeitervereine über ihre unmittelbaren ökonomischen Interessen der Notwendigkeit, sich die eigene Unterdrückung als ein Verhältnis zu dem Besitz an Produktionsmitteln bewußt zu machen, das Beharren auf ökonomischen Maßnahmen zu ihrer

Veränderung mußte jedoch zwangsläufig in Vorstellungen enden, die nicht die Eigentumsverhältnisse zum Gegenstand der Umwälzung hatten, sondern ihre sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen. An diesem Punkt wurde dann in noch vielen Arbeiterkreisen die politische Strategiebildung verlangsamt oder verhindert. Die Effizienz des revolutionären Gehalts der Arbeiterbewegung wurde verzettelt. Der Einfluß der herrschenden Ideologie und ihrer Träger in Bürgertum und Feudalaristokratie, aber auch ihre Auswirkungen über das Kleinbürgertum in die entstehende Arbeiterklasse selbst waren noch zu stabil, um einen endgültigen Durchbruch der proletarischen Ideologie zuzulassen. Dementsprechend schwach, wenn auch schon entstanden, waren die Ablösungen des Proletariats zur Klasse "für sich" von den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Einflüssen.

1.1.7 Restaurierung konservativer und feudaler Strukturen

Im weiteren Verlauf der Revolution festigte sich die politische Kooperation von Bürgertum und Feudaladel. Der preußische Landtag und die Frankfurter Nationalversammlung zögerten nun noch häufiger, die objektiven Interessen selbst des Bürgertums konsequent wahrzunehmen.

Der Krieg um die Befreiung Schleswig-Holsteins von der dänischen Oberherrschaft, welcher der einzige wirklich revolutionäre Krieg Deutschlands war, hatte große Solidarität im deutschen Volk ausgelöst. Aus taktischen und machtpolitischen Erwägungen entzogen zuerst die preußische Regierung, dann aber auch die Frankfurter Nationalversammlung

der national-revolutionären Volksbewegung in Schleswig-Holstein die Hilfe und schlossen einen Waffenstillstand ab, der den Widerstandskampf zwangsläufig zusammenbrechen lassen mußte. Es kam zu einer Erneuerung der in den Märzkämpfen bewiesenen Entschlossenheit breiter Teile des Volkes. Die Unterstützung des Befreiungskampfes, die Steuerverweigerungs- und die Reichsverfassungskampagne waren nun durch eine neue Qualität gekennzeichnet: Das politische Verhalten der vormals als Ergebnis der Märzrevolution noch unter revolutionärem Anspruch konstituierten Volksvertretungen war symptomatisch für die eindeutige Aufgabe der Ziele der Revolution, unter denen die anti-feudalen Klassen und Schichten ursprünglich gemeinsam angetreten waren.

Die ängstliche Orientierung der bürgerlichen Volksvertreter an der Strategie der feudalen Klasse, die auf eine Rücknahme der erkämpften demokratischen Rechte, d. h. die Restaurierung ihrer Herrschaft drängte, führte zu einer Situation, in der sich das polare Klassenverhältnis einer im Entstehen begriffenen neuen Gesellschaftsformation abzeichnete: Das Proletariat versuchte nun die Führung der Revolution zu übernehmen, was zwangsläufig Klassenkampf gegen Feudalsystem und Bürgertum zugleich bedeutete. Wie gezeigt, mußte dieser Versuch an dem objektiven Entwicklungsstand der Arbeiterklasse als Klasse "für sich" scheitern. Auch das Kleinbürgertum - unentschlossen aufgrund seiner unsicheren sozialen Lage zwischen den Hauptklassen - war nicht in der Lage, die Führung der Revolution zu übernehmen.

Die Organisationen zeigten - wie wir sahen - ein entsprechendes Bild: In zunehmendem Maße wandten sie sich von

konsequent revolutionären Zielen ab, vertraten ökonomische oder klassenharmonische Konzeptionen wie die "Arbeiterverbrüderung". Dadurch wurde aber auch die Scheidelinie zwischen proletarischen und kleinbürgerlichen Schichten und dementsprechend zwischen revolutionärer und reformistischer Strategie schärfer gezogen: Es bildeten sich zahlreiche neue, politisch bewußtere Arbeiterorganisationen. In allen Teilen Deutschlands kam es zu Zusammenschlüssen und Tagungen, auf denen Bestrebungen laut wurden, die Arbeiterklasse im gesamtnationalen Rahmen zu organisieren. Der bedeutendste war der Heidelberger Kongreß im Januar 1849. M a r x und E n g e l s unterstützen diese Aktivitäten im Rheinland und in Westfalen. Die "Neue Rheinische Zeitung" lieferte Beiträge zur Stabilisierung des politischen Klassenbewußtseins, das als subjektiver Faktor der objektiven politischen Notwendigkeit zur Vereinheitlichung des Klassenhandelns und Klassendenkens entsprechen mußte. Als Artikelserie entstand unter anderem "Lohnarbeit und Kapital" von M a r x .

Der sich stabilisierenden Konterrevolution war es gelungen, die spontane Volkserhebung zugunsten der in Schleswig-Holstein kämpfenden nationalen Befreiungsbewegung niederzuwerfen. Die errungenen Erfolge baute der Feudaladel nun zu einer konsequenten Restaurationspolitik aus. Die revolutionären Zentren Berlin und Wien brachen zusammen. Als Reaktion darauf hatten die bürgerlichen Parlamentarier Preußens eine Steuerverweigerungskampagne beschlossen, doch die Konsequenz und der Kampfgeist, der bei den Massen mobilisiert wurde, ließ sie wieder zurückweichen. "Nach einigen bewegten Wochen ... gab man allgemein den Gedanken auf, einer praktisch abgestorbenen Versammlung zuliebe, die nicht einmal

den Mut zur Selbstverteidigung aufgebracht (der preußische Landtag - R.L.), die Steuern zu verweigern."[1)]

Als ein letztes Aufbäumen der Revolution, das anfangs alle anti-feudalen Kräfte noch einmal einigte, kann man den Kampf um die Reichsverfassung im Mai 1849 ansehen. Es war die erste bürgerliche Verfassung Deutschlands. Ihr Grundgehalt war liberal-demokratisch. Doch stieß selbst diese liberal gemäßigte Verfassung auf den schärfsten Widerstand der bereits erstarkten Restauration. Das Volk erhob sich, um für die Verfassung zu kämpfen. Bereits in diesem Augenblick zog sich das Bürgertum aus dem aktiven Widerstand wieder zurück. Das Kleinbürgertum mußte die Führungsrolle übernehmen. Die unsichere eigene Klassenlage, aus der ihre Furcht vor dem Sieg der einen wie der anderen großen Klasse herrührte, ließ es jedoch zwangsläufig zu einem unsicheren, unentschlossenen Faktor werden. "In dieser Lage, zwischen zwei Feuern, die sie links und rechts bedrohten, wußte das Kleinbürgertum mit seiner Macht nichts anderes anzufangen, als den Dingen einfach ihren Lauf zu lassen, wobei natürlich die geringe Aussicht auf Erfolg, die vielleicht noch bestehen mochte, verloren ging ..."[2)]

[1)] Engels, Revolution und Konterrevolution, MEW Bd. 8, S. 76.

[2)] ebenda, S. 100.

Wie auch in ihrer allgemeinen objektiven Revolutionsstrategie beteiligte sich die Arbeiterklasse an der Reichsverfassungsbewegung "in dem vollen Bewußtsein, daß dieser Kampf in seiner u n m i t t e l b a r e n Zielsetzung nicht ihrer eigenen Sache gelte; sie befolgte jedoch die für sie allein richtige Taktik, keiner Klasse, die (wie die Bourgeoisie im Jahre 1848) auf ihren Schultern emporgestiegen, die Festigung ihrer Klassenherrschaft zu gestatten, ohne mindestens dem Kampf der Arbeiterklasse für ihre eigenen Interessen freie Bahn zu öffnen ..."[1] So bestand dann "der wirklich kämpfende Kern der Aufständischen, der zuerst zu den Waffen griff und sich mit den Truppen schlug, aus den Arbeitern der Städte "[2]. Der Aufstand der deutschen Arbeiterklasse mußte so auch wegen der mangelnden Führung fehlschlagen. Erneut zeigte sich die gesellschaftliche Notwendigkeit, eigene gesamtdeutsche und von bürgerlichen Einflüssen unabhängige Politik zu organisieren. "Die Ereignisse der Jahre 1848/49 haben gelehrt, daß in der Arbeiterklasse und ihrer von M a r x und E n g e l s geschulten Avantgarde die Kraft heranwuchs, die einmal imstande sein würde, die Aufgaben zu erfüllen, bei deren Lösung das deutsche Bürgertum versagte."[3]

Die Reichsverfassungskämpfe begannen mit den Barrikadenschlachten in Dresden, im rheinisch-westfälischen In-

---

[1] ebenda, S. 98 f (Hervorhebung - R.L.).

[2] ebenda, S. 98.

[3] Streisand, a.a.O., S. 196.

dustriegebiet und erreichten ihren Höhepunkt im badisch-pfälzischen Feldzug, an dem sich auch E n g e l s beteiligte. Die Revolutionsarmee hatte starken Zulauf aus ganz Deutschland, Polen, Ungarn, der Schweiz und Frankreich erhalten. Auf ihre Seite waren große Teile der regulären Truppen übergegangen. Es gab selbständige Arbeiterbataillone. Die Konterrevolution setzte ihrerseits Truppen aus ganz Deutschland ein, in großem Maße preußische Kontingente. Die auch zahlenmäßige Überlegenheit der Soldaten der Reaktion und ihre eigene im gesamtnationalen Rahmen isolierte Lage ohne zentrale Anleitung gab schließlich den Ausschlag für die Niederlage der Revolutionsarmee bei Rastatt am 23. Juli 1849.

1.1.8 Die Lehren aus der Revolution

Die für die Niederlage der Revolution wichtigsten Gründe seien hier noch einmal zusammengefaßt:

- die politische Zerrissenheit des Landes, die keine effektive strategische Vereinheitlichung zuließ,
- die dadurch hervorgerufene Zersplitterung der revolutionären Kräfte in Lokalrevolten,
- Der Rückzug des Bürgertums von den ursprünglichen Zielen der Revolution und ihre Kompromißhaltung zur reaktionären Feudalaristokratie als Hauptgrund,
- die zahlenmäßige Schwäche und der ungenügende Entwicklungsstand des Proletariats,
- die Unentschlossenheit des Kleinbürgertums bei der Übernahme der führenden Rolle.

Die Hauptziele der Revolution, die feudale Gesellschaftsordnung in eine bürgerliche umzugestalten und einen einheitlichen deutschen Staat zu bilden wurden nicht erreicht. Die feudalen Großgrundbesitzer und Fürsten behielten ihren beherrschenden politischen Einfluß, die im März erkämpften bürgerlich-demokratischen Freiheiten wurden beseitigt. Dies erleichterte die nun einsetzende Verfolgungskampagne erheblich.

Der Widerstand der Demokraten mußte wieder geheimbundähnlichen Charakter annehmen. So wurde der "Bund der Kommunisten" gemäß den veränderten politischen Bedingungen reorganisiert. M a r x und E n g e l s mußten Deutschland verlassen und bildeten in London eine neue Zentralbehörde. In zahlreichen Schriften unterzogen sie den Verlauf der Revolution einer genauen Analyse.[1] In den "Ansprachen der Zentralbehörde an den Bund"[2] 1850 zogen M a r x und E n g e l s die wichtigsten Folgerungen aus dem Ablauf der Revolution für die Strategie und Taktik der Arbeiterklasse. Dabei widmeten sie der Funktion der klassenmäßigen Organisation in Form einer Arbeiterpartei, der Rolle des Staates und der Bündnispolitik des Proletariats besondere Aufmerksamkeit.

Die Erfahrungen der Klassenkämpfe 1848/49 haben die Funktion einer proletarischen Arbeiterpartei am Beispiel

---

[1] Hierbei sind besonders zu nennen: "Die Klassenkämpfe in Frankreich" (MEW Bd. 7), "Revolution und Konterrevolution" (MEW Bd.8), "Der 18. Brumaire des Luis Bonaparte" (MEW Bd. 8), "Die deutsche Reichsverfassungskampagne" (MEW Bd. 7).

[2] Marx/Engels, Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850, MEW Bd. 7.

des "Bundes der Kommunisten" deutlich aufgezeigt. Nicht zuletzt aus dieser Erkenntnis heraus wurden alle politischen Arbeitervereine nach der Niederlage der Revolution verboten, ihre aktiven Mitglieder verfolgt und ins Ausland vertrieben. Wo politische Arbeitervereine bestanden hatten, war der Widerstand gegen die konterrevolutionäre Zusammenarbeit von Bürgertum und Feudaladel am stärksten. Bei allen bedeutenden Vereinsgründungen wirkten Mitglieder des"Bundes der Kommunisten"zumindest initiativ mit. Die anleitende und theoretische wie praktisch-politisch zentralisierende Wirkung der Organisation überhaupt und der an Klasseninteressen ausdrücklich gebundenen Organisation im besonderen ließ sich am Bewußtsein und der Aktionsbreite des Kampfes dieser Verbände ablesen. Wo sich anti-feudale und anti-kapitalistische Kräfte in eigenständigen Organisationen zusammengefunden hatten, war das Umsetzen sinnlich-wahrgenommener Erfahrungen in Strategie und Taktik, d. h. in eine auf Erklärungs- und Veränderungstätigkeit angelegte Theorie, möglich geworden. Belege dafür sind zahlreiche Publikationen, die den theoretischen Stand proletarischen und revolutionären Bewußtseins widerspiegelten, wie sie besonders unter der Anleitung von M a r x und E n g e l s entstanden waren. In Anfängen zeigte sich schon während der Revolution, besonders bei den Kämpfen um die Reichsverfassung, welche Bedeutung die M a r x sche These von der Theorie hat, die "in den Händen des Volkes zur materiellen Gewalt" wird.

Die revolutionären Erfahrungen hatten zwar gezeigt, daß die Arbeiterklasse "möglichst organisiert, möglichst einstimmig und möglichst selbständig auftreten muß, wenn sie nicht wieder wie 1848 von der Bourgeoisie ... ins

Schlepptau genommen werden soll"[1], aber auch daß die Bündnismöglichkeiten mit dem demokratischen Kleinbürgertum ausgeschöpft werden müssen, ohne allerdings bei deren Zielen allein stehen zu bleiben. Denn es sollte das Interesse des Proletariats sein, auf Erfolgen (wie demokratischen Reformen) aufbauend die "Revolution permanent zu machen, solange bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind ..."[2] In einer Gesellschaft, die sich im Übergang von Feudalsystem mit seiner weitgehend agrarischen Struktur zum kapitalistischen System mit einer Industriewirtschaft befindet, werden ebenfalls große Teile der Landbevölkerung in das Proletariat eintreten. Sie bilden einen Teil der Arbeiterklasse. Deshalb "müssen sich die Arbeiter mit dem Landproletariat verbinden"[3].

Die Mitglieder des "Bundes der Kommunisten" hatten während der nun einsetzenden Verfolgungskampagne und der eigenen Neuorganisierung mit verschiedenen Einschätzungsschwierigkeiten zu kämpfen, die in Fraktionskämpfen zwischen M a r x und W i l l i c h / S c h a p p e r einmündeten. Letztere vertraten die radikale Position, daß die kommunistische Revolution unmittelbar bevorstünde. Die Niederlage der bürgerlichen Revolution hatte für sie deren Notwendigkeit überhaupt obsolet werden lassen. Ihre Ein-

---

[1] ebenda, S. 245.

[2] ebenda, S. 248.

[3] ebenda, S. 252.

schätzung war getragen von dem subjektiven Wunsch und nicht von der Orientierung an den objektiven Kräfteverhältnissen. Der einsetzende konjunkturelle Aufschwung in Deutschland, der die 47-er Krise überwand, bot keine objektive Grundlage für eine neue Revolution. "Bei dieser allgemeinen Prosperität, worin die Produktivkräfte der bürgerlichen Gesellschaft sich so üppig entwickeln, wie dies innerhalb der bürgerlichen Verhältnisse überhaupt möglich ist, k a n n v o n e i n e r w i r k l i c h e n R e v o l u t i o n k e i n e R e d e s e i n. Eine solche Revolution ist nur in den Perioden möglich, wo diese beiden Faktoren, die modernen Produktivkräfte und die bürgerlichen Produktionsformen, miteinander in Widerspruch geraten."[1] Der Bund konnte jedoch am Ende weiterhin eine marxistische Politik verfolgen. Unter der nunmehr wieder nach Köln verlegten Zentralbehörde arbeitete er illegal in Deutschland und "fing an, in den Arbeiter-, Bauern- und Turnvereinen in weit größerem Maße als vor 1848 die dominierende Rolle zu spielen ..."[2]. Wie wir sehen werden, wurde auch diese Aktivität zunehmend den Behörden bekannt und durch Polizeimaßnahmen letztlich faktisch verhindert. Die Verfolgungswelle gegen Kommunisten erhielt ihren Höhepunkt im Kölner Kommunistenprozeß 1852, bei dem eine Reihe Mitglieder der Kölner Zentralbehörde zu teils hohen Freiheitsstrafen verurteilt wurden.

An dieser Stelle sei kurz der konjunkturelle Aufschwung

---

[1] Marx/Engels, Revue, Mai - Okt. (1850), MEW Bd. 7, S. 440, (Hervorhebung im Original).

[2] Engels, a.a.O., S. 220.

veranschaulicht, der aus der Krise 1847 herausführte und eine Widerspiegelung der stattfindenden Produktkraftentwicklung ist. Die schnelle Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, besonders auf dem Lande, hätte nur durch tiefgreifende politische Reformen durchgesetzt werden können. Wie wenig dies in der Revolution gelang, wurde oben gezeigt. Jedoch konnte sich der Feudaladel nicht völlig einer kapitalistischen Produktionsweise verschließen, trug er doch selbst schon Vorteile davon. Durch das Ablösungsgesetz vom März 1850 wurden eine große Anzahl von Bauern - gegen Loskaufen - frei und die zur Verfügung stehende Bodenfläche und der durch das Loskaufen errungene Gewinn ermöglichte es den Gutsbesitzern, effektivere Nutzungsmethoden einzuführen. Die Zahl der in die Stadt getriebenen Landproletarier stieg." ... um die Mitte der sechziger Jahre besaßen in Preußen 18 000 Großgrundbesitzer 60 Prozent, 400 000 größere Bauern 35 Prozent und 1,6 Millionen Kleinbauern 5 Prozent des Bodens."[1)]

Trotz starker internationaler Konkurrenz stieg der Export an Getreide in den 50-er Jahren, und man kann allgemein feststellen, "daß sich in der Zeit der industriellen Revolution insgesamt der Markt für Getreideprodukte ausdehnte. Diese Ausdehnung war eine wesentliche Antriebskraft für die Erweiterung der agrarischen Produktion "[2)]. Im Zusammenhang mit dem schnellen Anstieg des Welthandels, der auf

---

[1)] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 1, S. 185/186; Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 2, S. 63 f.

[2)] Mottek, a.a.O., Bd 2, S. 207.

Entdeckung riesiger Goldvorkommen in Australien und Kalifornien beruhte, konnte auch der Industrieabsatz wesentlich erhöht werden, was durch wirtschaftspolitische Konzessionen von seiten der Feudalklasse im Anschluß an die Revolution erleichtert wurde.

Der Aufschwung der Industrieproduktion (seit 1853) war international gewaltig und der bis dahin im Rahmen der industriellen Revolution der größte überhaupt.[1] Jedoch war auch er wieder das erste Anzeichen der 1857 erreichten Krise, da hinter den steigenden Preisen und der steigenden Produktivität die Massenkaufkraft zurückblieb. Über das Ansteigen der Produktivität geben folgende Zahlen einen interessanten Aufschluß: 1851 wurden 25,6 % der preußischen Hochöfen mit Koks betrieben, 1856 waren es 56,7 % und 1860 70 %. Dadurch "ist schon in den 50-er Jahren durch den Übergang zu einer neuen Technik eine wesentliche Senkung der Selbstkosten, eine steigende Konkurrenzfähigkeit des deutschen Roheisens im Vergleich zum belgischen und englischen eingetreten "[2]. Zwischen 1850 und 1860 betrug die

---

[1] Entsprechend war auch der zahlenmäßige Anstieg der Arbeiterklasse:

	1849	1861	Zunahme
Bevölkerung	16397448	18491220	13 %
In Industrie und Handwerk Beschäftigte	1473892	1786145	21 %
Im Maschinenbau Beschäftigte	37249	73302	97 %

in: Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 2, S. 130.

[2] ebenda, S. 180.

Erhöhung des Eisenbergbaus 44,5 % zwischen 1860 und 1870 sogar 85,3 %. Die deutsche Schwerindustrie nahm einen ähnlichen Aufschwung. Bis Ende der 60-er Jahre stieg sie um das Zwölfeinhalbfache gegenüber 1834.[1] Die Kohleerzeugung erhöhte sich in den 50-er Jahren von 7 auf 17 Millionen Tonnen und in den 60-er Jahren auf 34 Millionen Tonnen, im Jahre 1863 entstand ein Exportüberschuß an Maschinen. Deutschland war auf dem Wege zu einem Industriestaat. Durch die Einführung der Kohle als Rohstoff konnten nun unabhängig von Waldgebieten, die vorher durch den Gebrauch von Holzkohle für die Produktionsansiedlung wichtig waren, große Industriezentren an der Ruhr, an der Saar und in Oberschlesien entstehen. In zunehmendem Maße wurden Maschinen entwickelt, die die Produktion erleichterten und steigerten: die Bessemer-Birne, der Siemens-Martin-Ofen, Drehbänke, Dampfhämmer, mechanische Webstühle, Bohrer, Spinnmaschinen.[2]

In der Restaurationsperiode, die nach der Revolution einsetzte, waren alle politischen Organisationen der Arbeiterklasse verboten worden. Jedoch konnte die spontane gewerkschaftliche Betätigung nach einer Phase anfänglichen Stillstandes wieder einen Aufschwung verzeichnen. Trotz polizeilicher Überwachungsmaßnahmen bildeten sich gewerk-

---

[1] ebenda, S. 183 ff.

[2] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 1, S. 186 f; vgl. detaillierte Angaben über die technische maschinelle Entwicklung bei Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 2, S. 17 f, 101, 175 f.

schaftliche Hilfsklassen und stieg die Streikhäufigkeit besonders in der Phase des konjunkturellen Aufschwungs. Es ist "festzustellen, daß es der Reaktion nicht gelang, in den 50-er Jahren die Gewerkschaftsbewegung auf die Stufe des Vormärz zurückzuwerfen. ... Gewiß traten diese Verbände noch immer sehr stark im Gewande von Unterstützungsvereinen auf; darauf aber, daß sie sich keineswegs auf d i e s e gewerkschaftliche Aufgabe beschränkten, deutet neben anderem auf die Tatsache hin, daß die Streiks der 50-er Jahre überwiegend in solchen Bereichen organisiert wurden, wo bereits derartige Organisationen existierten."[1)]

Man könnte hier noch hinzufügen, daß die Organisierung von Streiks überhaupt auf eine neue Qualität bewußten Handels schließen läßt. Ende der 50-er Jahre gab

---

[1)] Mottek, a.a.O., Bd. 2, S. 248; über die Verbreitung von Streiks fanden wir folgende Angaben:

Streiks in Deutschland

1848	40	1852	6	1856	3
1849	1	1853	4	1857	41
1850	9	1854	4	1858[1]	6
1851	7	1855	6	1859[1]	8

[1] Dazu dreizehn dem Jahr nach nicht bekannte Streiks von 1850 - 1959.

(E.Todt, Die gewerkschaftliche Betätigung in Deutschland von 1850 - 1859. Berlin 1950, S. 118). Und:

Streiks, 1850 - 1866

Jahr	Zahl	Jahr	Zahl
1850	9	1859	8
1851	7	1860	4
1852	6	1861	2
1853	4	1862	4
1854	4	1863	12
1855	6	1864	23
1856	3	1865	30
1857	41	1866	10
1858	6		

ebenda.

es 684 fachliche und 142 sonstige örtliche Organisationen.[1] Auch überlokale und überregionale Verbindungen nahmen zu. Die in den Revolutionsjahren gegründeten nationalen Vereinigungen der Buchdrucker und Zigarrenarbeiter konnten hier entscheidende Vorarbeiten leisten. In den anfallenden Streiks wurde auch die strukturelle Veränderung der Arbeiterklasse sichtbar: die Anzahl der Industriearbeiter an der Gesamtarbeiterklasse nahm bedeutend zu.

In den Jahren 1860 und 1865 wuchs die Zahl der Bildungsvereine wieder an und erreichte den Stand von über 100, wobei in dieser Entwicklungsperiode die Arbeiter und Handwerksgesellen ein deutliches Übergewicht gegenüber den kleinbürgerlichen Liberalen besaßen. Diese Arbeiterbildungsvereine versuchten den Proletariern das im Verlauf der Produktivkraftentwicklung notwendigerweise sich komplizierende berufliche Qualifikationsniveau zu vermitteln, ohne jedoch ihren ideologischen und politischen Verselbständigungsbestrebungen nachkommen zu wollen. Hier wurden die ersten klassenharmonischen Gesellschaftskonzeptionen - wie die Auffassungen des Liberalen S c h u l z e - D e l i t z s c h - organisiert in die Arbeiterklasse getragen. Die frühen Wurzeln des Reformismus und Revionismus waren gelegt.

---

[1] Sachwörterbuch, a.a.O., Bd. 1, S. 708; für diese Zeit sind bei Todt ebenfalls 826 Vereinigungen aufgezählt (Todt, Die gewerkschaftliche Betätigung in Deutschland 1850 - 1859, Berlin 1950, S. 72 f). "Alle diese Vereine hatten intensiv um das Recht ihrer Existenz zu kämpfen, und es ist kennzeichnend auch für die zunehmende Reife des Klassenkampfes unter diesen Bedingungen, daß in den Jahren von 1850 bis 1856 in zwei Fünfteln aller Streiks auch die Forderung der Anerkennung solcher Vereine erhoben wurde." (Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 2, S. 39).

Mit der Zuspitzung der Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die sich in erneuten Krisenerscheinungen äußerte (1857) und dem Anwachsen der in der Industrieproduktion tätigen Arbeiter wurden jedoch die Bestrebungen nach Unabhängigkeit von kleinbürgerlicher Theorie und Leitung in immer mehr Arbeitervereinen stärker. Kontakte mit dem Arbeiterbildungsverein in London, der marxistisch orientiert war, führten zu organisiertem Vorgehen in Richtung auf eine unabhängige gesamtdeutsche Vereinheitlichung der Arbeitervereine. Das Leipziger Zentralkommitee, das sich neben anderen überregionalen Gremien eigens zur Organisierung der Arbeiterklasse gebildet hatte, wandte sich um Hilfe an Ferdinand L a s s a l l e .

L a s s a l l e hatte sich in Vorträgen einen Namen gemacht, in denen er die Unentschlossenheit des Bürgertums, seine eigenen revolutionären Interessen in die Hand zu nehmen, scharf kritisierte und sich für die Interessen und eigenständige Organisierung der Arbeiter aussprach. Während der Revolution hatte er mit M a r x und E n g e l s im Rheinland gekämpft. Dieser Kontakt ließ ihn jedoch nicht von seiner idealistischen hegelianischen Grundposition in Richtung auf eine materialistisch-dialektische übergehen.

Besonders die Frage der Rolle des Staates, der Notwendigkeit der Verbindung von ökonomischem (gewerkschaftlichem) Kampf mit der politischen Interessenvertretung sowie die damit zusammenhängende Auffassung von der Klassen-

struktur der Gesellschaft trennten ihn von der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus. In seinen Augen war der Staat eine neutrale Institution, die über den Klasseninteressen stand und eine Verkörperung des sittlichen Wohls der Menschen darstellte. Seiner Auffassung nach stand die Arbeiterklasse einer "einheitlich reaktionären Masse" gegenüber. Er erkannte nicht die Notwendigkeit einer anti-feudalen Bündnispolitik mit den Bauern und dem Kleinbürgertum, die wie die Arbeiterklasse - wenn auch unter anderer Perspektive - der Feudalaristokratie gegenüber stand und an einer Umwälzung in eine bürgerlich-demokratische Gesellschaftsformation interessiert waren. L a s s a l l e s Theorie lief darauf hinaus, die Arbeiterklasse hauptsächlich mit Hilfe des "allgemeinen Wahlrechts" und "Produktivassoziation mit Staatshilfe" in den Sozialismus zu führen. Dementsprechend hatte er engen Kontakt mit B i s m a r c k und aristokratischen Politikern. Seine Abneigung gegen die gewerkschaftliche Organisierung leitet sich aus seiner These vom "ehernen Lohngesetz" ab, die auf den bürgerlichen Ökonom Th. R. M a l t h u s aufbaut und nach der sich alle um Lohnerhöhungen geführten Kämpfe als sinnlos darstellen, da mit einer Erhöhung des Lohnniveaus der Werktätigen sich auch deren Kinderzahl erhöhe, was wiederum ein Ansteigen des Arbeitskräfteangebots zur Folge habe, welches auf eine Reallohnsenkung hinauslaufe. Dadurch übersah L a s s a l l e zwangsläufig die Bedeutung der Gewerkschaften für die Formierung des Proletariats zur Klasse "für sich".

1863 verfaßte er auf Bitten des Leipziger Zentralkommitees eine Zusammenfassung seiner politischen Anschauungen, die unter dem Namen "Offenes Antwortschreiben"

bekannt geworden ist. Dieses Schreiben wurde die politisch-theoretische Grundlage des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV). Diese im selben Jahr gegründete Organisation war die erste nationale selbständige politische Arbeiterdachorganisation nach der Revolution. Das Verdienst L a s s a l l e s diesbezüglich ist unbestritten. Schon bald nach seiner Gründung zeigt sich der ADAV als ein gegen den M a r x ismus und für den Reformismus aufgebautes Instrument.

Die klassenindifferente Politik L a s s a l l e s und der autoritär auf eine Person abgestellte Aufbau des Verbandes ließen es bald zu einer innerverbandlichen Opposition kommen, die sich in sogenannten "Oppositionsgemeinden des ADAV" organisierten und der J. V a h l t e i c h , W. L i e b k n e c h t , W. B r a c k e und J.P. B e c k e r angehörten. Diese Oppositionsgemeinden orientierten sich früh an den Thesen von M a r x und E n g e l s und bildeten sich schließlich zu Sektionen der Internationen Arbeiterassoziation (IAA) um. Ihre Versuche jedoch, mit Hilfe des persönlichen Einflusses von M a r x und E n g e l s den ADAV in eine revolutionäre Organisation zu überführen und in die IAA aufzunehmen, schlugen fehl.

Das auf Versöhnung der Klassen abzielende Gedankengut der ADAV-Führung, die auch auf Grund der undemokratischen Struktur des Verbandes nicht abzusetzen war, war bereits zu weit fortgeschritten. Die Zusammenarbeit mit B i s m a r c k institutionalisierte sich über L a s s a l l e s Politik, daß es das wichtigste Ziel der Arbeiterbewegung sei, ein allgemeines und gleiches Wahlrecht zu erkämpfen. Auch B i s m a r c k war nämlich ein Freund dieser Idee, wenn

auch orientiert an der Vorstellung des Dreiklassenwahlrechts, das den Massen kaum Einfluß einräumte und seine Funktion hauptsächlich als demokratisches Alibi hatte.[1)]

1.1.9 Die Entwicklung der revolutionären Sozialdemokratie

Auch aus den Arbeiterbildungsvereinen, die sich nicht dem ADAV angeschlossen hatten, begannen bald direkte organisatorische Gegentendenzen zu erwachsen. Schon wenige Wochen nach der Gründung des ADAV hatte sich der Verband Deutscher Arbeitervereine (VDAV) gegründet, wenngleich dessen Oppositionelle sich zunächst aus liberalen Bürgern zusammensetzten, denen der Verband als Gegenorganisation gegen die Arbeiterbewegung überhaupt dienen sollte. "Indirekt war aber die Entstehung des Verbandes Deutscher Arbeitervereine ebenfalls ein Resultat der selbständigen Organisationsbestrebungen der Arbeiter. Und obgleich von den Liberalen ganz und gar nicht beabsichtigt, mußte der Zusammenschluß der Arbeitervereine im nationalen Maßstab deren Politisierung fördern. ... Auf die Dauer vermochten die Liberalen nicht zu verhindern, daß die Arbeiter ... ihre Ansprüche geltend machten und daß ihre Forderungen schließlich über bürgerlich-demokratische Ziele hinausgingen."[2)]

In den Jahren 1865 bis 1867 erfolgte unter dem Einfluß

[1)] Dazu auch H.Wachenheim, a.a.O., S. 63 ff.

[2)] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 1, S. 217.

A. B e b e l der entscheidende "Ruck nach links". Auf dem Vereinstag 1868 in Nürnberg wurde ein weiterer für die deutsche Arbeiterbewegung sehr wichtiger Beschluß gefaßt: Der VDAV und seine Mitglieder verpflichteten sich, für die Bildung selbständiger, proletarischer Gewerkschaften einzutreten. Damit war ein neuer Ausdruck der Abgrenzung von der lassalleanischen Politik geschaffen, die die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Interessenvertretung ignoriert hatte. Es begann die Gründung "Internationaler Gewerksgenossenschaften". Sie "entstanden im Laufe des Jahres 1869 durch Zusammenschluß von zunächst lokalen Berufsorganisationen. ... (Sie) verbanden den ökonomischen Tageskampf mit der Organisierung und Erziehung der proletarischen Massen zum Kampf für demokratische Rechte der Arbeiter und die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuteordnung."[1)]

Das Drängen nach Vertretung und Organisation der Tagesinteressen unabhängig von kleinbürgerlichen Einflüssen, d. h. also der Bildung von Gewerkschaftsorganisationen war auch im ADAV nicht mehr zu übersehen. Um den Verselbständigungsbestrebungen der Arbeiter zu Internationalen Gewerksgenossenschaften nach Muster der IAA zuvorzukommen, aber auch um der eigenen Opposition die Initiative aus der Hand zu nehmen und die Arbeiter im ADAV zu halten, gründete Johann Baptiste v. S c h w e i t z e r , der Nachfolger des

---

[1)] Sachwörterbuch, a.a.O., Bd. 1, S. 849.

im Duell gefallenen L a s s a l l e , die "Arbeiterschaften", die aber nicht zu wirklich gewerkschaftlicher Interessenvertretung gelangten und deren Funktion als Alibi gegenüber den von L i e b k n e c h t und B e b e l geführten "Gewerksgenossenschaften" allzu deutlich war. Auch die Liberale Fortschrittpartei versuchte die Einigungsbestrebungen der deutschen Arbeiter zu unterlaufen und gründete durch H i r s c h und D u n c k e r "Gewerksvereine", eine durch Interessenausgleich und Ablehnung des Streiks gekennzeichnete Organisation, die durch Übereinkünfte mit den Unternehmern zu maßgeblichen Veränderungen des Ausbeutungsverhältnisses zu kommen glaubte. Hier ergaben sich enge Verknüpfungspunkte mit der L a s s a l l e schen Ideologie.

So versuchten die Herrschenden durch eine differenzierte Strategie von mehreren Seiten ihren Einfluß auf den organisatorischen und ideologischen Entwicklungsprozeß der Arbeiter zur Klasse "für sich" zu erhalten oder zurückzugewinnen. "Sie fürchteten das Zurückdrängen der bürgerlichen Ideologie innerhalb der Arbeiterklasse, die enge Verbindung zwischen Gewerkschaften und der sozialistischen Arbeiterbewegung."[1] Es war also nicht der Verdienst S c h w e i t z e r s oder der Liberalen, die ersten Gewerkschaften gegründet und damit vielleicht sogar der Arbeiterbewegung Aufschwung gegeben zu haben, sondern ihre Politik und ihr Handeln stand einer fortschrittlichen und einheitlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung objektiv hemmend entgegen. Sie handelten damit ganz in der Tradition L a s s a l l e s , dessen Anspruch, die Arbeiterklasse zu

---

[1] Mottek, a.a.O., Bd. 2, S. 251.

vereinheitlichen und ihre Unabhängigkeit von der herrschenden Klasse zu fördern, im Widerspruch stand zu einer Politik, die der herrschenden Strategie genügend Einflußmöglichkeiten ließ, innerhalb der noch nicht stabilisierten Arbeiterklasse Organisationen anzusiedeln, die den Klassenfindungsprozeß paralysieren sollten.

Maßstab für die Stabilisierung und Konsolidierung der Arbeiterklasse war in besonderer Weise die Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation (I. Internationale) auf Anregung von M a r x und E n g e l s im Jahre 1864. Sie war ein Ergebnis der Notwendigkeit der Organisierung der Arbeiterklasse im nationalen wie im internationalen Rahmen. Die fortschreitende Ablösung der Arbeiterklasse von den politischen, ideologischen und organisatorischen Bindungen des Bürgertums widerspiegelte den Entwicklungsstand der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

Die Entstehung der Industrie war ein zwar in den einzelnen Ländern Europas sich ungleichmäßig vollziehender Prozeß, er war jedoch von Anfang an ein internationaler Vorgang. Der jeweilige Entwicklungsstand in England und Frankreich hatte - wie wir sahen - seine wechselseitigen Auswirkungen. Mit der Ausdehnung der Industrie dehnten sich auch die internationalen Beziehungen und somit Beeinflussungen auf allen gesellschaftlichen und ökonomischen Ebenen aus. Die Herausbildung der Klassen und ihrer Organisationen mußte deshalb auch in internationale Vereinigungen eingehen. Einigung der Arbeiter bleibt uneffektiv, wenn sie sich auf den nationalen Rahmen beschränkt. (Nicht erst mit dem Aufkommen der internationalen Konzerne (Multis) der Neuzeit war deshalb die internationale Aktionseinheit

notwendig geworden.)

Diese Erkenntnisse hatten M a r x und E n g e l s mit ihrer Theorie des "proletarischen Internationalismus" in der Arbeiterbewegung verbreitet. Die Gedanken des proletarischen Internationalismus fanden ihre theoretische Begründung unter anderem im Gründungsmanifest ("Inauguraladresse")[1] und im Statut der IAA[2], die M a r x verfaßte und worin er sich nochmals mit den Gedanken L a s s a l l e s und anderer reformistischer Theoretiker auseinandersetzt. In dieser Periode wirkten M a r x und E n g e l s mit einer Reihe von Publikationen, die sich mit der Frage der nationalen wie internationalen Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung beschäftigten. Sie halfen einen theoretischen Orientierungsrahmen für die sich verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen der B i s m a r c k orientierten Führung der ADAV und dem Bürgertum einerseits und dem VDAV, zahlreichen klassenbewußten Mitgliedern des ADAV und dem fortschrittlich-demokratischen Kleinbürgertum andererseits zu geben. 1867 erschien der erste Band des "Kapital", in dem M a r x wissenschaftlich das Wesen des Produktionsprozesses der kapitalistischen Gesellschaft analysiert.

Die neu entstandene zyklische Krise des Jahres 1866 trug ihrerseits zur Protesthaltung der anti-feudalen und

---

[1] Marx, Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, MEW Bd, 16, S. 5 ff.

[2] derselbe, Provisorische Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation, MEW Bd. 16, S. 14 ff.

anti-bourgeoisen Schichten und Klassen bei. So nahm z. B. die Zahl der Streiks in einem bisher nicht gekannten Ausmaß zu[1], es kam zu spontanen Demonstrationen und öffentlichen Protestversammlungen, bei denen die ersten Grundlagen für die spätere Aktionseinheit von VDAV, demokratischen Kleinbürgern und oppositionellen L a s s a l l e - anern gelegt wurden. Ein besonders bedeutsames Beispiel hierfür ist die Protestversammlung vom Mai 1866 in Leipzig, die der dortige Arbeiterbildungsverein einberufen hatte und an der 5000 Menschen aus der Arbeiterklasse und dem Kleinbürgertum teilnahmen. Die Notwendigkeit einer Organisation, die die immer noch in einer relativ kleinen Minderheit befindlichen Revolutionäre der Arbeiterklasse unterstützt und die Volksmassen auf eine gemeinsame Strategie und Taktik brachte, wurde immer offensichtlicher. Wichtig für die Entstehung wurden jetzt insbesondere die Verbandstage des VDAV 1867 in Gera und 1868 in Nürnberg. Hier konnte die bis dahin stabile ideologische und organisatorische Verflechtung mit der kleinbürgerlichen demokratischen Volkspartei gelockert werden, der noch viele Mitgliederverbände des VDAV angehörten. Das Bürgertum hatte die Führung des Verbandes aus den Händen geben müssen. Der Verband schloß sich den Prinzipien der Allgemeinen Statuten der IAA an. So war auch die ideologische Loslösung von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Einflüssen einen großen Schritt vorangekommen. Der Bildung einer selbständigen proletarischen Klassenpartei stand nun nichts mehr im Wege.

---

[1] Im Jahre 1865 kam es zu 150 organisierten Streiks, 1857 waren es noch 60 gewesen. Wichtig ist der Streik der 8000 Waldenburger Bergarbeiter 1869/1870 wegen seiner politischen Forderungen nach Koalitionsfreiheit. (Sachwörterbuch, a.a.O., Bd. 2, S. 626; Todt, a.a.O., S. 66 ff).

Auf dem Eisenacher Kongreß 1869 des Verbandes erfolgte die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei SDAP. Auf dem Kongreß waren auch eine Anzahl oppositioneller L a s s a l l e aner vertreten, die die Gründung einer einheitlichen Arbeiterpartei befürworteten. Ferner hatten die "Gewerksgenossenschaften" Deligierte entsandt. Überhaupt war die entstehende deutsche Gewerkschaftsbewegung mit einem Drittel aller Teilnehmer sehr stark beteiligt. Auch die fortschrittlichen Kräfte innerhalb der l a s s a l l e anischen "Deutschen Arbeiterschaften" hatten Vertreter entsandt. Die SDAP schloß sich der Internationalen an. In den Statuten der SDAP wurden die Prinzipien des demokratischen Zentralismus vertreten. Das Programm der Partei, das wie die Statuten von B e b e l verfaßt worden war, fordert die Abschaffung aller Klassenherrschaft, nennt das Privateigentum an den Produktionsmitteln als Ursache jedweder Unterdrückung und verlangt die Beseitigung der auf dieser Eigentumsform beruhenden kapitalistischen Produktionsweise.

Einige Unklarheiten und widersprüchliche Formulierungen zeugten von dem noch nicht gänzlich abgeschlossenen Loslösungsprozeß gegenüber kleinbürgerlichen Einflüssen, hier insbesondere l a s s a l l e anischen wie z. B. den "Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe" oder von dem "vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter". Im ganzen gesehen konnte man jedoch von einem Programm sprechen, das sich auf die Grundsätze des Marxismus berief. So waren die von M a r x ausgearbeiteten Grundsätze der IAA in dem Programm enthalten.

Die vollständige Trennung vom Kleinbürgertum erfolgte nur ein paar Wochen später, als die SDAP sich die Beschlüsse

des Baseler Kongresses der IAA über die Grund- und Bodenfrage zu eigen machte. Die Baseler Beschlüsse vertraten "die Vergesellschaftung von Grund und Boden und betonte(n) die Notwendigkeit, die Bauern als Verbündete der Arbeiterklasse zu gewinnen. Der Beschluß über das gesellschaftliche Eigentum an Grund und Boden förderte wesentlich die Auseinandersetzung zur Überwindung der kleinbürgerlichen Einflüsse in der Arbeiterbewegung, insbesondere die vollständige Lösung der SDAP von der Deutschen Volkspartei."[1)]

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei setzte die Tradition des "Bundes der Kommunisten" fort. Bestand der Bund - entsprechend dem Entwicklungsstand der Arbeiterklasse - im wesentlichen aus revolutionären Handwerksgesellen, so hatte die SDAP am Tage ihrer Gründung bereits 10 000 Mitglieder aus allen Abteilungen und Schichten der Arbeiterklasse.[2)] Der Anteil der Industriearbeiter widerspiegelte den Entwicklungsstand der Produktivkräfte. In diesem Punkt stellte die SDAP gegenüber dem "Bund der Kommunisten" eine höhere Qualität der Entwicklung der proletarischen Partei dar. Mit ihr entstand eine n a t i o n a l e revolutionäre Partei des Proletariats.

Mit der Gründung und Konsolidierung der Partei verstärkte sich auch der Organisationsgrad der Arbeiterklasse

---

[1)] Sachwörterbuch, a.a.O., Bd. 1, S. 227.

[2)] ebenda, Bd. 2, S. 492; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 1, S. 282.

auf gewerkschaftlicher Ebene: in allen wichtigen Berufen entstanden in den Jahren 1868/69 gesamtnationale Dachverbände. Die Internationalen Gewerksgenossenschaften organisierten immer mehr Arbeiter und führten zunehmend erfolgreiche Streikkämpfe. So wurde die herrschende Klasse gezwungen, den Arbeitern 1869 das Koalitions- und Streikrecht auch gesetzlich zuzugestehen. Die Frage der Einheit von gewerkschaftlichem und politischem Kampf, also der Einheit von Politik und Ökonomie stand auf dem Eisenacher Kongreß mit im Mittelpunkt der Diskussionen. In ihrer Politik konnte die SDAP ihren Einfluß dank der Förderung des Gewerkschaftsgedankens erweitern. Auch in dieser Frage hatte sie sich die Theorie von Karl M a r x auf Grund ihrer in der Praxis erwiesenen Richtigkeit zum Maßstab genommen.

M a r x hatte die organisatorische Selbständigkeit der Gewerkschaften gegenüber der Partei vertreten, sich jedoch gegen die alleinige Beschränkung auf den sozialen und ökonomischen Kampf gewandt. Er wollte in der Gewerkschaft zwar alle Arbeiter vereinigt sehen auf Grund ihrer ökonomisch gemeinschaftlichen Lage und bei aller parteipolitischen Verschiedenheit.[1] Für M a r x sind die Gewerkschaften "die Schulen des Sozialismus".

---

[1] Dies jedoch als ein Appell Marx' an eine angebliche politische "Neutralität" auszulegen, entspricht nicht der Wirklichkeit der marxistischen Auffassung. Besonders in der reformistischen Sozialdemokratie und der revisionistischen Theorie wird dieser Zusammenhang immer wieder übersehen oder ignoriert. (Vgl. S. 202 ff, 211 ff dieser Arbeit).

Mit der Gründung selbständiger politischer Organisationen, insbesondere einer Partei, die auf einer eigenständigen, den objektiven Interessen des Proletariats entsprechenden Ideologie revolutionäre, d. h. auf die Umwälzung der wesentlichen Widersprüche des kapitalistischen Systems angelegte Politik betrieb, kann man den Entwicklungsprozeß der Arbeiterklasse zur Klasse "für sich" als vollzogen betrachten. Die Organisation ist das Ergebnis eines Bewußtseinsprozesses, der sich als Reflex der Unterdrückungsverhältnisse in revolutionäre Richtung entwickelt. Sie stellt gleichzeitig das Ergebnis der Bewußtmachung von Erfahrung im Kampf gegen die herrschende Klasse um die eigene Emanzipation dar.

2 Die programmatisch/theoretischen Konzepte und ihr strategischer Gehalt

2.1 Die Gesellenbewegung

2.1.1 Ziele und Forderungen

Eine große Rolle spielt in den Handwerker- und Gesellenorganisationen das Bedürfnis nach sozialer Absicherung. Krankenversicherung, Armenkasse, Witwen- und Waisenkassen, Hilfs- und Sterbekassen sowie Unterstützungen für aus beruflichen Gründen wandernde Gesellen stellen die Hauptfunktionen. Sie sind Absicherungen gegen Alter, Krankheit, Invalidität und Vorformen der Arbeitslosenversicherung. "Die Kassen sind wohl als die ersten Formen gewerkschaftlicher Tätigkeit zu betrachten."[1] Die Tatsache, daß die Unterstützungskassen anfangs noch keine ausdrücklichen Forderungen an die Unternehmer und Fabrikanten oder Staat und Verwaltung stellten, sondern diese sozialen Sicherungsmaßnahmen als gemeinsame Aufgabe des eigenen Berufsstandes ansahen, läßt unschwer den Schluß zu, daß die Ursachen sozialer Defizite hier noch als zufällig oder schichtspezifisch begriffen wurden. Auch in der weiterentwickelten Zeit der industriellen Revolution, die zum Teil schon die alten traditionellen Gesellenorganisationen obsolet werden ließ, fand eine große Anzahl von Konflikten innerhalb der Organisation selbst statt als Kompetenzstreitigkeiten

---

[1] Todt/Radandt, a.a.O., S. 50.

zwischen Meister und Gesellen[1] und lösten erst im Verlauf der Entwicklung neuer Klassenbeziehungen ("Proletarisierungsprozeß") diese unrealistische Standesfixierung auf.[2]

Als die Kassen, von den Gesellen zu Maßnahmen des Widerstandes gegen Arbeitsbedingungen benutzt, ihren ursprünglichen Zweck also überstiegen, gerieten sie in offenen Konflikt mit der staatlichen Bürokratie. Erst im Widerstand gegen in Gang gesetzte Einschränkungen des Kassenwesens, die eine Ausnutzung der Organisation "zum Kampf um Erzwingung besserer Lebensbedingungen"[3], verhindern sollte, wuchs das Interesse an unabhängigen, selbständigen Organisationen: Das Eingreifen des Staates erhellt den Gegner und den gesellschaftlichen Bezug. Auflösungen und Verbote von Gesellenverbänden vermitteln die verschärften Klassenspannungen.[4]

Vorerst waren die Forderungen und die dahinterstehenden Vorstellungen gesellschaftlicher Veränderungen aber in einer eigentümlichen Verbindung von Standesdenken und Klassenbewußtsein befangen. Ein Überblick über die Streiks in der vorgewerkschaftlichen Phase zeigt jedoch, daß die Forderungen

---

[1] ebenda, S. 107 ff.

[2] Vgl. S. 32 dieser Arbeit.

[3] Mottek, a.a.O., Bd. II, S. 246; Todt/Radandt, a.a.O., S. 64 f; H.Müller, Die Organisationen der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, Berlin 1917, S. 5 ff.

[4] Vgl. Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 1, S. 141.

mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse eindeutig auf den Preis der Arbeitskraft abzielten. Von den bei T o d t angeführten Streiks in den Jahren zwischen 1789 und 1848[1] wurde nur ein kleiner Teil noch um offensichtlich standesspezifische Belange geführt, von 56 nur ca. 10. Wenn wir auch davon ausgehen müssen, daß nicht alle Streiks aktenkundig geworden oder überhaupt erforscht sind und daß sich hinter den in Streiks geforderten Änderungen eine erfahrungsmäßig große Anzahl von gleichlautenden Forderungen verbirgt, die sich nicht in den gesellschaftlich sichtbaren Aktionen wie Streiks niederschlagen, so muß man doch zu dem Schluß kommen, daß die in den Gesellenvereinen oder mit ihrer Hilfe angegangenen Probleme typischerweise Lohncharakter trugen, so daß z. B. mit der bürgerlichen Revolution ein Stand der Auseinandersetzung erreicht war, wo es "kaum einen Streik (gab), der nicht Lohnstreik war"[2].

Gering waren explizite Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit. Diese kamen notwendigerweise um so mehr auf, je intensiver der Einsatz von Maschinen wurde. "Und wenn wir die Forderungen der Arbeiter gegenüber der Großbourgeoisie in den Revolutionstagen und noch später bis 1849 analysieren, dann finden wir ganz überwiegend das Verlangen nach verkürzter Arbeitszeit und höheren Reallöhnen."[3]

---

[1] Todt/Radandt, a.a.O., S. 68 ff.

[2] Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 1, S. 254.

[3] ebenda, S. 198. Der Ansicht H.Müllers, a.a.O., S. 12, daß es sich bei dem Verlangen nach einem arbeitsfreien Montag um Forderungen handele, "in denen das Streben nach Verkürzung der Arbeitszeit zu erblicken ist", können wir uns nicht anschließen, da diese Forderung keinen Lohnausgleich oder dergleichen einschloß.

Kommt auch dadurch der Eindruck auf, daß die vorgewerkschaftlichen Strategieansätze rein ökonomischer Natur seien, so können wir doch für diese Zeit feststellen, daß die politische Komponente sich deutlich in Kampfform und Adressat ausdrückt. Fast alle Arbeitsniederlegungen mußten mit Hilfe staatlicher Institutionen wie Polizei und Militär bekämpft werden, lösten also politische Entscheidungen aus. Sie überschritten daher den Bereich, in welchem die eigentliche Forderung oder der Anlaß entstanden waren, und gewannen so politische Bedeutung. Abstrahiert man bezüglich des Subjekts der Bewegungen, so stellt sich die politische Seite also eher indirekt, auf den Umweg über die Folgen von Forderung und Aktion her. Direkte politische Ansprüche sind selten und werden erst zu Beginn der industriellen Revolution und den damit hervorgerufenen Verschärfungen sozialer Mißstände für das entstehende Proletariat aufgestellt.

Stellen schon - wenn auch noch vereinzelt - bei den erwähnten Streiks die Gesellenverbände Forderungen an die "allgemeine Lage"[1], so werden diese erst in den Revolutionsjahren differenziert und konkretisiert. "Die Forderungen waren: Ein neues Wirtschaftssystem, soziales Ministerium, Freizügigkeit, Recht auf Arbeit, evtl. mit Staatshilfe, Übernahme der sozialen Lasten auf die Allgemeinheit; Witwen-, Waisen- und Altersversorgungskassen. Also Forderungen rein gewerkschaftlichen Charakters."[2] Dazu gehören Forderungen nach Arbeitsvermittlung, Invaliditätsversicherung,

---

[1] Todt/Radandt, a.a.O., S. 70, 74; vgl. S. 32, 51 (Fußnote) dieser Arbeit.

[2] Zwing, Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften, Jena 1928, S. 20.

Arbeitslosenunterstützung.[1]

Der geringe Anteil politischen Bewußtseins an den Zielen und Forderungen der Gesellen und der für die Übergangszeit der beiden Gesellschaftssysteme typischen Schicht der Heimarbeiter läßt sich an den konkreten Aktionen ablesen. Wenn überhaupt von o r g a n i s i e r t e n Werktätigen getragen, waren die Widerstandsaktionen der Frühzeit von spontaner Maschinenstürmerei geprägt. Die Verwechslung der Maschinen als Folge einer ökonomischen Entwicklung mit den Ursachen ihrer Anwendung zeugt von ungenügender Einschätzung der eigenen gesellschaftlichen Stellung sowie des Gegners und einer unklaren Perspektive des Handelns.[2] Traten in den Forderungen oft nach außen die Vorstellungen zutage, die eine politische Veränderung tiefgreifender Natur hätten zur Folge haben müssen, so beweist doch das Ausbleiben konsequenter, konkreter praktischer Maßnahmen das noch fehlende Grundverständnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge und daraus abzuleitender Strategie. Erst die national-organisierten Verbände - S. B o r n s "Arbeiterverbrüderung" z. B.[3] - nahmen po-

---

[1] Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 1, S. 239. Auch Mottek spricht von Kampfzielen, "wie sie im Klassenkampf von der Gewerkschaftsbewegung später auch gestellt wurden." (a.a.O., Bd. 1, S. 202).

[2] Vgl. dazu S. 11 f dieser Arbeit.

[3] "a) Wirtschaftliche und soziale: Arbeitslosenfürsorge, Normallohn, Lohnzahlung an den örtlichen Kassierern der Arbeiterverbrüderung und von diesem an die Arbeiter, Schaffung einer Darlehnsbank, Ankauf von Landgütern zur Parzellierung an die Mitglieder, Wahl der Werkführer durch Mitwirkung der Arbeiter, Einschränkung der Kinderarbeit und eine Reihe zünftlerischer Forderungen;

b) Politische: Gleiches und allgemeines Wahlrecht zu allen Parlamenten, Aufhebung der indirekten Steuern, progressive Einkommenssteuer, Steuerfreiheit für Minderbemittelte, unentgeltliche Volksschule und unentgeltliche Lernmittel." (Zwing, a.a.O., S. 21 f; Müller, a.a.O., S. 22 f.); vgl. S. 33 f dieser Arbeit.

litische Gedanken ausdrücklich auf. In diesem Fall tritt uns eine Verbindung parteimäßiger Politik auf der einen mit Gewerkschaftsstrategie auf der anderen Seite entgegen, die eine klare Herausbildung bewußter Gewerkschaftsziele nicht erkennen läßt, "kurz man wollte allen alles sein".[1)]

2.1.2 Kampfmaßnahmen

Wir sahen bereits, daß die Unterstützungskassen die Eigenschaften von Kampforganisationen ansatzweise entwickelt hatten. Die sozio-ökonomisch sehr differenzierte Stellung innerhalb des entstehenden Fabrik- und Industrieproletariats war jedoch nicht nur durch den Unterschied zwischen zunftgebundenen und freigesetzten Gesellen und Arbeitern gekennzeichnet, auch innerhalb der zweiten Gruppe traten maßgebliche Unterschiede auf. Die Berufsgruppen der Heimarbeiter hatten weitaus geringere Möglichkeiten der kollegialen Kommunikation, was sich aus der Zerstreuung der Arbeitsplätze ergab.

Dies war sowohl für die Verständigung untereinander als auch für die Kontaktnahme zu anderen Berufsgruppen, insbesondere der Fabrikarbeiter, von Bedeutung[2)]. Von eben solcher

---

[1)] F.Engels, Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, a.a.O., S. 219.

[2)] Todt/Radandt, a.a.O., S. 89 ff.

Wichtigkeit - gerade und natürlicherweise in der Übergangszeit von Zunftwirtschaft zur kapitalistischen Warenproduktion - war die durch den Berufstyp gegebene persönliche und familiale Mobilität. Es "zeigte sich schnell, daß es einen Unterschied machte, ob unverheiratete, bewegliche Handwerksgesellen gegen Zünfte streikten oder sesshafte Industriearbeiter mit Familien sich - ohne zureichende Verständigungsmöglichkeiten mit ihren Kollegen in anderen Fabriken - auf einen Ausstand einließen."[1)]

Die praktischen Schritte zur Durchsetzung der gestellten Forderung oder zur Abwehr von sozialen und ökonomischen Nachteilen waren vielfältig und variierten entsprechend den zu lösenden Problemen. Gerade die Beweglichkeit der Gesellen förderte die sich aus den Abhängigkeitsverhältnissen ergebende Einsicht in die Effektivität der Arbeitsniederlegung. Kampfmittel sind denn auch schon in der Gesellenbewegung direkte oder indirekte Formen des Streiks. Hierzu zählen insbesondere die Erscheinungen des Boykotts und des sogenannten Schimpfs. Die Übergänge sind fließend. Das Mittel des "Schimpf" oder auch "Schwarzmachen"[2)] hat zum Ziel einzelne Meisterbetriebe, aber auch ganze Städte[3)] zu isolieren, indem über die wandernden Ge-

---

[1)] D.Schneider (Hrsg.), Zur Theorie und Praxis des Streiks, Frankfurt a.M., 1971, S. 21; Todt/Radandt, a.a.O., S. 89.

[2)] Schneider, a.a.O., S. 13 f; Mottek, a.a.O., Bd. 1, S. 202 f.

[3)] A.Braun, Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe. Eine Sammlung von Abhandlungen, Nürnberg 1914, S. 6 f; Schneider, a.a.O., S. 12 f; H.Müller, a.a.O., S. XIX.

sellen und über die Gesellenschenken, die in der Regel die Arbeitsnachweise führten, den Handwerkern unter Androhung sozialer und kollegialer Ächtung verboten wurde, ihre Arbeitskraft dort zu verkaufen. In größerem Ausmaße konnte sich diese Maßnahme zu einem länger ausdauerndem Boykott ausweiten, der in den Streik, d. h. Auszug auch der bereits arbeitenden Gesellen überlief. "Es gab auch damals nicht nur Streiks, sondern auch Streikposten, Schildwachen zum Abhalten fremder Knechte, die noch nicht wußten, daß derjenige für einen Schelm gehalten würde, der in einer gesperrten Stadt arbeite. Und die wandernden Gesellen zogen schneller mit den Nachrichten in alle Windrichtungen, als die Meister es ahnen konnten. Zahlreiche Siege erreichten die Gesellen durch ihre Ausstände und noch mehr durch die Blockierung der Städte."[1)]

Das Kampfmittel des Boykotts verlor an Wirkung mit der zunehmenden Entwicklung der Produktivkräfte, die Waren- und Arbeitsentsatz für die betroffenen Städte durch Verbesserung der Verkehrs- und Informationswege möglich werden ließen, durch die Zunahme der lokalgebundenen Heim- und Fabrikarbeiterfamilien[2)] und an allmählichen Zusammenbruch des Zunftwesens als Wirtschaftsform. "... je mehr Konzessionen erteilt wurden und je mehr Freimeister, Manufakturen und Fabriken auftauchten, um so mehr versagten die alten Kampfmethoden".[3)] Sie versagten auch, weil sie in

---

[1)] Braun, a.a.O., S. 6.

[2)] Todt/Radandt, a.a.O., S. 66 f.

[3)] Einen Zusammenhang zwischen Gesellenvereinigung und Gewerkschaften im Sinne der Vorläufer-Funktion bestreitet Müller, a.a.O., S. 469. Im Gegensatz dazu Braun, a.a.O.,

ihrer Effektivität überschätzt wurden. So gab es nicht nur gewaltsame Kampfmethoden, sondern diese waren in der Regel erst die Reaktionen auf Petitionen und Deputationen, deren Anliegen abgelehnt worden war.[1)]

In der bei T o d t / R a d a n d t aufgestellten Tabelle kann man ersehen, daß - bei aller Zunahme - den immer mehr zu Streiks entwickelten Kampfformen in den meisten Fällen der volle Erfolg versagt blieb. Zuwenig Erfahrungen lagen vor, die den organisierten Ablauf gesichert hätten. In der bestehenden Unklarheit des eigentlichen Gegners und der krisenhaften Aufwärtsentwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsform liegen somit sowohl die Ursache der Entstehung von Kampfmaßnahmen allgemein, aus dem dadurch immer deutlicher hervortretenden Charakter der Arbeitskraft als Ware die Praktizierung des Entzugs der Arbeitskraft im besonderen, als auch die Gründe für die mangelnden Erfolge. "Der mangelnden Geschlossenheit der zahlenmäßig kleinen Bewegungen stand zumeist ein großes Angebot aus der industriellen Reserve-

---

S. 3, 19 f; Todt/Radandt, Kuczynski, Zwing, Mottek in ihren zitierten Werken. Besonders Todt/Radandt "Wir sagten, daß in der Zeit von 1848 noch keine voll entfalteten Gewerkschaften zu finden sind, die die .. Aufgaben voll erfüllen und gleichzeitig eine längere Lebensdauer haben. Was wir aber finden ..., das ist die Entstehung von Arbeiterorganisationen, die sich zumeist einzelnen Zweigen der .. Gesamtgewerkschaftstätigkeit ausschließlich oder vornehmlich widmen." (Todt/Radandt, a.a.O., S. 58 ff, 88 ff, 103).

[1)] Todt/Radandt, a.a.O., S. 91, 97 f, 101 f, 108.

armee gegenüber. (...) Vor allem wirkte sich in diesem Zusammenhang die starke Zersplitterung der arbeitenden Klasse ungünstig aus. (...) Da überdies Versuche, die Solidarität aufrecht zu erhalten, von Unternehmern wie von dem Staat bestraft wurden, so fanden sich immer wieder Arbeitswillige genug, die die Wirkung der Ausstände in Frage stellten. Die Organisation der Arbeitseinstellungen selbst war wenig planvoll sowohl was den Zeitpunkt als auch was die Finanzierung anbelangte."[1)]

Diese ökonomische und politische Situation bewirkte eben, daß der Charakter der Spontaneität gelegentlich die Form von Maschinenstürmerei und Revolten annahm, Kampfmittel, die aber trotz ihres chaotischen Ausdrucks instinktive Einordnung des gesellschaftlichen Gegners erkennen lassen. Herausgebildet führt diese noch "blinde" Erkenntnis zu festeren gewerkschaftlichen Organisationen, mit denen Streikkämpfe erfolgreicher durchgesetzt werden konnten. Denn, "inwieweit dieser objektive Prozeß bewußt erkannt und gestaltet wird, entscheidet in einem bedeutendem Maße die organisierte Interessendurchsetzung. Die gemeinsamen Erlebnisse, die einheitlichen Erfahrungen und das kollektive Bewußtsein haben dem Klassenkampf organisatorische Kraft verliehen: aus dem Streik entstehen die Gewerkschaften"[2)]

[1)] Todt/Radandt, a.a.O., S. 66.

[2)] R.Lison, Interessendurchsetzung und Streikformen, unveröffentl. Diplomarbeit, Münster 1972, S. 30 f, (im folgenden Streikformen); vgl. auch Todt, a.a.O., S. 67.

Hier wird eine der wesentlichen Voraussetzungen und Teile entwickelter konkreter Strategie deutlich.

2.1.3 Organisationsprinzipien - Organisationsformen

Die Organisationsstrukturen von Gesellen- und Handwerksverbänden boten einerseits die Basis für weitergehende Interessenkoalitionen, andererseits behinderten sie diese in ihrer neuen Qualität. Dies führte zunächst zu der Situation, daß ein Großteil der schon vorhandenen Gesellenkoalitionen in "ständischer Eigenbrödelei"[1] isoliert blieb und sich dann auflöste. Ein anderer Teil aber, wuchs, wie wir sahen, in quasi - gewerkschaftliche Aufgaben hinein. So lockern sich auch die Organisationsstrukturen nach außen, was der Struktur der entstehenden Arbeiterklassse entsprach. Die Disziplin und strenge innerorganisatorische Reglementierung der Gesellenzeit[2] wurde der klassenmäßigen Entwicklung angepaßt und übernommen. Daß schon die Gesellen und Handwerker dazu übergingen, eigene Verbindungen zu schaffen, in denen die Meister und Prinzipale nicht vertreten waren, wurde besonders deutlich in den Jahren der Revolution 48/49[3]. Auch die eigentümliche Vermischung des aufkommenden Klassenkampfbewußtseins und des Interesses an Klassen- und organi-

---

[1] Todt/Radandt, a.a.O., S. 90; Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., S. 198.

[2] Braun, a.a.O., S. 13 ff.

[3] Todt/Radandt, a.a.O., S. 177 ff; vgl. S. 32, 65 dieser Arbeit.

satorischer Verselbständigung mit Resten des Zunftgedankens widerspiegelt den Übergangscharakter.[1]

Mit der eigenständigen Organisation, die wir als Ausdruck des Polarisierungsprozesses der Klassen in der industriellen Revolution auffassen wollen, gingen die Vorstellung und Forderungen dieser Arbeitervereine schon vielfach entschiedenere Wege. Die von S. B o r n gegründete "Arbeiterverbrüderung", die zusammengesetzt war "aus Delegierten verschiedener Gewerke"[2], stellte bereits einen sehr detaillierten Forderungskatalog auf[3].

Die Organisationsformen waren also in mehrfacher Hinsicht in eine neue Qualität übergegangen. Sie waren im Begriff, sich aus der ständischen - und dadurch auch zwangsläufig eher auf Harmonisierung angelegten - Zunftkoalition, in der Meister und Prinzipale einerseits und Gehilfen und Gesellen andererseits gemeinsam organisiert waren, zugunsten einer eigenständigen, die vielen Schichten proletarisierter, halbproletarisierter und proletarischer Berufe auf der gemeinsamen Ebene ökonomische Abhängigkeit integrierender Organisation zu entwickeln.[4] Die Organisationen bekamen nationalen, also den bisher interlokalen Stand überschreitenden Rahmen. Diese organisatorische Ver-

---

[1] ebenda.

[2] H.Müller, a.a.O., S. 21.

[3] Vgl. S. 33 f, 69 dieser Arbeit.

[4] Die Organisationsprinzipien konkretisiert H.Müller, a.a.O., S. 68 ff anhand des Buchdrucker- und des Zigarrenarbeiterverbandes.

einheitlichung ist Ausdrucksform der Einsicht in die Notwendigkeit einheitlichen Vorgehens, ist demzufolge auch Ausdrucksform des Begreifens bisher berufs- oder standesspezifischer Probleme als klassenmäßige, gesellschaftliche. "Die erste Ursache ihrer Ohnmacht und ihrer erdrückenden Zustände ist die Vereinzelung der Arbeiter, einzeln sind sie den Kapitalisten gegenüber Ziffern, die er auf seinem Rechenbrett nach Belieben auslöscht oder anschreibt, verbunden sind sie die Herren der Welt. Treten die Arbeiter erst gemeinsam, als Klasse mit ihren Forderungen hervor, alle nach einem und demselben Plan, so erzittert die Erde unter ihrem Schritt, so ist die letzte Stunde des Despotismus gekommen."[1] Die Organisation wurde mit der nationalen Ausweitung auch zentralisierbar. Die Eigenschaften gezielter Leitungstätigkeit treten hervor.

2.1.4 Zusammenfassung: Gesellenverband - Vorform der Gewerkschaft

Die Gesellenbewegung konnte sich bereits auf Organisationen stützen, die selbst, ohne schon gewerkschaftlichen Charakter zu haben, immerhin die Organisierung als solche und die Einsicht und Erfahrungen in die Kraft, welche sie der Interessendurchsetzung verlieh, erleichterte. "Es gab ländliche Schutzgilden, religiöse Brüderschaften, gewerbliche

---

[1] S.Born, Die soziale Frage, zitiert in: M.Quark, Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49, Leipzig 1924, S. 381.

Vereine, Fechtergilden, Ritterbünde, ja selbst Straßenräubergilden."[1]

Aufbauend auf diesen strukturellen Vorgaben wechselten sie, anfangs "über alle Maßen harmlos", allmählich die Funktion[2]. Das Lebensniveau und die soziale Unsicherheit in der Umbruchphase zwischen Feudalismus und Kapitalismus, zwischen Zunft und Fabrik förderte die Umwandlung geselliger Vereine in "Unterstützungen mannigfacher Art, Krankenunterstützungen, Invalidenunterstützungen"[3]. So begann der Wandel auf reiner Standesehre bedachter Kooperationen in Solidargemeinschaften, die sich "auch eine caritative Betätigung zur Aufgabe machten".[4]

Die engen Aufstiegsmöglichkeiten des starren, patriarchalischen Zunftwesens verschlossen den meisten Gesellen den Meisterstand[5]. Der Hauptzweck der Zünfte, die Konkurrenz unter den Handwerkern einzuschränken, führte zu Organisationen mit durchaus politischer Macht. Die verschiedenen

---

[1] Braun, a.a.O., S. 7.

[2] H.Müller, a.a.O., S. 469.

[3] Braun, a.a.O., S. 7.

[4] Todt/Radandt, a.a.O., S. 39; Vgl. Mottek, a.a.O., Bd. I, S. 174.

[5] Zwing, a.a.O., S. 17 f; Mottek, a.a.O., Bd. I, S. 312 f; Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 1, S. 317 ff.

Maßnahmen, "konnten ihrer Natur nach nicht von den Zünften direkt, sondern mußten vielmehr von der öffentlichen Gewalt der Stadt ausgehen, sich also im Rahmen der städtischen Wirtschaftspolitik vollziehen."[1] Es entstanden Regeln bezüglich des Verkaufs der Waren und des Einkaufs von Rohstoffen; die Ausübung eines bestimmten Gewerbes blieb den Mitgliedern der zuständigen Zunft vorbehalten; der Beitritt in die Zunft wurde durch die Beschränkung der Mitgliederzahl erschwert und bestimmten gesellschaftlichen Gruppen ganz unmöglich gemacht.[2]

Das hatte zur Folge, daß aus der Unterstützungskasse bald Kampforganisationen der Gesellen und Handwerksburschen wurden, deren Methoden und Ziele durchaus gewerkschaftlichen Charakter trugen. Sie sicherte ihnen "eine Zeitlang nicht selten eine den Meistern gleichberechtigte Stellung in der Zunft, .. Einflußnahme auf wirtschaftlichen Fragen (Arbeitsbedingungen, Arbeitsnachweis, Lehr- und Wanderzeit u.a.) .., ohne indes letzten Endes ihre soziale und wirtschaftliche Situation auf die Dauer ändern zu können "[3]. Der gewerkschaftsähnliche Charakter der Gesellenbruderschaften war entsprechend der nur in Ansätzen herausgebildeten kapitalistischen Produktionsweise mit Standesprinzipien und Fachegoismus vermischt. Wir finden eine noch stark zünftig organisierte Produktion vor, die allerdings "in ständigem Rückgang" begriffen war. "Es gab deshalb im Gewerbe außer der mehr oder minder durch kapitalistische Ausbeutung beherrschten

---

[1] Mottek, a.a.O., Bd. I, S. 176.

[2] ebenda, S. 174 ff; Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 1, S. 17 f.

[3] Todt/Radandt, a.a.O., S. 39.

Warenproduktion ... noch einen großen Sektor der zünftigen wie nicht-zünftigen, vorwiegend ländlichen einfachen Warenproduktion."[1] Die Entwicklung der kapitalistischen Produktivkräfte wurde dementsprechend durch den Widerstand des in seiner Existenz bedrohten Handwerks- und Zunftwesens behindert.[2] Die "Einstellung der Gesellen, die während des 17. und 18. Jahrhunderts oft auch auf das Verhältnis der Einheimischen zu den Fremden ausgedehnt wurde, ist zum Teil aus der Mentalität der ständischen Überlieferung zu verstehen, die wiederum auf wirtschaftliche und soziale Ursachen zurückzuführen ist."[3]

Die Ziele der Gesellenkooperationen änderten sich mit der Verschlechterung ihrer Lage in zweifacher Hinsicht: Der Adressat nahm genauere Gestalt an in Form der Prinzipale und Meister. Ursprünglich intern geregelte Hilfeleistungen im Rahmen der Unterstützungskassen schlugen um in Forderungen nach Lohnerhöhungen, und wurden so zu konkreten Kampfzielen. Hier, wie aber noch mehr in den zunehmenden Abwehr - und Protestmaßnahmen gegen Lohnkürzungen, zeigte sich die Herausbildung der Erkenntnis des Wesentlichen der patriarchalisch ausgeformten und geregelten Meister-Knecht-Verhältnisse als Herrschafts- und ökonomisch gebundene Beziehung. Aber auch dieses Einordnen der eigenen sozio-öko-

---

[1] Mottek, a.a.O., Bd. I, S. 314; ebenda, Bd. II, (Von der Zeit der Französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen Reichsgründung), S. 66 f, 84; Kuczynski, Die Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 1, S. 68 f.

[2] Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 1, S. 145 f.

[3] ebenda, S. 41. Nicht geteilt werden kann die Auffassung von Zwing, a.a.O., S. 19, der von unbekanntem Klassenbewußtsein und verlorenem Standes- und Berufsbewußtsein spricht.

nomischen Position führt noch nicht oder nur gelegentlich zu Erscheinungen eines Klassenbewußtseins. Der direkte Gegner war ja in den meisten Fällen der Zunftmeister. "Die Bewußtseinsbildung der arbeitenden Klasse - war uneinheitlich wie ihre Zusammensetzung. Im Vormärz stand einer Minderheit von Fabrikarbeitern noch eine bedeutende Mehrheit von Gesellen und Handwerksgehilfen gegenüber.[1)] Entsprechend dem unterschiedlicher Entwicklungsstand der einzelnen Produktionszweige, in denen die Arbeitenden tätig sind, haben sie auch ein unterschiedliches Bewußtsein ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung entwickelt. Die eigentlichen Zunftschichten verharrten vielfach noch in wirtschaftlicher Reaktion. Dort, wo neben Zunftgesellen unzünftige Arbeiter auftraten, wandte man sich häufig ebenso unbedenklich im

---

[1)] Vgl. S. 3 f dieser Arbeit; nach den 3 wichtigsten Produktionszweigen aufgeschlüsselt ergibt sich folgendes Bild:

Beschäftigung freier nichtlandwirtschaftlicher Arbeiter in Deutschland, 1800 bis 1848

Jahr	Handwerk	Industrie	Bergwerke[1]	Insgesamt
1800	100000[2]	50000[2]	25000[2]	85000[2]
1816	100000[2]	100000[2]	50000[2]	250000[2]
1832	125000[3]	250000	75000	450000
1848	300000[3]	600000	100000	1000000

[1] einschließlich Steinbrüche.

[2] Maximalzahlen.

[3] Gegenüber vorangehenden Schätzungen habe ich diese Zahl auf 300000 erhöht, um der Gesetzgebung von 1845 für Preußen besser Rechnung zu tragen.
(Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 1, S. 222).
Über den Verlauf der Produktivkraftentwicklung geben folgende Zahlen Aufschluß: Es stiegen im Zeitraum 1800 - 1840 die Produktion von Kohle um mehr als das 11-fache, die von Roheisen um fast das 5-fache, von Produktionsgütern um das 2,3-fache und in der Eisenindustrie mehr als 10 mal. (Nach ebenda, S. 90 ff)

rückschrittlichen Sinne gegen die eigenen Klassengenossen wie im eigenen Interesse gegen die Meister."[1] Ihm gegenüber hatten die Gesellen eine Art "instinktives Klassenbewußtsein"[2] entwickelt.

---

[1] Todt/Radandt, a.a.O., S. 50.

[2] Braun, a.a.O., S. 4.

2.2 Nationalisierung - Internationalisierung

2.2.1 Gesellschaftsbild der nationalen und internationalen Verbände

Das Gesellschaftsbild der nationalen und internationalen Verbände verliert mit der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation die Reste ständischer Vorstellungen, die noch die Nationalen Buchdrucker - und Zigarrenverarbeiterverbände der Revolutionsjahre mitbestimmt hatten. "Diesen Gewerbe-Vereinen wurde es jetzt zum klaren Bewußtsein gebracht, einerseits, daß sie, ohne es zu wissen, Mitte der Organisation der Arbeiterklasse seien, und daß sie über ihren unmittelbaren nächsten Zwecken nicht den allgemeinen Zweck, die vollständige politische und soziale Emanzipation der Arbeiterklasse, vergessen dürften. Ebenso wurde ihnen andererseits klar, daß ohne internationale Verbindung kein schließlicher Erfolg möglich sei, und daß die Arbeiterbewegung ihrer Natur nach über die Staats- und Nationalitätsschranken übergreife."[1)]
Die Nationalisierung und Internationalisierung brachte die im Entstehen begriffenen Gewerkschaften zusätzlich zu ihrer eigenen politischen Haltung in direkten Kontakt zur sozialistischen Politik.
Entsprechend der Tatsache, daß der Anstoß zur Gründung reiner Gewerkschaftsorganisationen von politischen Organisationen ausging, war der Kontakt notwendigerweise von Anfang an intensiv. Die Internationale Gewerksgenossenschaft ging auf den VDAV B e b e l s und L i e b k n e c h t s zurück[2)], die

---

[1)] W.Eichhoff, Die erste internationale Arbeiterassoziation. Ihre Gründung, Organisation, politisch-soziale Tätigkeit und Ausbreitung, Berlin 1868, S. 30.

[2)] Braun, a.a.O., S. 56 ff; H.Müller, a.a.O., S. 113 f, 167 f; Zwing, a.a.O., S. 41 f; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 1, S. 269.

Deutschen Arbeiterschaften auf den ADAV L a s s a l l e s c h e r Provienz[1], die H i r s c h - D u n k e r s c h e n - Gewerksvereine auf die liberale Fortschrittspartei[2]. Die politischen Organisationen und Parteien hatten sich ihrerseits über den Stellenwert gewerkschaftlicher Organisation im Rahmen ihrer programmatischen Gesellschaftsanalysen zumindestens äußern müssen, wenn nicht wie bei der IAA und dem VDAV gar explizit die Organisierung nationaler und internationaler Gewerkschaften von ihnen ausgegangen war. So bestimmten in der nunmehr den nationalen und internationalen Grad der Entwicklung erreichten Gewerkschaftsbewegung bereits vorgegebene gesellschaftliche Analysen und Theorien. Außer den genannten entstanden bereits 1869 internationale Berufsverbände, die Vorformen der heutigen IBS bilden. So die Internationale Metallarbeiterschaft in Hannover.[3] Dringender wird die Notwendigkeit internationaler Gewerkschaftsverbände mit der wirtschaftlichen Machtzunahme des Kapitals, so daß der Generalrat der IAA explizit erklärt, "1. daß der Kampf der Arbeit gegen das Kapital weder ein lokaler noch ein nationaler ist, sondern ein Problem, das alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft existiert, 2. daß ein internationales Verständnis zwischen den Kapitalisten zur Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse besteht, und daß deshalb die Widerstandsversuche der Arbeiter meist scheitern aus Mangel an Solidarität zwischen den verschiedenen Teilen der Arbeiter in jedem Lande

---

[1] Braun, a.a.O., S. 23; H.Müller, a.a.O., S. 137 ff; Zwing, a.a.O., S. 39 f; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 1, S. 268.

[2] N.Auerbach, Marx und die Gewerkschaften. Berlin-Leipzig 1922, S. 61; H.Müller, a.a.O., S. 157 f; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 1, S. 267 f.

[3] Programm des Verbandes deutscher Arbeitervereine, angenommen auf dem Nürnberger Vereinstag, in: Institut für Marxismus-Leninismus bei ZK der SED/Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPDSU, Die 1. Internationale in Deutschland (1864-1872), Berlin/DDR 1964, S. 442 (im folgenden 1. Internationale). Über die weitere Entwicklung der europäischen internationalen Gewerkschaftsentwicklung s. a. Zwing, a.a.O., S. 206 f.

und durch die Abwesenheit eines brüderlichen Bandes der Vereinigung zwischen den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder..."[1] Die Internationalen Gewerksgenossenschaften als der Hauptstrang der deutschen Gewerkschaftsbewegung stützen sich auf die in der Inauguraladresse der IAA bzw. ihrer Provisorischen Statuten und in dem Protokoll des Nürnberger Verbandstages der VDAV 1868, der sich den Prinzipien der IAA angeschlossen hatte, niedergelegten Prinzipien. Weiter liegen eine Reihe prinzipieller, programmatischer und theoretischer Äußerungen in den einzelnen Schriften der IAA vor, insbesondere in "Der Vorbote". Politische und ökonomische Zeitschrift. Zentralorgan der Sektionsgruppe Deutscher Sprache der Internationalen Arbeiterassoziation". Die für die deutsche Gewerkschaftsbewegung relevanten ideologischen Prinzipien können wir dort insbesondere der "Denkschrift der deutschen Abteilung (Genf) der Internationalen Arbeiterassoziation", die als Fortsetzung in mehreren Heften des Jahrgangs 1866 enthalten ist, entnehmen.

Die Internationalen Gewerksgenossenschaften gehen, als Bestandteil der IAA, von einer in antagonistischen Klassen strukturierten Gesellschaft aus, in der die Klasse der Besitzer der Produktionsmittel die Herrschaft ausübt. "Die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopolisten (dem ausschließlichen Besitzer) der Arbeiterwerkzeuge bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung der der politischen Abhängigkeit."[2] Damit folgt sie der von M a r x (und E n g e l s) schon im Kommunistischen Manifest aufgestellten Analyse der kapitalistischen Gesellschaft als einer spezifischen Klassengesellschaft, auf der M a r x auch seine für und im Namen der IAA veröffentlichten Schriften aufbaut, und in denen er davon ausgeht, "daß die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, der

---

[1] "Volksstaat", Nr. 19, 5. 3. 1873; vgl. S. 63 dieser Arbeit.

[2] 1. Internationale, a.a.O., S. 249.

Knechtschaft in allen ihren Formen zugrunde liegt - allem gesellschaftlichen Elend, aller geistigen Verkümmerung und politischen Abhängigkeit ..."[1]

Dem Besitz an Kapital stellt sie einen nun ausgearbeiteten Begriff der Arbeit gegenüber. Das Verständnis der Arbeit als der alle Werte der Gesellschaft schaffenden Kraft legitimiert sie in ihrer Folgerung, daß die Abschaffung von Ausbeutung und sozialer Ungleichheit nur über die bewußte Vergesellschaftung dieses Faktors zu erreichen ist. Dies führt nicht nur zu der Folgerung, daß die Bourgeoisie als Klasse der nicht arbeitenden, "auf Kosten der Kraftverwendung seiner Mitmenschen"[2] lebenden Klasse "expropriiert" werden müsse. Die Arbeit und ihr Wesen setzt die Maßstäbe für Gerechtigkeit. Als Quelle allen Wohlstandes - so J. Ph. Becker - muß sie und ihr Ergebnis im adäquaten Verhältnis zur erbrachten Leistung von der Gesamtgesellschaft organisiert und verteilt werden. "Organisation der Arbeit bedeutet gemeinschaftlichen Betrieb der Arbeit und Gleichberechtigung am Genusse der Früchte der Arbeit und demgemäß Verwirklichung der Solidarität."[3] Durch die Aufteilung der Gesellschaft in Klassen jedoch ist die Arbeit "bisher zum Fluche des Fleißes der Arbeiterklasse und zum Segen des Müßigganges bevorzugter Stände ausgefallen"[4].

---

[1] K.Marx: Provisorische Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation, MEW Bd. 16, S. 14.

[2] Der Vorbote, Nr. 2, Februar 1866.

[3] ebenda, Nr. 3, März 1870.

[4] ebenda, Nr. 2, Februar 1866.

Mehr als in der vorgewerkschaftlichen Phase wird mit der gesellschaftlichen Analyse das prozessuale Moment der Veränderung verbunden. Über der Entwicklung als Polarisierung, als "unaufhaltsam und fortgährende(r) soziale(r) Entwicklung- und Klassenscheidungsprozess"[1], in "zwei sich ihrer Stellung und Interessen bewußten Klassen - Bourgeoisie und Proletariat"[2] ist die Entwicklung der Mittelschichten als gesetzmäßiges Absinken in das Proletariat begriffen[3]. Den beiden Hauptklassen werden konkrete Merkmale zugeschrieben, die dem Entwicklungsstand der kapitalistischen Gesellschaft (Ende der Phase der freien Konkurrenz) entsprechen. Die Klasse der Kapitalisten ("Repressionspartei") "rekrutiert sich aus allen Elementen der Kapital- und Güterbesitzer ...". Die Klasse des Proletariats ("Regenerationspartei") besteht aus "allen Elementen der Arbeiter- und unter dem Drucke der Gegenpartei unmittelbar schmachtenden Klassen, sodann aus einem Teile des Mittelstandes, weil er zur Erkenntnis gekommen durch die fortschreitende Kapitalmacht und Großindustrie ohne Erbarmen in den Schoß des Proletariats geschleudert zu werden ...", aber auch aus Mitgliedern "der begüterten Stände" und "die studierende und gebildete Jugend", die sich trotz ihrer klassenmäßigen Verschiedenheit mit dem Proletariat solidarisieren.[4]

Über den Verlauf des historischen Prozesses, seiner Tempi und seines notwendigen Charakters liegen ebenfalls konkrete Angaben vor. Er läuft entscheidend im ökonomischen Bereich ab[5],

---

[1] ebenda, Nr. 6, Juni 1869; ebenda, Nr. 5, Mai 1870.

[2] ebenda, Nr. 9, September 1869.

[3] ebenda, Nr. 5, Mai 1870; Nr. 6, Juni 1870.

[4] ebenda, Nr. 6, Juni 1869.

[5] ebenda.

verläuft aufgrund der Akkumulierung von Kapital und Verarmung bzw. sozialer Angleichung immer breiterer Bevölkerungsteile sowohl durch das Kapital ausgelöst als auch perspektivisch gegen das Kapital[1], er endet nicht mit der Reformierung sondern hat die "obwohl allmählich, völlige Umwälzung" zum Ergebnis[2]. Der revolutionäre Prozess ist identisch mit der Arbeiterbewegung[3], entwickelt sich wie diese schon in der alten Gesellschaft und baut auf der bürgerlichen Revolution auf[4].

Aus der sozio-ökonomischen Lage des Proletariats ergibt sich, daß seine zahlenmäßige Stärke, der einzige wirkliche Vorteil ist, dessen es sich gegenüber der über alle sonstigen Mittel verfügenden Kapitalisten bedienen kann. Aus dieser Tatsache und unter Rückgriff auf entsprechende Erfahrungen gerade der feudalen Gesellschaftsformation leitet die entstehende Gewerkschaftsbewegung die Notwendigkeit der Organisation ab, als unumgängliche Voraussetzung effektiven Widerstandes. Auch in diesem Punkt besteht also Übereinstimmung mit M a r x , der in seiner Inauguraladresse die Organisierung der Arbeiterklasse zur IAA begründete: "Ein Element des Erfolges besitzen sie, die Zahl. Aber Zahlen fallen nur in die Waagschale, wenn Kombination sie vereint und Kenntnis sie leitet. Die vergangene Erfahrung hat gezeigt, wie Mißachtung des Bandes der Brüderlichkeit, welches die Arbeiter der verschiedenen Länder verbinden und sie anfeuern sollte, in allen ihren Kämpfen für Emanzipation fest beieinander zu stehen, stets gezüchtigt wird durch die gemeinschaftliche Vereitlung ihrer zusammenhanglosen Versuche."[5]

---

[1] ebenda, Nr. 5, Mai 1870; ebenda, Nr. 6, Juni 1869.

[2] ebenda, Nr. 6, Juni 1866; ebenda, Nr. 3, März 1870; ebenda, Nr. 5, Mai 1870.

[3] ebenda, Nr. 3, März 1870.

[4] ebenda, Nr. 5, Mai 1870.

[5] Marx, Inauguraladresse der internationalen Arbeiter-

2.2.2 Funktionsbestimmung der Gewerkschaftsorganisation

Die Verbindung der Internationalen Gewerksgenossenschaften mit politischen Organisationen in der IAA bzw. ihre Installierung im Gefolge politischer Parteien war jedoch mit einer eindeutigen Funktionsstimmung der Gewerkschaften verbunden. Die systemimmanente Begrenztheit des der Gewerkschaften zugeordneten ökonomischen Kampfes war einer der Hauptbestimmungsgründe und deutet auch gleichzeitig an, wie sich die Gewerkschaftsbewegung im gesamten Veränderungsprozess der Gesellschaft verstand: Als selbständige Organisation parteipolitischer Unabhängigkeit, jedoch politischer Konformität mit der revolutionären Sozialdemokratie. Eine Grundlinie, die B e b e l später im Rückblick meinte, wenn er sagte, daß die Gewerkschaft, "um ihre Aufgabe erfüllen zu können, die möglichst größte Zahl der Gewerksgenossen, am besten alle, in sich aufnehmen müsse, was ihr nur möglich sei, wenn sie von eigentlicher Parteipolitik fernhalte, sich nicht als A n h ä n g s e l irgendeiner politischen Partei betrachte. Aber P a r t e i m a n n solle auch der Gewerkschaftler sein, nicht als Gewerkschafter, s o n d e r n a l s k l a s s e n b e w u ß t e r A r b e i t e r , der Glied eines Staats- und Gesellschaftswesens ist, daß ihn als Arbeiter behandelt und mißhandelt."[1)]

Der Stellenwert innerhalb der Gesellschaft ist für die herrschende Richtung der damaligen deutschen Gewerkschaftsbewegung somit innerhalb der oppositionellen Richtung festgelegt.

---

assoziation, in: MEW Bd. 16, S. 12 f; vgl. derselbe, Provisorische Statuten, a.a.O., S. 14; vgl. derselbe, Instruktionen für die Delegierten des provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen, ebenda, S. 196.

[1)] A.Bebel, Gewerkschafts-Bewegung und politische Parteien, Stuttgart 1900, S. 6, 14, 19, 26; vgl. auch Auerbach, a.a.O., S. 104.

Die Theorie und Politik dieser politischen Richtung betrachtet die Arbeiterklasse als revolutionäre Kraft, deren Aufgabe es sei, die Herrschaft der Produktionsmittelbesitzer durch die Eroberung des Besitzes an Produktionsmitteln, d. h. ihre Vergesellschaftung durch Überführung in Gemeineigentum, zu brechen. Die Gewerkschaften betonen von daher gemeinsam mit der politischen Organisation auf nationalem wie internationalem Gebiet, "daß die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse daher der große Endzweck ist, dem jede politische Bewegung als Mittel, unterzuordnen ist ..."[1)]
Dabei ist jedoch diese Unterordnung zunächst als eine von zwei sich bedingenden Kampfformen verstanden worden, also Unterordnung im Sinne der Zuordnung. So erklärt der Kongress der IAA 1867 in Lausanne, "1. daß die soziale Emanzipation der Arbeiter untrennbar ist von ihrer politischen Emanzipation; 2. daß die Herstellung der politischen Freiheiten eine erste Maßnahme von unbedinger Notwendigkeit ist "[2)]. Den Gewerkschaften "wurde es zum klaren Bewußtsein gebracht, .. daß sie ... Mitte der Organisation der Arbeiterklasse seien, und daß sie über ihren unmittelbaren nächsten Zwecken nicht den allgemeinen Zweck, die vollständige politische und soziale Emanzipation der Arbeiterklasse, vergessen dürften."[3)] In dem selben Sinn sieht der VDAV diesen Zusammenhang und gibt ihm unter anderem sowohl als Begründung für seinen Anschluß an die Internationale als auch für die Gründung eigenständiger Gewerkschaften an, die ebenfalls Mitglieder der Internationale werden[4)].

Eingebaut in diese allgemeine gesellschaftliche Strategie

---

1) Marx, Provisorische Statuten, a.a.O., S. 14.

2) 1. Internationale, a.a.O., S. 170.

3) Eichhoff, a.a.O., S. 30; vgl. auch H.Marx, Lohn, Preis und Profit, MEW Bd. 16, S. 152; vgl. derselbe,Instruktionen, a.a.O., S. 197.

4) 1. Internationale, a.a.O., S. 235.

der Arbeiterklasse erhalten sie von daher ihre Funktion als "Organisationszentren der Arbeiterklasse"[1]. So betrachtet erhält die Gewerkschaftsorganisation die doppelt klassenmäßig betonte Aufgabe, die Konkurrenz untereinander aufzuheben und den "Guerillakampf zwischen Kapital und Arbeit" zu führen[2]. Die errungenen Erfolge, über die noch die Rede sein wird, sollen die Ausgangspunkte der Arbeiterklasse sein, ihre Lage weiterhin zu heben. Der Begriff "Guerillakampf" oder "unvermeidlicher Kleinkrieg"[3] oder "veritabler Bürgerkrieg"[4] und ähnliche Polemik gibt einen deutlichen Hinweis auf den konfliktuellen Charakter, den die Aufgaben und Funktionen der Gewerkschaften in der Theorie der revolutionären Sozialdemokratie haben. Er weist auch darauf hin, daß der Kampf um die ökonomischen und sozialen Verbesserungen keine endgültige Lösung darstelle und auf dem Wege dazu mit einmal erreichten Tageszielen nicht beendet sei, sondern sich fortsetzt in der Verteidigung des gewonnenen Standes und Erhöhung desselben sowie der Erhaltung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen.

Entsprechend der M a r x s c h e n These, daß die ökonomischen Bedürfnisse vorrangig bestehen, sollen die Gewerkschaften den Zustand schaffen, in dem der Arbeiter der existenziellen Sorgen enthoben oder aber erleichtert, Zeit gewinnt seinen kulturellen und politischen Interessen nachzugehen.[5] Hier läßt sich die Wechselseitigkeit zwischen dem ökonomischen und dem politischen Kampf erkennen, schafft der eine doch die Bedingungen des anderen. Die klare Funktions-Unterscheidung zwischen den Gewerkschafts- und der politischen

---

1) Marx, Instruktionen, a.a.O., S. 197.

2) ebenda, vgl. auch derselbe, Das Elend der Philosophie, MEW Bd. 4, S. 180.

3) Marx, Lohn, Preis und Profit, a.a.O., S. 152.

4) derselbe, Das Elend der Philosophie, a.a.O., S. 180.

5) "Der Volksstaat" (Leipzig), 27. 11. 1869; vgl. auch Bericht

Organisation bedeutete also keine Trennung voneinander. Die Praxis wie auch die Forderung innerhalb der gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen beweisen dies - für diesen Zeitraum - deutlich.

2.2.3 Konkrete Zielsetzungen

Programmatisch setzte die IAA für die Gewerkschaften Ziele und Forderungen, die sich als konkretisierte Handlungsimplikationen ihrer von M a r x und E n g e l s geprägten Gesellschaftstheorie und Ideologie bezeichnen lassen. Im Rahmen der akzeptierten Zielsetzung "zur Abschaffung des Lohnsystems"[1] stellten sich der revolutionär-sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung eine Anzahl konkreter Einzelaufgaben. Wesentlich sind hierbei die Frage des Lohns, der Arbeitszeit und des Genossenschaftwesens, das wir als ein Bemühen um die Regelung der Probleme der erweiterten Reproduktion bezeichnen können.[2] Dabei sind alle drei Grundforderungen komplementären Charakters. Der Verkauf der Arbeitskraft als Ware ergibt sich als existenzielle Notwendigkeit der Individuen des kapitalistischen Gesellschaftssystems. In der - oben schon ausgeführten - Natur der Arbeit als invariante Voraussetzung für die Realisierung des Produktionszwecks des Kapitalisten liegt andererseits die Möglichkeit der Beeinflussung ihrer Bedingungen durch den Verkäufer der Arbeitskraft.

---

der Einigungskonferenz der Gewerkschaften von Gotha 1875 vom 6. Juni in: "Neuer Sozialdemokrat" und "Volksstaat":"Obgleich die gewerkschaftlichen Organisationen nicht vermögend sind, die Lage der Arbeiter durchgreifend und auf die Dauer zu verbessern, so sind sie doch immerhin geeignet, die materielle Lage derselben zeitweise zu heben, die Bildung zu fördern, und sie zum Bewußtsein ihrer Klassenlage zu bringen."

[1] Marx, Lohn, Preis und Profit, a.a.O., S. 152; zur Aufzählung konkreter Gewerkschaftforderungen vgl. auch Bebel, a.a.O., S. 14 f.

[2] vgl. ebenda.

Bei der Forderung nach Beschränkung der Arbeitszeit können sich die Organisationen der Internationale sofort vereinheitlichen, weshalb die Forderung auch in den Materialien des Genfer Kongresses erscheint.
Bei Lohnforderungen sind jedoch - natürlicherweise - die über die internationalen Unterschiede hinausgehenden nationalen, d. h. also wirtschafts- und produktionsspezifischen Bedingungen zu beachten gewesen. Sie sind - zumal der Entwicklungsstand der kapitalistischen Produktionsweise sich international erheblich unterschied[1] - nicht vergleichbar im Sinne der Verallgemeinerung. Hier mußten - und müssen auch in der gegenwärtigen Situation der Gewerkschaftsbewegung - gesonderte, bei Produktionszweigen unterschiedene Forderungen gesetzt werden.

Dagegen sind Forderungen nach Einschränkung der Arbeitszeit eher verallgemeinerbar, was seine Ursache zunächst in den Grenzen der "Gesundheit und körperlichen Energie" hat. Ziel dieser Forderung ist unabhängig von der Gesundheit selbst die damit verbundene "Möglichkeit geistiger Entwicklung, gesellschaftlichen Verkehrs und sozialer und politischer Tätigkeit zu sichern" [2]. Die gewerkschaftliche Forderung der IAA zielt auf den Achtstundentag. In der Begründung wird hervorgehoben, daß man sich hiermit den "Arbeitern der Vereinigten Staaten von Amerika" anschließe und die IAA dies "zur allgemeinen Forderung der Arbeiterklasse der gesamten Welt" erhebe.[3] Die Arbeitszeitregelung und ihre Funktion für die Qualifikation der Arbeitskraft erfährt besonderes Gewicht in der Begründung der Forderung nach Einschränkung der Kinderarbeit. Die Bildungsmöglichkeiten

---

[1] Vgl. S. 101 dieser Arbeit.

[2] Marx, Instruktionen, a.a.O., S. 192.

[3] 1. Internationale, S. 147.

der älteren Generation, vermehrt durch Herabsetzung der Arbeitszeit, bedingen die Möglichkeiten der Erziehung der Kinder, die sowohl "geistige Erziehung" als auch "körperliche Erziehung" sowie "polytechnische Ausbildung" umfassen soll. "Die Verbindung von bezahlter produktiver Arbeit, geistiger Erziehung, körperlicher Übung und polytechnischer Ausbildung wird die Arbeiterklasse weit über das Niveau der Aristokratie und Bourgeoisie heben", prognostiziert der Genfer Kongress der IAA.[1] Die Forderungen nach Garantie durch den Staat in Gesetzesform stellt die Gewerkschaftsbewegung in bewußte Opposition nicht nur zum Gegner in der Produktionssphäre, sondern gibt gleichzeitig zu erkennen, in welcher Funktion der Staat und seine politischen Entscheidungen gesehen werden.[2]

Die Kämpfe um den L o h n entspringen doppelter Erfahrung. Sie stellen den Widerstand gegen direkte Lohnsenkungen oder indirekte Lohnverschlechterung durch Preise und Steuern dar. Die Krisen der kapitalistischen Entwicklung zwingt den Arbeiter anfangs ausschließlich um die oben genannte Sicherung des Existenzminimums zu kämpfen. Erst in Prosperitätszeiten kann er es sich leisten, seinen Anteil am allgemeinen Wohlstand zu fordern, "den Lohn nach dem Profit des Arbeitgebers zu regulieren, ihn zu erhöhen, wenn gelegene Zeit kam ..."[3] Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung ist voll mit Beispielen der Kämpfe gegen direkte Lohnkürzungen, denen die Arbeiter vor der Stabilisierung gewerkschaftlichen Handelns (und Bewußtseins) in lokalen, nationalen und internationalen Organisationen ausgesetzt waren. Wir können das an dieser Stelle nur feststellen und auf die Literatur im Anhang, zum

---

[1] Marx, Instruktionen, a.a.O., S. 195.

[2] ebenda, S. 194.

[3] F.Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England, MEW Bd. 2, S. 433.

Teil auch im nächsten Kapitel, verweisen. Der Genfer Kongress stellte zur Gewerkschaftsfrage fest, daß die Frage des Lohnes (und der Arbeitszeit) zunächst das "unmittelbare Ziel der Gewerksgenossenschaften" sind (und warnt gleichzeitig davor, bei diesem stehen zu bleiben).[1] "Ohne den Widerstand durch die Trades Unions erhält der Arbeiter nicht einmal das, was ihm nach den Regeln des Lohnsystems zusteht. Nur die Furcht vor den Trades Unions kann den Kapitalisten zwingen, dem Arbeiter den vollen Marktwert seiner Arbeitskraft zu zahlen", so gibt E n g e l s den damaligen Diskussionsstand wieder.[2]

2.2.4 Kampfmittel der Gewerkschaften - praktisch entwickelt und theoretisch eingeordnet

Die Institutionalisierung gewerkschaftlicher Handlungszüge in systematische Programmierung und feste Organisationen sind Folge und Ursache, Ziel und Mittel des Streiks. Historisch gesehen stehen Streik und gewerkschaftliche Organisation in einem Wechselverhältnis, das sich dadurch kennzeichnet, daß erfolglose bzw. spontane und dadurch in ihrer Wirkung behinderte Streiks die Notwendigkeit der Bildung von Organisationen aufscheinen ließen und somit einen zweiten konkreten ursächlichen Faktor außer der sozialen Absicherung in Unterstützungskassen darstellten.
Dieses - wie oben betont - naturgemäß einzig wirksame Kampfmittel ist in einer Fülle von Publikationen gerade in der Zeit der Nationalisierung und Internationalisierung behandelt worden. Die Diskussion um den zweckmäßigen Einsatz dieses Mittels be-

---

1) Marx, Instruktionen, a.a.O., S. 196. Vgl. auch als statistisches Beispiel die Angaben auf Seite 14 (Fußnote).

2) Engels, Das Lohnsystem, MEW Bd. 19, S. 253.

sonders hinsichtlich seines Stellenwertes innerhalb des gesellschaftlichen Veränderungsprozesses, also seiner politischen und ökonomischen Doppelfunktion, war und ist erklärlicherweise mit großer Intensität stark kontrovers geführt worden. Die Streikpraxis ließ nachweislich den Streik in seinen Mittel-Charakter hervortreten und gab den entsprechenden Parteien in der Diskussion Hinweise für die Richtigkeit ihrer Einschätzung.

Die Gewerkschaftsbewegung setzt den Streik bewußt und organisiert ein, und hierbei bewiesen sich in der Praxis konkret das nunmehr internationale Wesen der deutschen Gewerkschaftsbewegung und die praktische Richtigkeit der programmatisch festgelegten Zielsetzungen gewerkschaftlicher Organisation[1]. Dabei ist zu beachten, daß in dieser Zeitperiode ein Streik zwangsläufigerweise in seinem Beginn nur spontanen Charakter tragen konnte, d. h. nicht organisatorisch offen vorbereitet werden konnte: Streiks waren illegal. Wir stellten bereits fest, daß die überwiegende Anzahl der Streiks Lohnstreiks waren. Das gilt damals wie heute und ist von uns begründet worden.[2]

---

[1] Für den Zeitraum zwischen 1848 und 1859 weist Todt 148 Streiks nach, a.a.O., S. 118; vgl. Kuczynski, Lage der Arbeitern, a.a.O., Bd. 2, S. 38 f. Für den Zeitraum 1859 - 66 finden wir 85 Streiks in Todt, ebenda und Kuczynski, ebenda, S. 98 f, der dort auch eine deutliche Steigerung der Lohnstreiks anmerkt: 1850-56: 23, 1857: 38, 1858-66: 80. Für die Zeit 1864 - 73 weist H.Müller, a.a.O., XXXf 211 Streiks nach, von denen sich 153 auf die Großindustrie und 58 auf das Handwerk verteilten. "Gefordert wurde am meisten eine Lohnerhöhung. Nur um solche drehte es sich in 93 Fällen, während es sich in 7 Fällen nur um Verkürzung der Arbeitszeit handelte. Natürlicherweise waren oft verschiedene Forderungen miteinander verbunden; deshalb tauchen Lohnforderungen in insgesamt 156, Arbeitszeitveränderungen in insgesamt 48 Bewegungen auf. (...) Die meisten der angegebenen Streiks waren in der Zeit nach der Reichsgründung. Sie verteilen sich folgendermaßen: 1864: 1, 1865: 3, 1866: 0, 1867: 1, 1868: 2, 1869: 11, 1870: 13, 1871: 38, 1872: 67, 1873: 28. Ohne Jahresangabe sind 47 angeführt, die jedoch zumeist in den Jahren 1872 und 1873 gewesen sein dürften. In 48 Fällen wurde ein voller, in 52 Fällen ein teilweiser Erfolg erzielt. Aus diesem Material

Der strategische Wert des Streiks ergibt sich aber nicht allein aus seiner Häufigkeit und seiner höheren Erfolgswahrscheinlichkeit gegenüber anderen Mitteln. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung und ihre Theorie sah in dem Streik gerade zur Zeit der Organisierung der Gewerkschaftsverbände in nationalem und internationalem Rahmen mehr als nur ein Mittel konkreter ökonomischer Zielsetzung. Die Einschätzung auch (oder gerade) erfolgloser Streiks zeigen, in welcher Relation zum Endzweck der angestrebten gesellschaftlichen und politischen Veränderung und in welcher außerökonomischen Funktion der Streik begriffen wird. So betont W. L i e b k n e c h t : "Grundfalsch ist es, die Streiks (Arbeitseinstellungen) als Zweck der Trades Unions hinzustellen. Der Streik war und ist den aufgeklärten .. Arbeitern nur ein Kampfmittel. Sie wissen, daß der Lohn unter den heutigen Produktionsmittelverhältnissen nicht über eine fest bestimmte Höhe emporzutreiben ist, und wenn sie sich zu den kolossalen Opfern, die ein Streik auferlegt, entschließen, so geschieht es einzig in der Absicht, Forderungen, die ihnen gerecht scheinen, durchzusetzen, oder Zumutungen, die ihnen ungerecht erscheinen, zurückzuweisen."[1)]

Der Brüsseler Kongress der Internationalen Arbeiterassoziation stellt ausdrücklich fest, "daß Streiks kein Mittel zur vollständigen Emanzipation der Arbeiterklasse, aber in der gegenwärtigen Situation des Kampfes zwischen Arbeit und Kapital

---

und der ökonomischen Situation (s.S. 26, 47 ff, 101 der vorliegenden Arbeit) und der Gründung nationaler Gewerkschaftsbünde ergibt sich u.E. eine klare Korrelation.

[2)] s.S. 68 dieser Arbeit; vgl. auch S. 115, 119 dieser Arbeit.

[1)] "Demokratisches Wochenblatt", Nr. 46, 14. 11. 1868.

häufig eine Notwendigkeit sind ..."[1] Die Relativierung des Streiks war nur ein Ausdruck des Verständnisses vom Verhältnis Politik-Ökonomie, das in der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung vorherrschte. "Ist der Streik auch ein wichtiges Mittel auf dem Wege zur Emanzipation der Arbeiterklasse, so kann er doch die Revolution niemals ersetzen. Sowohl von der Form als auch vom Inhalt her, wird der Streik seine Funktion nur in der Erkämpfung von Reformen finden können. Die im Streik vertretenen Ziele und Forderungen haben in der Geschichte immer nur reformerische Erneuerungen und Veränderungen im Auge gehabt."[2] Die Bedeutung des Streiks liegt nicht allein in seinem ökonomischen Erfolg, den er hervorrufen kann, vielmehr "erwächst den Gewerkschaften .. daraus die Aufgabe, jeden ökonomischen Streik so zu führen, daß er einen größtmöglichen Schritt zum Entscheidungskampf bedeutet, d.h. weitestgehende Sozialisierung des Bewußtseins bedeutet"[3].

Die Streikpraxis zeigt am deutlichsten die politischen wie auch die interlokalen und -nationalen Wesenseigenschaften der gewerkschaftlichen Strategie. Wie bei den Kampfzielen der Bewegung wurde in dieser Phase die Kommunikation der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen bezüglich der Kampfmittel intensiviert und institutionell auf Dauer gestellt. Die Unterstützungen erfolgten finanziell durch Spenden und Beiträge. Das eigene Pressewesen verhalf mit Aufrufen und ständiger Information zu Solidarisierungen, die besonders auf die Verhinderung von Streikbrecherdienste gerichtet war. Der organisierte Streikbruch wies die Arbeiter immer wieder augenscheinlich auf die Notwendigkeit internationaler Ver-

---

[1] Der Vorbote, a.a.O., Jahrg. 1868 (Nr. 11), S. 163.

[2] Lison, Streikformen, a.a.O., S. 32 f.

[3] Auerbach, a.a.O., S. 56, 67; vgl. auch identische Stellungnahmen aus der Frühzeit der Generalkommission in: ebenda, S. 114 f, 128.

einigung hin. Die internationalen Verbindungen des Kapitals, die sich allgemein mit der Zunahme an Export-Import-Beziehungen und des Verkehrswesens und insbesondere mit der Ausbeutung ausländischer Rohstoffgebiete ergaben, ermöglichten den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte, wobei die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder den Ausschlag geben mußten. Die mit der Konzentration von Produktion und Kapital einhergehende politische Machtzunahme vermittelt den Einsatz auch großräumiger, hier internationaler, Kampfmaßnahmen des Kapitals, wie uns die Beispiele unten zeigen. Dieses Mittel der Ausnutzung der durch die Besitzlosigkeit an Arbeitsmitteln in Konkurrenz zueinander gezwungenen Verkäufer ihrer Arbeitskraft bewies einmal neu die erforderliche Vereinigung auch oder gerade in den Momenten direkter Konfliktaustragung.

Das qualitativ neue Problem hierbei ist, daß zu der vorhandenen Organisation der Ziele die für den Augenblick zu schaffende Organisation der Mittel tritt: Die Abwehr oder Verhinderung von Streikbrecherdiensten wirft das Problem neuer Entscheidungen auf, die - außer an der politischen Leitlinie der Gewerkschaften, die in ihrer Theorie und ihren Programmen vorliegt - die Reaktion des Strategiegegners analysieren und umsetzen müssen, Reaktionen die nur - und nicht einmal in allen Fällen - bis zu einem gewissen Grad der Wahrscheinlichkeit prognostizierbar sind. Konkret kann das bedeuten, darüber zu entscheiden, ob die Verhinderung von Streikbrecherdiensten durch allgemeine Warnung in den Publikationsorganen oder durch Organisierung von Solidaritätsstreiks zu geschehen hat. Über die praktische Organisation zur Unterstützung streikender Kollegen in anderen Ländern liegen einer Anzahl direkter Berichte und Aufrufe, in denen die Notwendigkeit der Solidarität bewußt politisch begründet und theoretisch eingeordnet wurde, vor. Dabei spielt der Mißerfolg eines Streiks, die dadurch hervorgerufene Senkung des Lohn-

niveaus, die außerdem dadurch gegebene taktische Verkomplizierung für die nächsten Kämpfe und der Nachweis der Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiter verschiedener Nationen eine besondere Rolle. Der Aufruf und die internationalen Aktionen, wie Spendensammlungen anläßlich des Berliner Buchdruckerstreiks 1865, ist der Anfang einer langen Kette internationaler Streikstrategie[1] und steht stellvertretend für viele dieser internationalen Solidaritätsaufrufe, die unabhängig von der jeweils konkreten Aktualität Hinweise für die Verbreiterung gewerkschaftlichen Strategiebewußtseins sind.

2.2.5 Zusammenfassung: Produktivkraftentwicklung - Verbreiterung der Organisation - Zunahme an Theorie

Mit Gründung der ersten nationalen Gewerkschaftsverbände nahm die Diskussion und Reflexion des Stellenwerts der Gewerkschaft als Institution des Widerstandes gegen die herrschende Wirt-

---

[1] 1. Internationale, S. 50. Gute Beispiele bieten auch die Warnung an die deutschen Schneidergesellen von K.Marx, in: MEW Bd. 16, S. 164; der Aufruf der Berliner Schneider zur Solidarität mit den streikenden Arbeitern in London, 1. Internationale, S. 166; der Aufruf Bebels, ebenda, S. 294. Ein Hinweis für die Häufigkeit und Intensität von Solidaritätsmaßnahmen auf internationaler Ebene ist die Erwähnung von 11 Lohnkämpfen allein der britischen Arbeiter, die durch den Generalrat nur in den Jahren 1866/67 unterstützt wurden, bei U. Herrmann, Die Bedeutung einheitlicher Aktionen des Proletariats für die Durchsetzung marxistischer Prinzipien des gewerkschaftlichen Kampfes der 1. Internationale, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Protokoll der Konferenz zu Anlaß des 100. Jahrestages der Gründung der IAA vom 10./11. 9. 1964, Berlin 1964, S. 151.

schaftsformation zu. Die Nationalisierung der Berufsverbände und ihr Pendant in der internationalen Ebene ging nicht zufällig in einer Zeit vonstatten, in der das deutsche Wirtschaftssystem sich dem Entwicklungsstand des französischen und englischen immer weiter annähert, indem es einerseits von seinem Vorsprung profitierte, andererseits seine selbständige Entwicklung Kontinuität gewann[1].

Der genannte Polarisierungseffekt der Klassen, seine Ausdrucksform in der zahlenmäßigen Zunahme in der Industrieproletarier und in der Intensivierung von Ausbeutungsmethoden für diese ständig an gesellschaftlichem Gewicht zunehmenden Schichten[2], erhellt die Widersprüche aus ihrer latenten Form in gesellschaftlich sichtbare, manifeste Formen. Mit der Herausbildung einer proletarischen Klasse wuchs zwangsläufig deren Mitgliederzahl und dadurch - zusätzlich zu ihrer Repression durch die Herrschenden als Ursache der Interessenentwicklung - die Möglichkeit der organisatorischen Kombination von Individuen in Interessenkoalitionen. "Die zunehmende Zusammenballung des Proletariats in einer wachsenden Anzahl von Großbetrieben hatte in krassester, handgreiflichster Form Arbeit und Kapital gegenübergestellt."[3]

---

[1] Kuczynski, a.a.O., Bd. 1, S. 99; in den Jahren 1850 - 1860 holte Deutschland die USA und Frankreich im Welthandel ein, die PS-Zahl der Dampfmaschinen nahm im selben Zeitraum gegenüber England und Frankreich bedeutend zu; 1860 wurde mehr als das Doppelte an Kohle wie in Frankreich produziert, die USA wurden eingeholt, der Abstand zu England erheblich verringert; noch deutlichere Verbesserungen wurden in der Roheisenproduktion erzielt: Deutschland stieg um 261 %, England um 73 %, Frankreich um 125 %, USA um 46 %. (Nach ebenda, Bd. 2, S. 12 ff) Mit großen Sprüngen entwickeln sich die Produktivkräfte im internationalen Vergleich bis 1870, besonders gegenüber Frankreich (vgl. ebenda, Bd. 2, S. 121 ff); vgl. S. 25 f dieser Arbeit.

[2] So war der Anteil der "außerhalb Landwirtschaft Beschäftigten" bis 1861 auf 4,4 Millionen gestiegen und stieg bis 1875 auf 5,9 Millionen, "doppelt so schnell .. wie die Zahl der Einwohner." (nach ebenda, Bd. 2, S. 130).

[3] ebenda, Bd. 2, S. 109.

Die schärfere Entwicklung gesellschaftlicher Widersprüche und die von zahlenmäßig breitere Betroffenheit erleichtert die Erkenntnis und Einordnung in Verallgemeinerungen der Theorie, tritt doch zur theoretischen Abstraktion die konkrete sinnliche Wahrnehmung der Praxis, in der die Beherrschten stehen. Die Wechselseitigkeit direkter Betroffenheit und theoretischer Erkenntnis läßt beide in praktische Lösungsversuche umschlagen.

Die Erfahrungen der Gesamtbewegung gewerkschaftlicher und gewerkschaftsähnlicher Interessendurchsetzung sind eben Bestandteil der Praxis der Betroffenen und die konkreten Besonderheiten der theoretischen Verallgemeinerungen. Die Entwicklung der Produktivkräfte verbesserte die Kommunikationsmöglichkeiten, ihre Praktizierung im nationalen und internationalen Organisationsverband ermöglicht es den Mitgliedern, ihre Situation über ihre Einzigartigkeit hinaus nach ihren Wesensbestandteilen, eben dem gemeinsamen der lokalen oder regionalen Besonderheiten, zu erfassen. Die Qualität der Leitung erhöht sich, die Effektivität und Planung von Aktionen gewann an Umfang und Genauigkeit.

Doch verlaufen gewerkschaftliche Entwicklungen nicht als direkte Resultate von Widersprüchen ab, sondern als deren Widerspiegelung. Sie haben deshalb zwangsläufig allgemein widersprüchliche Eigenschaften. In konkreter Form erscheint diese als Gegeneinfluß, als Gegenentwicklung. Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Strategiebildung ist selbst sowohl das Resultat der Auseinandersetzung zwischen Betroffenen und Herrschenden als sie auch um dieses Resultat, d. h. im Extremfall um sich selbst, besorgt sein muß. Der Kampf um die Einheitlichkeit der Gewerkschaftspolitik, das Aufeinander-Bezogensein ihrer Mittel und Ziele ist - nicht nur in der konkreten

Erscheinungsform gesellschaftlicher politischer Praxis - wesentlich Abwehrkampf auch auf theoretisch-programmatischem Gebiet. Denn hier werden - wie wir sahen - konkrete ökonomische und politische Erfahrungen verallgemeinert, d.h. in die Form der Analyse und Prognose gebracht. Verallgemeinerung dient so der strategischen Weiterorientierung. Aus diesen Gründen verwundert es auch nicht, wenn wir mit der Nationalisierung und Internationalisierung der deutschen Gewerkschaftsbewegung eine Erweiterung der theoretischen Grundlagen beobachten können. Die Statuten und Deklarationen geben uns das deutlichste Bild vom Stand der gesellschaftlichen Analyse, den daraus abgeleiteten Schlußfolgerungen für die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen bzw. erhellen den gesellschaftstheoretischen Bezugsrahmen gewerkschaftlicher Aktionen.

Eine Explizierung strategischer Zielsetzungen im Sinne ihrer subjektiven Bewußtwerdung wie auch ihre wissenschaftliche Objektivierbarkeit werden möglich.

Hier können wir beobachten - und es wird Aufgabe des nächsten Kapitels sein, dies festzuhalten -, daß die Auseinandersetzung ihre Auswirkungen bis in die theoretischen Grundlagen der aufkommenden Gewerkschaftsstrategie hat - erkennbar an der allgemeinen Tatsache mangelnder Geschlossenheit und an den sie darstellenden besonderen Merkmalen der klassenmäßigen Selbständigkeit/Unselbständigkeit und der Stellung zur Veränderbarkeit gesellschaftlicher Strukturen und deren Möglichkeiten und Notwendigkeiten. Entwicklung einheitlicher gewerkschaftlicher Strategie ist somit Ausdruck eigener Probleme gesellschaftlicher Erkenntnis und zusätzliche Abwehr gegen-ideologischer Beeinflussungen.

2.3 Organisation - Zentralisierung

2.3.1 Verschiedene Stufen zur Zentralisierung

Gesellenverbrüderungen und ihre Unterstützungskassen hatten wir als die Vorläufer und "die ersten Formen gewerkschaftlicher Tätigkeit"[1] bezeichnet. Entsprechend dem auf kleine Gebiete, meist Städte und Gemeinden, beschränkten Produktionsverhältnissen, waren es in sich strenge, aber "eifersüchtig auf ihre Selbständigkeit gegenüber den gewerblichen Leben in anderen Städten"[2] bedachte Organisationen. Der Beitritt war Pflicht und die Aufnahmegebühr Zwang.[3] Eigene Gerichtsbarkeit und autoritäre Disziplin[4] machten den Gesellenverband zu einem stabilen Faktor innerhalb des jeweiligen Berufszweiges. "Der Altgeselle war der für bestimmte Zeit gewählte Vorstand der Gesellen, der Vertreter vor Behörden und Meisterschaft."[5] Versammlungsmittelpunkt war die Schenke, dem Altgesellen zur Seite standen als Vorstandsmitglieder vier sogenannte Schenkgesellen. Waren die Verbände auch "fachlich und örtlich getrennt organisiert", so "(wiesen) die einzelnen Organisationen aber einen weitreichenden überlokalen Zusammenhang auf". Auch wenn aus den Kampfmitteln des Boykotts - siehe auch S. 71 f - geschlossen werden muß, daß dieser überlokale Zusammenhang bis hin zu einer "oft ganz Deutschland umfassenden Verbindung"[6] reichte, so können wir hier nur Ansätze zur Zentralisation sehen, wenn wir darunter die organisatorische Vereinheitlichung der Aktion in einem übergeordneten

---

[1] Todt/Radanth, a.a.O., S. 60.

[2] Braun, a.a.O., S. 4.

[3] Todt/Radanth, a.a.O., S. 40.

[4] Braun, a.a.O., S. 14 f; Todt/Radanth, a.a.O., S. 40.

[5] Braun, a.a.O., S. 15.

[6] Todt/Radanth, a.a.O., S. 40.

formellen Verband verstehen wollen, der sich von unten nach oben straff reglementiert, durch Wahl oder Berufung der Leitungsebenen aufbaut. Punktuell schon vorhanden sind diese Kennzeichen bei den Gesellenverbänden aber erst in der einzelnen Gruppe bzw. in einem informellen Muster zur Verabredung von Widerstand. Diese Gesellenorganisationen gingen teilweise im Laufe der Industrialisierung ein, da sie aufgrund ihrer ständischen Struktur zu der Entwicklung des Fabrikwesens im Widerspruch standen, sich deshalb selbst auflösten nach gesetzlicher Beschneidung ihrer Vorrechte - z.B. des Arbeitsnachweises[1] - oder die Vorstufen gewerkschaftlich ausgerichteter Kampforganisationen wurden.

Die nächste Stufe straffer Organisierung mit zentralistischer Tendenz stellen die nationalen/internationalen frühgewerkschaftlichen Organisationen dar. Die zunehmende Industrialisierung mit ihrer Zentralisierung und Konzentrierung von Produktion und Kapital polarisierte die Gesellschaftsstruktur und brachte immer mehr Menschen in die gleiche sozioökonomische Klassenlage. Schon die Gesellenkongresse sahen "bereits klar, daß die allgemeine soziale Lage der Arbeiter nicht durch eine territorial beschränkte, sondern nur durch eine zentrale Organisation zu verbessern sei"[2]. Die nationalen/internationalen Verbände hatten also notwendigerweise bereits zentrale Leitungen.

"So sehen wir in der industriellen Entwicklung einen Faktor, der die berufliche Scheidung der Arbeiter verwischt und ihnen die Überzeugung von der Gemeinsamkeit aller Arbeiterinteressen fördern muß. Immer mehr Arbeiter sehen in der Be-

---

[1] ebenda, vgl. auch Zwing, a.a.O., S. 18.

[2] Zwing, a.a.O., S. 20; dazu auch Mottek, a.a.O., S. 252: "Der rascheste organisatorische Erfolg wurde dabei dort erzielt, wo der Zusammenschluß zu Verbänden an Gesellenverbindungen, die aus der Zunftzeit herrührten, anknüpfen konnte."

triebsgemeinschaft das entscheidende Moment für ihre gewerkschaftlichen Zusammenhänge, nicht aber in der Gemeinsamkeit der Lehre. Je kräftiger die industrielle Entwicklung in allen Ländern einsetzen wird, desto stärker wird dieser Gesichtspunkt bestimmend werden für den Aufbau der gewerkschaftlichen Verbände".[1)]

Daß der Prozess der Zentralisierung der Organisation ein zwar notwendiger, aber nicht etwa widerspruchsfreier ist, sieht B r a u n ebenfalls. So weist er am Beispiel der englischen Gewerkschaftsbewegung und des englischen Kapitalismus, der z. Z. der Nationalisierung/Internationalisierung der am weitesten entwickelte war, darauf hin, daß die Nachwirkungen der Organisationsmodi vergangener Wirtschaftsverhältnisse im gleichen Zuge der Entwicklung zur zentralisierten Organisation überwunden werden müssen.[2)]

Die "Provisorischen Statuten der IAA" betonen bereits die Wichtigkeit dieser Organisationsbestrebungen: "Da einerseits der Erfolg der Arbeiterbewegung in jedem Lande nur gesichert werden kann durch die Macht der Einigung und Kombination, während andererseits die Wirksamkeit des internationalen Zentralrats wesentlich dadurch bedingt ist, daß er mit wenigen nationalen Zentren der Arbeitergesellschaften verhandelt, statt mit einer großen Anzahl kleiner und zusammenhangloser lokaler Gesellschaften, - so sollen die Mitglieder der Internationalen Assoziation all ihre Kräfte aufbieten zur Vereinigung der zerstreuten Arbeitergesellschaften ihrer betreffenden Länder in nationale Körper, repräsentiert durch nationale Zentralorgane."[3)]

[1)] Braun, a.a.O., S. 67 f.

[2)] ebenda, S. 68 f.

[3)] ebenda, a.a.O., S. 16.

Die "Musterstatuten der Internationalen Gewerksgenossenschaften"[1], die B e b e l verfaßt hatte, können wir als Grundlage für die Prinzipien der Zentralisierung der Gewerkschaften betrachten. Aufbauend auf den Lokalgewerkschaften berücksichtigt er die vorangegangenen Entwicklungen. Ihr Zusammenschluß in Zentralverbänden orientiert er an den gegebenen Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Entwicklung. Die Hauptkompetenz innerhalb der Entscheidungsstruktur lag bei den Ortsvereinen. In zugespitzter Klassenkampfsituation stand den Zentralvorständen besondere Entscheidungsbefugnis zu. Die Bestimmung der leitenden Gremien geschah auf dem Wege der Wahl. Sie wurden durch Schiedsgerichte und Zentralaufsichtsräte kontrolliert. "Als Rechte und Pflichten des Zentralvorstandes sah das Musterstatut vor: Aufnahme und Ausschluß von Lokalgewerkschaften, Entscheidung über Beginn und Schluß von Arbeitseinstellungen - mit der oben geschilderten Beschränkung -, Beschaffung der dazu erforderlichen Gelder; Verfügung über Einnahme und Ausgabe der Gewerksgenossenschaft nach Maßgabe der von der Generalversammlung getroffenen Bestimmung."[2] Die demokratische Struktur veranlaßt sogar einen Bewunderer zu der Bemerkung: "Für Demokratie war also in einem Maße gesorgt, daß dadurch sogar die Arbeitsmöglichkeit des Verbandes in Frage gestellt war."[3]

Die Regelung des Unterstützungswesens blieb - mit Ausnahme der Streikunterstützung - den einzelnen Gewerksgenossenschaften vorbehalten. Ähnliche Regelungen galten für das Beitragswesen[4].

---

[1] "Demokratisches Wochenblatt", Nr. 49, 5. Dez. 1868.

[2] H.Müller, a.a.O., S. 175.

[3] ebenda.

[4] ebenda; Zwing, a.a.O., S. 42.

Diese und einige andere Bestimmungen lassen deutlich werden, wie "basisnah" eine zentralisierte Gewerkschaft aufgebaut werden kann.[1] Diese unbürokratische Zentralisierung und ihr demokratischer Charakter galten daneben der Abwehr von Ansprüchen und Verständnissen innerhalb der rivalisierenden Gewerkschaftsorganisationen, insbesondere zwischen der revolutionär-sozialdemokratischen und der lassalleanischen. Die Vorstellung von demokratischen und zentralisierten Gewerkschaften schließt sich an dem Beschluß des Nürnberger Verbandstages des VDAV, "für die Vereinigung der Arbeiter in zentralisierten Gewerksgenossenschaften tatkräftig zu wirken", an.[2]

Im Neuanfang nach dem Fall des Sozialistengesetzes entstand unter dem Namen "Generalkommissionen der Gewerkschaften Deutschlands" eine konsequent zentralisierte Gesamtgewerkschaft. In der langen Diskussion, die dieser Gründung vorausging, setzte sich die Einsicht durch, daß die "Produktionsweise" es nicht zulasse, "prinzipiell die Notwendigkeit der Zentralorganisation zu bestreiten". Die sozio-ökonomische Einordnung der bestehenden und der nun notwendigen Organisationsform zeigt auch folgende Aussage L e g i e n s : "Die lokalen Vereine konnten wohl einen wesentlichen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen solange ausüben, als die Produktion sich überhaupt mehr auf den Ort beschränkte. Sobald aber nicht mehr für den Markt des eigenen Ortes, sondern für den der nächsten Stadt produziert wurde, ergab sich schon die unabweisliche Notwendigkeit, mit den Arbeitsgenossen der Nachbarstädte Verbindung zu suchen ..."[3]

---

[1] Vgl. Auerbach, a.a.O., S. 84.

[2] 1. Internationale, S. 254. Das "Sozialistengesetz" zerschlägt alle daraufhin gegründeten bzw. im Entstehen begriffenen Zentralverbände und die nach dem Gothaer Kongress vereinigte Gewerkschaftsbewegung, so daß sich die Frage danach neu stellt.

[3] Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Hrsg.), Die Organisationsfrage, Berlin 1891, S. 7; zur ökonomischen Situation vgl. S.184f dieser Arbeit; allein die Zahl der in Industrie/

Die Notwendigkeit der Organisierung auf höherer, zentralisierter Stufe, war allgemein geworden: "Das Unternehmertum bemühte sich immer mehr, gleichfalls Organisationen zu errichten und diese zu zentralisieren. ... Schon deshalb wird man nicht in Abrede stellen können, daß diesem wohlorganisierten Kapitalistenbunde nur eine in allen Teilen einige, festgegliederte Organisation, wie sie durch die Zentralisation gegeben ist, Widerstand zu leisten vermag."[1] Ersten praktischen Anlaß zum Aufruf für ein konzentriertes Vorgehen aller Gewerkschaftsorganisationen bot die Aktion der Unternehmerschaft in Hamburg, die sich in Verbänden bereits organisiert hatte und Arbeiter aussperrte, um die Entstehung von Gewerkschaften zu unterbinden. Daß dieser Angriff - wie viele andere - der trotz 12 Jahre Sozialistengesetz erstarkten Gewerkschaftsbewegung als Ganzes galt, war bald offensichtlich und erforderte "ein einmütiges Handeln sämtlicher in Gewerkschaften organisierter deutscher Arbeiter"[2]. Die Intensität dieses von oben geführten Klassenkampfes zum Zeitpunkt der geplanten organisatorischen Vereinigung der Gewerkschaftsbewegung läßt keinen anderen Schluß zu. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung gewann nun die qualitativ neue Stufe nationaler und zentralisierter Organisation, deren Grundlage der "Zentralverein der einzelnen Berufe"[3] bildet und die dem

---

Handwerk Beschäftigten nahm zwischen 1882 und 1907 von 5, 7 auf 9, 8 zu, die der Betriebe mit mehr als 1.000 Beschäftigten von 127 (213160) auf 506 (954645). (Kuczynski, a.a.O., Bd. 3, S. 251 f).

[1] Die Organisationsfrage, a.a.O., S. 8; Zwing, a.a.O., S. 81, 105; T.Umbreit, 25 Jahre deutsche Gewerkschaftsbewegung, 1890 - 1915, Berlin 1915, S. 59 ff.

[2] Umbreit, a.a.O., S. 8.

[3] Die Organisationsfrage, a.a.O., S. 11. Das Organisationsschema findet sich ebenda, S. 11 ff.

Ziel der B e b e l schen Statuten entspricht. Durch diese Zentralisierung und die dadurch gegebene einheitliche Anleitung von oben nach unten gewinnen die Gewerkschaften zusätzlich - und das war auch einer der Gründe der vorausgegangenen Kontroverse - an Selbständigkeit gegenüber der SDAP.[1)]

2.3.2 Zentralisation und Interessendurchsetzung

Die Vorteile von zentralisierter Gewerkschaftsstruktur für die Interessendurchsetzung unterscheiden sich nicht wesentlich von den im Zusammenhang mit der Eigenschaft organisierten Handelns überhaupt besprochenen. Erhöhte Information über die Einzelsituation, erhöhte Finanzkraft und Streikflexibilität sind auch in der Diskussion um die Zentralisationsfrage dominierende Argumente. Die schwierige Wirtschaftslage erlaubt es der Generalkommission nicht, den Möglichkeiten zentralisierter Anleitung für Handlungsführung und Kampfkraft auch praktisch-politischen Ausdruck zu verleihen.[2)] Und dies, obwohl durchaus kämpferische Aussagen zur Durchführung von Streiks vorliegen, die das Bewußtsein und das Vertrauen in die Kraft straffer Organisation ausdrücken: "Die wirtschaftlichen Kämpfe (Streiks, Aussperrungen) spielen sich nicht in der Weise ab, wie der Kampf auf dem Schlachtfelde, wo die Intelligenz der einzelnen Person, die persönliche Tapferkeit zum Siege führen kann, sondern sie gestalten sich immer mehr zu einer Machtfrage. (...) Die Macht des Arbeiters liegt in der Organisation."[3)] Oder an anderer Stelle: "Gleichviel, ob eine Forderung der Ar-

---

[1)] Aucherbach, a.a.O., S. 111; Zwing, a.a.O., S. 68 ff; Umbreit, a.a.O., passim.

[2)] Auerbach, a.a.O., S. 114 ff; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 1, S. 434; Mottek/Becker/Schröter, a.a.O., Bd. 3, Berlin 1974, S. 175 ff; Kuczynski, a.a.O., Bd. 3, S. 205 f.

beiter direkt durch einen Streik oder durch die Androhung eines solchen durchgeführt werden soll, immer wird das glückliche Gelingen davon abhängen, ob es möglich ist, eine Fabrik vollständig lahmzulegen, oder die zum Ersatz herbeiströmenden Arbeiter fernzuhalten. In beiden Fällen ist die Zugehörigkeit zu e i n e r Organisation die Vorbedingung."[1)]

Aber die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage, die durch eine große Depression geprägt war,[2)] rief eine "Gleichgültigkeit der unaufgeklärten Arbeitermassen" hervor, die die gewerkschaftlichen Anstöße schwer realisierbar machten.[3)]

2.3.3 Zusammenfassung: Zentralisation - Effektivierung der Organisation

Zentralisierungsbestrebungen sind ebensowenig neu, wie das Prinzip der Konfliktualität (Streik, Boykott etc.), das Prinzip der Lohnfrage und das Prinzip der Kombination (Interlokalität, Internationalität). Das wird schon einsichtig, wenn wir bedenken, daß Organisierung einen zentralisierenden Wesenszug in sich trägt. Entscheidungen werden aus der Einzelheit der Individuen in der lokalen Organisation kombiniert und erhalten so eine neue Qualität.

[3)] Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (im folgenden Correspondenzblatt), 7. Febr. 1891.

[1)] ebenda, 1. April 1893.

[2)] Vgl. S. 182 ff dieser Arbeit; Kuczynski, a.a.O., Bd. 3, S. 251 ff (allein die Arbeitslosigkeit betrug zwischen 1890 - 1893 durchschnittlich 4,3 %).

[3)] Auerbach, a.a.O., S. 115.

Die Abstraktion und anschließende Verallgemeinerung in der Beschlußfassung trägt inhaltlich zentralisierenden Charakter. Zentralisierung ist somit konkretes Resultat und Erscheinungsform des allgemeinen Organisationsbedürfnisses. Dementsprechende Organisationsformen entstehen. Die Vereinheitlichung - das Motiv und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses - erfordert Leitung und Arbeitsteilung, Ansätze der Strategie und Taktik schlagen sich in Programmen wie in Handlungsmechanismen und Institutionen nieder. Die Gesellschaftsformation, d. h. die Entwicklung der Produktionsweise und die durch sie bestimmten Herrschaftsverhältnisse zwischen den gesellschaftlichen Klassen, prägen das Aussehen der Organisation der Beherrschten. Die Organisationsformen wandeln sich, nicht unbedingt direkt, mit zeitlicher Verzögerung. Sie sind selbst Ausdrucksformen der reagierenden Verbände der Beherrschten, die immer defensiven Charakter tragen: Sie wehren den Mißstand oder Angriff ab, auch vorhersehbare müssen erst entstanden bzw. im Entstehungsprozess begriffen sein.

2.4 Allgemeine Merkmale

Der Kampf der Gewerkschaftsbewegung während der Entwicklungsphase war davon bestimmt, die Grundlagen sozialer und ökonomischer Existenzsicherung zu schaffen. Die soziale Situation zwang sie, zunächst das Minimum zu sichern. Ihre Ziele unterschieden sich deshalb noch nicht, von den Zielen ihrer Vorläufer, der Unterstützungs-, Sterbe-, Armen- und Invalidenkassen. Der Mangel an zureichenden Mitteln zur Ernährung und sozialer Sicherheit der Gesellen und ihrer Familie führte zu solidarischen Verhaltensmustern, als deren organisatorische Ausdrucksform die Unterstützungskassen begriffen werden müssen.

Hier finden wir bereits - anfangs verdeckt, später offen herausgebildet - Interessenäußerungen, die später auch in der organisierten Gewerkschaftsbewegung den Charakter von Forderungen und programmatischen Kampfzielen annehmen.

Die hierarchischen Formen und Regeln der Zünfte erschwerten ein Aufsteigen in beruflicher und dadurch sozialer Hinsicht und führten dann über den Charakter von Unterstützungsvereinen sozialpolitischer Funktion[1] hinaus in den politischen, gesellschaftskritischen Raum.

Die Annahme, daß eine Trennung von sozialen und ökonomischen Interessen auf der einen Seite und rein politischen auf der anderen Seite bestünde, widerlegt sich also schon in der gewerkschaftlichen Vorzeit. Deren Ziele, die wir als Abstraktion von Interessen begreifen wollen, und die daraus abgeleiteten Mittel und Methoden beweisen dies sehr deutlich.

Im Wandel der Gesellschaftsformation des Feudalismus in die des Kapitalismus gingen die Zünfte als tragende Wirtschaftseinheiten zugunsten der kapitalistisch organisierten Manufakturen und Fabriken zurück. Die daraus folgende Freisetzung der Gesellen und die Aussichtslosigkeit ihrer beruflich-existenziellen Perspektive werden zu einem zusätzlichen Grund, Organisationen sozialer und ökonomischer Interessenvertretung aufzubauen[2] und deren Durchsetzung politisch zu

---

[1] Braun, a.a.O., S. 7 ff.

[2] Todt/Radandt, a.a.O., S. 38 ff.

sichern.

Daß Merkmale und Praxis frühgewerkschaftlicher und entwickelterer Gewerkschaftsstrategie ihre Eigenart nicht erst mit deren Installierung in formalen Organisationen erhalten, läßt sich natürlich nicht nur logisch aus der Prozesshaftigkeit und der damit gegebenen traditionellen Kontinuität der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung mit den Bewegungen der Zunftgesellen ableiten. Diese selbst sind vielmehr das Resultat der Herausbildung zweier neuer Hauptklassen, die um die politische Herrschaft kämpfen müssen, vorerst aber noch in das Feudalsystem eingebunden waren.[1)]

Zu den allgemeinen Verhaltensmerkmalen, die für die Gewerkschaftsbewegung und ihre Strategie gelten, also für die Frühphasen wie für den aktuellen Stand, gehören Merkmale der sozialen Stellung des Strategie-Subjektes und seines Adressaten sowie der grundlegenden Organisationszüge. Die Differenzierung von Zielen und die Differenzierung von Methoden, taktischen Schritten und strategischen Orientierungen, kann die systemabhängigen Merkmale nicht tangieren: Für Gewerkschaften, die innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformation entstanden, bestehen und sich entwickeln, gelten Eigenschaften, die während dieser historischen Periode konstant bleiben, und nur in ihren Ableitungen differenzierbar sind.

Bei den gewerkschaftlich oder quasi- gewerkschaftlich Handelnden sind die Grundträger Nicht-Besitzer von Produktionsmitteln respektive vergleichbaren Eigentums. Ihre Absicht und Handlungen sind davon geprägt, die mit diesem Nicht-Besitz verbundenen Nachteile sozialer und ökonomischer Natur abzubauen. Die Differenzierung beginnt hier in der möglichen gesellschaftlichen Gesamtkonsequenz, die mit dem

---

[1)] Vgl. S. 14 f dieser Arbeit.

Abbau dieser Nachteile verbunden ist oder sein könnte. Die Differenzierungsfrage ist somit die Frage nach der Stärke der politischen Komponente dieser Anstrengungen. In welche Richtung soll Abbau sozialer und ökonomischer Nachteile sich entwickeln - in die der Verminderung und erträglichen Gestaltung (Reformierung) und/oder in die der Abschaffung des Besitzes an Produktionsmitteln (Revolutionierung). Die gesellschaftsanalytischen und wissenschaftstheoretischen Voraussetzungen und die mit ihr bestehenden ideologischen Ausgangspositionen des Strategie-Subjektes bestimmen den Charakter der theoretischen Beantwortung dieser Frage.

Die Nicht-Verfügungsgewalt über die Ergebnisse und Bedingungen ihrer Arbeit und den dadurch geschaffenen gesellschaftlichen Reichtum verursacht Probleme der materiellen Existenzsicherung des Arbeitenden und seiner Familie. Die Erhöhung des Lohnes durch Mehrzahlung mittels Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums wird zum zwangsläufigen Erfordernis. Der Preis der Ware Arbeitskraft steht so im Mittelpunkt gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen. Auch nach der Erreichung einer Höhe, die das Existenzminimum absichert, wird er durch eine Vielzahl wechselnder Gründe immer weiter im Mittelpunkt der Zielsetzung gehalten: Da er gleichzeitig Kosten für den Käufer der Arbeitskraft darstellt, die dessen Gewinn mindern, haben sich die gewerkschaftlichen Organisationen immer wieder gegenüber Versuchen einer "Kostenminderung" aus Richtung der Unternehmer abzusichern. Die Methoden dieser unternehmerischen Bemühungen sind direkter oder indirekter Natur. Ihr Charakter bestimmt sich nach den Möglichkeiten, die durch die Pk-Entwicklung und die Ergebnisse bereits abgeschlossener Auseinandersetzungen gegeben

sind. Das Mittel direkter Lohnsenkung differenziert sich zu Mittel indirekter Einflußnahme auf dem Wege der Preisgestaltung, der Steuerprogression. Hier wird deutlich, daß die gewerkschaftliche Strategie versuchen muß, in gesellschaftspolitische und ökonomische Bereiche zu wirken, die über den reinen Produktionsbereich und sozialen Ort hinausgehen; sie ist politische Strategie.

Der Besitz an Produktionsmitteln und der gesellschaftliche Reichtum sind relativ konstante Größen - im Moment ihrer Hinterfragung durch die Beherrschten. Ihre klassenmäßige Gebundenheit begründet Macht und Herrschaft. Gewerkschaftliche Forderungen nach Lohnerhöhung oder sozialen Verbesserungen stellen aber immer in irgendeiner Form die Frage nach der Neuverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Objektiv versuchen sie damit, die mit dem Besitz an Produktionsmitteln gegebene Herrschaft, d.h. hier die Verfügungsgewalt über den Einsatz des gesellschaftlichen Reichtums, einzuschränken. Die Klasseninteressen der Produktionsmittelbesitzer werden, wenn nicht grundsätzlich, so doch in ihrem Ausmaß, in Frage gestellt. Das gilt für eine reformistische wie für eine revolutionäre Strategie und ist also zugleich eine Herausforderung an die Herrschaftslegitimation in der jeweiligen historischen Situation. Ihre Folge ist Konflikt.

Der Konflikt hat seine letztendliche Effektivität nur in der realen oder potentiellen Bedrohung des das Herrschaftsverhältnis zwischen Arbeitskraft- Kauf und -Verkauf garantierenden Faktors der Nicht-Veränderung des Funktionierens der abhängigen Arbeit. Arbeitseinstellungen (Streiks und streikähnliche Aktionen) kennzeichnen als reale Möglichkeit Strategie und Gegen-Strategie von Gewerkschaft und Unternehmer, Gesellenverein und Meisterbetrieb. Sie sind

in manifester wie in latenter Form Voraussetzungen der Realisierung von Ansprüchen. Auch hier findet die Differenzierung dieses Mittels erst in den Einsatz und taktischen Formen statt, das heißt "für den Streik eine der ökonomischen und technischen Entwicklung gemäße, ständige Differenzierung und Verfeinerung seiner Formen"[1]. Der Charakter von Arbeitseinstellungen hat immer den der Notwehr gehabt. Sie waren "Defensivorganisationen" (R. L u x e m b u r g). Weder eigene Mittel noch Gewerkschaftskassen sind in der Lage, finanziellen Ersatz für den Preis der Arbeit zu leisten. In dieser ambivalenten Natur liegt die Zurückhaltung begründet, die gegenüber Streiks allgemein geübt wird. Hinzu kommt, daß der Mißerfolg einer Arbeitseinstellung die Legitimation und Funktion der Organisation fraglich erscheinen läßt. Damit ist verbunden der Zweifel an der Veränderbarkeit der eigenen Lage.

Die konfliktuelle Auseinandersetzung - ebenso die Verhandlungen - hat außer dem direkten Strategiegegner in Gestalt des Unternehmers und/oder seiner Organisation in der kapitalistischen oder halb-feudalistischen/kapitalistischen Gesellschaftsformation staatliche Instanzen zu berücksichtigen. Gesetzliche Beschränkungen und deren institutionelle Wahrnehmung durch Organe staatlicher Machtausübung (Polizei/ Militär/Gerichte) treten den Gewerkschaften und Vereinen zusätzlich und in konkretem Zweck-Mittel-Verhältnis mit den Unternehmern und Prinzipalen/Meistern entgegen. Gewerkschaftliche Maßnahmen erhalten auch dadurch wieder politischen Charakter. Die Auswirkungen ökonomischer und sozialer Veränderungen, als welche Lohnerhöhungen etc. und soziale

---

[1] Lison, Streikformen, a.a.O., S. 91.

Zugeständnisse begriffen werden müssen, in die Kompetenz staatlicher Prioritätensetzung bringen die Gewerkschaften darüber hinaus mit der staatlich-behördlichen Organisation unmittelbar in Berührung.

3 Strategiewandel - Produkt der Auseinandersetzung

3.1 Der Strategie-Gegner

Die Entstehung der Gewerkschaftsbewegung haben wir als notwendiges Resultat der Polarisierung von Interessengegensätzen in der kapitalistischen Gesellschaftsentwicklung begriffen. Die Herausbildung einer neuen, der feudalen entgegengesetzten Produktionsweise qualifiziert ein neues Herrschaftsverhältnis, das sich durch einen hohen Grad an Vergesellschaftung von Interessen und bewußter Kalkulierung des jeweiligen Gegners auszeichnet. Die notwendige Organisierung von Interessen - klassenmäßig und in nationalen Verbänden - ist selbst eine Erscheinungsform der Polarisierung, und kann als das Übersteigen individueller bzw. fabrikbezogener Konfliktzusammenhänge in kollektive Auseinandersetzungen um ökonomische Vorteile bezeichnet werden.

Die Organisierung zwingt den strategischen Gegner zu eigenen Zusammenschlüssen. Sie wirken aufeinander ein im Sinne der Abwehr und des Eingriffs. Das begründet sich im eigentlichen Sinn aus dem Antagonismus der Grundinteressen: Über den Lohn, als den Preis für den Kauf der Arbeitskraft, auf dessen Höhe die Konflikte immer wieder zurückgehen, stellt sich die Frage an die Gewinnhöhe, das zentrale Anliegen der Unternehmen. Denn aus den Gewinnen werden die Arbeitskräfte bezahlt[1]. Auch ausgehandelte Verbesserungen von Rahmenbedingungen treffen über

---

[1] "Der Kapitalist eignet sich das ganze Produkt an (und bezahlt daraus den Arbeiter), weil er der Eigentümer der Arbeitsmittel ist." (Engels, Das Lohnsystem, a.a.O., S. 253).

den Kreislauf Kosten - Preise - Lohn auf mehr oder weniger komplizierten oder einfachen, direkten oder indirekten Wegen das Lohnniveau. Was der Staat z.B. an Sozialmaßnahmen bezahlt, entstammt immer den Einnahmen, die aber wiederum zum größten Teil von den Werktätigen aufgebracht werden (Steuern, Konjunkturzuschläge, Mehrwertsteuer etc), d. h. das Reallohnniveau wird durch diesen Mechanismus tendenziell gesenkt. Ähnliche Wirkungen ergeben sich bei Preissteigerungen durch die Unternehmer. Eine andere Wirkung wäre nur denkbar, wenn die Unternehmer eine Senkung ihrer Gewinne prinzipiell akzeptieren würden. Insofern dienen auch politische Forderungen der Gewerkschaften letztlich der Erhaltung und Vermehrung des Lohnes bzw. des durch ihn begründeten Lebensstandards der Arbeitenden, d. h. Gewerkschaften könnten sie gar nicht aufstellen, wenn diese ökonomische Begründung nicht bestünde, ohne ihre gesellschaftspolitische Funktion aufzugeben.[1)]

[1)] Aus der historischen und gesellschaftlichen Erfahrung heraus läßt sich diese politische Funktion der Gewerkschaften wie folgt begründen: Es ist ein Wesensmerkmal für die Politik der Unternehmer und - entsprechend der Entwicklungsstadien des Kapitalismus - des Staates, mit der Arbeiterklasse (hier: den Gewerkschaften), geschlossene Verträge, (hier: Tarife, Gesetze) durch hintergeschobene Zusatzbestimmungen oder Änderungen in der Politik anderer Bereiche (hier: erweiterte Reproduktion), zurückzunehmen. Da der vertraglose Zustand die günstigste Voraussetzung für die Maximierung des Profits darstellt, versucht das Kapital gesetzmäßig, sich diesem Zustand immer wieder anzunähern. Die Gewerkschaften haben also deshalb dadurch, daß sie eine ökonomische Funktion haben, gleichzeitig eine politische. Die Sicherung der ökonomischen Erfolge, beispielsweise einer Lohnerhöhung, ist politisches Handeln.

Der objektive Zweck von Gewerkschaft und ihrer Strategie folgt also aus der Entstehung einer Gruppe von Menschen, in deren Händen sich die Produktionsmittel befinden, deren Gebrauch und Vermehrung es der menschlichen Arbeit bedarf: Die Klasse der Produktionsmittelbesitzer kauft Arbeitskräfte. Ihre sozio-ökonomische Stellung erlaubt es ihr, über Preis und Bedingungen des Kaufes zu herrschen. Die Organisierung der Beherrschten bezweckt die Ausübung eines Gegendrucks - die parzielle oder totale, punktuelle oder permanente, drohende oder realisierte Einstellung der Arbeitskraft, den Streik. Es ist das einzige Mittel des Widerstandes. Daß es das für die kontinuierliche Aufrechterhaltung kapitalistischer Produktion und Gewinnstrebens das gefährlichste ist, zeigen die ideologischen und politischen Angriffe von Unternehmerseite und ihre ökonomischen Abwehrmaßnahmen. "Nicht nur der in der konkreten Situation auch optisch sichtbare Gegensatz bestimmter gesellschaftlicher Interessengruppen macht den Klassencharakter des Streiks deutlich, sondern mehr noch die Tatsache, daß hier der Kern des Arbeitsverhältnisses und somit des Herrschaftsverhältnisses selbst, nämlich die Schaffung von Mehrwert betroffen wird."[1] "Daß Zugeständnisse der einen Seite den Kampf der anderen Seite voraussetzen und Erfolge der einen Klasse nur auf Kosten der anderen Klasse errungen werden können, ergibt sich ... aus dem Kampf zweier gegensätzlicher Klassen."[2]

Hiermit ist schon angedeutet, daß die Maßnahmen und Erfolge wie deren Gegenteil den jeweiligen Strategie-Gegner in seinem Einfluß mindern oder fördern. D.h.: Wie die sozio-ökonomische Position der Beherrschten aus der der Herrschenden entspringt und ihr komplementär ist, so sind auch die poli-

---

[1] Lison, Streikformen, a.a.O., S. 24.

[2] ebenda, S. 113.

tischen und ideologischen Maßnahmen beider auf die jeweilige Gegen-Position bezogen und an die eigene gebunden. Dies kann sich in zeitlich direkt aufeinander folgenden und sichtbaren Aktionen und Reaktionen ausdrücken (Taktik), die aber in jedem Fall auf verschiedene Weise, notwendigerweise jedoch auch immer an allgemeinen, d.h. wesentlichen Grundeinstellungen und Zielsetzungen orientiert sind (Strategie). Letzteres interessiert uns hier.

3.1.1 Die ideologische Position der Unternehmer

3.1.1.1 Das Gesellschaftsbild

Die Vorstellungen von Entstehungsursachen und Strukturmerkmalen der kapitalistischen Gesellschaft unterscheiden sich in den verschiedenen Verlautbarungen von Unternehmern in ihrer grundsätzlichen Haltung nicht. Durchgängig finden wir die Vorstellung einer auf prinzipieller Interessengleichheit ruhenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die besteht oder aber zu schaffen ist unter Besinnung auf ihre "individualistischen, nationalen oder religiösen Grundlagen"[1].

a) Die Furcht vor der eigenen Benachteiligung - Defensivkomponente.

Besonders stark entwickelt erscheint uns das Bedürfnis der Unternehmer, sich gegen ein ungünstiges soziales Bild zu wehren, als dessen Verursacher die Parteien der Arbeiter, aber auch die Institutionen der Gewerkschaften angesehen werden.

---

[1] K.O.Hondrich, Die Ideologien von Interessenverbänden, Eine strukturell-funktionale Analyse öffentlicher Äußerungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1963, S. 67.

Die Ursachen dieser defensiven Komponente der Kapitalstrategie können wir auf die permanente Notwendigkeit der Legitimation ihrer ökonomischen Herrschaft zurückführen, die manifest wurde, als die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in ihr staatsmonopolistische Stadium trat. Konzentration und Zentralisation des Kapitals ließen die Zuspitzung des Herrschaftswiderspruchs gesellschaftlich sichtbar werden und machte immer größere soziale Gruppen zu direkt Betroffenen. Die gewerkschaftliche und sozialdemokratische Politik zeichnete sich durch zunehmende Organisiertheit aus. Wir können diesbezüglich von einem organisatorischen und strategischen Vorsprung sprechen, wenn wir den nationalen politischen und gewerkschaftlichen Organisationsgrad heranziehen. Krisenerscheinungen geben den ökonomischen und politischen Orientierungen der Sozialdemokratie Recht. Die Rolle des Staates wurde zu einem entscheidenden Faktor der Wirtschaftspolitik. Das Verhältnis des Kapitals zwischen ihm und den Organisationen der Lohnabhängigen verlangte nach politischer Explikation und ideologischer Erklärung. "Der Unternehmer darf von seinen Partnern (hier: Arbeiter und Gewerkschaften. R.L.) nicht mehr länger nur als ein notwendiges Übel angesehen werden, das man im Interesse der Produktion nicht entbehren kann ... Das persönliche Mißtrauen .. ist ein schwerwiegender Faktor der Hemmung, der sich dem Aufbau einer gemeinsamen Sozialordnung in den Weg stellt."[1)]

Gegenüber der organisierten Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaft erscheint der Unternehmer gelegentlich hoffnungslos unterlegen, einen Punkt, auf den wir später bei der Gründung und Begründung von Organisationen wieder stoßen werden.

[1)] C.Köhler, Unternehmer und Gewerkschaften, in: F.Grosse Die historische Stunde des Unternehmers, Darmstadt 1954, S. 36.

"Man denkt nicht daran, daß die Rechnung vielfach eine ganz andere ist, daß der ... Industrielle mit oft nicht großen Mitteln sich gegenübersieht einer Gewerkschaft, welcher es nicht darauf ankommt für Machtkämpfe Zehntausende, ja Hunderttausende auszugeben, der er k e i n e a u c h n u r a n n ä h e r n d g l e i c h e n H i l f s m i t t e l gegenüber zu stellen vermag."[1] Besonders in den gewerkschaftlichen Forderungen nach Sozialgesetzgebung und Mitbestimmung erkennen die Unternehmer einen Angriff auf die Freiheit und Selbständigkeit ihrer sozialen Gruppe. So stieß die Aufstellung sozialpolitischer Gesetze und die dadurch für die Unternehmer entstandenen Verpflichtungen dem Arbeiter gegenüber auf scharfe Kritik, die sich meist indirekt in Hinweisen auf die sozialpolitischen Leistungen von Unternehmerseite darstellt.

T i l l e greift die seiner Meinung nach den Industriellen einseitig belastende Sozialgesetzgebung scharf an: "Durch eine unaufhörliche Preßhetze und behördlichen Druck verschiedenster Art ist das Unternehmertum veranlaßt worden, den Mehrgewinn aus billigeren Erzeugungsweisen in Gestalt von erhöhten Löhnung an die Handarbeiterschaft abzugeben. Dem Namen nach ein Drittel der Krankenhausbeiträge, in Wirklichkeit durch Übertragung auf den Lohn alle drei Drittel; dem Namen nach die Hälfte der Alters- und Invalidenkassenbeiträge, in Wirklichkeit aber durch Übertragung auf den Lohn alle beiden Hälften, und die ganze Last der Unfallversicherung belasten die Jahresausgabe jedes industriellen Unternehmens und verteuern die Herstellungskosten für jedes Erzeugnis."[2]

---

[1] G.Stresemann, Der Zusammenschluß der Deutschen Arbeitgeber (Veröffentlichungen des Verbandes Sächsischer Industrieller, VII. Heft), Dresden 1904, S. 13 (Hervorhebung - R.L.).

[2] A.Tille, Die Arbeitgeberpartei und die politische Vertretung der Deutschen Industrie, Saarbrücken 1908, S. 18 (im folgenden Die Arbeitgeberpartei); vgl. a. A.Friedrich, Das Leit-

Oder an anderer Stelle: "Die Gesetzgebung hat ihn (den Arbeiter, R.L.) dadurch noch sicherer gestellt, daß sie auch noch den Umfang eng begrenzt hat, in dem er seinen Lohn verwirken kann. Dadurch ist der Unternehmer dem Handarbeiter gegegenüber in vieler Hinsicht rechtlos geworden."[1)]

Mitbestimmung schafft keinen Interessenausgleich, sondern eine Einschränkung und Bedrohung der Selbständigkeit des Unternehmertums. Die Parität verbietet sich aus diesem Grunde, hat sie doch die Tendenz, "die Arbeitgeber unter das Joch der Sozialdemokratie und ihrer Organisationen zu zwingen"[2)]. Nicht so polemisch, aber inhaltlich identisch spricht der BDA diese Furcht um den Fortbestand der eigenen Klasse aus: "Das Verfügungsrecht des Eigentümers würde hierdurch tatsächlich aufgehoben, denn er darf dann über sein Eigentum nur noch verfügen, wenn die andere Gruppe zustimmt ... Die Gründe der Gewerkschaften für die wirtschaftliche Mitbestimmung lassen überdies erkennen, daß hier nicht eine Endlösung, sondern nur eine Ausgangsstellung für weitere Sozialisierung erkämpft werden soll."[3)]

---

bild des Unternehmers wandelt sich, Stuttgart-Degerloch 1959, S. 20 (im folgenden Das Leitbild).

[1)] Tille, a.a.O., S. 22, vgl. a.S. 24; vgl. a. Arbeitgeberverbände, Ein Überblick über ihre Geschichte, Organisation und Tätigkeit, Mönchengladbach 1908, o.V., S. 5 (im folgenden Arbeitgeberverbände).

[2)] H.A.Bueck, Der Centralverband Deutscher Industrieller 1876 bis 1901, Bd. 3, Berlin 1905, S. 242.

[3)] "Gedanken zur sozialen Ordnung" - Ein Manifest unternehmerischen Wollens, in: Der Arbeitgeber, 15.4.1953, S. 331 (im folgenden Gedanken); ähnlich auch der BDA 1963: "Zu den Ansprüchen und Forderungen des DGB, die im Widerspruch zu unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung stehen und die sich im Falle ihrer Verwirklichung zum Schaden des ganzen Volkes auswirken müssen, gehören insbesondere: (...) die mit den Grundlagen unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht zu vereinbarende For-

Eng verknüpft ist diese Befürchtung vor der "fortschreitenden Aushöhlung und schließlich der Vernichtung des Unternehmertums"[1] mit dem Argument der Verantwortung und des Risikos, dem wir uns weiter unten zuwenden wollen (S. 142 f). Die Äußerungen von Unternehmerstellen lassen diese soziale Gruppe als ständig in der "Verteidigungsposition" befindlich erscheinen.

Nicht nur die oben genannten Klagen über die angebliche Benachteiligung und Bedrohung der Produktionsmittelbesitzer und Kapitaleigner durch Staat und Gewerkschaft rufen diesen Eindruck hervor, die einschlägige Literatur der Klasse des Kapitals weist in zahlreichen Fällen darauf hin, "daß d- Verständnis für die Stellung des Unternehmers innerhalb der Wirtschafts- und Sozialordnung durch die m a r x i s t i s c h e T h e o r i e und staatswirtschaftliche Konzeption verdunkelt war"[2].

Die gesellschaftliche Definition des Unternehmers, d. h. hier die skeptische und negative Seite derselben bei den Werktätigen, ergibt sich dementsprechend nicht aus der Herrschaftssituation und ihrer täglichen Bestätigung durch die persönliche sinnliche Wahrnehmung und Erfahrung der abhängig Beschäftigten in Betrieb und Verwaltung oder ihrer wissenschaftlichen Erkenntnis in der Gewerkschaftstheorie und -programmatik. Ihre Ursache liegt vielmehr in mangelndem Verständnis für die Rolle des Unternehmers auf Seiten der Beschäftigten. O. A. F r i e d r i c h kritisiert die "Wahn v o r s t e l l u n g von der Ausbeutung des Arbeitnehmers durch den Unternehmer"[3] und spricht davon, "daß die Zeiten vorbei sind, in denen sich

---

derung nach paritätischer Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei allen wirtschaftlichen Unternehmensentscheidungen." (Demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Dokumente zur Gewerkschaftspolitik, Bochum (1964), S. 133).

[1] Gedanken, a.a.O., S. 334.

[2] Grosse, a.a.O., S. 35 (Hervorhebung - R.L.), 42; vgl. Bueck, a.a.O., passim; Gedanken, a.a.O., S. 331.

[3] Friedrich, Das Leitbild, a.a.O., S. 21 (Hervorhebung - R.L.).

Unternehmer und Arbeitnehmer als feindliche Klassen gegenüberstanden und sich e i n r e d e t e n , daß das, was dem einen dient, dem anderen schaden müsse "[1]. Die "irreale" "Propagierung" des Gewinns als Ziel stelle eine Form dieser Unkenntnis der gesellschaftlichen Funktion des Unternehmers dar, die dem Arbeiter und Angestellten durch seine Organisation vermittelt werden.[2] "Gewinn und Erwerb sind nur M i t t e l für den eigentlichen Zweck des Unternehmers. Diese aber besteht darin, im Werk zu schaffen und es zu erhalten."[3] Oder: "Die herkömmlicherweise auch bei der Erringung einer temporären Monopolstellung geweckte negative Einstellung und der Vorwurf monopolistischer Ausbeutung der Arbeitnehmer übersehen, daß allenfalls eine Ausbeutung des einen Unternehmens durch das andere, nicht aber eine Ausbeutung der gesamten Arbeitnehmerschaft möglich ist."[4]

b) Gesellschaftliche Unterschiede gradueller Natur

Aus der These, die einen mangelnden oder falschen Erkenntnisstand der Arbeiter und Angestellten (auch gelegentlich der Unternehmer selbst) für die vorhandene Gegnerschaft innerhalb der Gesellschaft verantwortlich macht, ergibt sich folgerichtig die Charakterisierung gesellschaftlicher Widersprüche als vorhanden, aber innerhalb des Systems lösbar. Als Lösungsorientierung können entsprechend der nicht-materiellen Ursachen nur

---

[1] ders., Gehen wir aufeinander zu?, München 1958, S. 69 (Hervorhebung - R.L.).

[2] Studiengruppe "Unternehmer in der Gesellschaft" - Deutsche Sektion der Fondantion Européenne pour l'Economie (F.E.E.), Köln 1971, S. 34 (im folgenden: Studiengruppe "Unternehmer"); vgl. E. Benda, Industrielle Herrschaft und sozialer Staat, Göttingen 1966, S. 326.

[3] Grosse, a.a.O., S. 35 (Hervorhebung - R.L.).

[4] Studiengruppe "Unternehmer", a.a.O., S. 22.

überhalb der konkreten gesellschaftlichen Wirklichkeit angesiedelte abstrakte Muster dienen. Ihr Charakter muß, soll er allen Teilen des gesellschaftlichen Ganzen gerecht werden, sehr allgemein sein. D.h. es ergibt sich die Notwendigkeit, vom sozialen Tatbestand der Abgrenzung und Gegnerschaft zu Gewerkschaft und Werktätigen zu abstrahieren und Ziele (Werte) zu setzen, die äußerlich für alle Konfliktparteien akzeptabel erscheinen. Die Betrachtung gesellschaftlicher Unterschiede als nicht-antagonistisch erfordert also die ideologische Widerlegung antagonistischer (hier: historisch-materialistischer) Anschauungsweisen in der Gewerkschaft und die Apostrophierung vergleichbarer Alternativen.[1)]

Dieses Vorgehen der gesellschaftstheoretischen Untermauerung von Strategie ist allgemein in der Entwicklung des Kapitalismus bzw. der Klasse des Kapitals. So spricht T i l l e davon, "daß der angebliche Gegensatz zwischen den Interessen der Unternehmer und Arbeiter gar nicht besteht"[2)], sondern, daß "Unternehmer und Arbeiter auf derselben Seite stehen"[3)]. Diese These fällt besonders leicht - weil dann die reale gesellschaftliche Situation des Augenblicks evident scheint - in Konjunkturaufschwüngen und Prosperitätsphasen,

---

[1)] Der BDA spricht bei "Dem Begriff der k a p i t a l i s t i s c h e n K l a s s e n g e s e l l s c h a f t" von einem "Phantom, das offenbar sorgfältig geführt wird, um die Wahrheit zu verhindern". (Gedanken, a.a.O., S. 332, Hervorhebung - im Original) oder mit Seitenblick auf die marxistische These der Relevanz des Ökonomischen: "Die Sozialordnung ist nicht nur eine ö k o n o m i s c h e Angelegenheit
Die Güte einer Sozialordnung wird letztlich bestimmt durch die g e i s t i g - s e e l i s c h e V e r f a s s u n g d e r M e n s c h e n , die sie tragen." (ebenda, S. 334, Hervorhebung - im Original).

[2)] "Deutsche Industrie-Zeitung", 20. Jahrgang, 9.5.1901.

[3)] ebenda.

wie wir zeigen werden. Evident deshalb, weil die quantitativen Merkmale den Bewegungsablauf und die Gesetzmäßigkeit seiner ökonomischen Perspektive verdecken (vgl. S. 216).

Die Gesellschaftsvorstellung ist infolge der Klassenlosigkeit auf den Einzelmenschen als Grundstein angewiesen. "Der Mensch ist beides: Individuum, also E i n z e l w e s e n und zoon politikon, also G e s e l l s c h a f t s w e s e n . Als Einzelwesen ist der Mensch mit all seinem Tun v o r G o t t verantwortlich und wird dereinst allein zum Sterben aufgerufen. In dieser Verantwortlichkeit liegt die E h r f u r c h t v o r d e r W ü r d e d e s M e n s c h e n begründet, wo immer der Einzelne auch im Leben stehen mag. Aber der Mensch kann sein Dasein n i c h t a l l e i n meistern. Er ist auf ein Leben in der Familie, in der Gesellschaft und im Staat angewiesen."[1] Wenn gelegentlich von Klassen gesprochen wird, so bedeutet dies nicht eine Übernahme oder Anerkennung des Klassenbegriffs oder seines Inhalts. Im weiteren Text - und Argumentationszusammenhang wird jeweils schnell deutlich, daß der Gebrauch des Begriffes Klasse entweder auf historisch zurückliegende Erscheinungsphasen (in der Regel Konkurrenzkapitalismus und davor) bezogen oder nicht in seiner Herrschaftsfunktion interpretiert ist.[2] "Was nun die Ordnung der Gesamtgesellschaft betrifft, so gibt es heute, was gar nicht genug gewürdigt wird, zum erstenmal in der Geschichte keine strukturell und aufhebbar notleidende Klasse mehr, also keine ausgewucherten Bauern wie in der Antike, keine überzählige Be-

---

[1] Gedanken, a.a.O., S. 330; eine Kritik dieses Manifests, der wir uns im Ganzen anschließen, gibt Hondrich, a.a.O., insb. S. 56 ff, 77 ff, 103, 139.

[2] Ein symptomatischer Ausspruch läßt sich bei Stresemann finden, der in einem Satz von "Klassengegensätzen" und "Kämpfen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer" spricht. (a.a.O., S. 28).

völkerung, die Söldnerdienste nehmen muß oder betteln gehen, wie im Mittelalter, und keine Proletarier an der untersten Lohngrenze, wie in der Epoche der beginnenden Industrialisierung."[1] Klassengegensätze werden zu "institutionalisierte(r) Frontstellung" und "Spannungspartnerschaften"[2] und "Erscheinen .. als die zwischen Gleich-Mächtigen und nicht als solche zwischen Über- und Untergeordneten"[3].

Gegenüber dieser Terminologie, die den sozialen Gruppencharakter der Auseinandersetzungen um Lohn und Arbeitsbedingungen noch zuließe, stehen andere Einschätzungen, in denen der Werktätige als Einzelperson und "handelndes Subjekt des Betriebes" quasi gleichberechtigt neben den Unternehmer tritt. Dabei ist seine Funktion auf eine "sittliche Grundlegung der Arbeit" reduziert und von Gewinn, dem Produktionsziel und -zweck sowie der Mitbestimmung abgesondert. "Die Gewerkschaften glauben noch nicht an einen fundamentalen Wandel in der Einstellung des Unternehmers zum Menschen im Betriebe und wollen, nach dem alten Rezept des marxistischen Sozialismus, durch eigene Machtstellung das erzwingen, was sich nur von innen heraus entwickeln läßt. Sie gefährden hierdurch aber gerade das Wachstum einer neuen s i t t l i c h e n Grundlegung der Arbeit und laufen Gefahr durch die Mitbestimmung in die Stellung von Mitarbeitgebern hineinzuwachsen und in dieser Stellung genauso abhängig von den technischen und ökonomischen Daten zu werden, wie es der Unternehmer in der Vergangenheit gewesen ist."[4]

---

[1] A.Gehlen, Die gesellschaftliche Situation unserer Zeit, in: Unser Standpunkt - unser Standort (Schriftenreihe der Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen e.V. H. Nr. 13), Düsseldorf 1960, S. 51.

[2] ebenda, S. 46.

[3] Hondrich, a.a.O., S. 157.

[4] O.A. Friedrich, Gehen wir aufeinander zu?, S. 65 (Hervorhebung - R.L.).

Die Individualität des Einzelnen wird besonders relevant in der Behauptung, "daß die Organisation nicht um das Wesentliche kämpfen, das sich im Betrieb abspielt. Die Nähe von Mensch zu Mensch macht hier eben Entscheidendes aus."[1)]

Die Struktur der Gesellschaft erscheint dann auch an anderer Stelle folgerichtig als Netz offensichtlich kleiner Gruppen, unter denen das Kapital, dessen gesellschaftspolitische und ökonomische Zentralfunktion nicht ausdrücklich bestrittten wird, "verteilt" ist und durch staatliche Wirtschaftspolitik, Steuern, Wirtschafts- und Arbeitsrecht, Tarifverträge und Mitbestimmung "in seiner Bewegungsfreiheit und in seiner sozialen Verantwortung gebunden und verpflichtet" ist.[2)] Der Gebrauch nicht-antagonistischer Begriffe für die Darstellung der sozialen Beziehungen zwischen Unternehmer und Gewerkschaften bzw. Lohnabhängigen stößt auf eine Anzahl von Grenzen, die die gesellschaftliche Realität immer wieder durchscheinen lassen. "Soziale Selbstverwaltung (gegenüber dem Staat - R.L.) setzt ein Partnerschaftsverhältnis zwischen zwei Gleichberechtigten, voneinander unabhängigen Kontrahenten voraus."[3)] Auch hier wird noch einmal deutlich die ideologische Notwendigkeit, die eine Orientierung am Muster der Gemeinsamkeit erfordert, soll der Gegensatz-Charakter nicht zum wesentlichen Punkt der Bestimmung von

---

[1)] ebenda, S. 64 (Hervorhebung - R.L.).

[2)] ebenda, S. 244 f.

[3)] G.Erdmann, Arbeitgeberverbände und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften, in: Aufgaben und Stellung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland (Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 6), Köln/Opladen 1966, S. 112 (im folgenden Aufgaben und Stellung) (Hervorhebung - R.L.).

Gesellschaft werden.

Die Aufteilung der Gesellschaft in jeweils einzelne Individuen greift - wie wir auf S.136ff am Beispiel des Selbstverständnisses des Unternehmers noch einmal sehen werden - zu kurz, um die realen Erscheinungen zu erklären. Die Ignorierung antagonistischer Menschengruppen, Schichten oder Klassen erweist sich als ebenso problematisch.

Auch der Versuch, über die Unerklärlichkeit sozialer Ursachen zu psychologischen Subsidien auszuweichen, läßt sich mit der gesellschaftlichen Herrschafts-Realität nicht in überzeugenden Einklang bringen. "Der tiefere Grund sozialer Spannung liegt in dem menschlichen Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer. Es ist unvermeidlich, daß die Überlegenheit derer die selbständig wirtschaften und entscheiden können, bei den abhängigen Arbeitern und Angestellten Ressentiments erweckt, besonders wenn sie Willkür und Unverständnis für ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen spüren."[1] Daß "Ressentiments", wie aber auch eine Reihe anderer psychischer und emotionaler Faktoren entstehen, ist sicherlich nicht zu bestreiten. Wir möchten jedoch behaupten, daß soziale und ökonomische Benachteiligung, deren Ausdrucksform "soziale Spannung" ist, diese hervorrufen und nicht umgekehrt. Die Rückwirkung dieser Faktoren auf den Interessengegensatz und die gelegentliche Behinderung theoretischer Erkenntnisgewinnung über die Ursachen sozialer Widersprüche durch diese soll hier ebenfalls nicht bestritten werden.

c) Übergreifende Zielsetzung - das "Gesamtwohl"

Es ließ sich natürlich nicht vermeiden, im obigen Zusammenhang einige der ideologischen Lösungsmuster der Unternehmer

---

[1] Friedrich, Das Leitbild, a.a.O., S. 21.

bereits anzudeuten. Gemäß dem oben beschriebenen Charakter der Handlungsorientierungen, die sich aus der Prämisse ergeben, die "die bestehende Ordnung nicht als Herrschaftssystem mit provozierenden Elementen der Ungleichheit" definiert, sondern "als Gleichgewichtssystem mit sozialer Stabilität, sozialem Frieden, Gleichberechtigung der Partner"[1], finden wir in der Literatur verschiedene, aber grundsätzlich nicht unterschiedliche Zielmuster. Ihr allgemeiner Wesenszug ist die Apostrophierung gemeinsamer Interessen in der Form des "Gesamtwohls", des "Gesamtinteresses", des "Wohls der Allgemeinheit", welche sich alle aus der prinzipiellen Gleichheit der sozialen Gruppen ableiten lassen. Was H o n d r i c h über die BDA-Ideologie sagt, läßt sich unschwer auch in früheren und späteren konzeptionellen Deklarationen auffinden: "In der BDA-Ideologie wird das staatsfreie, selbstverantwortliche Handeln der 'Sozialpartner' an bestimmte Voraussetzungen geknüpft, die als 'Ausgleich', 'soziales Gleichgewicht', 'gesamtwirtschaftliche Verantwortung', 'Partnerschaft' bezeichnet werden, deren 'Todfeind' der Klassenkampf und 'einseitige machtpolitische Auseinandersetzungen' seien."[2] Das Bild der "Interessengemeinschaft" ist sowohl das Ziel als auch der eigentliche, nun latente, Zustand, der nur "durch politische Kämpfe um Dinge, die nach Wolkenkuckucksheim gehören, .. zeitweise verdunkelt" wurde.[3] Die Zielsetzung der ökonomischen sozialen Gleichheit erfährt ihre Realisierung durch den "gemeinsame(n) Leistungs w i l l e (n) und das Können der Arbeitnehmerschaft und der Unternehmer", die in einer "öffent-

---

[1] Hondrich, a.a.O., S. 159.

[2] ebenda, S. 104.

[3] Tille, in: "Deutsche Industriezeitung", a.a.O., 9. 5. 1901.

lichen M i t v e r a n t w o r t u n g " stehen.[1] Hier begegnet uns noch einmal die anthropologisch-psychologische Sichtweise in einer moralischen Verbindung. Ähnlich auch die Formulierung: "Soziale Selbstverwaltung setzt aber schließlich in ihren inneren Wesensmerkmalen die B e r e i t s c h a f t zur V e r a n t w o r t u n g und den W i l l e n zur Synthese und zur Gemeinschaft auf beiden Seiten voraus."[2]

Diese Ideologie der Interessengemeinschaft ist im indirekten Maße über verschiedene Punkte gegen die Strategie der Gewerkschaften gerichtet. Die Verpflichtung auf die "soziale Gesamtordnung"[3] ist immer zugleich eine Verpflichtung auf die bestehende kapitalistische Ordnung, heute also auf die "soziale Marktwirtschaft". Aus dieser Anerkennung folgt zwangsläufig die "Bejahung des sie tragenden Unternehmertums"[4], was direkte Folgen für die Gewerkschaften in den Augen der Unternehmer hat: " I n Z u k u n f t d a r f d i e S t ä r k e d e r G e w e r k s c h a f t e n n i c h t m e h r v o n d e r A u f r e c h t e r h a l t u n g d e s G e g e n s a t z e s z w i s c h e n U n t e r n e h m e r u n d A r b e i t e r a b h ä n g e n . Sie muß fest in sich aufgrund der positiven Aufgaben die die Gewerkschaften als Interessenorganisationen der Arbeiter be-

---

[1] Aufgaben und Stellung, a.a.O., S. 29 (Hervorhebung - R.L.).

[2] Erdmann, a.a.O., S. 113 (Hervorhebung - R.L.); vgl. a. Köhler, a.a.O., S. 37, 42.

[3] Köhler, a.a.O., S. 39.

[4] ebenda, S. 36, 34 f.

sitzen, begründet sein."[1] So entstehen - in der Einschätzung der Produktionsmittelbesitzer - enge Grenzen für die Wirksamkeit und taktischen Schritte der Gewerkschaften, was sich allein durch die moralische und psychologisierende Komponente einer Gemeinwohlverpflichtung ergibt. "Voraussetzung j e n e r repräsentativen Funktion und auch der Legitimität der Interessenwahrnehmung ist die M a ß h a l t u n g ."[2]

Wie die Politik der Unternehmer zeigt, werden die gemeinsamen Maßstäbe auch gerade in tarifpolitisch zugespitzten und überhaupt krisenhaften Situationen besonders hervorgehoben. Diese "Sozialverpflichtung", deren gewerkschaftlicher Erscheinungsform wir uns weiter unten (S. 269 ff). zuwenden werden, kommt in der gewerkschaftlichen Taktik am deutlichsten zum Ausdruck, wenn die Realisierung strategischer Ziele konkrete praktische Maßnahmen erfordert. Das Dilemma, strategische Ziele eigentlich systemtranszendierender Natur mit taktischen Maßnahmen zu versehen, die einer als klassenharmonisch definierten gesellschaftlichen Situation adäquat, also systemimmanent sind, muß als Resultat der Einbindung in Partnerschaftsklauseln begriffen werden. Wesentliches Merkmal der Partnerschaftideologie ist ja gerade - und das unterstützt diese These -, daß mit Ausnahme der Mitbestimmung und Sozialisierung eine Reihe gewerkschaftlicher Ziele auch in der Unternehmerkonzeption auftauchen, womit der Eindruck gemeinsamer übergeordneter Interessen entsteht.[3]

---

[1] ebenda, S. 39 (Hervorhebung im Original).

[2] J.Kaiser, Die Legitimität der Interessenrepräsentation, in: Die Aufgaben der Unternehmer und Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft (Aus unserer Arbeit, Schriftenreihe der Jungen Unternehmer der ASU, Heft 7) Bad Godesberg 1961 (im folgenden: Junge Unternehmer), S. 34.

[3] vgl. Gedanken, a.a.O., S. 332 f.

Die Realisierung von Arbeitsplatzsicherheit, Mutterschutz, Vereinigungsfreiheit, Altersversorgung, Begabtenförderung erfährt dann ihren Maßstab immer am "Zwang, die eigenen Interessen denen der Allgemeinheit unterzuordnen"[1], deren klassenabgehobene Interpretation prinzipielle Veränderungen oder auch graduelle größeren Ausmaßes tendentiell verhindern muß. In besonders augenscheinlicher Form wird uns dieser Punkt der letztendlichen Strategiekonfrontation am Problem des Streiks beschäftigen (vgl. S. 276 ff).

3.1.1.2 Einschätzung der eigenen gesellschaftlichen Funktion

Individualisierung und Psychologisierung sind auch in den selbstdefinitorischen Bestimmungen der Unternehmer wesentliche Merkmale. "... die schöpferische auf Eigenverantwortung und Wagnis beruhende Leistung des Unternehmers, jene gewaltige tief in der Menschennatur begründete Antriebskraft des Wirtschaftsprozesses ..."[2] betont gleichermaßen die anthropologische wie tendenziell elitäre Anschauung von der Funktion des Unternehmers. Diese Betonung der zentralen gesellschaftlichen wie ökonomischen Stellung des Unternehmers treffen wir in hauptsächlich zwei Erscheinungsformen an: Eine Bestimmung, die die Relevanz des Unternehmers auf seine ökonomische Ausgangsposition bezieht und eine andere, die darüberhinaus gehend auf die Kraft des Unternehmerischen abstellt, die das vorwärtstreibende Element in allen gesellschaftlichen Bereichen darstellt. Letztere Position ist funktional für die Ideologie der Trennung und Kapitaleigentum und Managerfunktion.

---

[1] J. Prüssing, Die Aufgaben der Unternehmer und der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft, in: Junge Unternehmer, S. 11.

[2] Gedanken, a.a.O., S. 331.

a) Der Unternehmer als ökonomische Zentralfigur

Auch die Betonung der sozio-ökonomisch bedingten Überlegenheit des Unternehmers finden wir in der Regel nicht ohne gleichzeitige moralische Umkleidung vor. Die Funktion, die mit der Überlegenheit vorhandene Herrschaft zu legitimieren, auf die wir oben hinwiesen, wird so auch an dieser Stelle wieder deutlich. "Das ist ja gerade das Große am wirtschaftlichen Egoismus (der Unternehmer - R.L.) ..., daß er dem Einzelwohle zu dienen scheint und doch dem Gesamtwohl dient, in dem er Arbeitsgelegenheit schafft, Arbeitskräfte weckt und Lebensannehmlichkeiten erzeugt."[1] Es fehlt nicht an Formulierungen, die den sozial positiven Charakter der Gruppe der Unternehmer verdeutlichen sollen und die teilweise bis zur "Großherzigkeit der Industriekreise" reiche, die "gegen ihr eigenes Interesse" gerichtet ist.[2]

Diese Herausstellung eines optimalen Unternehmerbildes ist häufig gleichzeitig verbunden mit einer direkten oder indirekten Kritik oder Absage an die Gewerkschaften und/oder Arbeiterparteien und lassen von daher ihre Funktion erkennen.[3] Die ökonomische Relevanz des Unternehmertums erfährt ihre Begründung oft tautologisch aus der sozio-ökonomischen Stellung, deren Entstehung nicht hinterfragt wird, wie die folgenden Zitate exemplarisch zeigen werden: "Nur das

---

[1] Tille, "Deutsche Industrie-Zeitung", a.a.O., 26. 9. 1901; vgl. zur "gesellschaftlichen Verantwortlichkeit" Studiengruppe "Unternehmer", a a.O., S. 43 ff.

[2] Tille, "Deutsche Industrie-Zeitung", a.a.O., 19. 5. 1901.

[3] Vgl. Tille, Die Arbeitgeberpartei, a.a.O., passim; Grosse, a.a.O., S. 35; Erdmann, a.a.O., S. 112 ff; Friedrich, Gehen wir aufeinander zu?, S. 65 ff, 69 ff, 207 f; derselbe, Das Leitbild, a.a.O., S. 32; Bendª , a.a.O., S. 326; Stresemann, a.a.O., insb. S. 10 ff; Gedanken, a.a.O., S. 334.

unternehmerische Wirtschaftssystem hat der Bundesrepublik Deutschland ein Wachstum gebracht ..."[1] Die ungerechtfertigten Angriffe der Gewerkschaften haben in England zu einem wirtschaftlichen Rückgang geführt, deren Ursache S t r e s e m a n n darin sieht, "daß diejenigen, die Kraft ihrer kaufmännischen Intelligenz und ihrer Tatkraft wohl in der Lage wären, alle Konjunkturen auszunutzen, sich gleichsam in Fesseln gelegt sehen ..."[2] "Der Unternehmer ist seiner Natur und seiner unternehmerischen Aufgabe nach Individualist. Er ist in einer auf Wettbewerb eingestellten Wirtschaftsordnung seinem persönlichen unternehmerischen Risiko unterworfen."[3] "Der Unternehmer gehört zu denjenigen Ständen, für deren Schaffen die Freiheit Voraussetzung ist. Er muß deshalb durch seine persönliche und moralische Haltung als Vorbild wirken."[4] "Der Unternehmer ist eine Verkörperung und ein Hauptträger der freien Wirtschaft ..."[5] "Wenn Kapital und Arbeit die Elemente für das unternehmerische Wirken sind, so bringt erst der Unternehmer selbst sie durch sein Denken und Handeln zu produktiven Leistungen."[6] Die geschaffenen Werte

---

[1] F.Berg, in: R.Rodenstock, Der Unternehmer im Spannungsfeld von Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik, Bonn 1970, S. 28.

[2] Stresemann, a.a.O., S. 9.

[3] Erdmann, a.a.O., S. 115.

[4] ASU, zitiert bei: F.Kampschulte, Unternehmens-Führung heute, Analyse und organisatorische Gestaltung des sozialen und wirtschaftlichen Kräftespiels, Heidelberg o.J. (1966), S. 29.

[5] Friedrich, Das Leitbild, a.a.O., S. 7.

[6] ebenda, S. 23.

in der Produktion sind "der Tüchtigkeit des deutschen Unternehmertums und seiner unermüdlichen technischen Fortarbeit" zu verdanken.[1)]

An den Zitaten, die wir beliebig ergänzen könnten, fällt u.E. auf, daß die Position ökonomischer Überlegenheit nicht explizit ist. Die Begründung, die sich dafür finden läßt, führt uns wieder zurück zum Gesellschaftsbild und in eine entsprechende Wesensbestimmung des einzelnen Unternehmers.

Aus der Wirtschaftsanalyse, die auf dem Hauptmerkmal des Nicht-Artagonismus einzelner sozio-ökonomischer Gruppen, Schichten oder Klassen beruht, ergibt sich eine vorsichtige Zurückhaltung allen Termini und Thesen gegenüber, aus der von seiten des Strategie-Gegners auf eine prinzipielle Herrschafts- und Unterdrückungsfunktion geschlossen werden könnte. Diese Interpretationsmöglichkeit ergäbe sich aus einer Abstrahierung der ökonomischen Komponente. Die Vorstellung und Propagierung grundsätzlicher Interessengemeinsamkeit geriete dazu leicht in Widerspruch. Um beiden gerecht zu werden, d.h. also die inhaltliche Stringenz und Kontinuität zwischen dem Gesellschafts- und Menschenbild halten zu können, überträgt die herrschende Ideologie das Unternehmer-Wesen auf die Gesellschaftsebene und trennt es von der eindeutig ökonomischen Funktion noch zusätzlich dadurch, daß diese in Eigentum und Verwaltung, Kapital und Management unterteilt wird.

b) Das "Unternehmerische" als gesellschaftliche Triebkraft

Die strategische Funktion dieses Unternehmerbildes ist derselben Begründung unterworfen wie die der Entstehung und Differenzierung einer eigenständigen Unternehmerideologie

---

[1)] Tille, Die Arbeitgeberpartei, a.a.O., S. 17; zum Verhältnis Unternehmer - Volk vgl. a. S. 21.

überhaupt: Abwehr der Organisationen der Arbeiterklasse und ihrer politischen Erfolge.[1] Die analytische Lostrennung von Eigentum und Unternehmertätigkeit, letzterer Verallgemeinerung in die übrigen gesellschaftlichen Bereiche, stehen dem Hauptangriffspunkt der Gewerkschaft entgegen: Dem Privateigentum an Produktionsmitteln bzw. dessen Mißbrauch. Dem "unternehmerisch-schöpferischen Element, das sich in dem Gründer eines Unternehmens, im Erben, der die stetige Weiterentwicklung betreibt, im Generaldirektor einer Aktiengesellschaft, im Manager und Geschäftsführer, im Prokuristen und Betriebsleiter verkörpert" ist die Kapitalfunktion "zugeordnet" und "nicht identisch". Die Frage, die zwangsläufig entsteht, wer "ist jetzt der eigentliche Arbeitgeber", wird über den Weg der Neu-Definition seines Gegenteils, des "Arbeitnehmers", gelöst, dessen Bedeutungsinhalt sich "mit der modernen technischen und organisatorischen Entwicklung ganz erheblich gewandelt" hat. Es vollzieht sich eine "Funktionsannäherung mindestens an eine der beiden Teilfunktionen, an die Unternehmerische"[2].

Wenn auch nicht in dieser idealtypischen Simplifizierung, so sind doch die wesentlichen Teile eines solchen Bildes in der gängigen Literatur der Unternehmer - und Kapital-Klasse im Kern unverändert zu finden. So spricht E r d m a n n davon, daß "die Wirtschaft nicht nur von den beiden Faktoren 'Kapital und Arbeit' getragen wird, sondern

---

[1] Für diese Auffassung spricht auch die Tatsache, daß in den Literaturen der Entstehungszeit unternehmerischer Ideologie und Organisation die Trennung von Kapital und Eigentum noch nicht durchgeführt ist. Vgl. Tille, Die Arbeitgeberpartei, a.a.O.; Stresemann, a.a.O.; Bueck, a.a.O.

[2] Kampschulte, a.a.O., S. 9 ff.

daß neben u n d ü b e r diesen beiden ein drittes Element entscheidend ist - die unternehmerische Leistung, die auf der unternehmerischen Initiative der unternehmerischen Verantwortung und dem unternehmerischen Risiko beruht". In dem nun aber das Unternehmerische als quasi-transzendentale Erscheinung aufgefaßt wird, ist es gleichzeitig sozialen und politischen Forderungen entzogen, und der Autor fährt dementsprechend fort: "Diese aber sind einer Mitbestimmung nicht unterwerfbar", weil sie als "die produktive Entfaltungsmöglichkeit dieser Ordnung durch ein wirtschaftliches Mitbestimmungssystem in Fesseln" gelegt würde.[1] Die ideologische Position zeigt hier deutlich ihre politische (strategische) Zielrichtung. Die Aufteilung der Kapital- und Unternehmerfunktion geht bisweilen bis zur völligen Ignorierung des Begriffs "Kapitaleigentum" und erscheint in Wortbildungen wie "Unternehmer-Eigentümer" und "Angestellter-Unternehmer"[2].

Entsprechend der klassenlosen Gesellschaftsauffassung entsteht mit der zusätzlichen Aufteilung der Leitungs- und Kapitalfunktion eine Parallelisierung vertikaler Gesellschaftsstrukturen, die Herrschafts- und Ursache-Wirkungszusammenhänge ökonomischen Handelns (Produktionsverhältnisse) nicht zu kennen scheinen: "Indessen treten bei einer Trennung von Management und Produktivkapital die Strukturelemente des modernen Unternehmens klar zu Tage. Die differenzierte Betrachtung zeigt das Unternehmen als ein organisatorisches Gebilde, in welchem sich die Interessen verschiedener Gruppen zusammenfinden: Eigen- und Fremdkapitalgeber, Manager, Arbeitnehmer, Transporteure, Versicherer, Lieferanten und Abnehmer.

---

[1] Erdmann, a.a.O., S. 119 (Hervorhebung - R.L.).

[2] Bendß , a.a.O., S. 326.

Die einzelnen Gruppen streben in der Regel unterschiedliche Ziele für sich selbst an. Ihre Motive sind natürlich unterschiedlich. Und doch vereinigt sie ein gemeinsamer integrierender Zweck."[1] Der anthropologische Impetus, nämlich die Reduzierung bestimmter Eigenschaften zu U n t e r n e h m e r qualitäten, welche naturgegeben oder auch gottgewollt sind[2], und ihre anschließende Verallgemeinerung zu überhaupt dem Menschengeschlecht eigene, soll diese Gleichheit (Klassenlosigkeit) aller Gesellschaftsmitglieder mit den bestehenden Unterschieden in dem Sinne kompensieren, daß letztere als individuell gewollt und verursacht erscheinen. Besonders deutlich wird diese Absicht bei dem diffusen Gebrauch der Begriffe "schöpferisch", "natürlich", "Risiko" und dergleichen, wie folgende Zitate belegen sollen: "Zum anderen n e i g t der eine mehr als der andere zum Sparen und damit zur Förderung der Kapitalbildung. Und .. hat ... der eine mehr Erfolg als der andere. Das ist nun einmal in der N a t u r so gewollt ... unter M e n s c h e n genauso wie etwa in der T i e r w e l t ."[3] Eine beinahe transzendentale, d.h. über jeglicher ökonomischer, finanzieller und Eigentumsbindung stehende Verwendung erfährt auch der Begriff "Risiko", das derjenige "übernimmt", dem "die Entscheidungsbefugnis" eingeräumt wird. Folglich gibt es einen "risikobereiten Arbeitnehmer", dem dieselbe "Chance geboten werden muß". Nicht wegen der Realitätsferne der Argumentation, sondern wohl in Antizipation der implizierten Möglichkeiten gewerkschaftlicher und politischer Forderungen, die dieser Position anhaften, wird dann auch wenig später davon gesprochen, daß eine solche Chance

---

[1] Studiengruppe "Unternehmer", a.a.O., S. 33.

[2] Vgl. Gedanken, a.a.O., S. 329, 334; kritisch dazu Hondrich, a.a.O., S. 57 f, 61 ff.

[3] Kampschulte, a.a.O., S. 22 (Hervorhebung - R.L.).

"in sich begrenzt ist". Das nun herangezogene "Hauptrisiko" bleibt beim Kapitalgeber.[1)]

Eine im Prinzip gleiche, d.h. ebenfalls nicht an die reale Sozialstruktur gebundene Einschätzung kommt in der Definition des Unternehmerischen als "Kraft des Denkens und Handelns" zum Ausdruck, "die Kapital und Arbeit erst schöpferisch vereint"[2)]. Oder mit deutlicher Ähnlichkeit zu S o m b a r t s Eigenschaften wie "Drang zur Gestaltung", "Wille zur Selbstbehauptung", "Wagnis und Begeisterung"[3)]. Über die sozialen Bedingungen (und Entstehungsgründe) dieser Bedürfnisse, ihre sozial-psychologische Struktur und hierarchiegebundenen Durchsetzungschancen werden keine Aussagen gemacht. Außerdem fällt hier die Psychologisierung von Sozialisation- und politischen Prozessen auf.

3.1.1.3 Abstützung in der Industrie- und Betriebssoziologie an einigen Beispielen

Dem Entwicklungsstand der Ideologie der Unternehmer können jeweils wechselseitig wissenschaftliche Aussagen zugeordnet werden. Wie die ersten Unternehmerpublikationen noch keine Trennung von Kapital und Eigentum kennen, so finden wir dementsprechend auch in den mit der fortschreitenden Industrialisierung einsetzenden industrie- und betriebssoziologischen Erklärungsmustern eine Sichtweise, die beide

---

[1)] Studiengruppe "Unternehmer", a.a.O., S. 37 f.

[2)] Friedrich, Das Leitbild, a.a.O., S. 15.

[3)] ebenda, S. 21; vgl. a. Studiengruppe "Unternehmer", a.a.O., S. 45 ff.

Funktionen identisch hält. Ein Blick auf die ökonomische Situation zeigt, daß die Begründung für beide (theoretische) Erscheinungen - die unternehmerische wie die wissenschaftliche Ideologie - im Niveau der Produktivkraftentwicklung zu suchen ist. Wie die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise sich einmal in Konzentration und Zentralisation niederschlägt, so ist dieser Entwicklung zwangsläufig gleichzeitig die Differenzierung von Funktionen innerhalb von Technologie und Organisation zu eigen.[1)]

S o m b a r t bezieht z. B. seine Analysen auf eine Zeit, in welcher die Differenzierung von Kompetenzen, Organisationsebenen und Leitungsbefugnissen mit Notwendigkeit noch vergleichweise geringer ausgebildet waren als zur Zeit G a l b r a i t h s oder B o t t o m o r e s . Die Struktur der herrschenden Klasse (und der Arbeiterklasse) wies ebenfalls noch keine entsprechende Veränderung auf. "Die 'Zelle' des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist die kapitalistische Unternehmung. Von ihr geht alles Leben aus, weil in ihr die treibende Kraft kapitalistischer Wirtschaft zur Betätigung gelangt: Der kapitalistische Unternehmer."[2)] In S o m b a r t s Theorie erscheint der Kapitalismus als ein durch den "kapitalistischen Geist als treibende Kraft" geschaffener Ordnungszusammenhang, "ein Stilzusammenhang, der Wirtschaftsgesinnung, Ordnung und Technik ein bestimmtes Gepräge gibt"[3)]. In weiteren wird deutlich, daß auch

---

[1)] Vgl. zur Entwicklung der ökonomischen Situation die auf S. 47 ff und auf S. 182 ff gemachten Angaben.

[2)] W. Sombart, Der kapitalistische Unternehmer, in: Archiv für Sozialwissenschaften und Politik, Bd. 29, 1909, S. 698 (im folgenden Unternehmer).

[3)] K.F.Veil, Das Wesen von Unternehmung und Unternehmer, Baden-Baden-Frankfurt a.M. 1956, S. 68; vgl. a. Schmölders, Die Unternehmer in Wirtschaft und Gesellschaft - Wandlungen der gesellschaftspolitischen "Hackordnung" in der Bundesrepublik Deutschland, Essen 1973, S. 65.

S o m b a r t s Gesellschaftsbild eine Struktur ohne Antagonismen ist, deren Ursachen idealistisch im kapitalistischen "Unternehmensdrang" angesiedelt sind. Wir finden zwei Bevölkerungsgruppen, die sich als Wirtschaftssubjekte und Wirtschaftsobjekte gegenüberstehen: Die Besitzer der Produktionsmittel und die besitzlosen Nurarbeiter. Eine Zusammenarbeit wird durch den Markt gewährleistet.

Das Gesellschaftsbild gleicht in den Grundzügen dem anderer Soziologen in der Spätphase des Kapitalismus, wenn auch diese die inzwischen vorangegangene krisenhafte Entwicklung in vielfältigen Varianten widerspiegeln. Der klassenlose, zumindest aber nicht-antagonistische Wesenszug bleibt. Er besteht entweder in seiner expliziten Negierung oder in seiner vorgegebenen Unauflösbarkeit. Diese "Unauflösbarkeit" läßt ihn zwar formal bestehen, enthebt ihn aber seiner Prozeßhaftigkeit, seiner Eigenschaft als in der Interessenauseinandersetzung sich entwickelnder, die Herrschaft des Menschen über den Menschen aufhebender Klassenwiderspruch. Ein Vergleich zwischen D a h r e n d o r f und S c h e l s k y soll dieses verdeutlichen: "... die weitere Entwicklung der gesamtgesellschaftlichen Organisationsformen sowie die der industriellen Wirtschaft zur Massenproduktion haben ihrerseits wiederum heute Klassengegensätze weitgehend nivelliert und industrielle Mittelschichten zu den strukturtragenden Kräften unserer Gesellschaft gemacht."[1] Die feindlichen Klassen der Industrie, Arbeiter und Unternehmer, sind gewiß mächtige Gruppen in allen industriellen Gesellschaften. Aber sie sind weder allmächtige Gruppen noch läßt sich heute die These verteidigen, daß ihre Konflikte die ganze Gesellschaft in zwei große feindliche Lager spalten ... Selbst wenn

---

[1] H.Schelsky, Industrie- und Betriebssoziologie, in: Gehlen/Schelsky (Hrsg.), Soziologie, Düsseldorf/Köln 1955, S. 165.

es noch Bürger und Proletarier, also eine herrschende und eine beherrschte Klasse in der Gesellschaft gibt, sind diese mit den Kapitalisten und Lohnarbeitern der Industrie keineswegs identisch."[1)]

In besonders vielen Schattierungen erscheint die These von der Aufteilung der Kapitalfunktion. "Nach B u r n h a m übernehmen die Manager die wirtschaftliche Macht, die früher in Händen der kapitalistischen Industriellen lag und erlangen damit die Möglichkeit, das gesamte Gesellschaftssystem zu bestimmen."[2)] V e b l e n zufolge entsteht bei den Managern ein eigenes Klassenbewußtsein. Die Vereinigung der Arbeiter empfindet dieser eher als "schwerfällig", die Gruppe der Manager als "nicht so hegerogen" und deshalb nicht ähnlich "wirkungslos".[3)] Einerseits hat diese Managertheorie die Funktion, die ökonomische und soziale Polarisierung zu widerlegen, andererseits - und im Gefolge dieser Absicht - soll sie die Nivellierung und Chancengleichheit als einen nicht an die Produktionsmittel gebundenen Tatbestand verdeutlichen. In gewisser Weise greifen alle soziologischen Ansätze, die auf die gesellschaftliche Zentralfunktion der Manager-Schicht abstellen wollen, auf die grundlegenden Arbeiten von W. R a t h e n a u , Th. V e b l e n (und J. B u r n h a m)[4)] zurück. " R a t h e n a u erkannte als erster die Entpersönlichung industriell-wirtschaftlichen Besitzes und die Versachlichung und institutionelle Verselbständigung, in der

---

[1)] R.Dahrendorf, Gesellschaft und Freiheit, München 1961, S. 153; k ritisch äußert sich auch neuerdings S.Herkommer zu dem Problem der Klassenunterschiede: "Das Argument geht nicht so weit zu behaupten, es gebe unter den Menschen der modernen 'Industriegesellschaft' keine soziale Ungleichheit mehr (die Nivellierungsthese war eine Episode); die Ungleichheit in der modernen Gesellschaft aber sei mit der Existenz und dem Kampf von Klassen nicht identisch und aus der spezifischen Produktionsweise des Kapitalismus nicht zu erklären." (Soziologie der Sozialstruktur - Historisch-materialistische Kritikpunkte

sich 'das Unternehmen in ein autonomes Gebilde nach Art einer Stiftung oder besser nach Art eines Staatswesens verwandelt'. Die 'abwesenden Eigentümer' (V e b l e n) werden zu bloßen Dividendenbeziehern, während die vom Eigentum gelösten Unternehmer - und Betriebsführerfunktion auf eine leitende Werksbürokratie übergehen, die sie den Bestand und der Ausweitung des Unternehmens als solchen mehr verpflichtet fühlt als den Erwerbsinteressen der Eigentümer und Aktionäre."[1)]

In allen Ansätzen läßt sich die Absicht erkennen, der marxistischen Theorie vom Klassenantagonismus und der daraus folgenden Notwendigkeit des Kampfes der Werktätigen und ihrer Organisationen eine Alternative entgegenzusetzen. Die oben

---

zu "Klasse" und "Schicht", in: Krysmanski/Marwedel, Die Krise in der Soziologie, Köln 1975, S. 124).

2) T.B.Bottomore, Elite und Gesellschaft, München 1966, S. 80.

3) Th.Veblen, Absentee Ownership and Business Enterprise, New York 1921, S. 74, zitiert in: Bottomore, a.a.O., S. 79.

4) Vgl. W.Rathenau, Von kommenden Dingen, Berlin 1917; Th. Veblen,The Engineers and the Price System, New York 1923; J. Burnham, Das Regime der Manager, Stuttgart 1948.

1) Schelsky, a.a.O., S. 167 (In diesem Zitat kommt auch die oben erwähnte Absage an den Gewinn als kapitalistischer Produktionszweck zum Ausdruck, die als zusätzliche Absicherung gegen Kampfziele der Arbeiterbewegung wie Gemeineigentum, Abschaffung der Ausbeutung etc. gedeutet werden kann. Diese Behauptung hat schon - wenn auch eher aus Gründen der logischen und funktionalen Rechtfertigung des Profitziels - Sombart scharf kritisiert (und als unvermeidbaren "Zwang" verziehen),Unternehm a.a.O., S. 700 ff; vgl. hierzu auch Veil a.a.O., S. 70.

ausgeführte Defensivkomponente der Unternehmer-Strategie hat sich also erhalten. Ihre Modifizierung ist oberflächlich nicht als solche aufspürbar.

Betrachten wir jedoch die früheren Aussagen aus Unternehmerkreisen und ihre Organisationsziele, bedenken wir die marxistische Grundlegung der Gewerkschaftsbewegung über lange Zeit und stellen wir darüberhinaus den apologetischen Charakter der Industrie- und Betriebssoziologie in Rechnung, so muß die Absage an den Marxismus als Absage an Veränderungsvorstellungen aus Richtung der Arbeiter und Angestellten generell aufgefaßt werden. Dabei spielt es zunächst in dieser allgemeinen Schlußfolgerung keine Rolle, welch subjektiver Wandel in der programmatischen Zielsetzung bezüglich Qualität und Perspektive gesellschaftlicher Veränderungen (Strategie) sich in den Gewerkschaften zwischenzeitlich vollzogen hat. Die marxistische Ideologie ergreift im Rahmen einer wissenschaftlich begründeten Gesellschaftsanalyse explizit Partei für den Kreis von Betroffenen, die auch in der gewerkschaftlichen Zielsetzung Interessenvertretung begründen. Die objektive Gemeinsamkeit des Standortes gegenüber dem Kapital stellt eine immer reale latente Gefahr dar, über die bestehenden ideologischen Differenzen hinaus zu einer vereinheitlichten Strategie zu finden. Die Offensivität und Direktheit der revolutionären Strategie würde bei einer Verbindung mit nicht oder nur teilweise marxistisch orientierten gewerkschaftlichen Konzepten konkrete Einflußmöglichkeiten erhalten.

Betrachten wir einige Beispiele der ideologischen Abwehrmaßnahmen in der Industrie- und Betriebssoziologie: "... die Bildung von Aktiengesellschaften mit ihrer Trennung von Eigentum und Kontrolle, der Ersatz der 'Kapitalisten' durch die 'Manager'" wird als eine Widerlegung der marxistischen Polarisierungsthese begriffen, die sich "als grobe Vereinfach-

ung, ja als falsch" erwiesen habe.[1] Und "innerhalb der Bourgoisie hat die Trennung von Eigentum und Kontrolle industrieller Unternehmen die beiden keineswegs immer übereinstimmenden Gruppen der Aktionäre und Manager hervorgebracht. Die sogenannten Finanzkapitalisten bilden eine dritte Gruppe neben diesen beiden. Empirische Befunde dieser Art berechtigen uns zu der Feststellung, daß die M a r x 'sche Theorie der kapitalistischen Klassengesellschaft widerlegt ist."[2] Oder "das Management ist in der Mehrzahl neuerer Unternehmungen nicht mehr identisch mit den Eigentümern. Vielmehr handelt es sich um die angestellten Träger der Positionen, in denen alle Autorität des Betriebes und Unternehmens zusammenläuft: Direktoren, Prokuristen, Abteilungsleiter. Als Qualifikation für Management-Positionen hat heute die Ausbildung ... weitgehend die Herkunft und das Eigentum ersetzt."[3]

Besonders einleuchtend wird unsere These des Zusammenhangs von Abwehr marxistischer Ideen und Gewerkschaftseinschränkungen, wo wir auf die Absicht treffen, die Gewerkschaften "von einem Instrument des K l a s s e n k a m p f s ... zu einer I n t e r e s s e n v e r t r e t u n g der Arbeitnehmerschaft i n n e r h a l b einer politischen G e m e i n s c h a f t" zu entwickeln, welche "den Klassenkampf ... verfassungsrechtlich mißbilligt"[4].

An neueren Modifizierungen des Gesellschaftsbildes ist insbesondere die von J. K. G a l b r a i t h zu erwähnen,

---

[1] R.Dahrendorf, Industrie- und Betriebssoziologie, Berlin 1965, S. 92. Zu diesem Vorwurf scheinen uns zwei Zitate notwendig: "Die Aktienunternehmungen überhaupt - entwickelt mit dem Kreditwesen - haben die Tendenz, diese Verwaltungsarbeit als Funktion mehr und mehr zu trennen vom Besitz des Kapitals" (K. Marx, Das Kapital Bd. 3, in: MEW Bd. 25, S. 401) und "Die gesellschaftliche Funktion des Kapitalisten ist hier auf

in der die soziale Gruppe der Leitenden und Manager als "Technostruktur" definiert ist, d. h. "der führende Kopf einer Firma ist ... nicht mehr als Einzelner, sondern ein Apparat von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Technikern, von Verkäufern, Werbefachleuten und Marktexperten, von P.R.-Leuten, Lobbyisten, Rechtsanwälten und Männern mit besonderer Kenntnis der Staatsbürokratie und ihrer Manipulation von Koordinatoren, Managern und leitenden Angestellten. Das ist die Technostruktur. Die Befehlsgewalt geht vom Einzelnen auf die Technostruktur über"[1].

Eine kritische Haltung zur Konstruierung einer von Kapital und Eigentum unabhängigen Managerschicht - wenn auch nicht gegenüber der diese begründenden Apostrophierung des Nicht-Antagonismus der Gesellschaftsstruktur - bezieht B o t t o m o r e , wenn er darauf hinweist, "daß die Spitzenmanager und die Vermögenden so eng miteinander verpflochten sind, daß sie im großen und ganzen gesehen eine einzige Gesellschaftsgruppe bilden (...) Sie sind von der Oberschicht der Vermögenden keineswegs unabhängig und ent-

---

besoldete Diener übergegangen; aber der Kapitalist streicht nach wie vor in Gestalt seiner Dividenden die Bezahlung für jene Funktionen ein, obwohl er sie nicht mehr ausübt." (F. Engels, Notwendige und überflüssige Gesellschaftsklassen, in: MEW Bd. 19, S. 289).

[2] derselbe, Gesellschaft und Freiheit, S. 151.

[3] derselbe, Industrie- und Betriebssoziologie, S. 78.

[4] Bend a, a.a.O., S. 216 (Hervorhebung - R.L.).

[1] J.K. Galbraith, Wirtschaft für Staat und Gesellschaft, München/Zürich 1974, S. 102.

wickeln sich nicht zur neuen 'herrschenden Klasse'".[1)]

Die Differenzierung des Gesellschaftsbildes muß - will sie ihre Legitimität halten - mit den Phasen der Entwicklung des Kapitalismus kongruieren. Die graduellen Unterschiede der verschiedenen Autoren in der Analyse der gesellschaftlichen Lage mußten sich entsprechend der Weiterentwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsformation gemäß der Differenzierung der Produktivkräfte ändern, ohne deshalb die prinzipielle Identität der Einschätzung aufgeben zu müssen - Nicht-Antagonismus, Klassenlosigkeit, abnehmende Relevanz der Kapitalfunktion, Nivellierung.

Die Bestimmung der E i n z e l funktion des Unternehmers war aufgrund ihrer ohnehin abstrakten Lostrennung von g e s e l l s c h a f t l i c h e n , sozialen Bezügen nicht genötigt, ihren allgemeingültigen anthropologischen Standort - gleich welcher psychologischen oder moralischen Ausprägung - zu verlassen. Wir wiesen bereits auf die Ähnlichkeit der Einordnung von O. A. F r i e d r i c h mit W. S o m b a r t hin. Die S o m b a r t 'sche Festsetzung unternehmerischer Eigenschaften kehrt auch bei H. S c h e l s k y wieder. A. W e b e r schließt sich ihrer im Ganzen an. S c h e l s k y spricht von "Erfinderpersönlichkeiten" und dem "Unternehmer-Kaufmann" der in seiner Reinform "weitgehend zurückgedrängt" wurde, wenn sie ihm auch selbst bei seiner Unterscheidung zwischen Unternehmer- und Managerfunktion nicht unbedingt gänzlich verlorengegangen zu sein scheint.[2)] S o m b a r t s Unternehmer-Analyse - "ein

---

[1)] Bottomore, a.a.O., S. 83.

[2)] Schelsky, a.a.O., S. 167 f; vgl. a. S. Schmölders, a.a.O., S. 63 ff.

Mann ... der ... sein Leben opfert (...) mit lang ausschauendem Sachinteresse" - betont einerseits die Funktionen "Erfinder", "Entdecker", "Eroberer" und "Organisator"[1] sehr, die in ihrer Gesamtheit den Unternehmer ausmachen - und in dieser idealtypischen Kombination nur "Eliten"[2] eigen sein können -, andererseits sind für ihn diese Eigenschaften allgemein und setzen sich in allen gesellschaftlichen Bereichen durch. "Die 'Unternehmenden' sind es, die die Welt erobern, die Schaffenden, die Lebendigen ..."[3] Derart allgemein gehaltene Individualitäts-Bestimmungen können mit den verschiedenen schicht-spezifischen Merkmalen nicht mehr in Widerspruch geraten.

Der Widerspruch zwischen der allgemein-anthropologischen Bestimmung, die auf Chancengleichheit abzielt, und der realen sozialen Bedingtheit, die schon B o t t o m o r e anklingen ließ, macht es oppositionellen Strömungen, also auch Gewerkschaften schwer zu strategieren, müten sie doch sowohl eine - weil anthropologische - auch der Arbeiterklasse zugestandene Fähigkeit des schöpferischen Unternehmers aufnehmen wie - scheinbar dazu im Widerspruch stehende - gesellschaftliche (nicht-anthropologische) Forderungen durchsetzen.

Je nach Integriertheit in das vorgezeichnete Harmonieverständnis muß dies verschiedene Folgen zeitigen.

---

[1] Sombart, Unternehmer, a.a.O., S. 729 ff; vgl. A.Weber, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, Tübingen 1921, S. 361 ff.

[2] Vgl. a. H.Hartmann, Der deutsche Unternehmer: Autorität und Organisation, Frankfurt/Main 1968, S. 21 f, 46, 252.

[3] Sombart, Der moderne Kapitalismus, Bd. 1/1, München und Leipzig 1924, S. 327 f; vgl. a. Veil, a.a.O., S. 77 f.

3.1.2 Politisch-ökonomische Allianz mit dem Staat

Die Verzahnung zwischen Kapital und Staat läßt sich ebenfalls nur aus der Tatsache zunehmender Entwicklung ökonomischer Größen erklären. Die quantitative und qualitative Verbesserung und Vergesellschaftung der Produktivkräfte durchzieht, wie wir oben zeigen werden[1], Phasen zunehmender Komplexität und Differenzierung. Dies macht Kapitalaufwendungen und den Einsatz außerökonomischer Garantien für seine Verwertungsbedingungen nötig, welche den Staat als Regulator gegenüber fremden Wirtschaftssystemen und innerhalb der eigenen Konkurrenz hervorrufen. Regelung der gewaltsamen Auseinandersetzungen der Konkurrenten, Bereitstellung von Investitionen der Reproduktion und Umgang mit dem Kapitalgegner werden zu den wesentlichen Funktionen des Staates. Aus der Entwicklung staatlicher Interventionen zu relativ stabilen Institutionalisierungen erwächst zugleich das Verständnis der Herrschaftsmöglichkeiten zugunsten bestimmter Gruppen. Diese Gruppenparteilichkeit, die zu der klassenmäßigen Funktion tritt und auf der Konkurrenz innerhalb der Klasse der Unternehmer beruht, vermittelt m.a.W. die Vorzüge und Vorteile, die der staatliche Einsatz für ein Kapital haben kann, aber mit der Tatsache der gleichzeitigen Benachteiligung anderer (weniger mächtiger) Kapitale auch eine Ambivalenz.

Seine Tätigkeit ist somit auf der einen Seite geprägt durch das Kräfte-(Konkurrenz-)Verhältnis innerhalb der Herrschenden. Dies zeigt er als eigenständiges Wirtschaftssubjekt und als Gesetzgeber mit bestimmten ökonomischen und legalistischen Entscheidungen. In diesen Funktionen ist er aber auch gleichzeitig Adressat der Gegegenseite, der Beherrschten und ihrer Organisationen. Das

---

[1] Vgl. S.182 dieser Arbeit.

gesellschaftliche Kräfteverhältnis determiniert ihn in bestimmter Weise. Legalisierte Erfolge der Arbeiterbewegung zwingen den Staat in partielle, der Konkurrenz zwischen den Klassen adäquate Konfrontation mit dem Kapital. Letztere Funktion und die relative ökonomische Eigenständigkeit als "ein Produktionsfaktor ersten Ranges"[1] verursachen ihm gegenüber eine ständig zwiespältige Haltung der herrschenden Klasse oder dominanter Teile von ihr. Vorsichtige Defensive kennzeichnet auch hier wieder stellenweise die Strategie des Kapitals. Der Kampf um staatliche Entscheidungen und die Abgrenzung gegen staatliche Eingriffe lassen das Kapital zwischen Distanzierung und Instrumentalisierung traktieren.[2]

3.1.2.1 Distanzierung

Besonders augenscheinlich ist diese Politik an den Punkten, die entweder ökonomische Einschränkungen vom Kapitalisten verlangen oder in der Verhinderung positiver Entscheidungen für die Werktätigen bzw. deren Organisation bestehen. So führt T i l l e eine Aufzählung von gewerkschaftlich (und politisch) erkämpften Rechten zur Begründung dafür an, daß "die Grundlage der liberalen Gesellschaftsordnung, das Privateigentum, angetastet" sei und der "Unternehmer und der Handarbeiter im Unternehmen für zwei gleichberechtigte Parteien" erklärt worden seien. "Einerseits die Massen zu umbuhlen und ihnen Sondervorteile zu verschaffen, und anderer-

---

[1] Gehlen, a.a.O., S. 47.

[2] Vgl. dazu Suhr "Es ist das Ziel der wirtschaftspolitischen Verbände, die Interessen der Unternehmen dem Staate und der Allgemeinheit gegenüber wahrzunehmen. Die Interessenorganisa-

seits ihnen möglichst jede Beitragspflicht zu den Staatskosten abzunehmen, das ist seine Politik geworden." Sie müsse konsequent vom "Nationalliberalismus" über den "Nationaläqualismus" und "Nationalsozialismus" zum "Nationalkommunismus" führen.[1)]

In ähnlicher Weise, "bei der die Zwangsläufigkeit der Entwicklung nicht beschworen wird, um sie als erwünscht und notwendig hinzustellen, sondern um sie zu verhindern"[2)], warnen die Unternehmer der Gegenwart vor der staatlichen Allmacht: "Die öffentliche Hilfe muß .. subsidär bleiben. Auch kann sie nicht zu einer gleichförmigen Schicksalsversicherung ausgebaut werden (...) Der Staat ist in Gefahr, wenn er durch die Begehrlichkeit der Staatsbürger überfordert wird oder dem Totalitätsanspruch von Interessenorganisationen gegenübersteht."[3)]

Wir müssen nicht auf die langwierigen Kämpfe aufmerksam machen, die um die soziale Sicherung gerade von den Gewerkschaften geführt wurden, um zu erkennen, daß die Einschränkung staatlicher Sozialleistungen eine Absage an die gewerkschaftliche Zielsetzung der Hebung und Sicherung des Lebensniveaus der von ihnen vertretenden Bevölkerungsgruppen

---

tionen wachsen in dem gleichen Maße mit dem Streben des Staates nach Einfluß in der Wirtschaft." (Die Organisationen der Unternehmer, Berlin 1924, S. 37 ff).

[1)] Tille, Die Arbeitgeberpartei, a.a.O., S. 13 ff. Als Beweise zählt Tille u. a. auf: Lohnfortzahlung bei Kontraktbruch, Arbeitsgerichte, Schiedsämter, Ortskrankenkassen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle für Angestellte, Streikrecht, Tarifrecht (ebenda, S. 12 f).

[2)] Hondrich, a.a.O., S. 137.

[3)] Gedanken, a.a.O., S. 333.

darstellt. Nicht allein deshalb haben die Gewerkschaften seit ihrem Bestehen soziale politische Ziele verfochten, um aus der Absicherung elementarer Rahmenbedürfnisse heraus den Lohnkampf um so effektiver führen zu können. Das B i s m a r c k ' sche Sozialgesetzsystem war - nach eigener Aussage ("Zuckerbrot und Peitsche") - nicht zufällig gegen die Sozialdemokratie und ihre staatlichen Forderungen gerichtet.

Der Staat ist von Anfang an - da in der herrschenden Auffassung auf Interessenausgleich, Sittlichkeit und Allgemeinwohl verpflichtet - der entscheidende Adressat sozialpolitischer Forderungen der Gewerkschaftsbewegung. "Es war einer der Hauptpunkte des 1907 zwischen dem Zentralverband Deutscher Industrieller und der Reichsregierung geschlossenen Paktes, den Einfluß der Arbeiterorganisationen auf die Instanzen der Arbeiterversicherung zurückzudrängen ... Man beschuldigte die Arbeiter der Rentensucht und Übertreibung, der Simulation und Arbeitsscheu und die Arbeitervertreter der Begünstigungen solcher Bestrebungen und des Terrors gegen Andersorganisierte ..."[1] Wir belegten ähnliche Angriffe schon bei T i l l e u.a.[2] Wenn die Sozialpolitik die Betriebe direkt berührt - so ist auch die Reaktion auf Unternehmerseite abwehrend und taktisch in be-

---

[1] Umbreit, a.a.O., S. 106.

[2] s. S. 124 ff dieser Arbeit.

sonderem Maße differenziert.

Daß in bestimmten Situationen die Abwehr gegen die Gewerkschaften nicht über den Staat, sondern direkt geführt wird, erkennen wir besonders klar aus Äußerungen, die auf Interessen- oder Verständnisverschiedenheiten zwischen Belegschaft und ihrer Gewerkschaft abstellen: "Wenn man mit aufgeschlossenen Angestellten und Arbeitern spricht, kann man feststellen, daß auch sie, die es angeht, den Gegenstand des Streites kaum begreifen. Natürlich wissen sie, daß die Regierung ein Betriebsverfassungsgesetz entworfen hat, und sie wissen, daß dieses Gesetz noch Wünsche, die die Gewerkschaften vorbringen, offenläßt. Aber worum im Einzelnen der Streit geht, vermögen sie fast nie zu sagen. So wirkt das, was jetzt geschieht (Streiks - R.L.), als eine Solidaritätsaktion um jeden Preis, aber nicht als elementare Bewegung, die aus den Herzen der Arbeiter und Angestellten kommt. Es ist allein die Gewerkschaft, die den Kampf will und die ihn schürt."[1)]

In aller Klarheit belegt auch U m b r e i t die Richtigkeit unserer These von der Relevanz sozialpolitischer Forderungen an den Staat und ihrer Abwehr durch die Unternehmer, wo er sagt, daß die Gewerkschaft schon bei der "Erfahrung ..., einzelne sozialpolitische Probleme herauszugreifen und .. zu lösen" den " g e s a m t e n Widerstand der rückständigen Mächte gegen den Forschritt der sozialen Gesetzgebung" auf sich nehmen mußte. In Erkenntnis der positiven Ausgangslage, die durch soziale Sicherungen generell geschaffen werden, "pflanzte sich in der bürgerlichen Welt der Ruf nach einem S t i l l s t a n d d e r S o z i a l -

---

[1)] Friedrich, Gehen wir aufeinander zu?, S. 80.

r e f o r m ... fort". Die Wichtigkeit "ausreichende(r) gesetzliche(r) Maßnahmen zur Sicherung der Rechtsverhältnisse der Arbeiter", des Schutzes "von Leben und Gesundheit" und der "Bewahrung vor Armut und Verelendung" erhält durch die "Propaganda der Unternehmerklasse" und die Tatsache des "unheilvollen Einflusses der organisierten Unternehmer auf die Gesetzgebung" besondere Betonung.[1)]

Nicht nur die mögliche Verbesserung der politischen Ausgangslage für die abhängig Beschäftigten löst den Widerstand der Unternehmer aus. Direkte ökonomische Nachteile sind natürlicherweise auch Gegenstand und Motivation ihrer Abwehrmaßnahmen: Soziale Investitionen gehen zu Lasten anderer Etatposten des Staatshaushaltes, unter denen Subventionen und Steuererleichterungen einen nicht unerheblichen Anteil ausmachen. Das betrifft besonders Maßnahmen, die auf eine Einschränkung und Kontrolle der Konkurrenz abzielen. Diese Eingriffe sind ambivalent, da sie einerseits

---

[1)] Umbreit, a.a.O., S. 119 f (Hervorhebung im Original) Aus neuerer Zeit seien hier die Gesetze über die paritätische Mitbestimmung oder die Berufsbildung erwähnt, bei deren Endfassung bedeutende Abstriche von dem ursprünglichen Regierungsentwurf gemacht wurden, die auf die Initiative der Unternehmerverbände zurückgingen und den gewerkschaftlichen Forderungen nach Parität bzw. betrieblicher Finanzierung entgegengesetzt waren. Ein Mitglied des Bundesbildungsministeriums spricht von einem "Aufwärmen der Interessen" der Arbeitgeber (Frankfurter Rundschau, 10. 11. 75).

Mißbrauch verhindern, andererseits aber auch zwangsläufig die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaftsweise behindern. Von daher sind derartige staatliche Maßnahmen schon innerhalb der bürgerlichen politischen Ökonomie nicht unumstritten.

Entscheidend für den Widerstand ist aber vielmehr, daß die in der Kontrolle implizierten Möglichkeiten der Einschränkung des Privateigentums Schlußfolgerungen auf seine Sozialisierbarkeit sichtbar werden lassen. Und an dieser oder teilweise jenseits dieser Schwelle stehen gewerkschaftliche Forderungen wie die "Überführung von Schlüsselindustrien und anderer markt - und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum"[1]. Nicht zufällig beanspruchen auch Gewerkschaften die Mitwirkung des Staates bei diesen Zielen - z. B. in seiner Legislativ-Funktion - und nicht zufällig erfahren deshalb alle staatlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen eine entsprechend mißtrauische Aufnahme. "Man muß sich stets bewußt sein, daß gerade in der Wettbewerbspolitik die Gefahr gegeben ist, den Teufel durch Beelzebub auszutreiben. Der Grad zwischen sinnvoller öffentlicher Wettbewerbskontrolle bzw. Mißbrauchsaufsicht und Dirigismus ist sehr schmal."[2] Die Institutionalisierung außerökonomischer Kompetenz und ihre dadurch geschaffene relative Eigenständigkeit birgt für das Kapital die Gefahr wirksamer Einflußnahme entgegengesetzter Interessen, die sich als "Staatseingriff" darstellen und eine "Spannung von Freiheit und Bindung" für alle Beteiligten schaffen können.[3] Zum überzeugenden Beleg

---

[1] Grundsatzprogramm, a.a.O., S. 459.

[2] R.Rodenstock, in: ders. a.a.O., S. 24.

[3] Benda, a.a.O., S. 202.

für unsere These wird die Haltung F r i e d r i c h s : "Wird gar zu leicht nach dem Staat gerufen, wenn Nöte auftreten, so muß sich das Bewußtsein in der öffentlichen Meinung bilden, daß letztenendes doch der Staat allein die wirtschaftlichen Probleme lösen kann. Der Schritt von dieser unterbewußten Vorstellung bis zur Bejahung der Staatswirtschaft ist dann bei einem Wirtschaftsrückschlag nicht mehr weit."[1)]

Damit ist zugleich ein Punkt angesprochen, der in das folgende Kapitel hineinreicht: Die Rolle des Staates als "große Verteilungsapparatur", der "die einzelnen Gruppen in den Dialog über die übergreifenden Ziele und damit zu integraler Betrachtungsweise" bringen soll.[2)] Bei diesem Problem beginnt dann auch die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften konkreter und direkter zu werden, deren Forderungen außerhalb der Lohnsphäre die Mittel-Verteilung des Staates zu ihrer Voraussetzung haben. Die Frage lautet, wie sich Unternehmer und Gewerkschaften "gruppenüberlegene Kompetenzen"[3)] des Staates für ihre gruppenspezifisch gebundenen Interessen zur Verfügung halten können. Die dem Staat gegenüber vorgenommene neutrale Rollenzuweisung als einer entweder über den Klassen stehenden Institution oder

---

[1)] Friedrich, Das Leitbild, a.a.O., S. 38.

[2)] Studiengruppe "Unternehmer", a.a.O., S. 30.

[3)] Gehlen, a.a.O., S. 47.

die Gruppeninteressen einer klassenlosen Gesellschaft regulierenden Instanz ist somit eine notwendige Folge und Voraussetzung des nicht-antagonistischen Gesellschaftsbildes.

3.1.2.2 Kooperation

Da der Staat die politischen, außerökonomischen Bedingungen gewährleistet, ist er für das ökonomische System von entscheidender Relevanz. Der Produktionsweise entspricht so die staatliche Organisation, die ökonomisch Mächtigen brauchen die politische Herrschaft, um ihre Ziele realisieren zu können.

Daraus ergibt sich die notwendige Verbindung zwischen dem Kapital als der herrschenden Klasse und dem Staat als der politischen Durchsetzungsinstanz. Damit ist nicht gesagt, daß Unternehmer nicht unabhängig vom Staat handeln, und es auch tun, sobald die staatlichen Garantien nicht mehr ausreichen. Das bedeutet auch nicht, daß der Staat selbst kein ökonomisches Subjekt ist. "Der Staat wird nicht nur zu einem Mittel des Konkurrenzkampfes der Monopole, sonder zugleich zu einem Konkurrenzobjekt."[1] Und "er selbst stellt eine unmittelbare ökonomische Macht dar..."[2] Die Beziehungen zwischen der Klasse der Unternehmer und dem

---

[1] Lehrbuch politische Ökonomie. Vorsozialistische Produktionsweisen, Frankfurt/Main 1972, S. 501 (im folgenden: Lehrbuch Politische Ökonomie).

[2] ebenda, S. 548.

Staat sind wechselseitig und tragen sowohl politischen wie ökonomischen Charakter. "Die mächtigsten Monopole kämpfen ständig um den größten Anteil an Regierungsaufträgen..."[1] Die Kooperation mit dem staatlichen Apparat muß Instrumentalisierung des Staates im Interesse der Zielsetzungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems sein.

Die Kontinuität oder Permanenz dieser Beziehungen ist ihrerseits wieder Funktion des Kräfteverhältnisses zwischen den konkurrierenden Klassen und ihren Organisationen. Die Ausrichtung des Staates auf die gegengesetzten Interessen der Klasse stellt nicht ein von den Organisationen und Personen der Klasse abgehobenes Phänomen dar. Die direkte Teilnahme an den Entscheidungen durch Vertreter, aber auch durch direkt den Unternehmen verpflichtete Personen (Teilhaber, Manager) ist existenziell für die ökonomische Funktion des Systems. "Will der Unternehmer .. die Fortentwicklung einer überlegenen freien Wirtschaftsordnung sichern helfen, so muß er aus seinen eigenen Reihen eine Anzahl führender Persönlichkeiten hervorbringen, die in der politischen Sphäre zu wirken bereit sind."[2] Die Entwicklung der Gesellschaft und ihre Produktivkräfte verursachte diese politische Orientierung an dem Staat, bis "die Wirtschafts- und Produktionsleistung einer Volkswirtschaft immer enger mit den politischen Interessen des Staates zusammenfiel"[3].

Die Industrie- und Betriebssoziologie beschäftigt sich

---

[1] ebenda, S. 501.

[2] Friedrich, Das Leitbild, a.a.O., S. 36.

[3] Schelsky, a.a.O., S. 170.

eingehend mit diesem Zusammenhang und begründet ihn mit der Funktion des Kapitals. "Der Fortbestand des Planungssystems (=Kapitalgesellschaften - R.L.) in etwa seiner heutigen Form hängt von seinem Einfluß auf den Staat und von seiner Kontrolle über staatliche Maßnahmen ab."[1] Aus derselben Analyse erfahren wir, daß "schon oft beklagt (wurde), daß Kontrollorgane dahin tendieren, zu Instrumenten oder gar Marionetten jener Industriezweige zu werden, die sie angeblich reglementieren sollen"[2].

Die politisch-ökonomische Verknüpfung von Staat und Unternehmertum beginnt - entwicklungsgemäß - um die Jahrhundertwende und mit Beginn des Ersten Weltkrieges. Vorher waren - bei ökonomischer Macht des Kapitals - die politischen Positionen noch weitgehend von dem feudalen Großgrundbesitzern und ihren Interessenvertretern besetzt, "... der Staat (hatte) nur in beschränktem Maße ökonomische Funktionen ausgeübt. Sie reduzierten sich hauptsächlich darauf, Steuern zu erheben und mit verschiedenen Mitteln die Konkurrenzfähigkeit der Bourgoisie des jeweiligen Landes auf dem Weltmarkt zu gewährleisten"[3]. Nur die Schwerindustrie konnte staatliche Unterstützungen in größerem Maße vorher aufweisen. Dementsprechend weisen zeitgenössische wissenschaftliche und populäre Werke oder Deklarationen aus Kreisen des Bürgertums über die Kooperation zwischen Staat und Unternehmen noch wenig theoretische Einordnungen auf.

---

[1] Galbraith, a.a.O., S. 184; ähnlich Aufgaben und Stellung, a.a.O., S. 30 f.

[2] Galbraith, a.a.O., S. 250.

[3] Lehrbuch politische Ökonomie, a.a.O., S. 548; die Zusammenarbeit zwischen Staat und Großindustrie kritisiert Umbreit, a.a.O., bes. S. 52 f.

Dagegen "(ist heute) die Einordnung und Sicherung der unternehmerischen und betriebsleitenden Tätigkeiten in das Gesamtgefüge des gesellschaftlichen Lebens ... zum umfassenden, bewußten und, wie es scheint, schon weitgehend verwirklichten Anliegen der wirtschaftsführenden Kräften geworden "[1]. Für die heutige Zeit weiß H a r t m a n n zu berichten: "Die Kommunikation zwischen dem BDI und den Zentralen der politischen Parteien in Bonn und den einzelnen Regierungs- und Bundestagsmitgliedern erfolgt zentral über ein besonders Verbindungsbüro in Bonn, daß dem Hauptgeschäftsführer direkt berichtet."[2]

In den nicht direkt ökonomischen Problemen, die sich mit der Aktivität der Gewerkschaften und ihrer Streiks ergaben, ist daher von Anbeginn ein enger kooperativer Zusammenhang festzustellen. Wie wir oben sahen, ergibt sich dieser aus der gemeinsamen Furcht des Kapitalisten und Feudalisten. Über Polizei und gesetzgeberische Maßnahmen vollzog sich der strategische Entwicklungsgang der Unternehmer bis zur heutigen Neuzeit.

Streik- und Koalitionsrecht sind Ergebnisse langer Auseinandersetzungen und seitdem in verschiedene Ausmaße, versteckt oder offen, Angriffen oder Verbotsdrohungen ausgesetzt.[3] Das Verbot des politischen Streiks gilt noch heute und nicht selten werden damit Angriffe auf das Streikrecht als Ganzes gefahren. Die Unterscheidung

---

[1] Schelsky, a.a.O., S. 171.

[2] Hartmann, a.a.O., S. 245.

[3] Vgl. Tille, Die Arbeitgeberpartei, a.a.O., S. 12 f, 23 f; Umbreit, a.a.O., S. 129 ff.

zwischen spontanen und organisierten Streiks ist wohl die deutlichste Ausdrucksform. "Die Namenstrennung für zwei in dieser 'idealtypischen' Bezeichnung nicht-existente Phänomene ist 'der Ausdruck bestehender politischer Machtverhältnisse.'[1]"[2] Dies geschieht häufig unter Berufung auf allgemeine Werte wie "Gemeinwohl" oder "Gefährdung der Ruhe und Ordnung", die im Prinzip auch die neuere Gewerkschaftsbewegung anerkennt und dadurch in der Bevölkerung einen permanenten Rechtfertigungsdruck bei eigenen Aktionen ausgesetzt ist. Unter Berufung auf Götz B r i e f s nennt eine Zeitung den Streik "ein barbarisches Relikt des 19. Jahrhunderts", daß "eher in die Zeit des Faustrechts als in die unserige gehört"[3]. Oder ".. ein Mitglied der Bundesregierung (sprach) anläßlich eines Arbeite-langsam-Streiks der Flugleiter, im April 1971, von einem 'Erpressungsmanöver nach den Methoden einer Gangsterorganisation'[4]"[5]. Ähnliche Beispiele sind zahlreich in der Gewerkschaftsbewegung zu finden.

In demselben Maße - abgesehen von taktischen Modifizierungen - ist die Tarifautonomie das Angriffsziel von Staat und Kapital. Von den anfänglichen totalen Verbotsversuchen wie "Umsturzvorlage" und "Zuchthausvorlage" bis zu (gegen-

---

[1] H.Matthöfer, Streiks und streikähnliche Formen der Arbeitnehmer im Kapitalismus, in: D.Schneider (Hrsg.), a.a.O., S. 174.

[2] Lison, Streikformen, a.a.O., S. 86.

[3] "Dialog", 2/73.

[4] "Die Welt", 27. 4. 1971.

[5] Lison, Streikformen, a.a.O., S. 87.

wärtigen) Einschränkungsversuchen gibt es vielfältige Varianten. Verwiesen sei in diesem Zusammenhang nur auf die legalistischen Beschränkungen durch "Friedenspflicht" und "Schlichtung". "Die Bemühungen des Staates, die Ausübung des Streikrechtes durch Zusatzverordnungen und zwischengeschaltete staatliche Instanzen (z.B. Schlichtungswesen) zu erschweren und zu kontrollieren, beweisen den Klassencharakter des Streiks und den Klassencharakter von Staat und Gesellschaft, existieren sie doch zum Schutze derjenigen Klasse, gegen die die Streikwaffe gerichtet ist."[1)]

Die staatlich-kapitalistische Ideologiekooperation differenziert sich natürlich in besonderem Maße, wenn traditionell gewerkschaftsverpflichtete Parteien die Regierung stellen. Für die Regierung der einzelnen Länder des Staates kann aber durchaus gelten, was V e t t e r in Abwehr der Demagogie vom "Gewerkschaftsstaat" feststellt: "Anknüpfungspunkt für die mit Formeln wie 'Gewerkschaftskabinett' und 'Gewerkschaftsstaat' betriebene Demagogie ist die weitverbreitete Unterschätzung des nach wie vor bestehenden e r h e b l i c h e n u n t e r n e h m e r i s c h e n E i n f l u ß auf die staatliche Politik ...(...) Die staatliche Politik insgesamt kann nicht losgelöst von wirtschaftlichen Fakten handeln, die nach wie vor ü b e r w i e g e n d v o n u n t e r n e h m e r i s c h e r S e i t e gesetzt werden."[2)]

Polizei und Rechtssprechung sind weitere Systeme, die

[1)] ebenda, S. 26.

[2)] H.O.Vetter, Gewerkschaften im Visier der Reaktion, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/74, S. 611 (Hervorhebung - R.L.).

als Kooperationsmittel dienen können. Schon T o d t / R a d a n t h berichten im Zusammenhang mit Streiks über die "Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft", bei welchen die Rolle der Polizei und der Gerichte besonders geschildert werden.[1] In demselben Zusammenhang berichtet U m b r e i t aus dem Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet 1912: "Es hagelte förmlich Gefängnisstrafen wegen Worte derEntrüstung über das Treiben der Arbeitswilligen. (...) Diese Strafpraxis wurde damit begründet, daß es gelte, den sozialdemokratischen ' T e r r o r i s m u s ' zu brechen."[2] Auch in neuerer Zeit hat das Zusammenspiel von Polizei, Gericht und Unternehmen sich nur in der formalen Differenzierung verändert. Beim Streik von Enka-Glanzstoff 1972 wurden internationale Solidarisierungsmaßnahmen durch Polizeieinsatz an der Grenze gestoppt, "der bürgerliche Staatsapparat (hatte) den Enka-Arbeitern gezeigt, daß er ... auf Seiten des Großkapitals stand"[3]. Beim Streik im Profil-Walzwerk Mannesmann "erließ das Duisburger Arbeitsgericht in einer einstweiligen Verfügung gegen 42 Betriebsangehörige Werksverbot, weil ihr Verhalten einen 'unrechtmäßigen Eingriff in das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb' darstelle"[4]. Während des Arbeitskampfes bei Daimler-Benz in Nord-Baden/ Nord-Württemberg "beobachteten Beamte der politischen Polizei von Werksgebäuden aus die Streikenden mit Ferngläsern ... im naheliegenden Neckarstadion standen rund 40 Polizisten als

---

[1] Todt/Radant, a.a.O., S. 152 ff.

[2] Umbreit, a.a.O., S. 130 (Hervorhebung im Original); vgl. die Gewerkschaftsfreiheit einschränkenden Gesetzesänderungen ebenda, S. 127 ff; Zwing, a.a.O., passim, bes. S. 127 ff.

[3] K.Steinhaus, Streiks in der Bundesrepublik 1966-1974, Frankfurt 1975, S. 113.

[4] "Der Spiegel", 11/1973.

Eingreifreserve für etwaige Zwischenfälle bereit.[1] "In einem ähnlichen Fall spricht ein Funktionär der Gewerkschaft davon, daß der Ministerpräsident "den Innenminister die Geschäfte der Unternehmer erledigen läßt"[2].

3.1.3 Organisatorische Absicherung der Kapital-Strategie

Wir wiesen bereits darauf hin, daß die Entwicklung der unternehmerischen Ideologie im politischen Zugzwang der revolutionären Sozialdemokratie und ihrer Parteien und Gewerkschaft erfolgte. Die Ausdrucksformen der Strategieentwicklung und ein Teil von ihr sind in institutionalisierten Handlungsmustern zu sehen, als welche wir die Organisationen bezeichnen wollen. Der gesellschaftliche Antagonismus schlägt sich in ihrer defensiven Abgrenzung gegenüber Staat und Gewerkschaft nieder. Wir müssen hier die gesamte Defensivkomponente, die keine Nicht-Aggression bedeutet, als Erscheinungsform des klassenmäßigen Bezuges der Unternehmer-Organisation bezeichnen. Die Abgrenzung zur Sozialdemokratie und der Kampf um den Staat werden darüber hinaus zur Notwendigkeit, weil die Entwicklung der Produktivkräfte und damit gegebene Möglichkeiten der Produktivitäts- und Gewinnsteigerung die Grenzen der Unternehmen überschreiten - der Staat muß intervenieren und subventionieren, muß jedenfalls zu einer klassenbezogenen Politik veranlaßt werden.

---

[1] "Frankfurter Rundschau", 17. 10. 1973.

[2] ebenda, 9. 10. 1973.

3.1.3.1 Strategische Zielsetzung und Mittel

".. eine ganze Reihe von Unternehmerorganisationen (ist) erst dadurch entstanden, daß die Macht anderer Organisationen überhand zu nehmen drohte. Das gilt vor allem für die Arbeitgeberverbände, die ihren Ursprung u.a. auch der Notwendigkeit eines Gegengewichts gegen die Gewerkschaften verdanken."[1] Dabei ist die Gewerkschaft als Organisation allgemein nicht so sehr der Angriffspunkt als vielmehr ihre Funktion als Initiator und Organisator des Streiks und Lohnforderungen. Als es auf parlamentarischem Wege nicht gelang, diese Waffe der Arbeiter zu entschräfen oder abzuschaffen (Zuchthausvorlage, Umsturzvorlage)[2] rief S t r e s e m a n n zur Gründung eines einheitlichen Arbeitergeber-Verbandes auf, in der Hoffnung, "daß weil nun zwei Mächte sich gegenüberstehen, große Streiks, die eine außerordentliche Erschütterung in unsere wirtschaftliche Entwicklung bringen, eher vermieden als etwa provoziert

---

[1] E.Bardey, Unternehmer-Organisationen - Wofür sind sie da? Stuttgart 1959, S. 25; ähnlich auch Braun: "Vielfach war ausschließlich die Abwehr der organisierten Arbeiterschaft Zweck der Organisation. Die Unternehmer haben Gegenorganisationen gegen die Verbindungen der Arbeiter geschaffen. Solange die Arbeiter eine unorganisierte Masse waren, sahen sich die Unternehmer nicht veranlaßt, sich zu organisieren. Erst mit der Entfaltung der gewerkschaftlichen Kräfte erwachsen und entwickeln sich rasch die Arbeitgeberverbände zu hoher Macht." (a.a.O., S. 391); vgl. A.Weber, a.a.O., S. 169 ff; vgl. Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 3, S. 288 f.

[2] Vgl. A.Müller, Gewerkschaften und Unternehmerverbände, Magdeburg o.J. (1966), S. 3, 9.

werden"[1]. Wir können auch an dieser Stelle noch einmal feststellen, daß die Distanzierung des Staates immer in direktem Zusammenhang (oft mit Ziel) einer Streik- und Gewerkschaftsfeindlichkeit steht.[2]

S u h r unterscheidet zwischen Unternehmerverbänden, die als "wirtschaftspolitische Organisationen nach Beeinflussung der Gesetzgebung, Verwaltung und öffentliche Meinung streben" und den "Arbeitgeberverbänden", die er als "Kampforganisationen gegen die Gewerkschaften" bezeichnet, deren "Ziel die Beherrschung des Arbeitsvertrages (ist)"[3]. Wieder ist das Ziel der politische Kampf gegen die "sozialistische Bewegung - Gewerkschaften und Partei". Und ebenfalls hält S u h r den Streik für das vordringliche taktische Bekämpfungsziel.[4] Den "mächtigen Machtanstieg" der Gewerkschaftsbewegung halten auch neuere Einschätzungen aus Unternehmerverbänden für den Anlaß von Organisationsgründungen, die "vielfach als Antistreikver-

---

[1] Stresemann, a.a.O., S. 29.

[2] dazu bes. Tille, Die Arbeitgeberpartei, a.a.O., passim, bes. S. 8 ff; 31.

[3] Suhr, a.a.O., S. 8; ähnlich A.Müller, a.a.O., S. 4 f; Aufgaben und Stellung, a.a.O., S. 17 f; Umbreit, a.a.O., S. 59 ff; vgl. A.Weber, a.a.O., S. 179 ff; vgl. Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 3, S. 288 f.

[4] Suhr, a.a.O., S. 11.

eine" verstanden wurden. "Gemeinsames Ziel der neugeschaffenen sozialpolitischen Spitzenorganisationen war die Verteidigung gegenüber den Streikbewegungen der Gewerkschaften durch Stärkung der Solidarität der Arbeitgeber."[1)]

Von dieser Explizierung klassenkämpferischer Zielsetzung gingen die Unternehmer verständlicherweise mit der Entwicklung der eigenen Gesellschaftstheorie und -ideologie und der Strategieveränderung der Gewerkschaften ab. Das erstere gelangt zu den oben beschriebenen Gesellschaftsvorstellungen der Klassenlosigkeit und Interessengemeinschaft, das letztere beschäftigt uns in Kapitel 3.2 "Die Unternehmerschaft stand in d i e s e r Z e i t , entsprechend der Haltung der Regierung, der Entwicklung der Arbeiterbewegung ablehnend, wenn nicht feindlich gegenüber ... Diese Verbände hatten ... nicht die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften sondern die Abwehr gewerkschaftlicher Einflüsse zum Ziel"[2)]. Die Haltung der Unternehmerverbände ist heute wesentlich differenzierter und greift - entsprechend dem veränderten Verständnis - nicht so sehr die gesellschaftliche Funktion an als einzelne Ziele wie z. B. die Mitbestimmung oder den p o l i t i s c h e n Streik.[3)]

An abgeleiteten Aufgaben für die zu schaffenden (und heute bestehenden) Organisationen werden angeführt: "Beeinflussung der öffentlichen Meinung", "Regelung der Arbeits-

---

[1)] Aufgaben und Stellung, a.a.O., S. 16 ff; auch A.Müller spricht von "zentralisierten Antistreikvereinen" (a.a.O., S. 9; ähnlich S.Tschierschky, Die Organisation der industriellen Interessen in Deutschland, Göttingen 1905, S. 59 ff); A.Weber, a.a.O., S. 261 f.

[2)] Erdmann, a.a.O., S. 107 (Hervorhebung - R.L.).

[3)] Deutliche Einschränkungen bzw. Verbote des Streikrechts für den öffentlichen Dienst (und die Landwirtschaft) forderte schon Tille, a.a.O., S. 31.

verhältnisse", "Gründung von lokalen und Branchen-Arbeitgebervereinen", "Errichtung von Arbeitsnachweisen", "pekuniäre Unterstützung", "gemeinsamer Rechtsschutz"[1]. Hinzu kommen "regelmäßige Führung von Streikstatistiken, Berichte über Arbeiterversammlungen, Versendung dieses Materials an die Interessenten", "Büro für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen".[2]

Besonders in den praktischen Mitteln kommt die direkt den Werktätigen und den Gewerkschaften entgegengesetzte Funktion zum Ausdruck, deren Auswirkungen über das nominale Ziel der Einschränkung von "Auswüchsen" oder "Mißbräuchen"[3], mit denen die Arbeitgeberorganisationen begründet wurden, hinausgehen. Hauptkampfmittel ist die individuelle oder Massenaussperrung[4] und die Organisation Streikbrecherdiensten[5]. Allein in diesen beiden Mitteln repräsentiert

---

[1] Stresemann, a.a.O., S. 21 ff.

[2] Kuhlo, Auf dem Wege zum Deutschen Arbeitgeberbund, zitiert bei A.Müller, a.a.O., S. 9; ähnlich auch Tschierschky, a.a.O., S. 27 ff; Umbreit, a.a.O., S. 68.

[3] A.Müller, a.a.O., S. 15.

[4] Vgl. ebenda, S. 20 ff; Umbreit, a.a.O., S. 61 f; Arbeitgeberverbände, a.a.O., S. 26 f; Tille, Die Arbeitgeberpartei, a.a.O., S. 17, 26; Braun, a.a.O., S. 393; A.Weber, a.a.O., S. 302 ff; Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 3, s.S. 289.

[5] Vgl. Umbreit, a.a.O., S. 130 f; Arbeitgeberverbände, a.a.O., S. 21 f; A.Müller, a.a.O., S. 23 ff; Braun, a.a.O., S. 392 f.

sich die Stellung der Unternehmer als Machtstellung. Eine Realisierungsvariante der Aussperrung sind die sogenannten "Schwarzen Listen"[1], mit Hilfe deren man "mißliebige" Arbeiter oder "Rädelsführer" verfolgen kann. Desgleichen der unparitätische Arbeitsnachweis[2].

Da ihre Mittel - insbesondere die Aussperrung - auch die nicht am Streik Beteiligten oder überhaupt aktiv organisierten Kollegen treffen, zeigt sich, daß die Unternehmer sich des politisierenden Effektes des Streiks bewußt sind. Seine organisations- und bewußtseinsfördernde Wirkung geht über seine Funktion als direktes Kampfmittel hinaus. Sie läßt die Möglichkeiten der "in Kombination vereinigten Zahl" hervortreten, und gerade die dadurch implizierte außerbetriebliche, gesellschaftliche Solidarisierung schlägt sich als eine Gefahr nieder, die das Unternehmersystem als ganzes tangiert. "Die Erkenntnis der Ursachen und Bedingungen ihres eigenen Abhängigkeitsverhältnisses läßt die Arbeiter .. gerade im Streik - als der kollektiven Aktion - und der ihm begleitenden und ihm vorangehenden ökonomischen und politischen, spontanen und organisierten, physischen und psychischen, individuellen und massenhaften Aktivitäten die Grenzen ihres Freiheitsraumes und die Möglichkeiten seiner Erweiterung erfahren. Dabei ist der Streik als solcher bereits 'ein Schritt konkreter Emanzipation, der die politische Struktur der Unterordnung der Arbeitnehmer in Frage stellt'."[3][4]

---

[1] Vgl. Arbeitgeberverbände, a.a.O., S. 17 f; A.Müller, a.a.O., S. 26; Braun, a.a.O., S. 392; A.Weber, a.a.O., S. 299 ff; Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 3, S. 292 ff.

[2] A.Müller, a.a.O., S. 20 ff; Tille, a.a.O., S. 17; Umbreit, a.a.O., S. 59; Suhr, a.a.O., S. 12; Arbeitgeberverbände, a.a.O., S. 17 ff; Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 3, S. 290 ff.

Die Aussperrung geht ja dementsprechend und nicht zufällig über den Kreis der "direkt Betroffenen" hinaus. Wird sie darüberhinaus als Organisations z w e c k postuliert, so stellt sie sich offen in einen Widerspruch zur ideologischen Position von Interessengemeinschaft und friedlich lösbarem Konflikt durch "Waffengleichheit".

Daß die neueren Organisationsprogramme die Aussperrung als Organisationsziel nicht explizit nennen, kann über ihre polit-ökonomische Funktion nichts Gegenteiliges aussagen. Ihr Charakter - besonders deutlich in seinen überbetrieblichen Konsequenzen - kann nur den Schluß auf den Versuch gezielter Einschränkung oder Zerschlagung der Organisiertheit der Arbeiterklasse zulassen, also im Endeffekt ihrer Gewerkschaft. "Die Unternehmer wollen die gewerkschaftliche Aktion lähmen, die Gewerkschaften erschöpfen, den gewerkschaftlichen Kampf aussichtslos machen, und dadurch zur ausschließlichen Bestimmern der Arbeitsbedingungen werden..."[1] Denn die Aussperrung versucht den organisierten gegen den nicht-organisierten Arbeiter auszuspielen oder beide durch Entzug der Arbeit, d. h. der Existenzgrundlage, aus einer kritischen, oppositionellen Haltung gegenüber dem Unternehmersystem herauszuhalten. Und da auch diese Haltung und ihre Realisierung nur organisiert möglich ist, treffen Zweck und Mittel der Unternehmerorganisation - auch die nicht im selben Maße gesellschaftlich sichtbaren wie Aussperrung - die Gewerkschaftsbewegung objektiv und wesentlich.

---

[3] R. Hoffmann, Streik als gesellschaftsverändernde Praxis, in: D.Schneider, a.a.O., S. 238.

[4] Lison, Streikformen, a.a.O., S. 30.

[1] Hartmann, a.a.O., S. 230 ff.

3.1.3.2 Grundtypen der Unternehmerorganisationen

Wir unterscheiden zwischen zwei Grundtypen der organisatorischen Vereinheitlichung und Stabilisierung von Unternehmerstrategie gegen die Gewerkschaftsbewegung und sie begünstigende wirtschafts- und sozialpolitische Eingriffe von seiten des Staates. Der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend entstehen die rein wirtschaftlichen Interessenverbände zuerst, d.h. Verbände, die mehr industrie-interne Frage behandeln. H. H a r t m a n n nennt sie "Fachverbände", an anderer Stelle wird von "wirtschaftlichen Vereinigungen" gesprochen[1], S u h r gebraucht die Bezeichnung "wirtschaftspolitische Organisationen"[2], E r d m a n n kennt eine Unterscheidung interessenterweise schon nicht mehr[3]. Verbände, die sich als Kampfverbände gegen Außeninteressen bezeichnen ließen, werden in der einschlägigen Literatur durchweg unter der Bezeichnung "Arbeitgeberverbände" angetroffen[4]. Auf den engen, arbeitsteiligen Zusammenhang, den wir oben anführten, weist auch H a r t m a n n am Beispiel von BDA und BDI hin. "... es (gibt) Grund anzunehmen, daß der BDI auf die sozialpolitische Resulutionen der BDA Einfluß hat." In unserer Auffassung, nach der wir der organisatorischen formalen Trennung in politisch-strategischem Zusammenhang keine Relevanz zumessen, werden wir wiederum von H a r t m a n n unterstützt: "In der Industrie sind die Arbeitgeberverbände in einigen Fällen

---

[1] Arbeitgeberverbände, a.a.O., S. 3.

[2] Suhr, a.a.O., S. 15 ff.

[3] Erdmann, a.a.O., S. 107 ff.

[4] Vgl. auch J. Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 3, S. 288 ff; vgl. A.Weber, a.a.O., S. 179 ff.

mit den jeweiligen Fachverbänden identisch."[1]

Der Hauptunterschied liegt in der tarifrechtlichen Stellung, nach der nur der BDA und seine Mitgliederverbände, deren "Hauptfunktion .. das Aushandeln von Kollektivverträgen auf der Basis eines oder mehrerer Industriezweige (ist)"[2], direkte Verhandlungen mit den Gewerkschaften führen. Der BDI führt direkte Kontakte zu den verschiedenen Landesregierungen, "um seine Wirtschaftspolitik zu vertreten, zu fördern und zu verteidigen"[3]. Ebenso wie bei ihren "Vorläuferorganisationen ... (C.V. und Hauptstelle 1894 - 1919, RDI und VDA 1919 - 1933) ... (ist) der BDI noch immer der Mächtigere von beiden Partnern"[4]. Gemäß unserer eigenen Unterscheidung ist die Politik des BDI also schwerpunktmäßig auf die Absicherung ökonomischer Interessen gegenüber dem Staat angelegt. Auf diesem Wege kommt es dann jedoch zu einer mit dem BDA direkt abgestimmten einheitlichen strategischen Position. Über den Zusammenhang zwischen ökonomischen und wirtschaftspolitischen Interessen sagt S u h r an einer Stelle, daß der Kampf gegen den Staat und dessen "Begünstigung der Sozialdemokratie" "Hand in Hand" ging mit einer industriellen Interessenwahrnehmung.[5] Das zeigt auch deutlich der Zusammenschluß der verschiedenen "wirtschaftspolitischen" Verbände 1913, der mit der Zielsetzung "Aufrechterhaltung der Autorität in den Betrieben, Bekämpfung der Sozialdemokratie und S c h u t z d e r

---

1) Hartmann, a.a.O., S. 231.

2) ebenda, S. 230.

3) ebenda.

4) ebenda, S. 231; vgl. Arbeitgeberverbände, a.a.O., S. 15 f.

5) Suhr, a.a.O., S. 16.

A r b e i t s w i l l i g e n " verbunden war, also über die "rein ökonomische" und industrie-interne Funktion sichtbar hinausging.[1)]

3.1.3.3 Organisation der Kooperation

Ohne im wesentlichen den noch folgenden Problemen vorgreifen zu wollen, sollen an dieser Stelle der Vollständigkeit halber Organisationen angesprochen werden, in denen die Unternehmer personell oder ideologisch einen wesentlichen Einfluß ausüben, die in einigen Fällen teilweise von ihnen selbst initiiert wurden und sich letztlich total oder partiell gegen die Autonomie oder die Existenz der Gewerkschaften richten.

Augenscheinlichste organisatorische und ideologische Einbruchstellen erzielte das Unternehmertum durch die Gründung von Konkurrenzverbänden, sogenannten "gelben Gewerkschaften". Sie sind durch Ausnutzung der ungleichen Bewußtseinslage und des Widerspruchs zwischen gewerkschaftlich Organisierten und Nicht-Organisierten möglich. Zu ihrer Gründung griffen die Betriebseigner während oder nach Streiks bzw. Aussperrungen[2)] auf "Arbeitswillige" und "Streikbrecher" zurück. In der Entwicklung der kapi-

---

[1)] Umbreit, a.a.O., S. 131 (Hervorhebung im Original).

[2)] Die Gelben. Mit besonderer Berücksichtigung der Gelben Frankreichs (Schriften des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands), Köln 1907, S. 5 (im folgenden Die Gelben); Braun, a.a.O., S. 418.

talistischen Produktionsweise sind die "Gelben" unterschiedlich stark vertreten. Ihr Vorhandensein allgemein und ihre Stärke im besonderen spiegelt auf bestimmte Weise den innergewerkschaftlichen Einfluß des Kapitals wider. Nach vergeblichen Versuchen - wir sprachen bereits davon - staatlicherseits und auf parlamentarischem Wege die Gewerkschaften zu beschneiden, d. h. insbesondere ihr Streikrecht, entstand mit aufkommender Selbstorganisierung der Unternehmer auch gleichzeitig und intensiv der Versuch, über die eigentlichen Unternehmerorganisationen hinaus Positionen innerhalb der Belegschaften zu gewinnen. "Die Ablehnung der Zuchthausvorlage zwang die Unternehmer, ihre Hoffnung auf die Gesetzgebung zurückzustellen und den Kampf gegen die Arbeiterbewegung aus eigener Kraft zu führen. Es begann das große Rüsten, die Gründung von Arbeitgeberverbänden und Streikversicherungen und als Endglied schuf man die g e l b e n V e r e i n i g u n g e n ..."[1] Anknüpfend an nationale, religiöse und noch feudalistische Bewußtseinsreste "versuchte man Arbeiter für Unternehmerinteressen einzufangen und ihren Klassenorganisationen und Klassenpflichten zu entfremden"[2]. Nicht zufällig entstanden also innerhalb der Arbeiterschaft Unternehmerorganisationen als harmonistische oder Argumente der Interessengleichheit in den Gewerkschaften noch keinen Fuß gefaßt hatten. Aus dieser Lage und der Tatsache, daß es gegenwärtig keine eigenständig organi-

---

[1] Dr.J.Reindl, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, Koalitionsrecht und Koalitionen der Arbeiter in Deutschland seit der Reichsgewerbeordnung (1869), Altenburg S.-A. 1922, S. 129 (Hervorhebung - R.L.).

[2] Umbreit, a.a.O., S. 65.

sierten "Gelben" gibt, obwohl die gesellschaftlichen Interessenlagen sich nicht prinzipiell verändert haben, muß u. E. der Schluß gezogen werden, daß bestimmte Interessen der Unternehmer auf gelbe Organisationen nicht mehr angewiesen sind, sich anderer taktischer Formen bedienen oder - was eine Folge dessen ist - in den Gewerkschaften selbst ideologischen Einlaß gefunden haben.

Gelbe Verbände treten in verschiedenen Formen auf, als "vaterländische", "reichstreue", "meistertreue", "königstreue" oder "nationale" Organisationen.[1] Bezeichnungen wie "wirtschaftsfriedliche Organisationen"[2] oder der "Verein unorganisierter Arbeiter"[3] drücken deutlich den Organisationszweck aus. Die Einschätzung dieser Organisationen kennzeichnet sie - gleichgültig von welcher Position aus - als eindeutige Klassenorganisationen. "Als ein sehr geeignetes Mittel zwecks Stärkung der Interessenharmonie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern" würdigt sie A. W e b e r [4]. Selbst bei der christlichen Gewerkschaftsseite, welche ebenfalls den Klassenkampf ablehnt oder zu nivellieren bemüht ist, finden wir Ablehnungen polemischer Art: "Der Ausdruck 'Gelbe' ließ das traurige Bild unsolidarischer, selbstsüchtiger, kraft- und saftloser

---

[1] Arbeitgeberverbände, a.a.O., S. 22 f.

[2] Umbreit, a.a.O., S. 66; Die Gelben, a.a.O., S. 3 f; Arbeitgeberverbände, a.a.O., S. 24.

[3] Braun, a.a.O., S. 417; Die Gelben, a.a.O., S. 5.

[4] A.Weber, a.a.O., S. 321.

Unternehmerkreaturen erstehen, erinnerte an jenen Typus Proletarier, dem nie das Hochgefühl eigener Kraft und Selbstbestimmung die Brust geschwellt, an das Bild der in Einsichtslosigkeit und geistiger Stumpfheit dahinvegetierenden Arbeiter."[1] B r a u n spricht von einer "Prätorianergarde der Unternehmer"[2].

Zielsetzung und Mittelwahl werden ebenfalls in der zugänglichen Literatur ohne größere Kontroversen abgehandelt. Die grundsätzliche Gewerkschaftsfeindlichkeit der gelben Gewerkschaften erscheint - identisch mit den bei den Unternehmerorganisationen analysierten ideologischen Positionen - als gegen die Arbeiterbewegung, hier: "die Sozialdemokratie" als ganzes gerichteter Anspruch, insbesondere gegen deren mächtigste gewerkschaftliche Waffe, den Streik, und bestätigt so zusätzlich unsere Aussage von den "Gelben" als unternehmerisches Kampfmittel: "Die gelben Arbeitervereine sind aus Notwehr geboren; sie sind von Arbeitern gegründet als Kampforganisationen gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie."[3] Auch diese Quelle nennt den Streik und die Aussperrung als Anlaß der Gründung und seine Verhinderung als gleichzeitiges Organisationsziel, gleichzeitig führt sie die Organisierung der gelben Vereine auf die "Anregung" der Unternehmer zurück[4] und erwähnt deren finanzielle Unterstützung ausdrücklich[5].

---

[1] Die Gelben, a.a.O., S. 4.

[2] Braun, a.a.O., S. 426.

[3] R.Lebius, Die Gelbe Arbeiterbewegung, Berlin 1908, Deckblatt des Buches.

[4] ebenda, S. 5 f.

Entsprechend der Abgrenzung gegen Gewerkschaften und Streik sind Gesellschaftsbild und das Verständnis der eigenen Rolle auf die unternehmerfreundliche These der Interessenharmonie und Konfliktlosigkeit ausgerichtet. "Die Organisationszersplitterer stehen im Unternehmerlager, der Arbeitgebergeschäfte nehmen sie wahr, wenn sie durch politische und religiöse Hetzereien die Arbeiter von gemeinsamen wirtschaftlichen Organisationen fernhalten."[1] Oder: "Wie mit Freuden festgestellt werden kann, findet der Grundsatz der gelben Arbeiterbewegung: 'In Frieden und Eintracht mit dem Arbeitgeber zu leben und unsere Lage auf friedlichem Wege zu verbessern' in Arbeiterkreisen immer mehr Anklang."[2] In der Praxis bedeutet dies bei gewerkschaftlichen Kämpfen organisierten Streikbruch und in der politischen Ausrichtung Anschluß an die liberale Partei, "zumal ja auch uns Gelben der nationale Teil der Nationalliberalen im allgemeinen zusagt"[3].(Wir müssen dabei erwähnen, daß die Liberalen zu dieser Zeit die politische Repräsentanz des Unternehmertums darstellen.)

---

[5] ebenda, S. 11; Die Gelben, a.a.O., S. 13, 26 f; Braun, a.a.O., S. 421; Arbeitgeberverbände, a.a.O., S. 23 f; A.Weber, a.a.O., S. 322 f.

[1] A.Müller, a.a.O., S. 42; vgl. Braun, a.a.O., S. 418.

[2] Lebius, a.a.O., S. 10. Bes. scharf wird die Theorie der "Harmonie zwischen Kapital und Arbeit" von den Christlichen Gewerkschaften angegriffen, obwohl man ihnen eine fast identische ideologische Position nachweisen könnte; vgl. Die Gelben, a.a.O., S. 32 ff.

[3] Lebius, a.a.O., S. 11.

3.2 Der Strategie-Einbruch

3.2.1 Ökonomische Bedingungen (kurzer Überblick)

Uns interessiert hier - dem Erkenntnisziel entsprechend - die Phase, in der die gewerkschaftliche Strategie herausgebildet und die Kapital-Strategie als Abwehr[1] entstanden war. Dies ist der Zeitraum und gesellschaftliche Entwicklungspunkt, an welchem die Klasse der Unternehmer ihren Gegner erkannte und sich gegen ihn zu organisieren gezwungen war. Sie ist ökonomisch bestimmt vom Übergang des Stadiums der freien Konkurrenz zum monopolistischen und staatlich organisierten Kapitalismus. "Im Zuge des industriellen Aufschwungs entwickelte sich Deutschland, trotz ständiger wirtschaftlicher Depressionen, die als Folgeerscheinung der kapitalistischen Konjunkturentwicklung unvermeidlich-baren, außerordentlich schnell zu einer kapitalistischen Großmacht."[2] Die wirtschaftliche Entwicklung in dieser Phase der Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaft und Kapital war gekennzeichnet durch den sogenannten Gründerkrach von 1873 und dem wirtschaftlichen Aufschwung bis zum Ende der 90-er Jahre. "In den drei Jahrzehnten von 1870 bis 1900 wurde Deutschland zur ganz überwiegend stärksten Wirtschaftsmacht des europäischen Kontinents, ließ Frankreich weit hinter sich zurück, näherte sich England bis auf wenige Schritte und

---

[1] Schröder nennt diese Haltung "historisch-defensiv" W.Schröder, Marxismus und Opportunismus, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 6, Berlin 1972 (im folgenden Opportunismus), S. 197.

[2] R.Lison (Hrsg.), Die "Soziale Frage" - Arbeiterbewegung und Gewerkschaften, hektograf. Seminarskript, Duisburg 1974 (im folgenden Arbeiterbewegung), S. 45.

blieb nur (aber dies mehr und mehr) hinter den Vereinigten Staaten von Amerika zurück."[1)]

Wesentliches ökonomisches Merkmal war eine P r o - d u k t i o n s s t e i g e r u n g , die sich besonders in der Schwerindustrie ausdrückte, "aber auch alle übrigen Zweige, insbesondere die der Textil-, der Bau- und Baustoffindustrie, erfaßt hatte"[2)]. So wuchs beispielsweise die Produktion von Kohle um das 4 1/2-fache, die Stahlproduktion stieg auf das 33-fache und der Baumwollverbrauch nahm um fast das 4-fache zu.[3)]

Allgemein erleben wir in den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts eine Produktionssteigerung in der Industrie, die die in der Landwirtschaft um das 3-fache übertraf. Der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen machte sich in deutlichen Überproduktionserscheinungen bemerkbar. "In diesen Krisen finden Kapitalvernichtungen, z. T. außerordentlichen Ausmaßes, statt."[4)] "Und doch", so veranschaulicht Kuczynski die Widersprüchlichkeit der ökonomischen Situation, "wie klein sind diese Krisenverluste gegenüber einer Gesamtindustrieproduktion im Werte von (gemessen mit den Preisen von 1880) rund

---

[1)] Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 3, S. 121.

[2)] H.Mottek, W.Becker, A.Schröter, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands (Ein Grundriss), Berlin 1974, Bd. III, (Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945), S. 173; vgl. A.Weber, a.a.O., S. 3 f.

[3)] Nach Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 3, S. 123.

[4)] ebenda, S. 127; Mottek/Becker/Schröter, a.a.O., Bd. III, S. 173.

180 Milliarden Mark in den Jahren von 1870 bis 1900!"[1] Im Vergleich zur Konsumgüterproduktion, die in ungefähr denselben Zeitraum, um das 3-fache anstieg, erhöhte sich die "Industrieproduktion als Ganzes auf beinahe das 4-fache", während die Produktion an Produktionsmitteln sogar auf das 5-fache anstieg. "Da .. die Zuwachsrate für die Produktionsmittel wesentlich größer ist als für die Konsumgüter, können wir sagen, daß sich die deutsche Industrie auf einer technisch ... sehr gesunden Grundlage entwickelte."[2] Die Steigerung blieb auch nach der Jahrhundertwende, nahm aber bis zum Beginn des 1. Weltkrieges wieder merklich ab. "Die Industrieproduktion ist in der hier betrachteten Zeit um rund die Hälfte, die landwirtschaftliche Produktion nur um ein Viertel gestiegen. Von 1906 bis 1908 ging die Industrieproduktion wegen einer scharfen Zwischenkrise zurück, um dann wieder bis 1913 anzusteigen."[3] Die Produktion von Kohle erhöhte sich um das 1,8-fache, die Stahlproduktion um 2,7 und der Baumwollverbrauch um 1,6.[4]

Und doch machte sich, bei aller äußeren positiven Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung, die verdeckte Krisenhaftigkeit in der "Abhängigkeit der gewerkschaftlichen Entwicklung und Aktionsmöglichkeit" bemerkbar. So "unterbrach 1890 die einsetzende Wirtschaftskrise für mehrere Jahre

---

[1] Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 3, S. 128.

[2] ebenda, S. 122.

[3] ebenda, Bd. 4, S. 59.

[4] Vgl. ebenda, S. 62 f.

den gewerkschaftlichen Aufschwung, der sich besonders sichtbar 1889 vollzogen hatte"[1].

Eine ähnliche Entwicklung können wir beim Konzentrations- und Zentralisationsprozess des Kapitals beobachten, der einerseits als eine Voraussetzung für die Steigerung der Produktion in dem beschriebenen Ausmaß betrachtet werden muß, andererseits Folge der mit der kapitalistischen Entwicklung zunehmenden und steigenden Konkurrenz ist. "Gerade im Ergebnis dieser Konkurrenz vollzog sich eine stürmische Entwicklung der Produktivkräfte und in Verbindung damit eine verstärkte Konzentration und Zentralisation der Produktion des Kapitals, die im Entstehen von einigen wenigen Riesenunternehmen ihren Ausdruck fand."[2] Insbesondere im Bereich der Schwerindustrie bilden sich Kartells als Vorstufen zu Monopolorganisationen. In der gesamten Industrie spricht man für das Jahr 1897 von 345 Kartellen, unter denen es einige gibt, "die bereits einen sehr mächtigen und dauernden Charakter tragen, insbesondere auch in der Schwerindustrie, die das wichtigste Monopolzentrum in Deutschland darstellt." K u c z y n s k i spricht von einer "Welle von Monopolgründungen" vor 1894.[3] "So kann bereits für einige Zeit vor der Periode des Monopolkapitalis-

---

[1] Schröder, Opportunismus, a.a.O., S. 240. Dort auch statistische Angaben.

[2] Lison (Hrsg.), Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 48.

[3] Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 12, S. 83; vgl. auch Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 1, S. 419 f, 466.

mus, die wir nach der Krise beginnen lassen können, festgestellt werden, daß in Deutschland wichtige Teile der Schwerindustrie, insbesondere im Westen, stark monopolisiert waren; das gilt für die Eisen- und Stahlindustrie wie für den Kalibergbau; das gilt auch für die Chemische- und die Elektroindustrie."[1)]

Eine vergleichbare Beschleunigung bei Kapitalzusammenschlüssen vollzieht sich auch auf dem Gebiet des Bankwesens. Es kam zu einer "offenen Konzentration durch Verminderung der Anzahl der Konkurrenten."[2)] Durch Gründung von Filialen, die nach außen hin den Eindruck einer Dezentralisation entstehen ließen, umspannten sechs Bankgruppen bis zum 1. Weltkrieg einen so großen wirtschaftlichen Bereich, "daß der Geld- und Kreditmarkt von wenigen Konzernen beherrscht wurde. Diese Entwicklung war derjenigen in der Montan-, der Chemie- und Elektroindustrie ganz analog."[3)]

Eine andere bedeutsame Erscheinung des Konzentrationsprozesses ist die Herausbildung von Aktiengesellschaften, "welche .. zum Teil eine typische Form der Konzentration, die dicht an das Monopol heranführt, sind"[4)]. Ende des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts war ein Drittel allen Aktienkapitals

---

[1)] Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 12, S. 84; vgl. ebenda, Bd. 3, S. 130 ff; Mottek/Becker/Schröter, a.a.O., Bd. 3, S. 82 ff; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 2, S. 20 ff.

[2)] Mottek/Becker/Schröter, a.a.O., Bd. III, S. 100.

[3)] ebenda, S. 101; Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 14, S. 41 f, 148 f.

[4)] Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 14, S. 11 ff.

in Gesellschaften mit mehr als 20 Millionen Mark Kapital angelegt, deren Anzahl selbst wiederum nur knapp 1 1/2 % aller Aktiengesellschaften ausmachen.[1)]

In Widerspruch zu diesem Bild scheinbaren Aufschwungs standen andere wichtige wirtschaftliche Größen, an denen sich die besondere Lage der Arbeiterklasse feststellen läßt. "Die immer stärker zunehmende Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals führten auch in der Sozialstruktur des fortgeschrittenen Kapitalismus zu Widersprüchen. Das Lebensniveau bedeutender Teile der Arbeiterklasse wuchs; gleichzeitig aber wurde das Problem der Armut, der materiellen Unsicherheit und der Arbeitslosigkeit für die Arbeiterklasse immer akuter."[2)] Die Steigerung der Produktivität und der Konzentration wirtschaftlicher Macht schlug sich zwar vordergründig in einer Erhöhung der Reallöhne bis 1900 und ihrer Stagnierung, d.h. Nicht-Senkung, bis 1914 nieder.[3)] "Zugleich blieb aber das Wachstum der industriellen Lohneinkommen hinter dem Wachstum der industriellen Lohneinkommen hinter dem Wachstum der Arbeitsproduktivität zurück."[4)] Aus diesen Fakten sowie der Erhöhung der Unfallzahl pro Arbeitsstunde und der Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Arbeiter läßt sich auf eine gleichzeitige Erhöhung der Arbeitsintensität

---

1) ebenda, Bd. 3, S. 133.

2) Lison (Hrsg.), Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 52.

3) Mottek/Becker/Schröter, a.a.O., Bd. III, S. 195; Kuczynski, Lage der Arbeiter, Bd. 3, S. 297 - 305; ebenda, Bd. 4, S. 330.

4) G.Fülberth, Zur Genese des Revisionismus in der Deutschen Sozialdemokratie vor 1914, in: Das Argument 63 (Geschichte und Geschichtsschreibung der Deutschen Arbeiterbewegung (I)), West-Berlin 1971, S. 3.

und des Ausbeutungsgrades schließen.

In den letzten dreißig Jahren vor dem 1. Weltkrieg haben wir keine wesentliche Veränderung der tötlichen Unfallrate in der Industrie zu verzeichnen. "Berücksichtigt man jedoch, daß in diesen Jahren die Zahl der Arbeitsstunden pro Tag zurückging und daß die Unternehmer unter dem Druck der Arbeiter weitere Unfallschutzmaßnahmen treffen mußten, dann zeigen diese Unfallzahlen eine Steigerung der Unfälle pro Arbeitsstunde an und deuten auf eine weitere Erhöhung der Arbeitsintensität ... Denn wie anders sollte sich eine Steigerung bzw. Stagnation der Unfallrate bei Verkürzung der Arbeitszeit und Verbesserung der Schutzmaßnahmen erklären lassen, als durch gesteigerte Arbeitsintensität."[1)]

Einen noch deutlicheren Beweis für die statistische Unzuverlässigkeit der Reallohnbewegung als Fortschrittsindikator allein, finden wir in der Zunahme der Krankheiten und Krankheitsdauer für den uns interessierenden Zeitraum. Die Zahl der Krankheiten erhöhte sich um 27 Prozent, die Zahl der Krankheitstage, die auf die Schwere der Krankheit schließen lassen, um 58 Prozent.[2)] "Warum aber sollten sich die Gesundheitsverhältnisse verschlechtern? Wir wissen, daß während der hier betrachteten Zeit die Reallöhne stiegen (- 1900, danach stagnierten, d. h. nicht sanken. - R.L.). Das heißt, der Arbeiter konnte sich zweifellos besser nähren und auch mehr für die Gesundheitspflege ausgeben. Wir wissen weiterhin, daß die Ruhestunden am Tag in diesen

---

[1)] Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 3, S. 375 f; ebenda, Bd. 4, S. 399 f.

[2)] Nach ebenda, S. 407; ebenda, Bd. 3, S. 386.

Jahren fortlaufend zunahmen, daß die Zahl der Arbeitsstunden abnahm (...) Der Hauptgrund ist die Steigerung der Intensität der Arbeit."[1)]

Ähnliche Erfolge waren im Kampf um die Länge der Arbeitszeit zu verzeichnen. In der Zeit vor der Jahrhundertwende fand eine "allgemeine Entwicklung zum 12-Stunden-Tag statt, ... um 1900 war der 11-Stunden-Tag ziemlich verbreitet ..."[2)] Bis zu Beginn des Krieges arbeiteten drei Viertel aller Arbeiter zwischen 8 und 10 Stunden am Tag.[3)] "Der Arbeitstag verkürzte sich weiter, insbesonder dort, wo sich die Arbeiter organisierten. Die Unternehmer konnten zwar dazu übergehen, die Reallöhne nicht weiter ansteigen zu lassen, während sie gleichzeitig die Arbeitsintensität weiter erhöhten; doch gelang es den Arbeitern, sie daran zu hindern, auch noch die Verkürzung der Arbeitszeit abzustoppen."[4)]

Als Faktoren, die den vordergründigen Eindruck der Aufhebung von absoluter Verelendung der Arbeiterklasse durch Anhebung der Reallöhne, Verkürzung der Arbeitszeit und durch soziale Gesetzgebung relativieren, nannten wir Arbeitslosigkeit und absolute Armut. Zur ersteren muß gesagt

---

1) ebenda, S. 386/87; ebenda, Bd. 4, S. 407.

2) Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 3, S. 349/50.

3) Nach ebenda, Bd. 4, S. 385 f.

4) ebenda, S. 385.

werden, daß die Quote für die hier relevante gesellschaftliche Entwicklungsstufe zwischen 2 und 3 Prozent lag.[1] Zum zweiten lagen die "tatsächlichen Löhne" zumindest bis 1902 um 15 bis 11 Prozent unter dem Existenzminimum.[2]

3.2.2 Politische Bedingungen (kurzer Überblick)

Die politische Situation war - in Folge und als Erscheinungsform der Entwicklung der kapitalistischen Produktionskräfte - geprägt durch die veränderte Rolle des Staates, worauf wir bei der Diskussion des Strategie-Gegners bereits verwiesen.[3] Gezwungen, der ökonomischen Entwicklung gerecht zu werden, entstand eine Instanz, deren Eigenschaften zunehmend bürgerlich orientiert waren. Der Ablösungsprozeß der feudalen Produktivkräfte durch die kapitalistischen Konzentrations- und Zentralisationsbestrebungen- und realen -prozesse, erforderten mehr und mehr die direkte politische Entscheidungsgewalt und Repräsentanz zur Stabilisierung und Förderung der sich durchsetzenden Wirtschaftskräfte. Die Konkurrenz der Kapitale brauchte einen Regulator der außerökonomischen Beziehungen und Verteilung von Bedingungen. "Die Konzentration der Produktion, die Herausbildung des vormonopolistischen Finanzkapitals, die Schaffung von Unternehmerverbänden mit beachtlicher Kraft, das Entstehen von Monopolen, die Zuspitzung der Klassengegensätze im Innern, die Zuspitzung der

---

[1] ebenda, Bd. 3, S. 266; ebenda, Bd. 4, S. 315 f.

[2] Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 3, S. 325; vgl. auch Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 1, S. 433 f.

[3] Vgl. S.153ff dieser Arbeit.

Interessengegensätze der kapitalistischen Mächte auf wirtschaftlichem Gebiet - all das drängte und zwang die herrschenden Gruppen, den Staat als Herrschaftsinstrument stärker und stärker einzusetzen, für sich und gegeneinander."[1)]

Die mit der Entwicklung der kapitalistischen Klassengesellschaft entstehenden Polarisierungen zwischen Herrschenden und Beherrschten griffen über den ökonomischen Sektor in fast alle Bereiche direkt oder indirekt ein. Die Entwicklung der Produktivkräfte, auf die wir verwiesen haben, erhöht mit Zunahme an Technologien die Qualifikationsforderungen an die Arbeitskraft. Die Intensität der Arbeit und die mit der Technisierung hervorgerufenen Arbeitsplatzbedingungen erfordern zusätzliche Maßnahmen im Bereich der erweiterten Reproduktionen. Die staatliche und gesetzgeberische Regulierungsfunktion bekommt zunehmendes Gewicht in den objektiven Interessen der Werktätigen.[2)] Sozialpolitische Forderungen wurden laut und mit den ökonomischen verbunden. Politische und ökonomische Notwendigkeiten verschmolzen untrennbar. Wir sprachen bereits im anderen Zusammenhang davon, daß das Kräfteverhältnis und seine Herrschafts-

---

[1)] Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 14, S. 155; vgl. W.Hirsch-Weber, Gewerkschaften in der Politik. Von der Massenstreikdebatte zum Kampf um das Mitbestimmungsrecht, Köln und Opladen 1959, S. XIII.

[2)] Die Bismarcksche Sozialgesetzgebung hatte eine solche Situation und auch die damit anstehenden sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaftsbewegung schon in ihrer Sozialversicherung zu berücksichtigen versucht und diese Reformen für eigenständige Initiativen ausgegeben. Die soziale Lage der Arbeiterklasse verschlechterte sich jedoch, Invalidität, Unfallhäufigkeit und Krankheiten nahmen zu. (Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 3, S. 399 ff) Gewerkschaftliche Kämpfe und Arbeiterschutzbestimmungen, paritätische Arbeitsnachweise und Sicherheitsvorschriften erwiesen sich als notwendig. (Umbreit, a.a.O., S. 107 f).

funktion "die immer intensivere Symbiose von Politik und Wirtschaft, im besonderen die umfassende Einwirkung des Staates auf die Gestaltung und Entwicklung der Wirtschaft"[1] wiederspiegeln. Zwar war der Staat "immer so stark, wie die politische und soziale Situation und die bürgerlichen Interessen es erforderten"[2], der Übergang von der liberalen Phase zur monopolistischen setzte ihn jedoch in den direkten Auseinandersetzungen als Organisator von gesetzlichen und sozialpolitischen Bedingungen ein. Seine konservierende und sichernde Funktion für die Herrschaft kommt zum Ausdruck in der "Erweiterung der staatlichen Bürokratie und (der) Differenzierung des Instrumentariums, mit dem steuernd in den ökonomischen Prozeß eingegriffen werden soll. (...) In dem Maß, wie der Wirtschaftsprozeß auf eine dauerhafte politische Regulierung angewiesen ist, entsteht ein hochorganisiertes kapitalistisches System, in dem staatliche Interventionen in den Wirtschaftsablauf und die Organisierung und Politisierung privater Gruppeninteressen sich gegenseitig bedingen."[3]

Für die hier interessierende gesellschaftliche Situation sind in diesem Zusammenhang vor allem die gesetzgeberischen

---

[1] R.Thieringer, Das Verhältnis der Gewerkschaften zu Staat und Parteien in der Weimarer Republik - Die ideologischen Verschiedenheiten und taktischen Gemeinsamkeiten der Richtungsgewerkschaften - Der Weg zur Einheitsgewerkschaft, phil. Diss. Tübingen 1954, S. 38. Vgl. S.161ff dieser Arbeit.

[2] F.Neumann, Demokratischer und autoritärer Staat, Frankfurt a.Main 1967, zit. in: E.Mayer, Theorien zum Funktionswandel der Gewerkschaften, Frankfurt a.Main 1973, S. 16.

[3] ebenda, S. 17.

Maßnahmen des Staates von Bedeutung. Ihr Einschränkungscharakter für die revolutionären Ziele der Gewerkschaften begünstigen zwangsläufig die Zurückhaltung gegenüber radikalen gesellschaftspolitischen Zielen und Forderungen. In der Gesetzgebung, widerspiegelt sich in bestimmtem Maße die Stärke des politischen Kräfteverhältnisses. Sie ist Ausdrucksform der Tatsache, daß sich die entscheidenden politischen Positionen, hier die parlamentarische Gewalt, in der Verfügung konservativer, d. h. der revolutionären Gewerkschaftsstrategie entgegengesetzter, politischer Kräfte befinden.

Die Erfahrungen des Sozialistengesetzes und die seit seiner Aufhebung gestarteten Versuche seiner Restauration versetzten die Gewerkschaften allgemein in eine vorsichtige, immer neue Verbotsdrohungen gewärtige Haltung. "Offensichtlich kalkulierten die herrschenden Klassen die Furcht ... vor neuer Illegalisierung in ihre eigene Politik ein und versuchten Partei und Gewerkschaften von Zeit zu Zeit mit der Androhung neuer Repressionsgesetze ('Umsturzvorlage' 1894, 'Zuchthausvorlage' 1899) einzuschüchtern."[1] Die allgemeine Rechtssprechung hatte darüber hinaus zahlreiche Möglichkeiten "juristischer Repression".[2] So bestand eine Vereinsgesetzgebung, welche es den Gewerkschaften verbot, sich in politischem Sinne zu äußern und zu betätigen. Deshalb "machten es die reaktionären Verhältnisse im preußisch-deutschen Reich unmöglich, daß die Gewerkschaftsverbände offen politischen Charakter annehmen konnten. Obwohl sie von sozial-demokratischen Funktionären geführt wurden und die Parteimitglieder den Kern der Gewerkschaftsmitglieder stell-

---

[1] Fülberth, a.a.O., S. 9.

[2] ebenda.

ten, mußten die Gewerkschaftsverbände offiziell 'die Politik' ausschließen, da die Vereinsgesetzgebung eine Verbindung von politischen Vereinen bei Strafe ihrer Auflösung untersagte."[1)]

Einen fruchtbaren Boden für strategische Revidierungen bildeten die Wahlerfolge, die die Sozialdemokratie erzielte. Sie ließen die Hoffnung aufkommen, das System auf parlamentarischem Wege grundsätzlich verändern zu können, bzw. setzten die theoretische Einschätzung die auf die SPD abgegebenen Stimmen mit qualitativem, revolutionsbereitem Potential gleich, auf das man jederzeit zurückgreifen könne.[2)] "Der Partei war es gelungen, ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse gewaltig zu steigern. Die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagswähler stieg von 437.158 im Jahre 1878 auf 1.427.298 im Jahre 1890."[3)] Bei den Reichstagswahlen 1903 wurden für die SPD über 3 Millionen abgegeben, das waren 32 Prozent, 1907 waren es 3,3 Millionen Stimmen (29 Prozent), 1912 4,25 Millionen (35 Prozent).[4)]

Des weiteren war die politische Situation durch das schon in ihrem Wesen und ihrer Funktion analysierte Aufkommen großer und politisch einflußreicher Unternehmerorganisationen geprägt. "Die kapitalistischen Unternehmerorganisationen konnten ihren Einfluß auf den junkerlich-bürgerlichen Staat mehr und mehr verstärken und mit seiner Hilfe die klassen-

---

[1)] Schröder, Opportunismus, a.a.O., S. 238/39; ders., Klassenkämpfe und Gewerkschaftseinheit. Die Herausbildung und Konstituierung der gesamtnationalen Gewerkschaftsbewegung und der Generalkommission Deutschlands, Berlin 1965, (im folgenden Gewerkschaftseinheit), S. 202; Fülberth, a.a.O., S. 9 f; Correspondenzblatt, 7. 2. 1891.

[2)] Fülberth, a.a.O., S. 7; Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 2, S. 64.

egoistischen Bestrebungen der von ihnen vertretenen kapitalistischen Kräfte durchsetzen"[1]. Die Anzahl dieser Organisationen betrug Mitte der 90-er Jahre rund 200. "Es galt für das Kapital, sie einheitlich zusammenzufassen, um sie schlagkräftiger im Klassenkampf einzusetzen." 1904 vereinigten sich "die beiden zentralen Arbeitgebervereinigungen".[2] Hinzu kam, daß "das Wilhelminische System nach wie vor über die entscheidenden Instanzen der politischen Beeinflussung verfügte (Schule, Kirche, Militärdienst, chauvinistische Propaganda allgemein)."[3] Letzteres geschah insbesondere über die Militär- und Kolonialpropaganda. "Um die Propaganda für die Flotte möglichst intensiv zu gestalten, wurde ein spezieller 'Deutscher Flottenverein' geschaffen, der wohl zur größten propagandistischen Massenorganisation des Finanzkapitals vor dem Ersten Weltkrieg wurde."[4] Außerdem wurden noch zusätzliche Propagandaorganisationen geschaffen.[5]

---

[3] Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd.1, S.416; Schröder, Opportunismus, a.a.O., S. 240.

[4] H.Grebing, Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, München 1966, S. 107.

[1] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 2, S. 78.

[2] Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 4, S. 146.

[3] Fülberth, a.a.O., S. 7.

[4] J.Kuczynski, Klassen und Klassenkämpfe im imperialistischen Deutschland und in der BRD, Berlin 1972 (im folgenden Klassen), S. 240.

[5] ebenda, S. 250 ff; Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 2, S. 78; Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 3, S. 144 ff.

Der durch die Konzentration und Zentralisation ausgewiesene Monopolisierungsprozeß und die beginnende Unterordnung staatlicher Aufgaben und Funktionen im Laufe seiner Entwicklung führte zwangsläufig zur klassenmäßigen Integrierung staatlicher Entscheidungsebenen und vormals feudal besetzter Herrschaftspositionen in bürgerliche Kompetenz. Ein Entwicklungsprozeß, der schon vor Beginn des Ersten Weltkrieges in seinen Ergebnissen sichtbar wurde, "derart daß die wichtigsten Industriezweige als Abteilungen des Kriegsministeriums organisiert wurden, mit den führenden Kapitalvertretern als Behördenchefs"[1]. Besonders in der Sphäre der Finanzwirtschaft, hier der Reichsbank, "haben wir ein Gremium an der Spitze ..., das zusammen mit dem Direktorium eine echte Verschmelzung von 'privatem' Monopol und Staatsinstitution darstellte"[2].

3.2.3 Sozio-strukturelle Bedingungen (kurzer Überblick)

Die Veränderung der Produktivkräfte führt über die ökonomischen Prozesse zu Wandlungen in der Gesellschaftsstruktur. Dabei verschieben sich in einem bestimmten Punkt nach außen als rein numerische Veränderungen auftretende Erscheinungen

---

[1] H.Heer, Burgfrieden oder Klassenkampf - Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930 bis 1933, Neuwied und Berlin 1971, S. 11, 19.

[2] Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 14, S. 193.

zu einem prinzipiellen qualitativen Problem. Hinter den quantitativen Ergebnissen stehen Auf- und Abstiegsprozesse, die den Charakter der kapitalistischen Gesellschaftsformation um neue wesentliche Eigenschaften anreichern, ohne seinen grundlegenden Zug zu tangieren. Wenn sie ihn aber nicht betreffen und andererseits wesentlich sind, so lassen sie ihn in neuer Gestalt, d. h. deutlicher hervortreten.

Inwieweit er als Herrschaftswiderspruch dabei deutlicher wird, insoweit werden Mittel und Maßnahmen zu seiner Legitimation notwendiger und drängender. Das gilt allgemein, um so verstärkter aber in der sozio-strukturellen Sphäre, in der **Veränderungen existenzielle** individuelle und kollektive Folgen zeitigen. Sie werden deshalb direkter erfahrbar und spürbar, weil sie fast nur der sinnlichen Wahrnehmung bedürfen. Handelt es sich dabei um klassenmäßige Verschiebungen, so entsteht der Herrschaftssituation eine direkte Gefahr in der Möglichkeit, numerische Erscheinungen und sinnliche Erfahrungen in ihren gesellschaftlichen Ursachen und Notwendigkeiten zu erkennen und in politische und intellektuelle Handlungen umzusetzen. Strategie-Träger wie Strategie-Gegner müssen solche Prozesse anregen bzw. verhindern, wobei die Strategie der Herrschenden auf vorhandene Instrumentarien zurückgreifen kann - wie die eben erwähnten Sozialisationsinstanzen z. B. -, die entsprechend dem Kräfteverhältnis - hier also dem Einflußbereich oder Erfolgslevel der Strategie der Beherrschten - mehr oder weniger breite Schichten internalisiert haben.

Mit dem letzteren ist das gesellschaftliche Moment des Abstiegs bestimmter Zwischenklassen aus einem vorher zumindest halb priviligierten sozio-strukturellen Ort in die Klasse

der Unterprivilegierten angesprochen. Konkret handelt es sich um die Teile des Kleinbürgertums, die im Konkurrenz- und Konzentrationsprozeß ihren Besitz an Produktionsmittel aufgeben mußten oder ihn - was zu derselben Konsequenz geführt hat - nicht ausbauen konnten. So wurde der ökonomische Zentralisationsprozeß auch zum sozio-strukturellen, die Klassen der Besitzenden und Nicht-Besitzenden polarisierten sich.[1] Die gesellschaftliche Situation war gekennzeichnet "durch die massenhafte Ruinierung von kleinen kapitalistischen sowie einfachen Warenproduzenten.. Dieser Prozeß hatte im Bewußtsein jener Schichten nachhaltige Wirkungen hervorgerufen, die weniger dazu angetan waren, die sozialistische Arbeiterbewegung ideologisch zu unterstützen, als vielmehr die Verbreitung imperialistischer Ideologien zu fördern."[2]

Die nun objektiv ihre Klassenlage wechselnden Kleinbürger geben natürlich nicht automatisch ihre an der bürgerlichen Herrschaftsideologie orientierten Denkhaltungen und politischen Einstellungen auf. Sie tragen nicht nur theoretische und ideologische Strategieteile - das Unternehmerbewußtsein - in die abhängigen Klassen, die Hoffnung auf den Wiederaufstieg hemmt die Umstellung der abgesunkenen Schichten zusätzlich.[3] So war die sozio-strukturelle Situation durch eine zunehmende Uneinheitlichkeit der ideologischen Lage der betroffenen Schichten insgesamt gekenn-

---

[1] Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 2, S. 47 f, 50.

[2] Mottek/Becker/Schröter, a.a.O., Bd. III, S. 179.

[3] Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 2, S. 54.

zeichnet. "Außerdem existierte in Deutschland keine bürgerlich-demokratische Partei; viele kleinbürgerlich-demokratisch orientierte Kräfte, insbesondere Intellektuelle, wandten sich daher der Sozialdemokratie zu."[1)]

Der Proletarisierungsprozeß läßt sich am deutlichsten als Konzentrationsprozeß ablesen. Im Ruhrbergbau sind beispielsweise "um 1900 .. rund 17 mal so viele Arbeiter pro Werk beschäftigt als zu Beginn des Halbjahrhunderts"[2)]. Im Gesamtbergbau ist die Konzentration der Arbeitskraft ebenfalls durch "ein sehr hohes Tempo" vorangegangen. Die Zahl der Arbeiter pro Werk im Steinkohlenbergbau z. B. hat sich mehr als vervierfacht[3)]. Die Beispiele sind zahlreich.[4)] Bedeutend - und stellvertretend für viele andere - scheint uns der Konzentrationsgrad der Arbeitskraft (Arbeiter pro Werk) im Metallbereich der letzten drei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zu sein - er verdoppelte sich bei Verdreifachung der Anzahl der Werke -, da hierdurch die Dialektik von numerischer Zunahme und qualitativer Erhöhung deutlich wird. Einen Eindruck von der quantitativen Verbreiterung allein der Industriearbeiter, die mit der direkten Mehrwertproduktion beschäftigt den wichtigsten Teil der Arbeiterklasse ausmachen, hinterläßt die Erhöhung des Indexes von 36 (1860) auf 94 (1902).[5)] Bei diesen Angaben darf nicht ver-

---

[1)] ebenda, Bd. 1, S. 459.

[2)] Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 14, S. 16.

[3)] ebenda, S. 19.

[4)] Vgl. auch Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 1, S. 433; ebenda, Bd. 2, S. 50.

[5)] Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 3, S. 436.

gessen werden, daß die Schicht der Kleinbürger weiterhin relativ stark ist und als selbständig wirkender Faktor verbleibt - wenn auch Veränderungen gegenüber anfälliger. So stellt sie in den Jahren um die Jahrhundertwende über ein Drittel (30 - 40 Prozent) aller Erwerbstätigen dar.[1)]

In den Klassen der abhängig Beschäftigten selbst verlagerte sich der Anteil der Angestellten gegenüber den Arbeitern wesentlich - eine Folge der mit der Entwicklung der Produktivkräfte vonstaaten gehenden Zunahme an geistiger bzw. nicht direkt körperlicher Arbeit. Der Prozentsatz der Arbeiter war 1882 noch 20 mal so hoch wie der der Angestellten, 1907 nur noch 9 mal so hoch. "Die Angestellten stehen .. in mannigfacher Beziehung der Bourgoisie nicht so gegenüber wie die Arbeiterklasse (...) Doch gleich gefährlich in einer Beziehung können Entfernung und Nähe der Angestellten sein. Die Entfernung vom Proletariat heißt eben im Grunde nichts anderes als Verfall dem Kleinbürgertum - und die gleichzeitige Nähe dem Proletariat ... kann Hineintragen kleinbürgerlicher Einflüsse in die Arbeiterklasse bedeuten."[2)]

Ausdrucksform dieser sozialen Situation wie aber auch der direkt vom Unternehmertum ausgehenden Einflüsse auf die soziale Basis der Gewerkschaftsbewegung war das Entstehen finanziell privilegierter Schichten in der Arbeiterschaft selbst, der sogenannten "Arbeiteraristokratie", "die nicht zu jeder Zeit und nicht notwendigerweise den Auswirkungen des Gesetzes der absoluten Veredelung unterliegt"[3)]. Das Auf-

---

[1)] derselbe, Klassen, a.a.O., S. 175, 178.

[2)] derselbe, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 4, S. 302.

[3)] ebenda, S. 115.

kommen der Arbeiteraristokratie ist ökonomisch begründet durch die hohen Extraprofite, welche die in das monopolistische Entwicklungsstadium eingetretenen Unternehmungen durch günstige Absatz- und besonders Produktionsbedingungen im Ausland oder - wie in Deutschland - mit ausländischen, also billiger bezahlten Arbeitern machen können. Bei dieser Schicht handelt es sich um qualifizierte Facharbeiter, Meister, Vorarbeiter.

Sie entspricht dem Ziel, der herrschaftssichernden Notwendigkeit, bestimmte Positionen in der sozialen Basis der Beherrschten zu sichern, die, materiell und finanziell abgestützt, dem ideologischen und politischen Legitimierungszwang der Herrschenden gerecht und wirkungsvoll zu werden verhelfen. "... (sie) sind objektiv bestochen ... Der ökonomischen Bestechung folgt häufig auch eine politische ... Auch hier handelt es sich noch um einen rein objektiven Faktor. Die Feststellung dieser objektiven Tatsachen über einzelne Schichten oder Berufe bedeutet jedoch keineswegs, daß jedes einzelne Mitglied der Arbeiteraristokratie ... subjektiv korrumpiert ist, daß es sich nicht revolutionär fühlen, denken und handeln kann ... Die Feststellung ... bedeutet nur: Hier ist die Basis, hier liegen die Ursachen, hier sind die tieferen Gründe zu suchen für den in diesen Schichten, Berufen usw. verbreiteten Opportunismus..."[1] Die "Bestechung" besteht also darin, "daß der relativ höhere Lohn, den er erhält, ihm die Möglichkeit gibt, auf Kosten z. B. der in den Kolonien ausgebeuteten Völker besser als die

---

[1] Kuczynski, Klassen, a.a.O., S. 117.

große Masse der Arbeiter zu leben"[1]. Es handelt sich um Bestechung "nicht als Vertrag zwischen Individuen, sondern ... als klassenmäßiger Prozess zwischen einer Schicht der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse"[2].

3.2.4 Gewerkschaftsspezifische Bedingungen

Abhängig von den ideologisch-politischen Voraussetzungen und Folgen gewerkschaftlichen Strategiewandels, aber doch in relativer Eigengesetzlichkeit, entwickelten sich in der Gewerkschaftsorganisation selbst strukturelle Voraussetzungen, welche Wandel nicht ursächlich, aber in seiner Durchsetzungsweise begünstigten.

Selbst den oben analysierten externen Bedingungen unterworfen, entstehen interne Prozesse und Ergebnisse, deren Charakter der klassenmäßigen Ausgangsposition und objektiv gesellschaftlichen Konfliktfunktion der sozialistisch geprägten Gewerkschaftsbewegung schon vor der eigentlichen Qualitätsänderung der Gesamtstrategie widersprachen.

In einem ähnlichen Erscheinungsbild wie auf gesellschaftlicher Ebene tritt uns auf der Seite der organisierten Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung eine Schicht entgegen, die in ihrer Befestigung notwendig systemimmanenten, voll ant-

---

[1] derselbe, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 4, S. 304. Zum Lohnniveau s. ebenda, S. 302; derselbe, Klassen, a.a.O., S. 133 f.

[2] Heer, a.a.O., S. 10.

wickelt systemstabilisierenden Charakter trägt. Die sogenannte "Arbeiterbürokratie" stellt eine relativ geschlossene,teils in hauptamtlichen Gewerkschafts- (und Partei) funktionen, teils in staatlichen Positionen als Vertreter der Gewerkschaften verankerte soziale Schicht dar, bestehend aus "Funktionären in Stadtverwaltungen, Ortskrankenkassen und reinen Arbeiterorganisationen"[1]. Die Organisation der Gewerkschaft war für sie gleichzeitig Arbeitsplatz und dadurch Existenzbedingung. Die daraus entstehende Vorsicht im Umgang mit radikalen und revolutionären Methoden war deshalb nicht zuletzt mit der Furcht um die persönliche Sicherheit verbunden. "Sie hatte naturgemäß ein besonders inniges Verhältnis zu den Gewerkschaften als Organisation, wobei Eigeninteresse nicht immer klar von selbstloser Hingabe an die Bewegung zu trennen war. Die Organisation gewährte ihnen ein Einkommen, das so gering es war, doch über den Durchschnittslohn der Arbeiter lag. Das Amt in der Gewerkschaft war mit erhöhtem sozialen Status und einer, verglichen mit dem Arbeiterdasein, 'gehobenen' Lebensführung verbunden. Eine Gefahr für die Organisation bedeutete daher ... eine Gefahr für die Lebensweise der Funktionäre. Ein bezahlter Funktionär, der sein Amt verlor, mußte zu einem Beruf, den er unter Umständen verlernt hatte, zurückkehren, und er mußte auf erhöhtes Prestige und Chancen der Machtausübung verzichten. Die Bürokratie hatte mithin ein starkes Interesse an der Erhaltung der Organisation, in die ihre Ämter eingebettet waren, und dieses Interesse brauchte mit dem der geführten nicht immer identisch zu sein."[2]

---

[1] Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 4, S. 362.

[2] Hirsch-Weber, a.a.O., S. 12 f.

Innerhalb der Gewerkschaften wurde diese Schicht deshalb so problematisch, weil es sich bei den Hauptamtlichen um kompetente Funktionäre höherer Leitungsebenen handelte, in denen die Entscheidungen für die Gesamtbewegung zusammenliefen. Es "(entstanden) mehr oder minder stehende Leitungsstäbe .. Der Dienst an der Organisation mußte sich in gewissem Maße professionalisieren."[1)]

Die nicht innerhalb des Gewerkschaftsapparates selbstbeschäftigten Funktionäre sind in Institutionen beschäftigt "an deren Unterhaltung die Arbeiter direkt, wie im Falle der Einrichtung der Sozialversicherung, oder indirekt, durch Steuerzahlungen, beteiligt sind. (...) Die Hauptkosten der Bestechung der Arbeiterbürokratie .. kommen direkt aus den Taschen der Arbeiterklasse in Form von Mitgliedsbeiträgen."[2)] Sie werden also - und hierin liegt der Unterschied zur Arbeiteraristokratie - nicht aus den Extraprofiten von Monopolunternehmen bezahlt. Ihre Bezahlung freilich liegt wesentlich über dem Einkommen der Lohnabhängigen, "selbst die untersten Gruppen der besoldeten Arbeiterbürokratie erhielten immer noch das Dreieinhalbfache des Lohnes der Hauptmasse der Arbeiter, die höchstbezahlten Gruppen dagegen etwa das Neunfache des Arbeitslohnes."[3)] Für die letzteren kann, be-

---

[1)] W.Hofmann, Ideengeschichte der sozialen Bewegung, Berlin - New York 1974, S. 173; vgl. Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 2, S. 54 f.

[2)] Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 4, S. 307; derselbe, Klassen, a.a.O., S. 121; Auerbach, a.a.O., S. 121.

[3)] Kuczynski, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 4, S. 307 f; derselbe, Klassen, a.a.O., S. 134 f.

sonders in Positionen hochorganisierter und politisierter internationaler Spitzenorganisationen, wenn sie verbunden sind mit eigenem Besitz oder Teilbesitz an Produktionsmitteln in den verschiedensten Formen, gelten, was K u c z y n s k i meint: "Ein beachtlicher Teil der Arbeiterbürokratie hat sich heute nicht nur ideologisch, subjektiv der Arbeiterklasse entfremdet, sondern ist auch objektiv in die Sphäre der Bourgoisie aufgerückt ..."[1] Diese Aussage besitzt im deutschen Raum u. E. eher Gültigkeit für die staatliche oder zwischenstaatliche Ebene, in denen gewerkschaftliche Funktionäre tätig sein können, nicht so sehr für die Gewerkschaftsorganisation selbst. Allerdings ist - wie bei der Arbeiteraristokratie - nicht jeder Hauptamtliche oder Gewerkschafter in staatlichen Gremien dadurch auch subjektiv "bestochen". Die oben vorgenommene Einschränkung gilt hier ebenfalls. "... wenn sie trotz ihrer arbeiteraristokratischen Position nicht subjektiv korrumpiert sind, umso besser! Aber zur Arbeiteraristokratie gehören sie deswegen doch, denn bei ihr handelt es sich um eine objektive, ökonomische Kategorie!"[2]

Die aus diesen Positionen entstehenden ideologischen Haltungen werden uns weiter unten beschäftigen. Noch vor Eintreten eigentlicher theoretischer Veränderungen entwickelt sich aus der Schicht der Arbeiterbürokratie selbst schon organisatorische und damit Mittel-Fixiertheit sowie Nur-

---

[1] derselbe, Klassen, a.a.O., S. 134 f.

[2] derselbe, Lage der Arbeiter, a.a.O., Bd. 4, S. 310; vgl. derselbe, Klassen, a.a.O., S. 125; Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 2, S. 54.

Gewerkschaftertum und dadurch Ökonomismus. Diese Situation bringt Gewerkschaftsführer hervor, "deren Blick durch die tägliche Kleinarbeit nur zu leicht eingeengt wird, die durch das unerwartete Aufblühen ihrer Organisationen, - begünstigt durch die Blütezeit der deutschen Industrie infolge Erschließung großer Absatzgebiete, - so geblendet wurden, daß sie unbegrenzte Möglichkeiten für die Hebung der Arbeiterklasse mit rein gewerkschaftlichen Mitteln zu erblicken schienen"[1].

Die Organisationsfixiertheit und an der konkreten Teilarbeit des beruflichen Alltags egoistisch ausgerichtete Orientierung vernachlässigte zwangsläufig eine ideologisch-politisch ausgerichtete Bildungs- und Konzeptionstätigkeit. ".. weder die Generalkommission noch die einzelnen Zentralverbände erarbeiteten eine grundsätzliche politische Richtschnur, nach der sie ihre gesamte Tätigkeit ausrichten konnten. Die Unterschätzung der politisch-ideologischen Fragen - besonders bei den führenden Gewerkschaftsfunktionären - begünstigten opportunistische Auffassungen, förderte den gewerkschaftlichen Praktizismus und erschwerte es, daß Klassenbewußtsein der Gewerkschaftsmitglieder zu festigen."[2] Daß dies bei der Organisiertheit und der mit ihr verbundenen systematischeren ideologischen Strategie der Kapitalistenklasse Einbrüche bzw. Einschränkungen des Klassenbewußtseins zur Folge haben mußte, betont auch S c h r ö d e r : "Eine der wesentlichen Ursachen für das frühzeitige Abgleiten ... in den ... Opportunismus ergab sich aus dem gewerkschaftlichen

---

[1] Auerbach, a.a.O., S. 126.

[2] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 1, S. 437.

Praktizismus ... Die sich daraus ergebene Vernachlässigung und sogar Ächtung der theoretischen Arbeit förderten den Einfluß der bürgerlichen Ideologie auf die führenden Gewerkschaftsfunktionäre."[1] Das Einschätzungsvermögen für die politische Situation und ihren gesellschaftlichen Charakter entbehrt dadurch der Fähigkeit zur Einordnung persönlicher Vor- und Nachteile in die allgemeine Lage und der Verallgemeinerung in Form der Voraussicht.

So kommt es, daß durch Reformen erzielte Erfolge nicht auf ihren perspektivischen Charakter und ihre klassenmäßige politische Bedeutung hinterfragt, sondern eher passiv konsumiert werden. "Senkung der Arbeitszeit, Erhöhung der Reallöhne bis ca. 1900, Unfall-, Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung: Diese günstigen Veränderungen waren auch für theoretisch noch ungeschulte Arbeiter unmittelbar sinnlich wahrnehmbar und zumindest durch einen einfachen Vergleich mit der Situation der vorherigen Generation leicht festzustellen."[2]

S c h r ö d e r spricht davon, daß die der Gewerkschaftsbewegung wesentlich und charakteristischerweise innewohnenden "tradeunionistischen Bewußtseinselemente" ein wichtiger Faktor für die Begünstigung der "Einwirkung bürgerlicher Ideologie" wurden. Aber auch hier erst dann und an dem Punkt, an dem sie nicht mehr die "Ausgangsposition" für die "Aneignung marxistischer Grundsätze" bildeten. Die mangelnde

---

[1] Schröder, Gewerkschaftseinheit, a.a.O., S. 202.

[2] Fülberth, a.a.O., S. 4.

theoretisch-ideologische Bildungsarbeit mußte also den Reproduktionsprozeß tradeunionistischer Auffassungen, dem die "kapitalistischen Verhältnisse ... in der Arbeiterklasse immer erzeugen", fördern und verstärken.[1] "Diese tradeunionistischen Tendenzen verdichteten sich gerade zu einem Zeitpunkt, als sich in der marxistischen Massenpartei unter Führung V o l l m a r s ein kleinbürgerlich-opportunistischer Flügel formierte, der vor allem in Süddeutschland schnell wachsenden Einfluß erlangte und die marxistischen Kräfte zur Verteidigung der revolutionären Grundlage und Politik der Arbeiterpartei zwang."[2]

Die Beziehungen zwischen der politischen Organisation der Arbeiterbewegung, der sozialdemokratischen Partei, und den Gewerkschaften war seit Beginn der Gründung der Generalkommission durch ein intensives Abgrenzungsbemühen gekennzeichnet, das ebenfalls ein Ausdruck der Überbetonung des ökonomischen gegenüber dem politischen Teils der Gesamtstrategie der Arbeiterbewegung begriffen werden muß.[3] Die Betonung der Rolle der Gewerkschaft und der in den bereits angeführten Zitaten sichtbare systemimmanente Anspruch kommt zum Ausdruck in zahllosen Artikeln und Referaten, bei denen

---

[1] Schröder, Opportunismus, a.a.O., S. 197/98.

[2] ebenda, S. 221 f; derselbe, Gewerkschaftseinheit, a.a.O., S. 349 f. Beispiele für d i r e k t e Aussagen, die eine ökonomistische Systemimmanenz vertreten und die vor dem eigentlichen Einbruch des Revisionismus liegen!, sind die folgenden: "Wenn wir fortfahren wollen, auch für die Gewerkschaften nur in die Zukunft zu blicken, und uns n i c h t m i t d e m a u g e n b l i c k l i c h m ö g l i c h e n b e g n ü g e n und auf dem Erreichten weiter aufbauen wollen, dann dürfte die Zeit über die Organisationen hinrauschen, ohne das sie jemals dazu kämen, auch nur annähernd ihren Zweck zu erfüllen." (Correspondenzblatt, 4.4.1892. Hervorhebung - R.L.) oder: "Die

der Grundtenor darin liegt, den Gewerkschaften den Vorrang vor der politischen Organisation zu geben, diese wiederum den Gewerkschaften als Hilfsfaktor nebenzuordnen: "Den Kampf der Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem Gebiet einheitlich und wirkungsvoll gestalten kann n u r d i e A r b e i t e r o r g a n i s a t i o n (Gewerkschaften - R.L.). Pflicht aller klassenbewußten Arbeiter ist es, sich ihren respektiven Organisationen anzuschließen, P f l i c h t der politischen Arbeiterpartei und der Arbeiterpresse ist es, die Organisationen der Arbeiter auf gewerkschaftlichem Gebiet mit aller Energie zu fördern: Die Gewerkschaften sind berufen, die P f e i l e r d e r k ü n f t i g e n O r g a n i s a t i o n d e r G e s e l l s c h a f t zu bilden und ist deren Ausbau deshalb neben der Erringung der politischen Macht der Arbeiterklasse eine absolute Notwendigkeit."[1)]

Überführung der Produktionsmittel aus dem Privatbesitz zum Gemeingut der Gesellschaft (wird) sich hauptsächlich auf den Weg über die Gesetzgebung vollziehen.." (ebenda, 3. 7. 1893).

[3)] Vgl. Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 1, S. 437 f. Inwieweit diesen Bestrebungen eine reale Geringschätzung der Gewerkschaften durch einige Parteiführer bzw. durch eine fehlende theoretische Klarstellung des Problems auf Seiten der marxistischen Sozialdemokratie eine Brücke gebaut wurde, kann hier nicht geklärt werden. Verwiesen sei dazu auf Schröder, Gewerkschaftseinheit, a.a.O., besonders S. 349 f; derselbe, Opportunismus, a.a.O., S. 235; vgl. dazu auch Zwing, a.a.O., S. 76 ff, 117 ff; vgl. auch Umbreit, a.a.O., S. 25 f.

[1)] Correspondenzblatt, 11. 9. 1893 (Hervorhebung - R.L.).

Die Aufspaltung von gewerkschaftlichem Kampf und politischem machte auch die Tatsache praktisch deutlich, daß "die politische und ideologische Verantwortung der Gewerkschaften im proletarischen Klassenkampf ... nicht einmal angedeutet (wurden)"[1] Hier werden "bereits die ersten Anzeichen bemerkbar, daß die Gewerkschaften über .. Gleichberechtigung hinaus danach streben, die ganze Arbeiterbewegung richtunggebend zu beherrschen"[2]. Allein die Forderung nach "Gleichberechtigung"[3] der Organisation implizierte die Problematisierung der Dominanz des Politischen oder Ökonomischen innerhalb der Arbeiterbewegung durch eine künstliche Alternativ-Setzung zwischen beiden. Die Forderung nach Gleichberechtigung gerät zur Forderung nach Unabhängigkeit[4], was, da es die Organisation der Gewerkschaften an sich und ihre Form als solche nicht betreffen kann, nur den Schluß auf ideologische und politische Unabhängigkeits-Vorstellungen zuläßt.[5] "Und die technische Selbständigkeit der Gewerkschaften,

---

[1] Schröder, Opportunismus, a.a.O., S. 226.

[2] Auerbach, a.a.O., S. 118.

[3] Vgl. Schröder, Gewerkschaftseinheit, a.a.O., S. 197 f.

[4] Auerbach, a.a.O., S. 145. Vgl. die dort zitierten Nummern des Correspondenzblattes.

[5] Dieser Anspruch wurde später (Mannheimer Parteitag) faktisch Wirklichkeit. Auch wissenschaftlich fand er danach zahlreiche defürworter. Ein Beispiel ist Zwing, dessen Fürsprache (unter Bezugnahme auf den Stuttgarter Kongress 1902) uns ein Beispiel für die undialektisch mechanische Handhabung von Politischem und Ökonomischem zu sein scheint: "Aufgabe der Gewerkschaften ist vielmehr, die Wirtschaftsdemokratie herbeizuführen und den Arbeitern auch innerhalb des Produktionsprozesses vom Untertanen zum gleichberechtigten Bürger, zum Wirtschaftsbürger, zu machen. Die neuere Entwicklung zeigt wieder mit aller Klarheit auf, daß die Ökonomie das Bestimmende aller gesellschaftlichen Entwicklungen ist und in diese Ein-

die auf praktischer Arbeitsteilung innerhalb des einheitlichen sozialdemokratischen Klassenkampfes beruhen sollte, ist in die Lostrennung der Gewerkschaften von der Sozialdemokratie ... umgewandelt."[1)]

3.2.5 Ideologisch-theoretischer Wandel

Die gewerkschaftliche Entwicklung der Richtungs- zur Einheitsgewerkschaft, der ökonomische und politische Umbruch zu Ausgang des 19. Jahrhunderts und die innergewerkschaftliche Verselbständigung in Bürokratie und Theorielosigkeit, die wir an dieser Stelle als die vorläufigen Wandlungsfaktoren unserer Analyse bezeichnen können, finden ihre konkreten Ergebnisse und Ausdrucksformen in wesentlichen Veränderungen gewerkschaftlicher Theorie und Praxis, bewirken somit Strategie-Wandel. "Die zeitliche Koinzidenz des theoretischen Revisionismus mit dem Hervortreten neuer Erscheinungen in der Wirtschaftsgesellschaft ... ist unverkennbar."[2)]

---

und Durchdringen und diese mehr und mehr zu beherrschen, ist Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung. Letztenendes bestimmt nicht die Politik die Wirtschaft, sondern die Wirtschaft die Politik. Wirtschaftliche Macht erzeugt automatisch politische Macht." (a.a.O., S. 121. Fußnote).

[1)] Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: R. Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 2 (im folgenden Massenstreik), Berlin 1972, S. 166.

[2)] Hofmann, a.a.O., S. 176 f.

Die von der Partei in die Gewerkschaftsbewegung getragene Theorie mußte aus diesen Gründen solange entsprechend wenig Verwirklichungschancen im Sinne ihrer organisierten Rezipierung haben, solange sie a) tradeunionistischen, b)organisationsfixierten, c) reformistischen Theorie- und Praxisteilen widersprach.[1] Deshalb setzte der theoretisch-ideologische Wandel in dem Augenblick ein, als Revidierungen dieser Theorie vorgenommen wurden, die nun Praxis und Theorieanspruch kompatibel machten.

Der Auffassung, die in der Generalkommission besonders verbreitet war, daß die Gewerkschaftsbewegung sich prinzipiell auf die praktisch-ökonomische Aufgabe zu konzentrieren und die politische (systemtranzendierende) der sozialdemokratischen Partei zu überlassen habe, kommt die durch den Revisionismus theoretisch fundierte Haltung zum Verhältnis von Reform und Revolution in allen Punkten entgegen und stellt ihre wissenschaftliche Legitimierung dar. "Die Partei würde wesentlich in ihrem revolutionären Charakter Einbuße erleiden, wenn sie mit ihrer Tätigkeit allzusehr Boden in der bürgerlichen Gesellschaft zu finden suchte. Diese praktische Tätigkeit sollte eine Aufgabe der Gewerkschaften sein, deren Bestrebungen durch die Gesetzgebung der nötige Rückhalt gewährt wird."[2]

---

[1] Im Rahmen dieser Arbeit kann nicht diskutiert werden, inwieweit in der für uns relevanten gesellschaftlichen Situation die praktische Politik der SPD selbst zunehmend in den Widerspruch zur damals als offiziellen Parteikonzeption noch immer gültigen marxistischen Theorie geriet.

[2] Correspondenzblatt, 4. 4. 1892; vgl. ebenda, 7. 2. 1891.

So ist auch die krampfhafte Abgrenzung von der SPD, welche die nationalorganisierte deutsche Gewerkschaftsbewegung in Gestalt ihrer Generalkommission führte, nicht so sehr notwendiges Ergebnis angeblicher Unterschätzung der Gewerkschaften durch die Partei, als vielmehr eine verborgene, aber doch eindeutig ableitbare Konsequenz der "opportunistischen Überschätzung des ökonomischen Kampfes"[1]. Es setzte sich die Tendenz durch, von dem innerhalb der revolutionären Gewerkschaftstheorie beachteten Prinzip abzugehen, nach dem der ökonomische Kampf "das Fortleitende von einem politischen Knotenpunkt zum anderen" ist und der politische Kampf "die periodische Befruchtung des Bodens für den ökonomischen Kampf"[2]. Diese "Überhöhung der Rolle der Gewerkschaftsbewegung" korrelierte - und das "Correspondenzblatt" wie die "Protokolle" der Parteitage[3] belegen dies sehr genau - mit einer Auffassung, die "sich vorwiegend oder gar ausschließlich auf den Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Ausbeutung konzentrierte"[4].

Die eigenartige Verbindung des politischen und des ökonomischen Teils der gewerkschaftlichen Strategie, d. h. seiner ökonomischen Zielsetzung als direkt der Verbesserung des Lebensstandards dienende Politik und des politischen, d. h.

---

[1] Schröder, Opportunismus, a.a.O., S. 233.

[2] Luxemburg, Massenstreik, a.a.O., S. 128.

[3] Vgl. dazu besonders den Kölner Gewerkschaftskongreß (1905) und die Parteitage von Jena (1905) und Mannheim (1906).

[4] Schröder, Opportunismus, a.a.O., S. 249.

desjenigen Teils der über die gewerkschaftliche Strategie hinausläuft im Sinne der Lösung der zugrunde liegenden gesellschaftlichen Widersprüche, kennzeichnet die im Wandel begriffene Strategie. Aus der marxistisch geforderten dialektischen Einheit von beiden Elementen bei Dominanz des politischen[1], d.h. in dieser gesellschaftlichen Situation der Führungsrolle der sozialdemokratischen Partei in einem als Einheit begriffenen Kampf der Klassen gegeneinander, wird auf dem Weg der anfänglich verbandsbezogen geforderten "Selbständigkeit und Gleichberechtigung"[2] im organisatorischen Sinne unter Rezipierung der revisionistisch legitimierten Trennung von systemimmanenter Ökonomik und systemüberwindender Politik eine einseitig auf dem "Boden in der bürgerlichen Gesellschaft"[3] bezogene Politik des pragmatischen, sofort erreichbaren und den Mitgliedern vermittelbaren.

Und so konnten eine ökonomisch im jeweiligen Augenblick real existente Aufwärtsentwicklung und damit verbundene sozialpolitischen Reformen als Beweis dienen. Die mangelnde Einordnung dieses Tatbestandes in eine polit-ökonomische Theorie der Arbeiterklasse ließ seinen Charakter als Erscheinungsform des Verhältnisses von kurzfristigen Aufschwung

---

[1] Dies bringt sehr deutlich Luxemburg zum Ausdruck, wenn sie sagt: "Die Gewerkschaften vertreten die Gruppeninteressen und eine Entwicklungsstufe in der Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratie vertritt die Arbeiterklasse und ihre Befreiungsinteressen im ganzen." (Massenstreik, a.a.O., S. 156).

[2] Correspondenzblatt, 1. 10. 1904.

[3] ebenda, 4.4.1892; Schröder, Opportunismus, a.a.O., S. 250.

in Teilbereichen und langfristiger Krisenhaftigkeit im Gesamtsystem nicht erkennbar werden. Auch A u e r b a c h stellt an einer Stelle fest, daß die Gewerkschaften aus eigener Initiative die theoretische Arbeit nicht leisten, aus der in diesem Sinn objektiv, wenn auch noch undeutlichen ideologischen Position heraus, "daß die politische Presse die erforderliche theoretische Aufklärung verbreiten müßte, wozu die Gewerkschaftsblätter weder materiell noch geistig fähig seien"[1].

Politische Probleme werden in einem anderen Zusammenhang - beim Problem des Streiks nämlich - so offen von den "ökonomischen", also "gewerkschaftlichen" abgegrenzt, daß sie die Gewerkschaften an sich "nicht(s) angehen" könnten.[2] B r a u n spricht - quasi als Resümee - davon, daß "die Grenze zwischen der Erkämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen und den e i g e n t l i c h sozialistischen Aufgaben der Arbeiterbewegung (besonders scharf) innerhalb der deutschen Sozialdemokratie gezogen (ist)"[3]. Die ideologische Entfernung von revolutionärer Zielsetzung und damit praktischer Strategie-Führung in diesem Sinne ist also nicht so sehr in expliziten Absagen an diese zu erkennen, als vielmehr in der expliziten Betonung reformerischer Aufgaben in einem solchen Maße, daß eine implizierte Distanzierung revolutionärer marxistischer Positionen dadurch mit vollzogen wird. Die t h e o r e t i s c h e Innovation in Form ausdrücklicher Re-

---

[1] Auerbach, a.a.O., S. 177.

[2] Correspondenzblatt, 3. 9. 1904.

[3] Braun, a.a.O., S. 155 (Hervorhebung - R.L.).

vidierung dieser Position findet eigentlich außerhalb der direkten Gewerkschaftstätigkeit statt.

Hier versuchen B e r n s t e i n u.a., die praktischen ökonomischen und politischen Veränderungen bzw. deren erkenntnismäßige Verarbeitung mit den theoretischen Ausgangspositionen des Marxismus, die bis dahin "zu einigermaßen unbestrittener Geltung in der Arbeiterbewegung gelangt"[1] waren, in Übereinklang zu bringen. In unzulässiger Überbewertung der m o m e n t a n e n Verbesserungen durch den Wirtschaftsaufschwung und der allein n u m e r i s c h e n Seite von Konzentration und Produktion im Bereich der Kleinproduktion kam der Eindruck der Streuung und Verbreiterung von Besitz und Kapital auf. Er vernachlässigt außerdem das Verhältnis allgemeinen Wachstums der Produktivkräfte, das sich auch in der Zunahme an Kleinbetrieben und Belegschaften niederschlagen kann, zur spezischen Ausformung in Konzentration und Zentralisation auf der Ebene der Großbetriebe. So nimmt in unserer Situation (hier: 1892 - 1907) die Zahl der Kleinbetriebe und der darin Beschäftigten zwar um 9 Prozent bzw. 24 Prozent zu, der zahlenmäßige Zuwachs bei den Großbetrieben (um 222 Prozent bzw. 232 Prozent)[2] ist jedoch ungleich größer und wegen seiner ökonomischen und politischen Macht eigentlich relevant.[3]

---

[1] Hofmann, a.a.O., S. 179.

[2] Berechnet nach Zwing, a.a.O., S. 81.

[3] Rosa Luxemburg erwidert auf Bernsteins Analyse: "Wenn Sie mit dieser Statistik etwas beweisen wollen, dann müssen Sie vor allem beweisen, daß sie sich auf d i e s e l b e n Industriezweige bezieht, daß die kleineren Betriebe nun a n S t e l l e der alten großen und nicht dort auftreten, wo bis jetzt nichts oder gar Handwerk oder Zwergbetrieb war. Diesen

Zusätzlich scheint B e r n s t e i n dabei von einem Entwicklungstempo auszugehen, das volontaristisch an radikal-sprunghaften Vorstellungen anknüpft und schlußfolgert dann (sehr leicht) bei Ausbleiben der entsprechenden Praxis auf die Revidierungsbedürftigkeit der zugrunde liegenden Thesen, obwohl er diesbezüglich der marxistischen Theorie keinen haltbaren Vorwurf machen konnte, "denn diese setzt weder ein bestimmtes T e m p o der Konzentration der Industrie, das heißt eine bestimmte F r i s t für die Verwirklichung des sozialistischen Entziels, noch auch ... ein a b s o l u t e s V e r s c h w i n d e n der Kleinkapitale bzw. das Verschwinden des Kleinbürgertums als Bedingung der Realisierbarkeit des Sozialismus voraus"[1] Andererseits ist es aber nicht so, daß der Revisionismus "eigentlich eine neue Theorie, eine Gegenlehre (entwickelt), vielmehr beruft er sich auf die praktischen Verhältnisse, auf den Augenschein, den er gegen die Lehren und Erwartungen von Marx ausspielt"[2].

Die sich daraus ergebenen Möglichkeiten, im System verbleibend entscheidende Verbesserungen erzielen zu können, führen

---

Beweis gelingt es Ihnen aber nicht zu erbringen, denn der Übergang von riesigen Aktiengründungen zu mittleren und kleineren ist gerade nur dadurch erklärlich, daß das Aktienwesen in stets n e u e Zweige eindringt, und wenn es anfangs nur für wenige Riesenunternehmungen taugte, es sich jetzt immer mehr dem Mittelbetriebe, hie und da sogar dem Kleinbetriebe angepaßt hat. (...) Sie bedeutet die f o r t s c h r e i t e n d e V e r g e s e l l s c h a f t u n g d e r P r o d u k t i o n in kapitalistischer Form die Vergesellschaftung nicht nur der Riesen-, sondern auch der Mittel- und sogar der Kleinproduktion, also etwas, was der Marxschen Theorie nicht widerspricht, sondern sie in denkbar glänzenster Weise bestätigt." (R. Luxemburg, Sozialreform oder Revolution, in: R.Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 1/1 (im folgenden Sozialreform), Berlin 1974, S. 410. Hervorhebung im Original).

[1] ebenda, S. 409 (Hervorhebung im Original).

[2] Hofmann, a.a.O., S. 177.

zwangsläufig zu einer Hinausschiebung der revolutionären Ziele. "Es gilt .., sich in den bestehenden Verhältnissen einzurichten; das sozialistische 'Endziel' verwandelt sich kaum merklich in einen Erinnerungsposten programmatischer Erklärungen."[1] Die Revidierung theoretisch-ökonomischer Grundsätze, die anhand des eigenen Verständnisses der sich vollziehenden Konzentrationsprozesse und der neuen ökonomischen wie politischen Rolle des Staates vor sich geht, führt zu einer Beschränkung "auf .. Reformarbeit in gesetzlichem Rahmen"[2]. Aus der These von der schrittweisen Reformierung der Gesellschaft ergibt sich der Verzicht auf die "Theorie eines objektiven Ausbeutungsverhältnisses", da mit dieser Annahme gleichzeitig der Herrschafts- und Machtcharakter des Besitzes an Produktionsmitteln negiert wird. "Hierdurch mußte nun auch der soziale Kampf aus einem Krieg g e g e n das System zu einem Verteilungsstreit i n n e r h a l b des Systems werden. Und in einem solchen Streit fiel den Gewerkschaften als den Verfechtern des 'Mehr und Mehr und Mehr' (Goetz B r i e f s) naturgemäß die wichtigste Rolle zu."[3]

Die Auffassung vom Stellenwert systemüberwindender Reformen mußte sich notwendigerweise auch prinzipiell in einer veränderten ideologischen Einschätzung des Verhältnisses von Reform und Revolution, von Systemimmanenz und Systemüberwin-

---

[1] ebenda, S. 179.

[2] Lison (Hrsg.), Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 56.

[3] Hofmann, a.a.O., S. 180; Luxemburg, Sozialreform, a.a.O., S. 420 f, 442.

dung also, niederschlagen. "'Die Erringung der politischen Forderungen und Ziele der Arbeiterbewegung ist natürlich nicht unsere Aufgabe. Mit der politischen Revolution haben wir als Gewerkschaften nichts zu tun. Aber die Durchführung der sozialen Revolution ... ist das Gebiet, auf dem die Gewerkschaften zu Hause sind ...'[1] Die Trennung von politischen Aufgaben und gewerkschaftlicher Tätigkeit äußerte sich ... in der Trennung der politischen von der sozialen Revolution."[2]

Dabei ist es für uns schwierig und nur aus sekundären Bestätigungen und Widersprüchen zwischen ideologischem Anspruch und politischer Praxis sowie deren Kritik[3] abzuleiten, in welcher Beziehung für die o f f i z i e l l e Gewerkschaftsführung Reform und qualitative gesellschaftliche Umwälzung, Revolution, standen. Auch T h i e r i n g e r , der "die marxische Verelendungstheorie .. durch die Praxis der Gewerkschaften" für widerlegt hält, muß sich in dieser Richtung äußern: "Die S o z i a l p o l i t i k und das mit ihrer Hilfe eroberte Terrain waren als die p r a k t i s c h e n M i t t e l und Wege zum Sozialismus erkannt.

---

[1] "Protokoll der Verhandlungen des 10. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands", Berlin o.J., S. 427.

[2] W. Raase, Die Entwicklung der Deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Zeit der revolutionären Nachkriegskrise. Zur Geschichte der Deutschen Gewerkschaftsbewegung 1919 - 1923, Berlin o.J., S. 39.

[3] Im Auftrage mehrerer Landesvorstände der SPD faßte Luxemburg diese Kritik in ihrer zitierten Schrift über den Massenstreik theoretisch zusammen. ("Die Sozialdemokratie ... ist eben die Z u s a m m e n f a s s u n g sowohl des parlamentarischen wie des gewerkschaftlichen Kampfes in einem auf die A b s c h a f f u n g der bürgerlichen Gesellschaftsordnung gerichteten Klassenkampf.", ebenda, S. 156).

Das revolutionäre Ziel blieb, aber an die Stelle revolutionärer und kompromißloser Taktik war die "'evolutinäre Revolution"'des Revisionismus getreten. (...) Das allmähliche, mosaikartige Werden des Sozialismus in der revisionistischen Theorie ..."[1)]

Die Widersprüchlichkeit - Belassen des revolutionären Endziels bei gleichzeitiger am kurzfristigen Erfolg orientierter Reformpraxis - ist das Resultat des Bemühens, zwei sich ausschließende Strategien - die marxistische und reformistische - zu einem neuen Weg zu verbinden. Das Hinausschieben der konsequent sozialistischen Strategie durch eine vorläufige Reform- und Anpassungstaktik hat demzufolge auch den Wandel zur nicht-antagonistischen Praxis zum Ergebnis.

Was heute noch immer gilt - hier also für die Programmatik und Politik des DGB - wurde in dieser gesellschaftlichen Situation zum konstanten Kennzeichen gewerkschaftlicher Strategie: Eine "Doppelgleisigkeit, d. h. .. ein Nebeneinander von systemimmanenter Praxis und systemtranszendierender Programmatik"[2)]. Die Ideologie wird beherrscht von einer Form der Vereinigung beider Ziele, die nur möglich ist durch Entfernung entscheidender Elemente aus der bisherigen ideologisch-theoretischen Seite der Gewerkschaftsstrategie. Die Annahme nämlich, "daß man durch Reformen im Rahmen der be-

---

[1)] Thieringer, a.a.O., S. 25 (Hervorhebung - R.L.).

[2)] E.Mayer, a.a.O., S. 24.

stehenden kapitalistischen Ausbeuterordnung 'allmählich und friedlich' in den Sozialismus hineinwachsen könne"[1], ist nur möglich unter Ignorierung der bisher in der Gewerkschaftsgeschichte realisierten Erfahrungen im Kampf gegen die ökonomische und politische Übermacht der Besitzer der Produktionsmittel.

Die ideologische Prämisse liegt in der noch von L a s s a l l e und den utopischen Sozialisten her bekannten Annahme, daß Herrschaft über den subjektiven Faktor der Einsicht in Vernunft und Sittlichkeit abbaubar sei. Die objektive Realität, d. h. die materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse und ihre Eigentumskomponente, wird kompensiert durch eine voluntaristische Zielsetzung. Das Hinausschieben prinzipieller Veränderungsvorstellungen und -ziele bietet in der jeweiligen Realität, die sich relativ unabhängig vom subjektiven Faktor des Voluntarismus - des Wartens in unserem Fall - nach objektiven gesellschaftlichen Gesetzen weiterentwickelt, dem Strategie-Gegner Einflußmöglichkeiten in faktisch alle Bereiche über die durch das Kräfteverhältnis sowieso bedingten Chancen hinaus. Nicht zufällig also unterstützt auf ideologischer Ebene und auf ökonomischer Ebene der Liberalismus in Theorie und Praxis den sich vollziehenden Wandel des Strategie-Gegners Gewerkschaft.

Den Stellenwert der Reform im Gesamtprozeß der gesellschaftlichen Veränderungen und endlichen Umwälzung - wie sie die Gewerkschaftsstrategie programmatisch vertritt, auch p u n k t u e l l in der heutigen DGB-Grundsatzerklärung[2]

---

[1] Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 2, S. 33.

[2] Vgl. S. 265 ff dieser Arbeit.

zur Zeit des objektiven gewerkschaftlichen Strategie-Wandels aber subjektiv noch i m G a n z e n - und die dem Ökonomischen zugeordnete Relevanz haben gemeinsam die theoretische Verabsolutierung und Herauslösung der Korrelate Revolution und Politik aus ihrer jeweiligen dialektischen Einheit, wie sie die marxistische Gewerkschaftsstrategie wesentlich kennzeichnete.

Die Praxis, die schon im Verhältnis Partei - Gewerkschaft zu erkennen ist, erhellt den Vollzug des Wandels, indem sie den revolutionären und politischen Verzicht gegen die beabsichtigte Strategie selbst kehrt: Immanenter Zwang zur Kooperation mit dem Strategie-Gegner.

3.2.6 Einige praktisch-politische Auswirkungen als Hauptmerkmale vollzogenen Strategie-Wandels

Die Diskussion über die Stellung der Gewerkschaftsbewegung innerhalb der Strategie der revolutionären Sozialdemokratie, ihr Beharren auf Eigenständigkeit und Gleichberechtigung führt besonders in der Frage des politischen M a s s e n s t r e i k s zu einem Höhepunkt. Die Argumentation selbst und das Erlebnis der Auseinandersetzungen widerspiegelte auf vielfältige Weise gerade die im Wandel begriffene Stellung der Gewerkschaftsführung zur aktiven Rolle im Kampf der Klassen gegeneinander. Die Vorbehalte gegenüber dem politischen Massenstreik und die Konflikte, die seinetwegen auch mit der Partei geführt wurden, sind Bestätigungen der grundsätzlichen Aufspaltung des ökonomischen (gewerkschaftlichen) und politischen Kampfes. Nur nach außen handelt es

sich um eine Kompetenzfrage zwischen der gewerkschaftlichen und der politischen Organisation der Arbeiterbewegung, wenn auch die Frage des Massenstreiks und ihre Entscheidung in der Diskussion mit einer Vereinbarung und Abgrenzung der Interessenssphären zu Ende ging. "Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaft und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen."[1)]

Die Frage der Organisation und die Furcht, daß die Arbeiter sich durch den Massenstreik von der "täglichen Kleinarbeit" abhalten lassen könnten, macht deutlich, daß das schematische Denken in formalen und technisch meßbaren Kriterien wie der Organisationsstärke oder der Aneinanderreihung sozialpolitischer Erfolge den dynamisch-kämpferischen Aspekt aus dem Auge verlor. Die Reduzierung des Problems von Strategie und Taktik, des Problems der Verbindung politischer und ökonomischer Ziele und Methoden zu einem wechselseitigem Ganzen, auf den Punkt der perfekten organisatorischen Absicherung des Status quo war die Folge. Diese Fixierung selbst ist Erscheinungsform und Befruchtung der statischen, undialektischen Anschauungsweise, setzt sie doch die Geltung der objektiven Entwicklungsgesetzmäßigkeiten - hier: Zuspitzung der Klassenwidersprüche - in die Abhängigkeit einer subjektiven Entscheidungsmaxime - hier: des vorgenommenen organisatorischen Ausbaus. Das Ergebnis ist eine "Überschätzung der

---

1) "Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Mannheim vom 23. - 29. September 1906", Berlin 1906, S. 305.

Organisation, die aus einem Mittel zum Zweck allmählich in einen Selbstzweck, in ein höchstes Gut verwandelt wird, dem die Interessen des Kampfes .. untergeordnet werden."[1)]

Die Folge war allgemein und wurde zur politisch-strategisch neuen Qualität dadurch, daß sie auch in der konkreten Streikauseinandersetzung zum Kriterium der Entscheidung gewerkschaftlicher Unterstützung oder Initiierung wurde. "Die Führer der Gewerkschaften dagegen waren in der Frage des politischen Massenstreiks wie auch in der Frage der Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen am 1. Mai energisch darum bemüht, alles zu verhindern, was den Bestand ihrer Organisationen und die bisherigen sozialpolitischen Erfolge gefährden konnte: 'Ungeheure Opfer hat es gekostet, um den augenblicklichen Stand der Organisation zu erreichen ... Um aber unsere Organisation auszubauen, brauchen wir in der Arbeiterbewegung Ruhe' (...) Die einseitige Betonung des Kampfes für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen jedoch hatte zur Konsequenz, daß nach 1918 auch die Gewerkschaften völlig unvorbereitet den Aufgaben der demokratischen Neugestaltung der Wirtschaft gegenüberstanden."[2)]

Bezeichnend erscheint uns die "Begründung, daß die Propaganda des Generalstreiks (den die Gewerkschaftsführung mit dem politischen Massenstreik gleichzusetzen bemüht war - R.L.[3)]

[1)] Luxemburg, Massenstreik, a.a.O., S. 163 f; vgl. auch ebenda, S. 93 f, 141 f.

[2)] Grebing, a.a.O., S. 121/22; vgl. auch Umbreit, a.a.O., S. 74 ff.

[3)] Vgl. auch Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 2, S. 103.

für das Proletariat gefährlich sei, weil sie von dem langsamen Vorwärtsschreiten ablenke, mit dem allmählich das Ziel der Arbeiterbewegung erreicht werde und weil selbst ein unwahrscheinlicher Sieg eine derartige Verausgabung der Kräfte erfordere, daß er die Schwächung des Siegers bedeute"[1].

Ein zweiter Punkt, nämlich das Verhältnis Reform - Revolution wird deutlich, "In den Massenstreikdebatten ... trat konkret zum Vorschein, was schon die Auseinandersetzung mit dem Revisionismus deutlich machte: Unterschiedliche Vorstellungen 'über die Art und Weise der Machteroberung des Proletariats'[2], der Wahl der angemessenen Mittel im Klassenkampf wie der Struktur und dem Verlauf der proletarischen Revolution."[3] Das "friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus" erscheint durch den Streik, insbesondere auf politischem Gebiet und in großer Ausdehnung, gefährdet. Erklärlicherweise muß eine auf Reform und tägliche Kleinarbeit reduzierte Strategie ihre Konsequenzen in der Ablehnung gewaltsamer Konflikte finden.

Nicht zufällig kann Heer deshalb feststellen: "... in dem zumindest bisher als Domäne der Gewerkschaftsarbeit betrachteten Sektor des Kampfes um höheren Lohn wurde hinfort

---

[1] Reindl, a.a.O., S. 173.

[2] H.Conert, Die politischen Grundrichtungen innerhalb der Deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, Heft 1: Richtungskämpfe in der SPD, herausgegeben vom Sozialistischen Büro Offenbach 1974, S. 35.

[3] Lison, (Hrsg.), Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 59.

Abstinenz geübt: 1861 waren noch 66 Prozent der Gesamtausgaben der Gewerkschaften für Streiks ausgegeben worden, 1925 reduzierte sich die Zahl auf 23 Prozent, 1929 waren es nur noch 6,5 Prozent."[1] Wie wenig das Argument unzureichender Organisiertheit den Kern des Problems treffen kann, zeigt die Ansicht, "der Streik sei ein 'agitatorisches Mittel in der Zeit mangelnder Organisation, damals erzog er, auch bei unglücklichem Ausgang, zu Klassenbewußtsein und Disziplin, war eine harte, aber notwendige Schule'. In Zeiten hochentwickelter Organisationen dagegen seien 'wohlberechnete Kämpfe, deren Erfolg sicher sei, vonnöten'[2], weil die Organisationstreue der Mitglieder, die anstelle des ersten Idealismus sich entwickelt, praktische Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verlangt."[3] Die Konsequenzen zeigen sich in der unnötigen und vorzeitigen Einstellung erfolgversprechender Streiks wie in Crimmitschau 1903/04[4] oder dem Ruhrbergarbeiterstreik 1905[5]. Die Begründung Legiens, der Streik hätte zur "Vernichtung" der Crimmitschauer Industrie und der "Blüte des Gemeinwesens"[6] geführt, hat bereits unbemerkt die von der

---

[1] Heer, a.a.O., S. 21/22.

[2] Correspondenzblatt, 6.1.1902 (Hervorhebung im Original).

[3] Auerbach, a.a.O., S. 129/130 (Hervorhebung - R.L.), 143 f; vgl. auch Hirsch-Weber, a.a.O., S. 10 f.

[4] Vgl. Kuczynski, Klassen, a.a.O., S. 281 ff; Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 2, S. 76 ff; Auerbach, a.a.O., S. 130.

[5] Auerbach, ebenda; Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 2, S. 83 ff.

[6] "Vorwärts", 21.1.1904.

Unternehmer-Strategie gewollte Orientierung am Gemeinwohl übernommen. Die Identifizierung kommt auch in der theoretischen Begründung der Partei zum Ausdruck, die die nationale Rolle der Industrie - hier: der Textilfabrikation von Crimmitschau - gegenüber ihren internationalen Konkurrenten auf dem Weltmarkt für vorrangig hält.[1)]

Die ökonomische und politische Hintergrundsituation zeigte schon, daß Strategie-Wandel sich auch auf das Verhältnis von G e w e r k s c h a f t u n d S t a a t niederschlagen würde. Es gibt wenig direkte Hinweise und Erklärungen programmatischer Art bezüglich der Haltung von Gewerkschaften zum Staat. Die Entwicklung des Staates als sichtbaren Adressaten der Gewerkschaften ist noch zu neu, um eine solche zu erwarten. Dennoch genügen die indirekten Maßnahmen der Unterstützung der Unternehmer durch staatliche Organe und Gesetzgebung, die wir oben analysierten, um die Funktion des Stabilisators und das konservierende Moment der staatlichen Funktionen auszumachen. Die Gewerkschaftsideologie ordnet den Staat nicht ausdrücklich einer der beiden Strategie-Lager zu, ihre praktische Politik orientierte sich an ihm konfliktlos. Die Auseinandersetzung mit dem Staat und - wieder finden wir eine praktische Konsequenz der revidierten ideologisch-theoretischen Position der unterschiedlichen Einheit von Ökonomik und Politik - überlassen die Gewerkschaften der Sozialdemokratie im Parlament. "Die Theorie von der 'Gleichberechtigung' der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie ist also kein bloßes theoretisches Mißverständnis ..., sie ist ein Ausdruck der bekannten Tendenz jenes opportunistischen Flügels der Sozialdemokratie, der den politischen Kampf der

---

[1)] Kuczynski, Klassen, a.a.O., 286 f.

Arbeiterklasse auch tatsächlich auf den parlamentarischen Kampf reduzieren ... will."[1)]

In der gewerkschaftlichen S o z i a l p o l i t i k , die sie noch am ehesten mit den staatlichen Behörden in einen direkten und andauernden Kontakt brachte, sahen wir das Aufsteigen einer Schicht der Arbeiterbürokratie. Die Tatsache, daß der Verzicht auf revolutionäre, also das gesellschaftliche System als Ganzes betreffende Ziele und konkrete abgeleitete Forderungen, schon in der polit-ökonomischen Sphäre zu Reduzierungen auf einzelne Reformen und Teilzugeständnisse führte, hat natürlich auch in diesem Gebiet seine Auswirkungen. Mehr als Beteiligungen in den staatlichen Gremien konnten und wurden nicht durchgesetzt. Die Übernahme des Sozialversicherungswesens aus der gewerkschaftlichen Autonomie in staatliche Kompetenz war ein politischer Akt der staatlichen Macht, im Ganzen gesehen eine schwere Niederlage der Gewerkschaftsbewegung, was spätestens an dem Punkt überdacht werden mußte, an dem staatliche Sozialpolitik zu Ungunsten der Betroffenen, der werktätigen Bevölkerung wirkt. Aber schon vorher "fiel mit der staatlichen Sozialgesetzgebung eine Reihe von Unterstützungskassen aus den gewerkschaftlichen Organisationskörper heraus, die bislang in der gewerkschaftlichen Addition und Organisation sowie bei der Stabilisierung der Verbände eine erhebliche Rolle gespielt hatten"[2)]. Diese Tatsache war eine Folge der mit der kapitalistischen Entwicklung gegebenen Verdichtung des ökonomischen und politischen Kampfes, als "also unmittelbare ökonomische Tagesinteressen des Proletariats weit mehr als zuvor durch den politischen Kampf wahrgenommen werden

---

[1)] Luxemburg, Massenstreik, a.a.O., S. 156.

[2)] Schröder, Opportunismus, a.a.O., S. 260.

mußten"[1]. Die Konzentrierung auf Reformen und ökonomischen Kampf mußte daher zu einer für die Gewerkschaft und die beherrschten abträglichen Neutralisierungsvorstellung dem Staat gegenüber führen. Diese objektiv neutralistische Politik konnte dem Staat erhebliche Möglichkeiten der Einflußnahme überlassen und tat dies auch.

Entsprechend dem "politischen Burgfrieden" der SPD kam es daher schon lange vor dem zu einem "sozialen Burgfrieden" mit den Gewerkschaften.[2]

Eine konkrete Verbindung zwischen Opportunismus gegenüber dem Staat und eben solchen gegenüber dem letztendlichen Strategie-Gegner bildeten dann die "Arbeitsgemeinschaften", sichtbarer Ausdruck des Umschlagens von der antagonistischen Strategie in eine harmonistische. Die Zentralarbeitsgemeinschaft geht von der Annahme aus, daß die Interessenunterschiede durch ein "allseitig einträchtiges Zusammenarbeiten" geregelt werden könnten.[3] Dies bedeutete eine Aufgabe der Position, daß "preis-, bildungs- und lohnpolitische Fragen, die man vielfach in die Arbeitsgemeinschaften verlegte, ... Interessen- und Machtfragen (sind), die man nicht in die

---

[1] ebenda.

2) Thieringer, a.a.O., S. 48. Allerdings setzte dieser Prozeß bereits mit dem Aufkommen der von uns geschilderten Bedingungen ein, nicht erst zu Beginn des Ersten Weltkrieges, wie Thieringer meint.

[3] H.v.Raumer, Unternehmer und Gewerkschaften in der Weimarer Zeit, S. 430 ff, zitiert bei Kuczynski, Klassen, a.a.O., S. 392; vgl. Thieringer, a.a.O., S. 69 ff.

Körperschaften der Gemeinschaftsarbeit zur Regelung bringen kann"[1].

---

[1] Zwing, a.a.O., S. 194. Ein bezeichnendes Beispiel für die mit dem Überwechseln zu nicht-antagonistischen Positionen verbundene Gefahr völliger Aufgabe einmal bezogener Parteilichkeit liefert folgendes bei Raase angeführte Zitat von Legien: "Käme es innerhalb der Arbeitsgemeinschaft nicht zur Einigung, so seien die Gewerkschaften allerdings gezwungen, in diesem Fall auf die Seite der Arbeiter zu treten, da der Anspruch der Arbeiter durchaus gerechtfertigt ist." (a.a.O., S. 51).

4. Zusammenfassende Verallgemeinerung und Schlußfolgerungen

4.1 Begriffliche Bestimmung von Strategie und -wandel

4.1.1 Gesamtgesellschaftliche Natur

1. Die N o t w e n d i g k e i t z u r O r g a n i s a t i o n ist allgemein eine historisch und politisch bedingte Notwendigkeit. Sie entspricht der eigenen Zwecksetzung und der Position des Strategiegegners im hierarchischen Gefüge der Gesellschaft.

Die menschliche Gesellschaft existiert in der bewußten Auseinandersetzung mit der natürlichen und sozialen Umwelt. Ergebnisse und Erkenntnisse dieser Auseinandersetzung erscheinen im o r g a n i s a t o r i s c h e n H a n d e l n , d. h. sie bestimmen die materielle und ideelle Struktur: die gesellschaftlichen Verhältnisse und das Bewußtsein.

Die Auseinandersetzung verläuft über den Faktor Arbeit. Die Produktionsverhältnisse entscheiden somit den Gang der materiellen und ideellen Organisation und ihrer Wechselwirkungen. Sind diese Produktionsverhältnisse widersprüchlich, entstehen Strategie- und Gegenstrategie als Lösungsmuster der aufgeworfenen Probleme.

Die g e w e r k s c h a f t l i c h e Aktivität und Organisation ist konkret die Manifestation der Notwendigkeit, die Kraft der zahlenmäßigen Stärke abhängig arbeitender Individuen zur Geltung zu bringen. Die Erfahrung der Schwäche durch Zersplitterung und Konkurrenz, genauso wie die Nutz-

losigkeit isolierter Gruppenorganisation, brachte das Bewußtsein der gemeinsamen sozialen Lage und der daraus erwachsenen Kombinationsnotwendigkeiten und -möglichkeiten hervor.

Interlokale, regionale und internationale Strategien sind die besonderen Formen des Strukturprinzips der Kombination der großen Zahl in Koalitionen, das für die organisierte Kommunikation und Verbindung Einzelner ebenso gilt wie auf erweiterter Stufe für Gruppen, Zusammenschlüsse von Gruppen und deren Zusammenschlüsse.

Die der gesellschaftlichen Stellung immanente Notwendigkeit zur Organisation ist das k o n s t a n t e Wesensmerkmal der g e s a m t e n Gewerkschaftsbewegung. Die Ausformungen und Straffungen sind Ausdruck zunehmender Einsicht in die Rolle der Vereinheitlichung und ihre Potenzen. Interlokale, überregionale und internationale Kontakte - bei unterschiedlicher und wechselnder Intensität und Kontinuität - sind die Handlungsprinzipien der Gewerkschaftsbewegungen überhaupt und von Anfang an. Was B r a u n in anderem Zusammenhang über die Tatsache sagt, daß die Koalitionen notwendigerweise interlokalen Charakter haben müßten, gilt auch allgemein: "Die Gesellen mußten wissen, daß überall ihnen der gleiche Gegner gegenüber stand und daß die Gegner dieser Gegner ihre Freunde, ihre Anhänger, ihre Kampfgenossen seien, daß ihnen beizustehen, nicht nur durch moralische Instinkte, sondern durch den Egoismus der Klasse, durch das persönliche Interesse des Einzelnen geboten sei."[1)]

[1)] Braun, a.a.O., S. 4.

Wenn auch die theoretische Ebene der Strategie nicht nur programmatisch explizite, theoretisch eingeordnete Konzeptionen umfaßt, sondern ebenfalls aus der Analyse gewerkschaftlicher Praxis ableitbare Schlüsse, so kann die gesellschaftliche und politische Notwendigkeit und ihre Begründung bzw. deren Adäquanz jedoch aus dem praktisch-politischen Teil (materielle Organisierung, Auseinandersetzung zwischen den Klassen, innerhalb der Klassen) allein nicht ableitbar sein. Die mit ihm verbundene theoretische, bewußtseinsmäßige Entwicklung, die selbst strategische Momente trägt und den Erkenntnisstand bezüglich der Notwendigkeit strategischen Handelns widergibt, haben wir deshalb auch in den Programmatiken verfolgt. Dabei war von besonderem Interesse das Gesellschaftsbild, das Selbstverständnis von Gewerkschaft und die aus beiden erhellenden (oder selbständig entwickelten) Ziele und Mittel und deren Stellenwert in den Konzeptionen.

2. Bei der Frage des S t r a t e g i e - S u b j e k t s ging die Arbeit davon aus, daß Strategie die Durchsetzungsweise bestimmter Interessen bestimmter Klassen, Gruppen, Schichten, darstellt. In unserem Fall war das Strategie-Subjekt in dem Teil der Gesellschaft zu suchen, der ohne Besitz eigener Produktionsmittel abhängige Arbeit ausführt. Zum Strategie-Träger wird dann die Organisation der aus dieser sozio-ökonomischen Lage entstandenen Interessen. Damit ist zur allgemeinen Bestimmung der Strategie der Gewerkschaft ein weiterer Punkt genannt, der in wechselseitiger Abhängigkeit sowohl Resultat des ersten, des allgemeinen Kräfteverhältnisses/Herrschaftsverhältnisses, als auch sein konstituierender Teil ist. Die Gewerkschaft wird somit Organisator und Durchsetzungsinstanz dieser (Interessen-)

Strategie als auch Teil. Letzteres insofern, als die Funktion der Organisierung von abhängig Arbeitenden und die Organisierung ihrer Interessen in Theorie und Institution strategisches Erfordernis ist. Die Legitimität, von einem solchen Erfordernis (Notwendigkeit) zu sprechen, läßt sich aus der Erkenntnis der gesellschaftlichen und insbesondere der ökonomischen Entwicklungsprozesse ableiten.

Wenn wir von der Gewerkschaft als "Teil" der Strategie sprechen, so ist damit die "objektive Strategie" der Arbeiterbewegung gemeint. Das Problem der maßgeblichen Abweichung der gewerkschaftlichen Strategie von der aus der Erkenntnis der gesellschaftlichen Realität ableitbaren "objektiven Strategie" stellt in der deutschen Gewerkschaftsbewegung den ersten feststellbaren Wandel dar. Es tritt dann der Fall ein, daß die gewerkschaftliche Organisation objektiv weiterhin Teil einer gesellschaftsverändernden Strategie ist, ihr subjektives Strategiekonzept und -praxis jedoch zu dem im Widerspruch steht. Wir können auch sagen: Ungeachtet der subjektiven Erkenntnis der sich in der Gesellschaft und Geschichte vollziehenden Gesetzmäßigkeiten ist eine jeweilige Strategie bereits Ausdrucksform dieser Gesetzmäßigkeiten. Strategiebildung ist somit ein Widerspiegelungsprozeß. Bewußt vollzogen arbeitet dieser die Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Entwicklung auf, spontan bleibt er hinter diesen zurück, was sich in logischen Widersprüchen innerhalb der Strategiebildung und Realisierung niederschlagen muß.

Die Durchsetzungsmöglichkeiten der mit der objektiven Strategie erscheinenden (und sie begründenden) gesellschaft-

lichen Gesetzmäßigkeiten werden durch diesen Widerspruch verlangsamt, behindert. Gesellschaftliche Gesetzmäßigkeiten, die sich hinter der Entstehung der Klasse des Proletariats und seiner Interessen verbergen, begründen die E n t s t e h u n g der gewerkschaftlichen Strategie und verleihen ihr im ständigen Wechselverhältnis mit den Gesetzmäßigkeiten, die die Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft bestimmen, ihren politischen Charakter. Aufgabe der Dissertation war es, die Stellen zu erkennen und zu analysieren - unter den oben angegebenen Bedingungen -, an denen die gewerkschaftliche (subjektive) Strategie den gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen (und so der objektiven Strategie) zuwider läuft.

Die Arbeit ging davon aus, daß Handlungen, die darauf gerichtet sind, gesellschaftliche Veränderungen im Interesse bestimmter Gruppen herbeizuführen, objektiv strategische Züge tragen. Veränderungen, die sich durch Entwicklungen der Gesellschaft vollziehen, wirken ihrerseits auf die Strategie. Auch diese Einwirkungen sind Widerspiegelungen (Abbildungen) bestimmter Teile der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Es handelt sich um die Teile, die für die Interessen des Strategiesubjektes von Relevanz sind.

3. Mit der Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen verändert sich folglich auch Strategie in bestimmtem Maße. Unter Veränderung oder Wandel der Strategie wird sowohl der Nachvollzug als auch die Antizipation gesellschaftlicher Entwicklungen auf theoretischer und politisch-praktischer Ebene im Hinblick auf das der Strategie zugrunde liegende Interesse verstanden.

Die Praxis, in der Strategie stattfindet und auf die sich Strategie bezieht, ist gesellschaftliche Praxis, d. h. sie ist gekennzeichnet von dem grundlegenden Charakter der jeweiligen Gesellschaftsformation. In einer von Widersprüchen und Gegenstrategien gekennzeichneten gesellschaftspolitischen Situation schließt Praxis die Reaktion auf G e g e n - S t r a t e g i e n ein. Dabei erhalten die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen, also besonders den Gegen-Strategien eine relative Eigenständigkeit. Denn ihre in letzter Instanz bestehende Abhängigkeit und Begründung durch die Praxis und ihre Rückwirkung auf dieselbe schließt nicht aus, daß innerhalb des jeweiligen Strategiegefüges und innerhalb der Auseinandersetzung zweier Strategien bestimmte eigenständige Gesetzmäßigkeiten ablaufen (z.B. gewerkschaftsinterne Momente).

Strategie wandelt sich demnach in mehrfacher Beziehung. Erstens aufgrund d i r e k t e n Einflusses der Weiterentwicklung der Gesellschaftsformation. Zweitens aufgrund relativ selbständiger Entwicklungen i n n e r h a l b der Strategie selbst. Drittens aufgrund a k t i v e r Einflußnahme der S t r a t e g i e g e g n e r , die in verschiedenen Formen verläuft, die ihrerseits wieder besondere Reflexe der gesellschaftlichen Situation sind. Die Wandlungen der gewerkschaftlichen Strategie sind somit durch bestimmte Entwicklungsgesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Gesellschaftsformation bedingt, indem sie ihnen ersten unterliegen, zweitens selbst deren Erscheinungsform sind. Notwendigerweise drückt die gewerkschaftliche Strategie diese Gesetzmäßigkeiten in spezifischer Form aus, erstens, weil dies durch die gewerkschaftliche Funktion verursacht ist, zweitens weil die Widerspiegelung der in den gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen liegenden Notwendigkeiten durch das jeweilige Kräfteverhältnis

gekennzeichnet ist, d. h. daß der Anteil der relativen Wahrheit mit dem realen Einfluß der Strategie der Herrschenden abnimmt. Es entstehen zwangsläufig in sich widersprüchliche vieldeutig interpretierbare Strategiemischungen. Darunter verstehen wir die Strategieteile, die in engem inhaltlichen Kontext mit der herrschenden Strategie stehen, der teilweise in einigen Punkten bis zur Identität entwickelt ist, d. h. die Ersetzung proletarischer Prinzipien durch diejenigen des Bürgertums. Sie entsprechen in diesen Punkten den objektiven Erfordernissen der klassenmäßigen Entwicklung nicht mehr. Die Arbeit mußte daher aufzeigen, in welchen Punkten und warum gerade hier bestimmte gewerkschaftliche Strategiewandlungen der deutschen Gewerkschaften sich von den objektiven Erfordernissen einer klassenbezogenen Strategie entfernten. Die verschiedenen Veränderungen in der gewerkschaftlichen Strategie mußten dazu auf ihren "Wahrheitsgehalt" überprüft werden, d. h. in welchem Maße sie den gesellschaftlichen Erfordernissen bzw. den Erfordernissen, die sich aus dem Entwicklungsstand der Arbeiterklasse als einer Ableitung des Entwicklungsstandes der kapitalistischen Produktivkräfte ergeben, entsprachen. Wobei insbesondere natürlich die Wahrnehmung der klassenmäßigen Funktion der Gewerkschaften als Träger des ökonomischen Klassenkampfes untersucht wurde. Daß Strategieveränderungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht zufällig, sondern notwendigerweise eintreten und daß die inhaltlichen Ausprägungen des Wandels eine Funktion der Klassenverhältnisse sind, konnte als die allgemeine Ausgangsthese der Arbeit gelten.

4. Als Wandel von Strategie sind demnach Ergebnisse zu bezeichnen, die aus Schwerpunktverlagerungen oder Aufgabe von Schwerpunkten entstanden und q u a l i t a t i v e S p r ü n g e

bildeten. Wandel von Strategien begründen also immer neue Strategien. Davon sind zu unterscheiden Veränderungen oder Verschiebungen von Schwerpunkten, die den prinzipiellen Charakter der Strategie nicht berühren. Wir haben die Strategie-Stellen bestimmt, an denen sich solche Sprünge vollzogen haben. Diese Prozesse sollten auf ihre sozio-ökonomische und politische Bedingtheit und Relevanz untersucht werden.

Wandel von Strategie vollzieht sich auch in der "realen Sphäre" und kann "ideell" ausbleiben: Realpolitische Schwerpunktverlagerungen stehen dann im Widerspruch zur Programmatik der gewerkschaftlichen Politik. Der Widerspruch zeigt andererseits auf, daß zwischen den Strategien zwar Sprünge liegen, jedoch diese wiederum Resultate von Prozessen sind, die innerhalb der revidierten Strategie ihren Anfang nahm.

Der Kampf zwischen den Klassen neigt sich in den verschiedenen Phasen, also Entwicklungsbedingungen der kapitalistischen Produktionsweise, mal der einen, mal der anderen Seite zu, bis sich die unterdrückte Klasse durchgesetzt hat. Dieses wechselnde Kräfteverhältnis schlägt sich in der Strategie nieder, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Die herrschende Ideologie beeinflußt dann die Gegen-Strategie und wirft ihre Klassenmäßigkeit zurück. Aus der Notwendigkeit nach Adäquanz und politischer Stringenz entsteht ein theoretischer oder politischer Nachholbedarf oder es kommt zur Verselbständigungen zwischen strategischem Anspruch und strategischer Praxis. In beiden Fällen stehen die Vertreter beider "Ebenen" in einem bestimmbaren objektiven Verhältnis zu Strategie-Gegner und zur objektiven Interessenlage der Be-

herrschten. (So war es ja Bernsteins erklärtes Ziel, die revolutionäre Theorie der Sozialdemokratie an die reformistische Praxis anzugleichen.)

4.1.2 Antagonistischer Charakter

1. Wir stellten fest, daß im ursächlichen Zusammenhang zwischen gewerkschaftlicher Strategie, kapitalistischer Gegen-Strategie, Entwicklungsstadien der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Klassengegensätze, einerseits die objektive Determinanten der realen Strategieentwicklung und ihres Wandels liegen. Dieser zwangsläufigen Entwicklung des realen gewerkschaftlichen Strategiewandels widersprechen aber auf der anderen Seite Notwendigkeiten, die zur Erringung der politischen Macht der Beherrschten bestehen. Wir müssen also beachten, daß wir von zweifachen einander ausschließenden Tendenzen sprechen müssen: der Notwendigkeit, daß sich unter bestimmten Bedingungen eine gewerkschaftliche Strategie herausbildet, die partiell n i c h t den Interessen der Arbeiterklassen dient, und die aus der Funktion der Arbeiterbewegung ableitbare Notwendigkeit, daß letztere Strategie entstehen muß bzw. in den Anfängen der deutschen Gewerkschaftsbewegung (und heute noch/schon in ausländischen Gewerkschaftsbewegungen) besteht, ideell also. Wir können auch - wie oben - von einer "objektiven Strategie" sprechen, die nicht oder nur zum Teil real ist, indem sie überlagert wird von Theorien oder politischer Praxis, die wir als Einbrüche gegenstrategischer Konzepte bezeichnet haben. Von d a h e r ist Wandel in der deutschen Gewerkschaftsbewegung identisch mit der Zunahme an ideologischem und praktisch-politischem Einfluß der Herrschenden. Demgegenüber ist zu

unterscheiden die Veränderung, die als Resultat eigener Einflußnahme entsteht, bei welcher also gesetzte Ziele gesellschaftliche Realität wurden. Es wurde untersucht, wie Verknüpfungen zwischen beiden Arten der Entwicklung bestehen, d. h. wie diese sich gegenseitig bedingt haben. Entwicklung kann also in zwei Richtungen stattfinden: in Richtung zunehmender Opposition oder zunehmender Integration.

2. Die Wechselbeziehung zwischen Praxis und Strategie und zwischen den Strategien selbst ist aber bei weitem nicht immer direkt oder in irgendeinem Sinne "automatisch". Sie hat vielmehr mittelbaren Charakter. Struktur und Prozeß der Wechselwirkungen und somit ihr gesamter komplexer und gelegentlich komplizierter Charakter sind Funktionen der verschiedenen gesellschaftlichen Gewichtung, der hinter den Strategien stehenden politischen und gesellschaftlichen Kräfte. Auf Veränderung zielende Strategien haben deshalb zwangsläufig einen offensiveren Charakter als Strategien mehr konservierenden Inhalts. Dabei sind besonders die erstgenannten Strategien auf die bewußte Organisierung ihrer theoretischen Einsichten angewiesen. Die Absicht, Altes zu verändern und Neues einzuführen, zwingt solche Strategien, in zwei Richtungen vorzugehen, wobei beide sich wechselseitig bedingen: Allgemein zwingt die Einführung gesellschaftlicher und ökonomischer Innovationen zu einem Verhalten und Taktieren, das oft zwangsläufig den Charakter des Probierens und Versuchens tragen muß. Insofern ist die eine Richtung, wie oben angedeutet, durch ständige Reflexion und Umorganisation gekennzeichnet. Das muß nicht bedeuten, daß nicht grundsätzliche organisatorische und theoretische-programmatische Punkte und Zielsetzungen bereits geklärt sind und den orientierenden Maßstab bilden. Die auf Abwehr gegenüber Re-

formen und Innovationen bedachten konservierenden Strategien veranlassen auf ihre Weise Reform- und Innovationsstrategien zu flexibler Organisation. Dabei müssen oppositionelle Strategien natürlicherweise mehr auf das Herausbilden von Organisationen und Organisationsformen bedacht sein, als die auf Bewahrung des Bestehenden bedachten Strategien, die aufgrund ihrer historischen Etabliertheit auf ein bestimmtes Potential vorhandener und eingespielter Organisationen zurückgreifen können. Jedoch sind diese Gedanken nicht als ein schematisches, mechanisches Reiz-Reaktionsschema zu verstehen.

Im Laufe des Veränderungsprozesses, den oppositionelle Strategien hervorrufen oder zumindestens anstreben, sind auch konservierende Strategien zu neuen Organisations- und Handlungsformen gezwungen. Darin eben besteht die o.g. Wechselbeziehung zwischen den beiden gegensätzlichen Strategien.

Wenn Strategie eine Ausdrucksform politischer und ökonomischer Interessendurchsetzung der betroffenen gesellschaftlichen Gruppierungen ist und eine existenzielle Notwendigkeit im Konflikt zwischen Herrschenden und Beherrschten, so müssen Strategien, die auf Veränderung angelegt sind, an bestimmten, dem Charakter eines gesellschaftlichen Systems und seiner Struktur entspringenden Erscheinungsformen ansetzen. Diese Erscheinungsformen sind gekennzeichnet durch soziale, ökonomische, ideologische und politische Mißstände bzw. Widersprüche. Das Wesensmerkmal dieser Widersprüche liegt in der Benachteiligung bestimmter angebbarer gesellschaftlicher Teile. Ausgerichtet an den im gesellschaftlichen System vorhandenen Möglichkeiten, die sich

für bestimmte Teile der Gesellschaft bereits realisiert haben, und das sind die Herrschenden, versuchen die oppositionellen Strategien diese Möglichkeiten auch für die sie tragenden gesellschaftlichen Schichten nutzbar zu machen.

Fühlbar werden Widersprüche und Mißstände zuerst - sowohl zeitlich als auch in der praktischen Priorität - in dem Gesellschaft konstituierenden Bereich der Arbeit. Historisch nachweisbar treten die ersten Widerstände gegen Herrschaft im Produktionssektor auf. Impulsive spontane Streiks und Aufstände sind die wesentlichen Ausdrucksformen dieses Aufbegehrens. Gemäß der Feststellung, daß Strategien notwendig Realisierungsmechanismen zur Veränderung oder Konservierung gesellschaftlicher Bedingungen sind, werden gegnerische Strategien bemüht sein, in bestimmtem Maße aufeinander einzuwirken. Dies geschieht auf vielen Ebenen, die wiederum ein komplexes Beziehungssystem zueinander darstellen. Im einzelnen wurde gezeigt, wie auf dem Wege der Antizipation und Reaktion politische und ideologische Beeinflussung zwischen den Strategien stattfindet. Insbesondere spielt dabei die wechselseitige Abhängigkeit zwischen der Nivellierung und Relativierung von Theorien durch Gegentheorien und der politisch-ökonomischen Entwicklung eine Rolle.

4. Mit der Zuspitzung der die Herrschaft konstituierenden Widersprüche zwischen Produktionsverhältnissen und Produktionskräften entwickeln die Beherrschten zwangsläufig eine eigene Strategie. Diese steht zu Anfang - entsprechend dem Entwicklungsgrad der gesellschaftlichen Herrschaftsstruktur - in Abhängigkeit zur Strategie der Herrschenden.

Erst mit der Herausbildung der beherrschten Klassen als "Klassen für sich" vollzieht sich dann allmählich die Verselbständigung der Strategie der Beherrschten und es entsteht ein polares gesellschaftliches Verhältnis. Die Abhängigkeit der Strategie von der Gegenstrategie, d. h. also der Strategie der Beherrschten von der der Herrschenden trägt im Laufe des Enwicklungsprozesses der Gesellschaft dessen Züge. Ist sie anfangs eine aus der herrschenden Strategie "geborene" Strategie, so wird sie zunächst zu einer selbständigen, um dann im Laufe der Zuspitzung des Herrschaftsverhältnisses umzuschlagen in ihrerseits zur Anpassung herausfordernden Strategie.[1)] Es kommt innerhalb der beiden großen Parteien der Herrschenden und der Beherrschten zu verschiedenen Varianten. Diese Varianten sind Ergebnisse gezielter gegenseitiger Einflußnahme, wie auch der unterschiedlichen Positionen in der politischen und ökonomischen Struktur des jeweiligen "Lagers". Während die eine Ursache mehr für die Beherrschten von Gültigkeit ist, kann man die zweite Ursache typischerweise innerhalb der herrschenden Strategie beobachten.

Die Gründe hierfür sind aus dem gesellschaftlichen Gesetz der dreifachen Konkurrenz abzuleiten: Die Konkurrenz

---

[1)] So kann sie im kleinen (nationalen) Zusammenhang die Gegenstrategie beeinflussen, ohne selbst zur herrschenden zu werden und zugleich im großen Zusammenhang (Weltmaßstab) die herrschende sein. Strategiebildung bietet also auf diese Weise ein Beispiel für das gegenseitige Durchdringen von Allgemeinem und Besonderem. Das allgemeine, nämlich bestimmend zu sein im Weltmaßstab, spiegelt sich im besonderen in seiner die teilweise Anpassung fordernden Eigenschaft.

zwischen den Trägern der kontroversen Strategien um politische und ökonomische Positionen zur Ausübung der Macht ist eine gesamtgesellschaftlich bezogene Konkurrenz. Sie stellt, sobald sie antagonistischen Charakter trägt, die prinzipiellen Grundlagen des gesellschaftlichen Systems in Frage und hat in diesem Sinne existenziellen Charakter. Das schließt nicht aus, daß es in der Auseinandersetzung um die Realisierung der Strategien um abgeleitete, also nicht direkt das Wesen des Systems in Frage stellende Positionen gehen kann. In der Durchsetzung der eigenen Position und in der Reaktion auf die Innovierungs- bzw. Konservierungstendenzen der Strategiegegner zeigen sich die Variantenunterschiede beider Strategiekonzepte. Gesellschaftliche Gruppen, die sich nicht eindeutig den Herrschenden oder Beherrschten zugehörig fühlen, die an der Herrschaft in unterschiedlichem Maße beteiligt sind oder die Herrschaft verschiedenartig erfahren, sind ganz allgemein die jeweiligen Träger dieser Varianten. Der unterschiedliche Grad der Zugehörigkeit innerhalb der Gruppe der Herrschenden und innerhalb der Gruppe der Beherrschten ist begründet in ihrer gegensätzlichen oder unterschiedlichen sozio-ökonomischen Stellung.

5. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen strategischen Momenten, die aus der jeweiligen Gesellschaftsgruppe selbst entstanden sind und Strategieteilen, die von außen in diese hineingetragen wurden. Bestimmte Strategieteile sind von den direkt Betroffnen nicht zu erbringen - unabhängig von ihrer objektiven Notwendigkeit. Aufgrund der ökonomischen Stellung der Beherrschten sind diesem die Zugänge zu Bereichen verschlossen, deren Kenntnis die erfolgreiche Reflektion der Wirklichkeit voraussetzt. In einem kapitalistischen Gesell-

schaftssystem sind dies die unmittelbar und mittelbar in der Produktion Tätigen. Ihr fehlender Anschluß an intellektuelle und wissenschaftliche Betätigung macht sie in diesem Problemkreis abhängig von objektiv zu den sozio-ökonomischen Schichten der Mächtigen tendierenden Gruppen. In diesem Fall wäre dies die dem System kritisch gegenüberstehende Intelligenz. Hier ist auch gleichzeitig eine Möglichkeit für den Strategiegegner gegeben, der über diesen Mechanismus seinen ideologischen und politischen Einfluß realisiert (Arbeiterbildungsvereine, Schulen, Massenmedien).

Ausgehend von der Tatsache, daß die konkrete sozio-ökonomische Situation das entsprechende Gesellschaftsbild mit seinen Werten und Zielen erzeugt, können die Beherrschten aus sich heraus nur ein auf die ökonomischen Bedürfnisse bezogenes Bewußtsein entwickeln. Diese letzten Aussagen relativieren sich in dem Maße, in dem das Anwachsen der Produktivkräfte für höhere Ausbildungsqualifikationen und damit verbunden theoretische Kenntnisse erfordert. Die dadurch zusätzlich entstehende Differenzierung in der Berufsstruktur kann als Zugangsraster für ideologische und politische Direkteinflüsse gelten, das als Informationskanal für politische Strategien angesehen werden kann. Diese Strategieeinbrüche lassen sich jeweils aufgliedern in gezielte organisierte Einflüsse - sozusagen eigens produzierte Theorien - und subjektiv als selbständige Alternativen vorgestellte Strategien. Die ersteren werden sich mit den zweiten wohl wechselseitig durchdringen, insofern sie als Anlaß, Voraussetzung, Schlußfolgerung und Analogisierungen voneinander auftreten. Dabei sind die letztern bezüglich ihrer sozio-ökonomischen Herkunft mehr den Gruppen zuzuordnen, die der eigentlich herrschenden Schicht nur (noch) los angelagert sind oder die die obere Schicht der Beherrsch-

ten bilden und Strategieelemente der Herrschenden als Legitimation für ihre eigene relativ günstige Stellung in der gesellschaftlichen Hierarchie übernehmen und - der notwendigen Allgemeingültigkeit von Legitimation wegen - als Erklärungsmuster für die gesellschaftliche Wirklichkeit anwenden.

6. Der Konkurrenzkampf innerhalb der Strategie - im Prozeß des Wandels und als Teil von ihm - spiegelt die komplexe und differenzierte Zusammensetzung seiner Träger und Interessenten wider. Der Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung, der ein Prozeß der Umverteilung und Herrschaft bis zur Überwindung ihrer alten Inhalte, Formen und Ausübenden ist, durchläuft verschiedene Perioden des Übergangs. Diese Übergangsperioden sind durch strukturelle Gewichtungsverschiebungen gekennzeichnet. Im Verlauf der Proletarisierung der an der Herrschaft beteiligten Menschengruppen, die von der einfachen Konkurrenz bis zum antagonistischen Konflikt reicht, werden einige an der Herrschaft Beteiligte in die Schichten der Beherrschten abgedrängt.

Bewußtsein und Ideologie werden transferiert, transformieren sich in strategische Varianten. Diese Vermischung der Strategien gesellschaftlich polarisierter Klassen und Schichten findet besonders in Randbereichen der Beherrschten statt, in Bereichen also, die aufgrund ihrer begünstigten Position das antagonistische Bewußtsein der von Herrschaft meist Betroffenen nicht aufweisen. In Verbindung mit den bestehenden Institutionen, die der herrschenden Strategie zur Verfügung stehen, bremsen sie die Effektivität und die Realisierungschancen der kontroversen oder antagonistischen Strategieteile der Beherrschten. Stabilität und Intensität

differiert je nach der historischen Situation und der ihr immanenten strategischen Problematik.

4.1.3 Wissenschaftliche Struktur

Im Zusammenhang mit dem Anteil der objektiven Wahrheit, der sich aus dem Abbildcharakter von Strategie ergibt, stellt sich die Frage nach der Wissenschaftlichkeit einer Strategie. Die Entfernung der Strategie von den der gesellschaftlichen Realität immanenten Konsequenzen senkt zwangsläufig ihr wissenschaftliches Niveau, d. h. den Anteil der objektiven Wahrheit. Die gesellschaftspolitische Realität entwickelt sich dann zur Strategie "scherenförmig": Neben den Strategieteilen der Gewerkschaften, die durch Integrierung in die herrschende Strategie gekennzeichnet sind, entstehen Strategien mit klassenbezogenen Alternativen. Da sie sich nicht real niederschlagen, bezeichneten wir sie als "ideelle Strategien". Wie im ersten Hauptpunkt die praktische materielle Organisierung aus ihrer historischen Gesetzmäßigkeit erklärt wurde, so entspricht dem an anderer Stelle die Darstellung der Organisierung auf ideell-theoretischer Ebene in Form der Strategiebildung.

Zur Organisation wird Strategie also nicht nur institutionell. Ihre theoretischen/programmatischen Prinzipien und Zielsetzung kann man als **ideelle Organisation** bezeichnen. In ihr sind die praktischen Erfahrungen der Vergangenheit und Gegenwart verallgemeinert. Ihre einzelnen Teile sind nach logischen Methoden geordnet und historisch zueinander in Beziehung gesetzt. Dieses Vorgehen und diese

Eigenschaft von Strategie prägt ihren prognostischen Charakter. Wie alle Versuche der Theoretisierung von Praxis unterliegt Strategie den Gesetzmäßigkeiten der Theoriebildung, insofern sie eine bewußt vollzogene Darstellung der durch die Praxis vermittelten Einsichten in die Notwendigkeit und Gesetzmäßigkeit von Gesellschaft ist. Je nach wissenschaftstheoretischer Ausgangsbasis unterscheiden sich hier die verschiedenen Strategien. Das Problem der Organisation im strategischen Sinne, d. h. also der Strategie als Organisation von Erkenntnissen, die aus der konkreten Erfahrung abstrahiert werden, ist dabei die besondere, erkenntnistheoretische Form des allgemeinen wissenschaftlichen Charakters, ergibt sich aus diesem. Diese erkenntnistheoretische Komponente trifft sich mit der wissenschaftstheoretischen Position des Strategiesubjektes: Die Entfernung von wesentlichen dialektischen Gesetzen und Grundsätzen laufen über die dann zwangsläufig veränderte gesellschaftliche Analyse der eigenen Lage der Gewerkschaften und der von ihnen vertretenen Betroffenen an bestimmten Positionen auf die gesellschaftspolitischen und ideologischen Positionen des Strategie-Gegners auf und verbinden oder identifizieren sich mit diesen - notwendigerweise. Wir zeigten auf, daß qualitative Veränderungen in der erkenntnistheoretischen, wissenschaftstheoretischen Ausgangsposition - ein Wandel in der Theorie also - gesetzmäßige Folgen für die politische und Praxisseite gewerkschaftlicher Strategien haben.

Die in der wissenschaftlichen Strategiebildung als besonderes Wesensmerkmal angelegte Möglichkeit der P r o g n o s e stellt hier eine relative Sicherung dar. Ebenfalls erfüllt diese Funktion die bewußte Handhabung der Einheit von Spontaneität und Organisation. Innerhalb des organisatorischen

Rahmens von Strategie sind aufgrund dessen die Möglichkeiten spontaner Veränderungen einzelner Schritte gegeben, ohne daß die Gesamtstrategie neu konzipiert werden müßte. Die Organisation der Handelnden selbst und ihre Arbeitsteilung im Erkenntnisprozeß und in der Praxis paßt als solche in ihrer Gesamtheit die Erfahrungen den Gegebenheiten an. Dies erfordert eine ständige Analyse der gesellschaftlich ablaufenden Prozesse, d. h. die Strategiebildung ist immer im bestimmten Maße eine politische Entscheidung.

Die Prognosefähigkeit ist geprägt durch die jeweilige Methode des Herangehens zur Gewinnung von Erkenntnis aus der gesellschaftlichen und politischen Praxis. Die Methode ist nicht zu trennen von der jeweiligen ideologisch-politischen bzw. gesellschaftstheoretischen Position des Strategieträgers. Diese sind wiederum Komponenten einer bestimmten wissenschaftstheoretischen Grundhaltung. Sie ist gekennzeichnet durch die Anerkennung oder Ignorierung von Entwicklungsgesetzmäßigkeiten der Gesellschaft. Die bewußte Akzeptierung ohne das "blinde" Waltenlassen dieser Gesetzmäßigkeiten macht eine Prognose möglich.[1)]

[1)] "Prognosen sind w i s s e n s c h a f t l i c h begründete Aussagen über bisher nicht bekannte real mögliche oder wirkliche Sachverhalte, d i e i m R a h m e n e i n e r w i s s e n s c h a f t l i c h e n T h e o r i e aus bekannten Gesetzesaussagen und Aussagen über gewisse Anfangs- und Randbedingungen des zu prognostizierenden Prozesses mit Hilfe eines logischen Schlusses abgeleitet werden. Von besonderer Bedeutung für das gesellschaftliche Handeln der Menschen sind die G e s e l l s c h a f t s p r o g n o s e n, in denen aufgrund der erkannten gesellschaftlichen Struktur- und Entwicklungsgesetzmäßigkeiten, der Kenntnis des derzeitigen Standes der gesellschaftlichen Entwicklung, der Haupttriebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung usw. Aussagen über zukünftige gesellschaftliche Zustände getroffen werden, die - als Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung gesetzt - das Handeln der Menschen in Richtung auf ihre Realisierung

Die Prognosetätigkeit kann sich auf einzelne Akte beschränken oder aber gesamtgesellschaftliche Voraussagen beinhalten. Setzt die Prognose die Anerkennung des Entwicklungscharakters von Gesellschaft, d. h. ihres gesetzmäßigen Ablaufs, voraus, so betrachtet sie die Gesellschaft auch als veränderliche oder der Veränderung bedürftiges Ganzes. Die kurzfristige Prognostizierung kann gelingen eben aufgrund ihrer relativen Unverbindlichkeit bzw. relativen Augenscheinlichkeit ohne große wissenschaftliche Analyse. Sie ist deshalb nicht so sehr strategisches Verhalten im obigen Sinne.

Ist die Prognostizierung nicht mit der Anerkennung von der Gesetzmäßigkeit von Gesellschaft gekoppelt, wird sie notwendigerweise "utopisch" oder voluntaristisch. Sie abstrahiert dann bestimmte Punkte des gesellschaftlichen Ganzen von seinem realen Zusammenhang und knüpft diese nach der Methode der formalen Logik zusammen. Voluntaristische Prognosen haben einen visionären und illusorischen Charakter. Im Grunde genommen sind alle nicht dialektischen Gesellschaftstheorien gezwungen, nach dieser Methode vorzugehen. Die Tragfähigkeit ihres prognostischen Gehaltes ist deshalb sehr dünn. Sie ist kurzfristig und dann nur mit ganz bestimmten Einschränkungen möglich.

Strategie als Prognose im reinen Sinne der Bedeutung dieses Begriffs geht zwangsläufig immer über die reale Situation, aus der sie entspringt, hinaus. Sie tut dies, indem sie

---

mobilisieren". G.Klaus/M.Buhr (Hrsg.), Philosophisches Wörterbuch, Bd. 2, Berlin 1970, S. 880.

die Erfahrungen aus der historischen Vergangenheit und der momentanen historischen Situation verallgemeinert und logisch richtig in die Zukunft verlängert, d. h. indem sie die drei genannten Zeiträume als Einheit, verbunden durch die Gültigkeit gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten, betrachtet. Die Prognosefähigkeit der Strategie setzt bewußte Erkenntnisse in ihren Wirkungsablauf voraus. Es ist ein Unterschied zwischen Strategie als bewußter Planung und organisiertem Handeln und Strategie, in der die Beteiligten unbewußt stehen. In letzterem Fall sind sie bestimmten außer ihnen bestehenden Gesetzen (Gesetzen der Strategie) unterworfen. Das bedeutet freilich nicht, daß dieses strategische Handeln irgendeinen apriorischen Charakter trüge. Alle strategischen Handlungsmomente sind menschliche (gesellschaftliche) organisatorische Akte, so wenig der momentan scheinbar gedankenlos danach Handelnde sich dessen auch im Augenblick bewußt sein mag.

2. Bedient sich die Gewerkschaft nicht der proletarischen Theorie, so ist sie in ihrer Prognosefähigkeit behindert (geschwächt). Denn nur die marxistische Ideologie kennt das Bestehen von Gesetzmäßigkeiten. Die bürgerliche Ideologie verneint dieses Bestehen entweder völlig (Positivismus) oder zumindest ihre Erkennbarkeit (Agnostizismus). Davon sind zwangsläufig alle gesellschaftlichen Einschätzungen geprägt. So tritt an die Stelle der Prognose die Spekulation. Ausdrucksformen sind auf gesellschaftspolitischem Sektor z. B. die I d e o l o g i e d e s A l l g e m e i n w o h l s, zu dessen Berücksichtigung die Gewerkschaften immer wieder aufgefordert werden.

Die Orientierung am Allgemeinwohl verhindert die Orientierung an den objektiven und besonderen Interessen der Arbeiterklasse.

Die Strategie verliert dadurch natürlich ihren offensiven Charakter. Auch die Hervorhebung der Stabilität beruht auf dieser These. Lassen die Gewerkschaften sich auf solche Orientierungen ein, so ignorieren sie die z. B. die Gesetzmäßigkeit des Preisanstiegs, der eine der oben genannten Versuche ist, zugestandene Lohnerhöhungen auf anderem Wege wieder zurückzunehmen. Dem schließen sich die Versuche an, zu erwartende Forderungen, dieauf Zugeständnisse hinauslaufen, durch einen organisierten Vorgriff abzublocken. Das geeignetste Beispiel hierfür die Lohnleitlinien der Konzertierten Aktion, die im Grunde genommen bereits diese Aktion als solche. Die Konzertierte Aktion ist die organisatorisch-materielle Ausdrucksform der These vom Allgemeinwohl, den gleichen Interessen, der Sozialpartnerschaft etc. Man kann diese Thesen insofern legitimerweise als Spekulation bezeichnen, als sie an die Stelle realer Analyse der gesellschaftlichen und ökonomischen Wirklichkeit die voluntaristische Zielvorstellung setzen.

Die ersten Streiks tragen z. B., da sie noch unbewußt und spontan, d. h. unorganisiert und nicht absichtsvoll vonstatten gingen, wenig strategische Züge. Bei der Feststellung des Adressaten zeigt sich eine Verwechslung von Erscheinungsform und Wesensinhalt. Das Bekämpfen der Erscheinungsform statt der Wesensinhalte ist ein u. E. mögliches Zeichen für den geringen Reflexionsgrad, d. h. die ungenügende Organisierung theoretischer Einordnung der Aktion. Dementsprechend setzt sich die Erkenntnis der wesentlichen Ursachen von Mißständen und Widersprüchen die theoretisch und praktische Organisierung der Strategie voraus, vice versa. Theoretische Organisierung soll heißen, Entwicklung des Problembewußtseins und Einordnung der Aktion in den gesell-

schaftspolitischen Zusammenhang. Erst daraus können sich Strategien entwickeln im Sinne der Planung und Aneinanderreihung von Aktionen, die der Konservierung oder Veränderung gesellschaftlicher Situationen dienen.

3. Als Widersprüche drücken sich die aus der Art der Produktionsverhältnisse entstehenden Herrschaftsbeziehungen aus. Strategien arbeiten diese Beziehungen theoretisch und praktisch auf. Insofern trägt strategisches Handeln eine e r k e n n t n i s t h e o r e t i s c h e K o m p o n e n t e . In einer durch Herrschaft gekennzeichneten Gesellschaftsstruktur hat somit auch die Komponente eine herrschaftskonservierende oder herrschaftsverändernde Bedeutung. Die Erkenntnis der eigenen Position im Hierarchiegefüge, die Beimessung einer bestimmten Funktion in der gegenwärtigen Situation und ihrer zukünftigen Entwicklung macht ein darauf abgestelltes Handeln erforderlich. Die Art und Weise der Umsetzung im Bezug auf die eigene gesellschaftliche Stellung gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen in praktisches Handeln und die als notwendig angesehenen Maßnahmen zur Veränderung bzw. Konservierung, also die Alternativfindung, sind die charakteristischen Merkmale der Strategie.

Entsprechend der wechselseitigen Bedingtheit von Theorie und Praxis stellt sich das Problem der Effektivität von Strategie mit der Anwendung des Verhältnisses von Planung - Handlung oder Organisation - Politik. Wie wir oben sahen, deutet die Praxis der ersten Proteste von Handwerkern und Manufakturarbeitern auf ungenügende Reflektion der historischen Situation der Betroffenen hin. In Ermangelung einer hinreichenden Theorie, die als Orientierungsmuster für organi-

siertes Handeln (Strategie) hätte dienen können, trug die Praxis hauptsächlich spontan emotionalen Charakter. Die unterbliebene Einordnung der eigenen gesellschaftlichen Stellung, das Vorhandensein eines analysierten Gesellschaftsbildes überhaupt, führte in der ideellen Sphäre zur Verwechslung von Ursache und Erscheinungsform, in der materiellen Sphäre zu unorganisierter Aggressivität gegenüber Sachen und Einzelpersonen.

Die in den Auseinandersetzungen intendierten Ziele wurden nicht erreicht. Jedoch ist auch hier wieder in der Praxis das Problem der theoretischen Widerspiegelung in gewissem Umfang adäquat dadurch gelöst worden, daß der anfängliche Mißerfolg des Widerstandes diesen in eine neue Qualität gehoben hat: Die Ursachen des Mißerfolges wurden einer Analyse in mehreren gesellschaftlichen Schichten und Organisationen unterzogen. Die daraus entstandenen Ergebnisse führten zu einer merklichen Neuorientierung durch Zunahme an Theoriebildung bzw. Theorieübernahme (ideelle Organisation) und Zusammenschluß von Teilen der direkt und indirekt Betroffenen in institutionellen Organisationen.

4. Strategien sind an die jeweilige h i s t o r i s c h e S i t u a t i o n gebunden. Bei Gleichbleiben der Ursachen der gesellschaftlichen Widersprüche können sich deren Erscheinungsformen in dem Sinne ändern, daß das Wesen des Herrschaftscharakters nicht voll ins Bewußtsein tritt. Eine wirtschaftlich günstige Lage, so z. B. der Aufschwung nach einer Krisensituation, kann dazu führen, das strategische Grundkonzept aus dem Auge zu verlieren. Die Kurzlebigkeit und Kurzfristigkeit positiver Augenblickserfolge wird zu Ungunsten der wesentlichen, sich erst in der Perspektive deutlicher

realisierenden Gesetzmäßigkeiten des Aufschwungs einer günstigen ökonomischen Situation überbetont. Das Nichtbeachten der Historizität und Prozeßhaftigkeit der die Entwicklung bestimmenden Wesenszüge einer politischen und ökonomischen Situation kann zu einer Aufgabe oder Undeutlichkeit des strategischen Zieles führen. Die Orientierung an dem Augenblickserfolg vernachlässigt die theoretische und praktische Kontinuität einer politischen Strategie. Das Aufgeben bestimmter bisher gültiger strategischer Positionen kann dem Strategiegegner Einflußmöglichkeiten bieten. Strategische Erfolge können verschiedene Konsequenzen bei der Weiterentwicklung der Strategie tragen: Sind sie Anlaß zum Ausbau des strategischen Feldes, also zur Stabilisierung gewonnener Positionen als Ausgangsbasis für zusätzliche Zielsetzungen, so wird die Kontinuität der Grundprinzipien, die in der Hauptsache ein bestimmtes Gesellschaftsbild darstellen, gewahrt. Sind Erfolge jedoch Grund zur Revidierung einer immer im bestimmten Maße inhaltlichen Radikalität, so führt dies zur Diskontinuität durch Anpassung an bestehende gesellschaftliche, materielle und ideelle Muster. Die Einflußmöglichkeiten der Gegenstrategie werden erleichtert, wenn nicht die Anpassung selbst schon Übernahme von Teilen der Gegenstrategie darstellt.

Die Notwendigkeit der Anpassung an sich verändernde historische politische Situationen kann durch eine Revidierung strategischer Positionen oder ihre Modifizierung begleitet sein. Im ersteren Fall findet eine Aufgabe dieser Position statt. D. h. diese Position (Forderung, Prinzip, Ziel) kann durch strategische Gewinne obsolet geworden sein oder die Praxis erweist sie als unrealistisch. In jeder der beiden Möglichkeiten ist die verlassene Position Teil der

neu zu beziehenden. Ihre Lehren sind Bindeglieder einer neuen Stufe der Qualität und Kontinuität des strategischen Konzeptes. Der zweite Fall ist eine Variante des ersten. Er gibt jedoch nicht so sehr inhaltliche Elemente auf, als vielmehr bestimmte taktische Züge derselben. Diese Form der Anpassung bezieht sich auf die Realisierungsmodi. Sie kalkuliert die quantitativen Veränderungen der politischen Situation ein (Flexibilität).

In jedem der beiden Fälle ist eine Analyse der gesellschaftlichen Situation und ihrer Wechselbeziehungen zum strategischen Konzept Voraussetzung. Diese Einschätzung wird getragen vom jeweiligen Gesellschaftsbild und seinen politischen Konsequenzen. Dies ist sowohl selbst Teil der Strategie, als es auch im gewissen Sinn ihr vorausgeht oder sie begleitet. Dieses gegenseitige Verhältnis ist also Verhältnis von Teil und Ganzem und ein Verhältnis von Inhalt und Form. Strategie ist hier in Handlungsimplikationen gefaßtes Muster einer ideologisch gesellschaftstheoretischen Position.

4.1.4 Zusammenfassung (Konkretisierung)

1. Der gegensätzliche Organisationsprozeß von Gewerkschaft und Kapital, den wir als Ausdrucksform der Polarisierung von Klassengegensätzen begriffen haben, hat seinerseits bestimmte ökonomische, politische und ideologische Bedingungen, die ihn notwendig machen. Diese Bedingungen stehen in einem Ursache-Wirkungs- und wechselseitigem Verhältnis. So bewirken ökonomische Entwicklungen politische und ideologische Erschei-

nungen und Systeme, verstärken oder hemmen politische und ideologische Prozesse, gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen. Für die Gewerkschafts- und Unternehmerstrategie bedeutet dies im Kampf um die Interessendurchsetzung, daß die Gegenstrategie nicht nur allgemein Widerspiegelung der ökonomischen Situationen und des sozio-strukturellen und politischen Kräfteverhältnisses ist, sondern ganz konkret abhängig von den politischen und ökonomischen Durchsetzungschancen der jeweiligen Situation während der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Dabei kann eine ökonomisch günstige Lage jedoch nie so chancenreich sein, um aus sich heraus einen Einoruch der Strategie der Beherrschten in die Strategie der Herrschenden hervorzurufen. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß die Herrschaftsfunktion auch gleichzeitig eine klassenmäßige Eigentumsfunktion ist, über die ökonomische Vor- und Nachteile den eigentlichen Herrschaftsvollzug nicht tangieren können.

Konflikte, die sich aus dem Herrschaftssystem als dreifachem Konkurrenzsystem ergeben - zwischen Beherrschten und Herrschenden, unter Herrschenden und unter Beherrschten - haben Umschichtungsprozesse zur Folge, die sich auf Strategiewandlungen auswirken. Sie berühren als solche noch nicht das Kräfteverhältnis relevant. Erst in der wechselseitigen Verbindung mit eigenständigen, von der Gegenstrategie relativ unabhängigen, diese aber begünstigenden Wesensmerkmalen von Strategie, rufen sie Annäherungen bis zur Identifikation bestimmter Positionen hervor. Sind diese Identifikationen inhaltlicher und wesentlicher Natur, dann sprechen wir von Strategie-Einbruch, d. h. Wandel.

Das Aussehen der strategiebezogenen, ihr externen

oder immanenten Bedingungen, die den oben analysierten Wesensgehalten der Strategie ihre spezifische Richtung, d. h. den Verlust ihres antagonistischen Aspektes brachten, sollte die Überlegungen der vorliegenden Arbeit erklären.

2. Das Herausbilden klassenmäßiger Organisation können wir als eine Entäußerung des allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungsprinzips, des Kampfes zwischen Klassen, betrachten. Organisation läßt immer zumindest auf die Einsicht in die Notwendigkeit kollektiver Interessendurchsetzung schließen. Dies ist allen Arten der Interessendurchsetzung zu eigen. Die individuelle Atomisierung, die sich nach außen als einzig mögliche Form des sozialen Zusammenlebens darstellt, wird aufgehoben zugunsten der organischen Kooperation zwischen den Individuen und als Gruppe. Unabhängig von der bewußten Einsicht in die Notwendigkeit und ihrer theoretisch/programmatischen Verallgemeinerung spiegelt Organisation das in der Praxis stattfindende Aufeinanderbezogensein im sozialen und politischen Handlungssystem wider. Aber erst die bewußte Einordnung der eigenen Position in die Organisation als Klasse oder als Gewerkschaftsverband macht die absichtsvolle Interessendurchsetzung möglich. Der Grad an objektiver Wahrheit, d. h. die adäquate Abbildung der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der menschlichen Erkenntnis, entscheidet im Zusammenhang mit den jeweiligen historischen gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen über die praktisch-politische Effizienz gewerkschaftlichen Handelns.

Erst in der Organisation können sich gewerkschaftliche Strategien entwickeln, wobei wir die Organisierung selbst als einen strategischen Moment sehen müssen. Ist Strategiebildung und -realisierung aber erst in der Organisation mög-

lich, so ist eben dadurch die Organisation auch Voraussetzung. Strategie ist also auch nur durch die Organisierung der Individuen und der ideellen Erkenntnisse in Theorien möglich. Hier wird ein programmatisches Erfassen der Organisationsnotwendigkeit als Ausdruck praktischer Effizienz erreicht. Die organisierte Anwendung von Theorie in der Praxis läßt diese zur "materiellen Gewalt" (M a r x) in den Händen der Beherrschten werden.

Die durch die Organisation gegebenen und ihr eigentümlichen Möglichkeiten verleihen der Strategie der Beherrschten ihr Durchsetzungsvermögen. Sie ermöglicht Kooperation der Betroffenen, prognostisches Herangehen zur Lösung der eigenen Problemlage, die praktische und technische Informationssammlung und -konzentrierung, Planungen, Taktiken, Strategien.

3. Die wissenschaftliche Struktur der gewerkschaftlichen Strategie ist funktional zur Erkenntnisgewinnung. Aus dieser allgemeinen Aussage und der bestimmenden Rolle der ökonomischen Situation als Ausdruck von Produktionsverhältnissen ergibt sich für die Gewerkschaftsstrategie, daß eine nicht auf Anerkennung gesellschaftlicher und ökonomischer Gesetzmäßigkeiten und die Erkenntnis wesentlicher Produktionszusammenhänge gerichtete theoretische Orientierung strategisches Handeln wirkungslos macht. Die aus der gesellschaftlichen und Klassenentwicklung ableitbaren Interessen und ihre Durchsetzungsmodi sind so in der Praxis eingeschränkt.

Der Verlust eines dialektischen Erklärungsmusters kann unter bestimmten Bedingungen zu klassenindifferenten und harmonieorientierten Schritten führen, die nur kurzfristig von Vorteil sind. Das Auftreten einiger positiver Parameter in der

wirtschaftlichen Lage während der uns interessierenden gesellschaftlichen Situation führte allein nicht zur Fehlorientierung oder Strategiewandel. Erst seine theoretische und handlungsorientierende Definition zur ursächlichen Komponente der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft schafft die Voraussetzungen für eine Reorientierung von der Klassenauseinandersetzung zur Klassenkooperation. Eine Strategie, die die theoretische Orientierung an dem dialektischen Charakter von kurzfristiger Erscheinungsform und langfristiger Krisenhaftigkeit nicht aus dem Auge verliert, wird es verstehen, gerade ökonomisch günstige Situationen zur Absicherung gegenüber kommenden Mißständen zu nutzen, welche sie auch überhaupt nur dann prognostizieren könnte. Ebensolche Schlußfolgerungen ließen sich für die negative ökonomische Situation ziehen.

Wichtig erscheint uns in beiden Fällen, daß eine Krisenautomatik wie eine Prosperitätsautomatik als nicht gesetzmäßig bezeichnet werden muß. Allein schon die Wechselseitigkeit der zwei Faktoren Ökonomische Situation und Theoretische Orientierung lassen eine solche Annahme nicht zu. Erst das Zusammentreffen beider Faktoren unter wiederum jeweils spezifischen Bedingungen rufen einen Strategiewandel hervor. Diese spezifischen Bedingungen lassen sich unter dem Begriff Politik zusammenfassen und wurden von uns dargestellt. Diese politischen Bedingungen, die sich am deutlichsten im Kräfteverhältnis der Klassen niederschlagen, ermöglichen die jeweilige Durchsetzung verschiedener Strategien. Denn sie finden ihre Auswirkungen auch als gewerkschaftsinternes Kräfteverhältnis zwischen revolutionärer und reformistischer Analyse und Zielsetzung.

Der Wandel gewerkschaftlicher Strategie entsteht in fehlerhafter Orientierung an ideologischen Positionen, die den dialektischen Charakter gesellschaftlicher Entwicklung nicht anerkennen. Er entsteht, wenn diese ideologische Umorientierung unter bestimmten politischen und ökonomischen Voraussetzungen stattfindet. Die Neuorientierung verzichtet durch die Ignorierung des Entwicklungscharakters und der Klassenauseinandersetzung als wesentlichem Bestandteil der eigenen gesellschaftlichen Situation der Betroffenen auf die Möglichkeit, diese Lage grundsätzlich zu verändern im Sinne der Aufhebung von Herrschaft auf Grund des Besitzes an Produktionsmitteln. Sie entspricht aber damit tendenziell und in der Endkonsequenz genau einer Orientierung, die auf Beibehaltung des Charakters der Gesellschaftsstruktur gerichtet ist, also der bürgerlichen Verfügungsgewalt über den entscheidenden Sektor der menschlichen Gesellschaft.

Gewerkschaftlicher Strategiewandel ist von daher objektiv das Ergebnis des Eindringens gegenstrategischer Einflüsse in die eigene Bewegung. Die Einschränkung und Ausschaltung marxistischer Strategieteile ist in seinem Interesse. Die Revidierung marxistischer Positionen durch Kräfte innerhalb der Gewerkschaftsbewegung selbst kommt dem entgegen, wo sie nicht identische Positionen bezieht (Gemeinwohlorientierung). Die Unterstützung reformistischer Strategie-Träger innerhalb der Gewerkschaftsbewegung durch liberale Strategie-Träger des Kapitals kann als das praktische Kriterium für unsere These angesehen werden (Arbeitsgemeinschaften, Konzertierte Aktion). Der Wandel der Gewerkschaftsstrategie mit anti-marxistischer Grundlegung stellt in entscheidenden Bereichen der Interessenvertretung eine Verbürgerlichung der Gewerkschaften dar, "seine innere Tendenz (geht) dahin, die Arbeiterbewegung in bürger-

liche Bahnen hinüberzudrängen"[1].

4. Der Strategiewandel der Gewerkschaften entstand nicht durch die Gewerkschaftsbewegung, aber in ihr selbst. Die Positionen, denen sich die Theorie und Praxis der gewerkschaftlichen Strategie zuwendete, sind an bürgerlicher Theorie und Praxis orientierte Positionen. Wie es zu ihrer Rezipierung kommen konnte, sahen wir oben. Die Entstehung der Positionen selbst resultiert aus der Entstehung zweier Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft und ihren Interessen gegenüber gesellschaftlicher Herrschaft. Dementsprechend bestanden sie bereits zu Teilen, lange bevor die Arbeiterklasse zu einer revolutionären Klasse an sich wurde. Wir sahen den Zusammenhang zwischen der Klassenentwicklung und dem Aufkommen utopischer und kleinbürgerlicher Ideologien, denen sich die Arbeiterbewegung zunächst verband. Ihre Wirkung hatte auch während der revolutionären Strategie nie ganz nachgelassen (lassalleanische Dogmen). Ihr sozialer Rückhalt, das Kleinbürgertum, war in der Entwicklung der Klassenpolarisierung zwangsläufigen Schwankungen unterworfen.

Die große Masse der kleinen Produktionsmittelbesitzer erlag der Deklassierung und wurde objektiv ein Teil der Arbeiterklasse.[2] Kleinbürgerliche Ideologiereste griffen

---

[1] Luxemburg, Sozialreform, a.a.O., S. 442

[2] Was Rosa Luxemburg in ähnlichem Zusammenhang bezüglich der sozialdemokratischen Partei formulierte, gilt hier im selben Maße: "Die ... opportunistische Strömung ... ist nichts anderes als eine unbewußte Bestrebung, den ... herübergekommenen kleinbürgerlichen Elementen die Oberhand zu sichern, in ihrem Geiste die Praxis und die Ziele ... umzumodeln. Die Frage von der Sozialreform und der Revolution, vom Endziel und der Bewegung, ist von anderer Seite die Frage v o m k l e i n b ü r g e r -

Platz, ohne daß wir sagen können, daß sie ein Teil der Arbeiterbewegung geworden sind. Sie sind - unabhängig von dem klassenmäßigen Abstieg ihrer Träger - Teil der bürgerlichen, somit anti-proletarischen Strategie, gewinnen aber vor dem Wandel weder in der einen noch in der anderen Strategie beherrschende Stellung. Erst die Rezipierung durch Teile der Gewerkschaften macht ihre tendenziell anti-kapitalistischen Momente zur primären Erscheinung. B e r n s t e i n und L e g i e n konnten also auf einem Fundus nicht-proletarischer, anti-kapitalistischer Ideologien aufbauen. Die Revidierung bringt von daher keine genauen neuen Orientierungen und praktische Implikationen.[1)]

Die Klassenlage des Kleinbürgertums hat ähnliche und identische Merkmale mit der des Bürgertums. Das heißt in der

---

l i c h e n o d e r p r o l e t a r i s c h e n C h a r a k t e r d e r A r b e i t e r b e w e g u n g ." ebenda, S. 371. (Hervorhebung im Original).

[1)] Auch Bebel mußte diese "neu - alte Erfahrung machen: die Erfahrung nämlich, daß der Reformismus, in je wechselnder Gestalt, immer eine Gefahr für die revolutionäre Arbeiterbewegung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft bleiben wird. In je wechselnder Gestalt: resultierte der Reformismus in den sechziger Jahren daraus, daß ein Teil der Arbeiterbewegung organisatorisch noch ein Anhängsel des Liberalismus war, so ergab er sich unter dem Sozialistengesetz aus dem Zurückweichen vor der Repression und aus einer falschen Einschätzung der Wirtschaftstätigkeit des Staates. Jetzt kam auch eine neue Form des Reformismus herauf: erwachsend aus einer Verselbständigung der parlamentarischen Arbeit und einer Verabsolutierung der Besserstellung einzelner Schichten der Arbeiterklasse." (Fülberth, August Bebels Beitrag zur Durchsetzung zentraler Prinzipien marxistischer Politik in der deutschen Arbeiterbewegung, in: Abendroth/Fülberth/Hofschen/Ott/Stuby (Hrsg.), Sozialdemokratie und Sozialismus - August Bebel und die Sozialdemokratie, Köln 1974, S. 21).

geschichtlichen Perspektive (indirekt) und in der ideologischen Grundlegung (direkt), daß sie an der Herrschaft des Proletariats (Revolution) nicht interessiert sind. Insofern ergibt sich ihre nicht-proletarische Stoßrichtung. Wenn auch in einigen Teilen anti-kapitalistisch ausgerichtet, da ihnen von den mächtigen Kapitalen eben die Gefahr vernichtender Konkurrenz droht, so resultiert aus dem Verbleiben auf diesen Positionen eben wegen ihrer Ambivalenz, aber dabei entschiedeneren Gegnerschaft zur Arbeiterklasse, eine bürgerliche Endauffassung von der Rolle der Arbeiterklasse und seinen Organisationen.

4.2 Praktische Konsequenzen heute (DGB)

4.2.1 Gesellschaftliche Grundvorstellungen

Die Gesellschaft zeigt sich für den DGB als ein verbesserungsbedürftiges Ganzes, das mit seinen Defiziten insbesondere den Arbeitnehmer benachteiligt. Eine Einschränkung und auch die Aufhebung der angetroffenen Mißstände innerhalb des Gesellschaftssystems scheint grundsätzlich möglich, eine Überwindung im Sinne der qualitativen Überführung der kapitalistischen Gesellschaft etwa in eine sozialistische durch Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln strebt der DGB nicht an. Ist auch einerseits der Privatbesitz an Produktionsmitteln als Charakteristikum von Herrschaftsverhältnissen angegeben, die die "soziale Unterlegenheit und Abhängigkeit des Arbeitnehmers"[1] hervorrufen, so distanziert sich die Gewerkschaft doch von einem eventuellen "Klassenkampf als gewaltsamen Umsturz"[2].

Diese Aussage trifft man wieder: So erachtet man einerseits den Kampf um mehr Rechte und Sicherheit für die Arbeitnehmer für notwendig und sieht die Ursachen in der bestehenden

---

[1] Hans O.Vetter, Rede auf dem dritten Außerordentlichen Kongress zur Gewerkschafts- und Satzungsreform, in: DGB Bundesvorstand, Abt. Organisation (Hrsg.), Protokoll des dritten Außerordentlichen Bundeskongresses am 14. und 15. Mai 1971 in Düsseldorf, Düsseldorf o.J., S. 21 (im folgenden Rede).

[2] ebenda, S. 33.

Wirtschaftsordnung. "Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Widerherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt. Die Großunternehmen sind erstarkt, die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort. Die Kleinunternehmen werden zurückgedrängt oder den Großunternehmen wirtschaftlich untergeordnet. Die Arbeitnehmer, d. h. die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Ihre Arbeitskraft ist auch heute noch ihre einzige Einkommensquelle."[1] Oder: "Noch vermitteln Eigentum und Verfügungsmacht über die Produktionsmittel zugleich Herrschaft über Menschen."[2] Andererseits trennt man zwischen Ursachen und Gegner in dem Augenblick, in welchem die Konsequenzen für gewerkschaftliches Handeln zu ziehen wären.

Der Adressat von Forderungen ist in hohem Maße der Staat. Die ihm damit implizit zugeschriebene Rolle ist die eines neutralen Regulativs und kommt am deutlichsten in dem als "Gemeinschaftsinteresse" oder "Gesamtwohl" bezeichneten zum Ausdruck, auf das die Unternehmen verpflichtet werden sollen[3] und dem sich auch die Gewerkschaften unterordnen[4]. Der Staat ist dazu der Garant. Von daher ist auch die relativ häufige

---

[1] Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand (Hrsg.), Protokoll des Außerordentlichen Bundeskongresses am 21. und 22. November 1963 in Düsseldorf, Düsseldorf o.J., S. 452 (im folgenden Grundsatzprogramm).

[2] Vetter, Rede, a.a.O., S. 24.

[3] Grundsatzprogramm, a.a.O., S. 451.

[4] ebenda, S. 451.

Betonung der Rolle und des Charakters des Staates zu verstehen: "Es bleibt weiterhin Aufgabe der Gewerkschaften, am Ausbau des sozialen Rechtsstaats und an der demokratischen Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken."[1] Oder: "Der demokratische Staat hat die Pflicht, diesen Mißbrauch (wirtschaftlicher Macht, RL) zu verhindern."[2] Folgerichtig betont das Grundsatzprogramm, "daß der Staat gesellschaftsverändernde Maßnahmen in die Wege leiten kann, die die Lage der Arbeiter konkret verbessern, ohne bloß systemstabilisierend zu wirken ..."[3]

Eindeutige Aussagen zur Struktur der Gesellschaftsformation lassen sich in den offiziellen Programmen nicht finden. Der Mangel einer gesellschaftlichen Analyse ist auffallend und wird auch in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung selbst als solcher empfunden: "Wir müssen die gesellschaftliche Entwicklung angesichts des raschen Wandelns in ihren Wechselbeziehungen und Zusammenhängen erfassen; wir müssen die zentralen Tendenzen herausarbeiten, die die Zukunft bestimmen: Wir brauchen eine Gesellschaftsanalyse ..."[4] Aussagen, hinter denen sich auf den ersten Blick ein Gesellschaftsbild vermuten läßt, das Antagonismen zugrunde legt[5],

---

[1] ebenda.

[2] ebenda, S. 456.

[3] G.Leminsky, Die Programmatik der Gewerkschaften - einführende Überlegungen, in: dera./B.Otto (Hrsg.), Politik und Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1974, S. 40.

[4] Vetter, Rede, a.a.O., S. 23.

[5] Vgl. etwa ebenda, S. 21 ff.

bleiben ohne theoretische Konsequenzen für die Charakterbestimmung der gesellschaftlichen Struktur und den eigenen Standort in ihr. Die "Polarität der Interessen" zu den "Unternehmern und ihren Verbänden" schließt andererseits eine Kooperation im Rahmen der Konzertierten Aktion oder anderer "klar umrissene(r), abgegrenzte(r) Räume" nicht aus.[1)]

Die Gesellschaft stellt sich der westdeutschen Gewerkschaft im Ganzen als ein in der Entwicklung stehendes Gebilde dar, als ein veränderliches Produkt der Geschichte: "Keine gesellschaftliche Ordnung ist sachnotwendig und unabänderlich. Alle Strukturen sind historisch und sozial bedingt und geprägt von zum Teil überflüssigen und geradezu sachwidrigen Herrschaftsstrukturen."[2)] Über den Charakter und den Umfang, die Zielrichtung und den Konfliktgehalt möglicher Veränderungen sind die Angaben allgemein auf die Schutzfunktion der Gewerkschaft[3)] und auf die Veränderung der Gesellschaft in Richtung "demokratischer Fortentwicklung"[4)] gehalten. Das Grundsatzprogramm bleibt auch in diesem Punkt betont "offen": "... Umgestaltung wird als ständiger revolutionärer Prozeß im Rahmen eines demokratischen Rechtsstaates angestrebt und nicht im Sinne einer ordnungspolitischen, gleichzeitigen, geschlossenen Alternative zum bestehenden System ... Eine auf Emanzipation angelegte Entwicklung wird nunmehr als nicht abschließbarer Prozeß angesehen. Von Endzielen und dement-

---

[1)] Vgl. ebenda, S. 34.

[2)] ebenda, S. 32.

[3)] ebenda, S. 21 f.

[4)] Grundsatzprogramm, a.a.O., S. 453.

sprechenden Zwischenzielen ist deshalb keine Rede mehr. Wenn die ständige Gestaltungsaufgabe hervorgehoben wird, dann ist der Begriff der Systemänderung relativiert."[1] Konkrete Vorstellungen gesellschaftlicher Veränderungsprozesse und ihres Ausmaßes kann der DGB deshalb nur für "einzelne Teilbereiche" angeben, "wobei es zu partieller Kooperation oder zu partieller Konfrontation mit dem Staat und anderen gesellschaftlichen Gruppen kommen kann "[2].

4.2.2 Selbstverständnis der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung

Die im vorherigen Kapital gestellte Frage nach der Vorstellung von Gesellschaftsstruktur und Strategie-Gegner, von der gesellschaftstheoretischen Einordnung der Menschengruppen also, die durch die Gewerkschaften vertreten werden und dem ökonomischen und sozialen Gegenüber, wird klarer in der Funktionsbestimmung der eigenen Organisation, wenn auch weiterhin implizit. "In den Auseinandersetzungen mit der Arbeitgeberseite wird letztlich die Aktivität der Vertrauensleute und die Stärke der Gewerkschaften im Betrieb ausschlaggebend sein."[3] Die Gewerkschaften stellen Schutzorganisationen dar, die ihre Mitglieder "vor den Folgen ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unterlegenheit" zu bewahren versuchen. Auch hier klingt - ohne ausdrückliche Erwähnung - das Argument der zahlenmäßigen Stärke und der in ihr liegenden Widerstandskraft

---

[1] G.Leminsky, a.a.O., S. 37.

[2] ebenda.

[3] Vetter, Rede, a.a.O., S. 30.

durch: "Nur kollektiv können wir der gesellschaftlichen Übermacht der Gegenseite eigene Macht entgegenstellen."[1)]

Bei der zweiten Funktion, die nach V e t t e r den Gewerkschaften zufällt, die "politische Bewegung, die gesellschaftlichen Bedingungen der Abhängigkeit und Unterprivilegierung der Arbeitnehmerschaft" aufzuheben, wird der gesellschaftaverändernde Anspruch betont. Dabei versteht man diese (politische) Funktion jedoch nicht als revolutionäres Ziel, sondern als "Gestaltungsfunktion"[2)]. Dem entspricht das Prinzip der Aufgabe des "sozialistischen Endziels ... zugunsten einer ständigen Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft"[3)].

Entsprechend dieser der These des "freiheitlichen Sozialismus" entlehnten Auffassung sind auch im Grundsatzprogramm Mittel und Ziele strukturiert. Ziele gibt es insofern nicht mehr, als sie system-transzendierenden Charakter haben. Die hier für die Wirtschaft - und für die Wirtschaftspolitik ist die Ziel-Mittel-Unterscheidung eingeführt - aufgestellten Ziele haben die Optimierung der kapitalistischen Wirtschaftsweise zum Inhalt. Die als "Mittel" bezeichneten Maßnahmen, unter denen frühere sozialistische Ziele anzutreffen sind wie das der "Sozialisierung", haben den Charakter von Instrumenten[4)], nicht Zwischen-Zielen. Denkbar wäre - entsprechend der Logik dieser Aufgabenstellung - eine histo-

---

[1)] ebenda, S. 21.

[2)] ebenda.

[3)] Leminsky, a.a.O., S. 36.

[4)] ebenda, S. 37; Grundsatzprogramm, a.a.O., S. 457 ff.

rische Situation, in der zur Rettung systemimmanenter Prinzipien Mittel eingesetzt würden, die die Grundlage des Systems beseitigen müßten. Uns erscheint ein solcher Qualitätssprung - zufällig und von den wirtschaftlich bestimmenden Gruppen unbemerkt - nicht realistisch.

Widersprüchlich - und von daher ohne sichere Handlungsimplikationen und kontroversen Interpretationen offen - ist auch die Selbstbestimmung der Gewerkschaften im gesamtgesellschaftlichen Kontext. "Einmal sind die Gewerkschaften Selbsthilfe- und Kampforganisation ihrer Mitglieder zum Schutz vor materiellen Folgen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Unterlegenheit, zum anderen sind sie eine politische Bewegung zur Beseitigung der gesellschaftlichen Bedingungen der Abhängigkeit und Unterpriviligierung der Arbeitnehmerschaft."[1] Aus dieser Interpretation und der oben erwähnten These, die das Privateigentum an Produktionsmitteln zur Ursache von "Unterdrückung, Abhängigkeit und Ausbeutung"[2] macht, müßte die logische Schlußfolgerung nach grundlegender Veränderung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in eine - wie auch immer - nichtkapitalistische gezogen werden können. Dem widerspricht die Festlegung der Gewerkschaften auf eine Rolle als "entscheidenden Integrationsfaktor", wobei hier nur[3] - selbst wenn zuvor eine kritische Haltung bezogen wird - die Demokratie des Spätkapitalismus gemeint sein kann.

---

[1] Vetter, in: Leminsky/Otto (Hrsg.), a.a.O., S. 5 (Vorwort).

[2] ders., Rede, a.a.O., S. 21.

[3] Grundsatzprogramm, a.a.O., S. 451.

4.2.3 Organisationsform

Der DGB ist eine zentralisierte nationale, nach dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft aufgebaute Organisation. Ihr Organisationsprinzip "Ein Betrieb - eine Gewerkschaft" stellt die effektivste Form der organisatorischen Vereinheitlichung und Stabilisierung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung dar. Ihr politischer Wesenszug ist die parteipolitische Unabhängigkeit nach innen und außen. "Die Verschmelzung verschiedener Gewerkschaftsrichtungen in der modernen Einheitsgewerkschaft hat das Prinzip der Solidarität aller arbeitenden Frauen und Männer konsequent verwirklicht. (...) Der Zusammenschluß aller Gruppen der Arbeitnehmerschaft in dieser Organisationsform bietet die sichere Gewähr, daß sowohl die speziellen Interessen der Arbeiter, Angestellten oder Beamten als auch ihre gemeinsamen Anliegen erfolgreich vertreten werden können."[1)]

4.2.4 Zielvorstellungen und Einzelforderungen (exemplarisch)

In den Zielvorstellungen und Einzelforderungen wird deutlich, daß in der Gewerkschaftsbewegung das Bewußtsein zwischen grundsätzlichen und reformerischen Veränderungen differenziert. Über die Lohnpolitik hinauszugehen, ist eine der wichtigsten Strategie-Erweiterungen der Gewerkschaftsbewegung. Grundlegend für diesen Wandel ist die Tatsache, daß

[1)] Grundsatzprogramm, a.a.O., S. 451; Vetter, Rede, a.a.O., S. 26.

die Auswirkungen der Pk-Entwicklung in Form der wissenschaftlich-technischen Revolution sich bis zu direkt spürbaren Veränderungen der Belastung und Intensivierung am einzelnen Arbeitsplatz und bis in das Wohngebiet hinein ausweiten. "Wenn die Stellung des abhängig Beschäftigten durch das Bildungsangebot, die Verkehrslage, die Industriestruktur, das Gesundheitswesen und ähnliche Faktoren weitgehend vorherbestimmt wird, dann müssen sich die Gewerkschaften ebenfalls um diese ursprünglich staatlichen Aufgaben kümmern."[1)]

Das allgemeine Prinzip, das als die übergreifende Zielsetzung der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung bezeichnet werden kann, "war von Anbeginn an ..., der Würde des arbeitenden Menschen Achtung zu verschaffen und sie zu schützen, ihn sozial zu sichern und eine Gesellschaftsordnung zu erkämpfen, die allein die freie Entfaltung der Persönlichkeit ermöglicht"[2)]. Die Würde des arbeitenden Menschen begründet dann die entsprechende Forderung nach dem "Aufbau einer gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung"[3)]. Im Mittelpunkt dazu steht die "Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Damit wollen sie eine Umstellung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, die darauf abzielt, alle Bürger an der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Willensbildung gleichberechtigt teilnehmen zu lassen."[4)]

[1)] Leminsky, a.a.O., S. 40.

[2)] Grundsatzprogramm, a.a.O., S. 450.

[3)] ebenda, S. 452.

[4)] ebenda.

Dieses Prinzip der Gleichheit aller Bürger des Staates bzw. ihrer Herstellung geht jedoch auch hier nicht soweit, die Personengruppen zu explizieren, die ihre Ungleichheit hervorrufen, d. h. deren sozio-ökonomische Stellung die bisherige Ungleichheit bedingt. An vielen Stellen der Gewerkschaftsprogrammatik ist diese prinzipielle Haltung zur allgemeinen Gerechtigkeit mit der Verpflichtung zu der Wahrung und Orientierung am Gemeinwohl gekoppelt. Das eine erscheint als Voraussetzung des anderen. Die unterlassene Einfügung dieser allgemeinen Zielsetzung "demokratischer Gestaltung"[1)] in eine genaue Gesellschaftsanalyse, d. h. der Bestimmung der Herrschenden und der untergeordneten Gruppen, hat u.E. zwangsläufig dazu geführt, Adressat wie Regulierungspartner im Staat zu sehen und dadurch erst über ihn an die Zielgruppe der "Unternehmer" oder "Arbeitgeber" zu gelangen. Zumindest können wir dies von den sozialpolitischen Forderungen behaupten. Die gesetzliche Absicherung erreichter Abschlüsse stellt natürlich einerseits eine stabile Garantie dar, da ihr der von beiden Seiten gleichermaßen betonte Charakter der Allgemeingültigkeit zukommt, deren Einhaltung - wie wir oben sahen - allgemeines Prinzip heutiger Klassenauseinandersetzungen geworden ist. Die solchermaßen begriffene Rolle des Staates macht die Zurückhaltung gewerkschaftlicher Forderungen, Kritiken und Kampfmaßnahmen auf politischem Sektor zwangsläufig und erschwert gleichzeitig die Erkenntnis des Zusammenhangs von ökonomischer Macht und politischer Herrschaft. Die Betonung des politischen Charakters der Organisation hat dementsprechend ihre Begründung hauptsächlich zunächst in der verbandlichen

---

1) ebenda.

Eigenständigkeit gegenüber Staat und Parteien[1], nicht umgekehrt als notwendiges Resultat politischer und ökonomischer Entwicklung.

Andererseits deutet die Forderung und Erweiterung der Vorstellung von Mitbestimmung vom Unternehmens- in den gesamtgesellschaftlichen Bereich an, daß empfunden wird, wie die Zusammenhänge zwischen Produktionsbereich und den sich daraus ergebenden Interessen und Bedürfnissen und dem sozialpolitischen und Reproduktionsbereich und seinen Notwendigkeiten aussehen. Infolgedessen nimmt auch der sozial- und kulturpolitische Teil der Programmatiken einen breiten Raum ein. Wesentliche Bestandteile bilden dabei die Forderung nach Recht auf Arbeit und die daran angeknüpften Folgeprobleme sowie die Soziale Sicherung mit ihren Einzelbestandteilen einschließlich der Verbesserung internationaler Kontakte auf diesen Gebieten; ferner die Bildung- und Ausbildungsbereiche, deren gemeinsamer Grundsatz - entsprechend dem der Würde des Menschen, der allgemeinen Gerechtigkeit und des Gemeinwohls - das Recht auf Chancengleichheit bildet sowie die Unabhängigkeit der Bildungsentscheidungen, Ausbildungsmöglichkeiten und Freiheit von Wissenschaft und Forschung.

Die finanziellen und materiellen, organisatorischen wie ökonomischen Möglichkeiten zu schaffen, ist Aufgabe des Staates, die der Kontrolle Aufgabe - je nach Problembereich - der Öffentlichkeit, der Betroffenen bzw. ihrer Organisationen. Bei letzterem fehlen allerdings, außer der allgemeinen Forderung der Gewährleistung überhaupt, Präzisierungen bezüglich

---

[1] Vetter, Rede, a.a.O., S. 34.

der Zusammensetzung und Trägerschaft in der Realisierung, so zum Beispiel in der Kulturpolitik. Hier heißt es lediglich: "Die Gewerkschaften und andere nichtstaatliche Einrichtungen können Bund, Länder und Gemeinden bei der Lösung der vielfältigen kulturpolitischen Aufgaben sinnvoll unterstützen."[1] Anders dagegen im Hochschulbereich: "In den Hochschul- und Wissenschaftsgremien, in denen gesellschaftliche Gruppen durch ihre Verbände vertreten sind, müssen die Arbeitnehmer durch die Gewerkschaften beteiligt sein."[2]

4.2.5 Mittel der Auseinandersetzung

Hauptformen der Kampfmittel gewerkschaftlicher Strategie der Neuzeit sind Tarifverhandlungen und Streik. Die relative Stärke der Gewerkschaftsorganisation DGB und seiner Einzelgewerkschaften sowie die rigide Arbeitsgerichtsbarkeit der Bundesrepublik läßt die Streikaktivitäten im Vergleich zu anderen Ländern sehr zurückstehen.[3] Andererseits ist im

---

[1] Grundsatzprogramm, a.a.O., S. 471.

[2] ebenda, S. 475.

[3] Einen guten Überblick über die unterschiedlichen Streikaktivitäten gibt folgende Tabelle:
Arbeitskämpfe (Streiks und Aussperrungen) 1951 - 1970 in sechs europäischen Ländern:

- jährlicher Durchschnitt in 1.000 -

Land	Beteiligte		Ausfalltage	
	1951-60	1961-70	1951-60	1961-70
Italien	1.980	3.508	5.278	15.247
Großbritannien	715	1.456[1] 2.021[2]	3.416	4.350[1] 2.509[2]
Frankreich	1.950	3.021	2.916	17.509
BRD	133	98	949	321
Niederlande	20	15	106	49
Schweden	6	7	149	69

Selbstverständnis und Gesellschaftsbild ja schon zu erkennen, daß die Haltung der westdeutschen Gewerkschaften zu Staat und Gesellschaft eher harmonistisch und konfliktvermeidend zu nennen ist. Aus der prinzipiellen Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl und dessen Uninterpretierbarkeit ergibt sich die Verunsicherung und Zurückhaltung gegenüber allen Kampfmitteln, die von außen der Gewerkschaft den Ruf der undemokratischen oder auf Gewalt bedachten Organisation eintragen können. Dementsprechend zögernd verhielt sich schon in einer der ersten Proben um die Abwehr gewerkschaftsfeindlicher Gesetze der Geschäftsführende Bundesvorstand. Die Betriebe und Einzelgewerkschaften waren durchaus kampfbereit. "Mit zahlreichen Demonstrationen und einem zweitägigen Zeitungsdruckerstreik versuchten sie, die Entwicklung zu beeinflussen. Doch ... verabschiedet der Bundestag das Betriebsverfassungsgesetz ... 1952, ohne zahlreiche gewerkschaftliche Forderungen zu berücksichtigen. Die Gewerkschaften erleiden damit eine Niederlage. Selbst in den eigenen Reihen wurde die Durchführung der Protestbewegung kritisiert."[1)]

Dies war um so erstaunlicher als der DGB in der Montanmitbestimmung zwei Jahre zuvor in ähnlicher Situation nämlich, einen potentiellen politischen Streik gegen das Parlament zu führen - aufgrund seiner Streikbereitschaft einen vollen Erfolg erzielt hatte[2)].

---

1 ohne Mai/Juni 1968, da in der offiziellen Statistik nicht ausgewiesen.
2 einschließlich der Schätzwerte für Mai/Juni 1968, Quelle: DGB, Streikstatistik, ILO, Year book of Labour Statistics. (Aus: J.Bergmann, O.Jacobi, W.Müller-Jentsch, Gewerkschaften in der Bundesrepublik (Gewerkschaftliche Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen), Frankfurt/Köln 1975, S. 207).

Entschieden eindeutiger war dann die Reaktion der Gewerkschaftsvostände anläßlich der Notstandsgesetzgebung. Trotz zahlreicher spontaner Streiks und Resolutionen von Mitgliederversammlungen, wurden Streikbeschlüsse weder auf Vorstandsebene der Einzelgewerkschaften noch vom DGB gefaßt.[1)]

"Bestimmend für die Haltung der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder ist, daß mit den Gesetzen demokratische Grundrechte eingeschränkt und besonders die Versammlungsfreiheit, das Koalitions- und Streikrecht der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen bedroht werden."[2)] Dennoch lehnt der DGB es ab, einen Generalstreik auszurufen. Dies widerspricht sogar den wenig streikfreundlichen Beschlüssen des ADGB zur politischen Massenstreikdebatte, die dieses Kampfmittel bei Angriffen auf das Koalitionsrecht zumindest nicht ausschließen wollten. "... der DGB (lehnt) dieses Ansinnen entschieden ab, da er es für einen Verstoß gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie hält, gegen einen mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß des Bundestages zum Streik aufzurufen."[3)]

[1)] D.Schuster, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung DGB, 4. erg. Auflage, Berlin 1973, S. 100.

[2)] ebenda, S. 98 f.

[1)] Steinhaus, a.a.O., S. 39 ff.

[2)] Schuster, a.a.O., S. 115.

[3)] ebenda, S. 116.

Die legalistische Einschränkung durch Friedenspflicht, Schlichtung und das ausgedehnte Ritual der zunächst in Gang zu setzenden Tarifverhandlungen überhaupt sind zusätzliche Faktoren, die ein Ausnutzen des Streiks behindern. "In der BRD .. wird die Anwendung des Kampfmittels Streik - viel weitgehender als dies in anderen kapitalistischen Ländern der Fall ist - juristisch behindert. Das Streikrecht ist hier in seiner Anwendung eng gekoppelt mit dem System der Tarifverträge ... Innerhalb der Laufzeit gilt für die Gewerkschaften und für die Betriebsräte die sogenannte 'Friedenspflicht'. (...) Auch bietet die herrschende Rechtssprechung den Unternehmern die Möglichkeit, ihrerseits Arbeitskämpfe gegen die Arbeiter und Angestellten zu führen, indem sie ihnen das Recht einräumt, die Inanspruchnahme und den Kauf der Arbeitskraft der Arbeiter und Angestellten zu verweigern, das heißt, sie auszusperren."[1] Demgegenüber sind spontane Streiks den Gewerkschaften nicht erlaubt. Die Flexibilität und Kurzfristigkeit tatsächlicher Einsätze wird dadurch zwangsläufig behindert und gewerkschaftliches Handeln auf den umständlichen Weg der Verhandlungen geworfen.

Die Betonung des Streikrechts und die Bereitschaft, sich dieses Rechts zu bedienen, ist unverändert Bestandteil der gewerkschaftlichen Programmatik. Die einzige Anmerkung, die das "Grundsatzprogramm des deutschen Gewerkschaftsbundes" zum Streik macht - "Das Streikrecht der Gewerkschaften ist unantastbar." - ist in den "Sozialpolitischen Grundsätzen"

---

[1] Steinhaus, a.a.O., S. 9; vgl. auch Bergmann, Jacobi, Müller-Jentsch, a.a.O., S. 175.

des Programms zu finden[1]. Das so doppelt erschwerte Kampfmittel Streik - in der Form der "restriktiven Rechtsprechung des Streiks"[2] und in der ideologischen Integrationsposition - wird deshalb in den Tarifauseinandersetzungen nur selten ins Spiel gebracht, so daß Werktätige besonders in den Jahren 1969 und 1973, durchgängig aber bei allen Tarifverhandlungen, in Form von Warnstreiks als Druck- und Unterstützungsmaßnahme zum Mittel des gewerkschaftlich nicht organisierten, "spontanen" oder auch "betrieblichen" Streik greifen mußten.[3] Für die Jahre davor bemerkt K a l b i t z : "Der Anteil der spontanen Streiks hat sich insgesamt in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Von 42 Prozent im Durchschnitt der Jahre 1949/53 vergrößerte sich ihr Anteil auf 83,3 Prozent für das Jahrfünft 1964/1968. (...) Spontane Streikaktionen sind danach keine Ausnahmeerscheinungen, keine plötzlichen Ausbrüche. Sie sind dauernder Bestandteil der Arbeitskonflikte in den Betrieben der Bundesrepublik."[4]

Entsprechend den Erweiterungen in der gewerkschaftlichen Zielsetzung und den sie begründenden materiell-technischen Veränderungen wuchsen auch die Streikforderungen über den

---

[1] Grundsatzprogramm, a.a.O., S. 461.

[2] Leminsky, a.a.O., S. 35.

[3] Vgl. hierzu M.Schumann u.a., Die Septemberstreiks - Ausnahme oder Auftakt, Göttingen 1970; IMSF, Die Septemberstreiks 1969, Frankfurt a.M. 1969; Steinhaus, a.a.O., S. 27 ff, 43 ff, 81 ff, 115 ff.

[4] R.Kalbitz, Die Entwicklung der Streiks und Aussperrungen in der BRD, in: U.Jacobi, W.Müller-Jentsch, E.Schmidt (Hrsg.), Gewerkschaften und Klassenkampf (Kritisches Jahrbuch '73), S. 174, 175.

Rahmen normaler Lohnforderungen hinaus. Der Streik der IG-Metall 1973 in Baden-Württemberg ist hier das aktuellste Beispiel.[1] Viele dieser die Humanisierung des Arbeitsplatzes und überhaupt Arbeitsbedingungen betreffende Forderungen wurden auch in direkten Tarifverträgen durchgesetzt. Der bekannteste und zugleich längste Streik, den es in Deutschland seit 1905 gegeben hatte[2], war der Metallarbeiterstreik von 1956/57 in Schleswig-Holstein, der 4 Monate dauerte. Tarifpolitisch gesehen "(war) das Besondere ..., daß er nicht um Lohnforderungen, sondern um sozialpolitische Forderungen des Aktionsprogramms des DGB - Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaubsverlängerung und Urlaubsgeld - geführt wurde ... Bei der Forderung nach Lohnfortzahlung im Krankheitsfall handelte es sich .. um eine .. Forderung mit dem Ziel der Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, die gleichzeitig der Normierung durch den Gesetzgeber zugänglich ist ... Dieser Sachverhalt verlieh dem Arbeitskampf von vornherein einen politischen Aspekt."[3]

Das Hauptfeld der Auseinandersetzungen, der Tarifkampf, hat verschiedene Formen. "Die in rascher Folge ablaufenden technischen und organisatorischen Veränderungen sowie die schnell wirtschaftliche Entwicklung verlangen eine fortwährende Überprüfung der Tarifgestaltung. Mit Hilfe von Tarifverträgen regeln die Gewerkschaften mitden Arbeitgebern

---

[1] In der Hauptsache erreichte dieser Streik Lohnabsicherung und Kündigungsschutz für ältere Kollegen sowie bezahlte Pausen am Fließband.

[2] Steinhaus, a.a.O., S. 21.

[3] Bergmann, Jacobi, Müller-Jentsch, a.a.O., S. 224.

Fragen wie die der Lohn- und Gehaltsgestaltung der Arbeitszeit, des Urlaubs und seit neuerer Zeit auch der Vermögensverteilung."[1] Eine theoretische Einordnung der Tarifkämpfe entfällt ebenso wie die programmatische Verbindung von Streik- und Tarifkampf. Das widerspricht der Praxis gewerkschaftlichen Handelns insofern als - wie wir oben sahen - Streiks fast regelmäßig zur Unterstützung von Tarifverhandlungen gefahren werden.

So begründen etwa L e m i n s k y / O t t o die "Wirksamkeit der Tarifverträge" mit der "von den Gewerkschaften repräsentierten Gesamtheit der Arbeitnehmer eines Unternehmens oder Industriezweiges gegenüber dem einzelnen Arbeitgeber bzw. den Arbeitgeberverbänden"[2]. Die Macht der Zahl ist hier wohl angedeutet. Jedoch entfällt über die mehr formale Betrachtung des Rechts der Mehrheit die Ableitung auf die Machtmöglichkeiten einer solchen Vielzahl. Die zu ihrer Realisierung notwendige Praxis der Mobilisierung und konkreten Aktion tritt zurück vor dem Argument einer organisierten Anzahl und ihrem Vertretungs a n s p r u c h für die Gesamtheit aller abhängig Beschäftigten. Die Zahl als numerische Größe scheint uns zu oberflächlich und unrealistisch (weil der Gewerkschaftspraxis selbst widersprechend) als Ursache für die Umsetzung von Interessen in Zugeständnisse (Tarife). Bezieht man das bereits über die grundsätzlichen Harmonie-Positionen der Gewerkschaften Gesagte in diese Beurteilung ein, so erscheint die mangelhafte programmatisch/theoretische Einordnung keineswegs zufällig oder als Formulierungsproblem.

---

[1] Leminsky/Otto, a.a.O., S. 177.

[2] ebenda, S. 178.

Die Tarifsysteme sind unterschiedlich nach Problembereich und lokaler/regionaler Verbreitung. Sie gelten jeweils für die Mitglieder der vertragsschließenden Parteien (TVP) verbindlich. Sie sind an bestimmte Laufzeiten gebunden (meist ein Jahr), was wiederum die taktische und flexible Reaktion der Gewerkschaften auf ökonomisch signifikante Veränderungen innerhalb dieses Zeitraumes verhindert. Je nach Geltungsbereich werden betriebsnahe und andere Tarife unterschieden. Betriebsnahe Tarife lassen die Eigenarten und besonderen Bedingungen einzelner Betriebe stärker zur Geltung kommen als regionale oder nationale Verträge, die immer von Durchschnittsgrößen ausgehen müssen. Andererseits bergen sie die Gefahr der Zersplitterung gewerkschaftlicher Tarifpolitik in sich, wenn nicht innerhalb der Gewerkschaften eine allgemein verbindliche Verhandlungsdisziplin gewährleistet ist. Zur Zeit werden in der Regel Regionalverträge abgeschlossen.

4.3 Die Notwendigkeit des Bündnisses reformistischer und revolutionärer Gewerkschaften

4.3.1 Multinationale Konzerne - allgemeine Wesensmerkmale

Entsprechend den von uns festgestellten allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung von Strategie und Gegenstrategie erhöht sich der organisatorische Gehalt mit der Entwicklung der materiellen Basis einer jeden Strategie. Zentralisations- und Organisationsprozesse umgreifen heute nicht mehr einzelne Länder, sondern ganze Kontinente. Sie finden ihren Ausdruck in Unternehmen, deren Dimensionen durch wissenschaftlich-technische Umwälzungen in Informations- und Fertigungssystemen eine neue Qualität der ökonomischen und politischen Macht erhalten haben. Sie verdeutlichen schon durch ihren Namen die Zunahme an organisatorischer Komplexität und somit strategischen Potenzen.

Multinationale Konzerne dürcken eine neue Stufe der Zentralisation und Konzentration von Produktion und Kapital auf internationaler Ebene aus. "Die Entwicklung der Produktivkräfte (Produktionsmittel, Technologie, Organisation, Wissenschaften etc.) verlangt eine Ausdehnung der Verwertungsräume des Kapitals, wenn nicht die in der Entwicklung der Produktivkräfte vorhandenen Möglichkeiten der Kapitalvermehrung und also der Profitmaximierung ausgelassen werden sollen. Letzteres würde Zweck und Ziel der kapitalistischen Produktion zuwider laufen. Das einzelne Kapital und der einzelne Staat sind nicht mehr in der Lage, der Produktivkraftentwicklung zu folgen. Sie müssen sich zu Monopolen zusammenschließen und Produktions- und Absatzmöglichkeiten in anderen Ländern ... ausnutzen!"[1)]

[1)] Lison (Hrsg.), Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 131.

4.3.1.1 Konzentration und Zentralisation

Den ökonomischen Gesetzen der Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital sind auch die multinationalen Konzerne (Multis) unterworfen. "Internationale Unternehmen sind in mehreren Ländern 'zu Hause', sie agieren in mehreren Branchen bei Dominanz einer Branche und finanzieren sich international bei Dominanz einer Nation (des Ursprunglandes)."[1] Das heißt, daß die Aktienstreuung international erheblich sein kann, die Aktienmehrheit sich aber in der Regel im Mutterland des Konzerns befindet.[2]

Ähnlich verhält es sich mit der Entscheidungsfindung. Die Tochtergesellschaften sind eng an die Konzernzentrale geknüpft und erhalten von dort ihre Anweisungen. Hier liegt ebenfalls die Dominanz im Ursprungsland: "Der Aufstieg in die Zentrale eines MNK (multinationaler Konzern - R.L.) bleibt nahezu ausschließlich den Staatsangehörigen des jeweiligen Stammlandes vorbehalten. Auch die hier feststellbare Dominanz einer Nation korreliert ohne Zweifel mit dem ebenso strukturierten Kapitalbesitz."[3]

---

[1] W.Elsner, Die EWG - Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften, Köln 1974, S. 91; vgl. H.Matthöfer, Internationale Kapitalkonzentration und Gewerkschaftsbewegung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 8/71, S. 470; Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) (Hrsg.), Internationale Konzerne und Arbeiterklasse, Frankfurt/M. 1972, S. 234.

[2] E.Piehl, Multinationale Konzerne und internationale Gewerkschaftsbewegung, Frankfurt/M., S. 41.

[3] ebenda, S. 42; Matthöfer, a.a.O., S. 470.

4.3.1.2 Produktions- und Gewinnverlagerung

Auf Grund ihrer internationalen Verzweigungen haben die Multis die Möglichkeit, umfangreiche Gewinntransferierungen[1] und Produktionsverlagerungen vorzunehmen, deren Anlässe sich in der Regel nach den Profitmaximierungschancen, der staatlichen Steuergesetzgebung und der gewerkschaftlichen Organisation der Lohnabhängigen des jeweiligen Landes richten, "um die Produktion möglichst vieler Teile jederzeit vor allem bei Arbeitskämpfen über die nationalen Grenzen hinweg verlagern zu können"[2]. Für die Strategie gilt den Multis der Grundsatz: "Produzieren, wo die Arbeitskräfte und Rohstoffe am billigsten - verkaufen, wo die kaufkräftige Nachfrage am größten - die Gewinne dort anfallen lassen, wo die Steuern am niedrigsten sind."[3] Die Möglichkeiten, die Regierungen verschiedener Staaten und Gesellschaftsformationen untereinander auszuspielen, ergeben sich zwangsläufig aus dem über die Welt verteilten und zu diesem Zweck angelegten Netz von Zentrale und Tochtergesellschaften. "Das Grundproblem bleibt, daß die Pläne eines Konzerns einem Land in einer gegebenen Situation dienlich sein können, daß dieses Land aber mehr von den Entscheidungen fremder Unternehmen als von seinen eigenen Zielvorstellungen abhängt."[4]

---

[1] Piehl, a.a.O., S. 42 f.

[2] ebenda, S. 44; V.Jung u.a., Aspekte der Gewerkschaftspolitik in Westeuropa, in: WWI-Mitteilungen 10/1971, S. 297; G.Köpke, Multinationale Unternehmen und Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7/1971, S. 393 f; IMSF, a.a.O., S. 238 f.

[3] Matthöfer, a.a.O., S. 473; Piehl, a.a.O., S. 299 f.

[4] Matthöfer, ebenda.

4.3.1.3 Nationalstaatliche Unabhängigkeit

Die internationale Form der Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital verlagert also weitreichende Entscheidungen in national-staatlich nicht greifbare Institutionen. So gibt es zum Beispiel "im westeuropäischen Integrationsprozeß ... nur äußerst geringe Ansätze wirklich supranationaler Formen im Sinne von autonomen, über den Nationalstaaten stehenden und für das Innere der Nationalstaaten verbindliche Entscheidungsgewalten."[1] Die Kontrolle über Kapitalströme und Produktionsentscheidungen, - verläufe und -verlagerungen zwischen den Staaten entfällt. Die Kalkulierbarkeit für die eigene Volkswirtschaft ist minimal und praktisch abhängig von den multinationalen Zentralen. Das politische wie ökonomische Konkurrenzsystem zwischen den einzelnen Nationen verhindert die Schaffung supranational verbindlicher Gremien zur verbindlichen Kontrolle der multinationalen Macht. "Die internationale Kapitalkonzentration hat direkte Auswirkungen auch auf die nationalstaatliche Politik. Außenwirtschaftlich relevante Größen, wie Geld- und Warenströme, werden zunehmend der staatlichen Beherrschung und Kontrolle unterzogen."[2] Die globale Mobilität und Strategie ist durch nationale Gesetze nicht erfaßbar und entzieht sich geographischer Begrenzungen. "Nationale Gesetzgebung wie auch internationale Gesetze ignorieren fast völlig, daß viele wichtige internationale Unternehmen jetzt über nationale Grenzen hinwegarbeiten, konzerninterne Transaktionen durchführen und eine Flexibilität erlangt haben, die es ihnen gestattet, sich über manche Bestimmungen der Regierungen

---

[1] Elsner, a.a.O., S. 8.

[2] ebenda, S. 95, 102; Jung u.a., a.a.O., S. 294 ff; Matthöfer, a.a.O., S. 473 ff; Piehl, a.a.O., S. 49 f.

hinwegzusetzen."[1] Unabhängig davon besteht schon durch die international nicht vereinigten, zum Teil sogar widersprüchlichen Gewerkschaftsrechte, Sozial- und Arbeitsrecht sowie Streikbestimmungen die Möglichkeit, Staaten wie nationale Gewerkschaften gegeneinander auszuspielen. Einige Staaten ändern unter dem ökonomischen Druck der Multis sogar schon bestehende Rechte ab.[2] "Die durch die MNK betriebene Manipulation staatlicher Funktionsträger (Nationalstaat, regionale und weltweite Institutionen)"[3] ist die Folge einer solchen Wirtschaftsmacht.

4.3.2 Konkrete strategische Maßnahmen

4.3.2.1 Export von Arbeit

Die Konzentration von Produktion an bestimmten ausgesuchten Plätzen und in steuergünstigen Nationen ruft eine Verdünnung anderer Gebiete und die Schaffung von Arbeitslosigkeit hervor. Die Migration von Arbeitskräften zwischen den Staaten bedeutet für die Unternehmer ein erhebliches Druckmittel auf Investitionsmittel der betroffenen Nationen. Der Export von Arbeitsplätzen geht ebenfalls in Regionen mit niedrigem Lohnniveau und geringen gewerkschaftlichen Rechten. "In fast allen .. Staaten bedrohen diese Unternehmen das

---

[1] C.Levinson, Gewerkschaften, Monopole, Konzerne, Köln 1972, S. 61.

[2] Piehl, a.a.O., S. 61, 210 f, 260 f, 278; Elsner, a.a.O., S. 96 f.

[3] Piehl, a.a.O., S. 30.

L o h n n i v e a u . Sie verlagern arbeitsintensive Produktionsbereiche in Länder mit niedrigem Lohnniveau und schaffen so durch 'Arbeitsplatzexport' Arbeitsüberangebot und damit Tendenz zur relativen Lohnsenkung."[1] Hinzu kommt, daß ausländische Arbeitskräfte sich weniger bereitwillig in Gewerkschaften organisieren und so der Übersicht und Kampfkraft der Gewerkschaften verloren gehen. Der oft als provisorisch angesehene Aufenthalt im Ausland verstärkt diese Neigung.

4.3.2.2 Entlassungsstrategien

Eine häufig gerade gegenüber ausländischen Arbeitskräften verfolgte Strategie ist die bei P i e h l explizierte Entlassungsstrategie: "Um die 'Wirtschaftlichkeit zu erhöhen', werden keineswegs durchweg Massenentlassungen vorgenommen, sondern oft weniger Staub aufwirbelnde Maßnahmen bevorzugt: Z.B. Einstellungsstopp, Strategie der 'freiwilligen' Kündigungen seitens betroffener Beschäftigungsgruppen, Kurzarbeit oder 'Urlaubsverlängerungen'."[2] Ähnliche Maßnahmen werden oft von den Nationalstaaten selbst in Gang gesetzt, um die arbeitslos gewordenen oder solcherart bedrohten Ausländer zum Verlassen des Gastlandes zu bewegen.[3]

---

[1] Elsner, a.a.O., S. 93 (Hervorhebung im Original); vgl. ebenda, S. 116 ff, 135 f.

[2] Piehl, a.a.O., S. 164.

[3] Elsner, a.a.O., S. 135.

4.3.2.3 Staatliche Deckung von Monopolstrategien

Aus dem mit der Produktivkraft notwendigerweise entstehenden Monopol und seiner politischen Unterstützung wurde während der Herausbildung zum Multi ein sowohl staatlichen Konkurrenzen unterworfener wie später in seiner Übernationalität staatliche Hilfen abrufender Machtfaktor. Das oben durch seine globale Flexibilität gekennzeichnete Wirtschafts- und Politikmachtpotential erreicht durch angedrohten Investitionsentzug und Arbeitskräfteentlassung, daß "das Buhlen der Regierungen kapitalistischer Länder zu einer Politik des sozialen und regionalen Dumpings" führte[1]. Eine ähnliche Rolle spielen Steuervergünstigungen und die sogenannte staatliche Einkommenspolitik, die eine Gefährdung gewerkschaftlicher Tarifautonomie heraufbeschwört.[2]

4.3.2.4 Gewerkschaftsspaltende Versuche

Zu der am leichtesten zu handhabenden Taktik gehört die Produktionsverlagerung in Staaten mit schwachen oder unerfahrenen oder staatlich reglementierten oder verbotenen Gewerkschaften. Nicht zufällig gelangen Produktionsverlagerungen also bevorzugt in faschistische oder halbfaschistische Staaten, "in denen eine systematische Zerschlagung der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen stattgefunden hat"[3].

---

[1] ebenda, S. 119.

[2] ebenda, S. 332.

[3] Lison (Hrsg.), Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 135; vgl. Elsner, a.a.O., S. 94; vgl. Levinson, a.a.O., S. 108.

In einigen Ländern geht die Strategie soweit, selbst vorhandene Gewerkschaften zu ignorieren oder Tarifverträge abzulehnen, also "oft in Entwicklungsländern, wo unter den Bedingungen der Arbeitslosigkeit die oft schwach entwickelten Gewerkschaften nicht mehr in der Lage sind, ihr Recht durchzusetzen "[1].

Manchmal werden als Gegengewicht für die nicht anerkannten Gewerkschaften eigene firmenorientierte Gewerkschaften gegründet, um nach außen hin den Schein demokratischer Lohnregulierung aufrechtzuerhalten. Eine Methode, die uns schon mit der Gründung von Arbeitgeberverbänden begegnete als den Gelben Gewerkschaften. Die Konzerne honorieren ein Streikbruch oder das Verhindern von Streiks überhaupt in einigen Fällen mit einer "Anti-Streikprämie, die höher ist als der monatliche Durchschnittslohn"[2].

Hat diese Strategie schon eine den Arbeiter direkt benachteiligende, d. h. seine demokratischen Rechte beschneidende Wirkung, so tritt dies noch offner zutage in Strategien größerem Umfangs, die ganze Länder und Regierungen einbeziehen! "Mit der skrupellosen Drohung, sie könnten Investitionen und Arbeitsplätze anderswohin verlegen, falls man sich nicht ihrem Diktat über Löhne, Arbeitsbedingungen, Vorschriften, Besteuerungen oder Subventionierungen mit öffentlichem Geld füge, wollen sie Arbeiter wie Regierungen

---

[1] Köpke, a.a.O., S. 394; vgl. IMSF, a.a.O., S. 238 f.

[2] IMSF, a.a.O., S. 239; vgl. Levinson, a.a.O., S. 84.

einzuschüchtern."[1]

Angewandt wird auch die strategisch auf Erhöhung des interkollegialen Konkurrenzdrucks abzielende Maßnahme, Arbeiter desselben Konzerns unterschiedlich zu entlohnen oder an der Sozialversicherung anzuschließen.[2]

4.3.3 Neue Aufgaben für die Gewerkschaftsstrategie

4.3.3.1 Veränderte und zusätzliche Zielsetzungen (exemplarisch)

Vorbehaltlich internationaler Regelungen müssen bereits nationale Regeln geschaffen werden, auf welche die Multis sich verpflichten müssen, bevor der Staat die wirtschaftliche Tätigkeit konzessioniert. "Es darf kein Ausbrechen der MNK in ein staatsfreies Niemandsland geben. Überall kommt es darauf an, öffentliche Beobachtung, Kontrollen und Interventionen zu verankern."[3]

Ein internationaler Verhaltenskodex ist für die Multis verbindlich zu machen.[4]

Eine verbindliche und kontrollierbare Supranationalität ist für alle Multis und Nationalstaaten zu institutionalisieren

---

[1] Levinson, a.a.O., S. 108; ähnlich Elsner, a.a.O., S. 81 f.

[2] Piehl, a.a.O., S. 65 f.

[3] ebenda, S. 282.

[4] ebenda, S. 282 ff, 285 f.

in Form von internationalen Gremien, die also auch unabhängig von den nationalen Regierungen sein müssen.[1)]

Die ausländischen Arbeiter sind in die betrieblichen, kulturellen und sozialen Gefüge zu integrieren. Dies betrifft in besonderem Maße die Sozialpolitik, also auch Ansprüche "etwa auf Schul- und Berufsausbildung, Familienzusammenführung, Infrastruktur, Inanspruchnahme der Sozialversicherung"[2)].

Anpassung an die technologischen Veränderungen durch fachliche Weiterbildung, Sozial- und Versicherungsbestimmungen etc.[3)]

Betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung und Parität in den internationalen Gremien, die laut L e v i n s o n eine "universelle Bewegung" in der internationalen Gewerkschaftsbewegung geworden ist.[4)]

Verhinderung der "technologischen Arbeitslosigkeit ... als Folge von Entscheidungen ..., die von ökonomisch und politischen Gruppen eindeutig getroffen werden "[5)].

[1)] Elsner, a.a.O., S. 8, 40 f, 49 ff, 78 f, 84, 87f, 121 f, 125.

[2)] ebenda, S. 135.

[3)] Levinson, a.a.O., S. 90 f.

[4)] Elsner, a.a.O., S. 31 ff, 141 f, 147 ff; Levinson, a.a.O., S. 179.

[5)] Piehl, a.a.O., S. 40; vgl. Elsner 73, 126 f; Levinson, a.a.O., S. 273 ff.

4.3.3.2 Strategische Maßnahmen auf internationaler Ebene

Der Herrschaft der Unternehmer und hier insbesondere dem anonymen multinationalen Konzern "setzen die Gewerkschaften vor allem die Idee und die Praxis der internationalen Solidarität der Arbeitnehmer (entgegen - R.L.), um ihre - errungenen Rechte zu verteidigen und die Vorrechte des Kapitals anzugreifen und abzubauen. Die praktische Solidarität der arbeitenden Menschen gewinnt innerhalb der multinationalen Unternehmen ein besonderes Gewicht und eine neue Bedeutung. Die Tatsache, daß oft Zehn- oder Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten letztlich Arbeitnehmer desselben Unternehmens sind und dem gleichen Arbeitgeber gegenüber stehen, verstärkt das Gefühl der Zusammengehörigkeit über die Grenzen hinweg und unterstützt die Forderung nach gemeinsamen Handeln."[1] Zu dieser Solidarität gehören die Aktivierung finanzieller Mittel, das Verhindern von Verschiebungen oder drohenden Verlagerungen von Produktionsmitteln, wie es der Enka-Glanzstoff-Streik 1972 deutlich gemacht hat. Randaktionen wie die Initiierung von Verbraucherboykotten gegen Preiserhöhungen und -absprachen[2], Aufklärungsarbeit und ihre Systematisierung für weite Kreise der Bevölkerung sowie Sympathiestreiks auch bei nicht direkter Betroffenheit. Die hier bestehenden legalistischen Hindernisse sind in die gewerkschaftliche Veränderungspolitik aufzunehmen.[3]

Die weltumfassende Koordinierung und der wissenschaft-

---

[1] Köpke, a.a.O., S. 395.

[2] Elsner, a.a.O., S. 106 ff.

[3] Piehl, a.a.O., S. 211.

liche Einsatz von Planungs- und Entscheidungstheorien sowie moderner Informatik muß die Gewerkschaftsbewegung ein international abgestimmtes wissenschaftliches Prognose-Programm zur Strategieerkennung entgegensetzen genauso wie eigene ökonomische Untersuchung über die Kapitalkraft und politische Bedeutung der einzelnen Multis. Die Prognose-Funktion für die eigene Strategie wurde von uns schon angesprochen.

Wesentliche Einzelmaßnahmen sind die Installierung von Konzernkomitees[1] und der Kampf um einheitliche Auslauftermeine für Tarife in allen Ländern, um Kampfmaßnahmen koordinieren zu können und Spaltungsversuchen (Streikbrecher, Produktionsverlagerung, Überstunden) verhindern zu können.[2]

Dazu gehören weiterhin Tarifdurchsetzungsmodi, die eine einheitliche Strategie ermöglichen: Schaffung stärkerer Streikfonds und Verhandlungsführungen auf der Ebene des Weltkonzerns, um die Zersplitterung nach Tochtergesellschaften zu verhindern: "intergrierte oder zentral geführte Verhandlungen mit Mutterkonzern samt Tochterfirmen"[3].

---

[1] Köpke, a.a.O., S. 396 f; Elsner, a.a.O., S. 98, 170 f.

[2] Levinson, a.a.O., S. 111; Köpke, a.a.O., S. 395 f; Elsner, a.a.O., S. 99.

[3] Levinson, a.a.O., S. 119.

4.3.3.3 Schritte zur gewerkschaftlichen Einheit

Der letzte Punkt brachte es schon zum Ausdruck:
Der oberste Grundsatz, weil er auf Grund seiner Allgemeinheit die Voraussetzung für konkrete Einzelmaßnahmen ist und weil er innerhalb seines vorgeordneten Bereichs auf Grund dessen gewerkschaftliche Strategie wesentlich im Kern trifft, scheint uns der des vereinheitlichten politischen Auftretens und Handelns der nationalen Gewerkschaften auf internationaler Ebene zu sein. So kommt es vor, "daß Gewerkschaftsvertreter mit den Vertretern der 'eigenen' Regierung und sogar mit den 'Arbeitgebern der gleichen Nation' einiger sind als mit ihren Kollegen anderer Mitgliedsverbände im gleichen 'Europäischen Bund'. Dabei werden offensichtlich 'nationale' Interessen über die Klasseninteressen der abhängig Beschäftigten gestellt..."[1] Hier wird der Widerspruch zwischen dem "seit langem einheitlich geführten multinationalen Kapital und der bisher uneinheitlich handelnden Interessenorganisationen der Arbeiter"[2] offensichtlich.

Die Vereinheitlichung auf dieser Ebene scheint uns außerdem die Voraussetzung für die anzustrebende Koordinierung zwischen ideologisch verschiedenen Gewerkschaften zu sein, deren Anfänge auf organisatorischem Gebiet schon begonnen haben. Wir erinnern kurz an die Kontakte zwischen einigen Berufssekretariaten auf Weltebene, wenn auch, besonders der ICF-Vorsitzende L e v i n s o n , große Teile der westlichen Gewerkschaften noch versteckte oder offene

---

[1] Piehl, a.a.O., S. 220.

[2] ebenda.

Kontaktverbote aussprechen[1].

Inzwischen hat es international auf den unteren Ebenen immer wieder Kontakte zwischen den reformistischen und revolutionären Gewerkschaften gegeben. Kontakte auf nationaler Ebene bestehen seit geraumer Zeit zwischen den französischen und den italienischen Richtungsgewerkschaften CGT und CFDT, die auch an einem Regierungsbündnis zwischen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei beteiligt sind, und den CGIL, CISL und UIL in Italien. Ein weiteres Beispiel bilden auf nationaler Ebene die niederländischen Gewerkschaften.[2] Konsequente Einheitspolitik auf europäischer Ebene ist gerade bezüglich Multis noch nicht institutionalisiert worden."Auch relativ liberale Gewerkschaften müssen einsehen, daß von der Waffengleichheit zwischen Kapital und Arbeit keine Rede sein kann. Während Multis eine relativ in sich geschlossene Zielsetzung haben, nämlich die Profitmaximierung, divergieren Ziel und Strategie nationaler Gewerkschaften erheblich. (...) Ein entscheidendes Hindernis im Kampf gegen die multinationalen Konzerne ist die Spaltung der Gewerkschaften in verschiedene Weltverbände. Es ist selbstverständlich, daß man eine weltweit koordinierte Macht nur schlagen kann, wenn man über eine weltweite Koordinierungsbasis verfügt."[3]

---

[1] Vgl. ebenda, S. 113.

[2] Elsner, a.a.O., S. 167 ff.

[3] Lison (Hrsg.), Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 137, 138.

Dieses Erfordernis stellt sich besonders hier in Westeuropa, wo sich die refomistische wie revolutionäre Gewerkschaft im Interessengegensatz zu den Multis befinden, die ihrerseits in diesem Gebiet einen ihrer Weltschwerpunkte in Absatz- und Ursprungsland hat. Die Vereinheitlichung in der politischen Aktion bei Ignorierung der ideologischen Divergenzen wird angegangen, "wenn es auch nicht schnell genug geht, so daß bei den Bemühungen, Aktionen gegen Multinationale Konzerne zu koordinieren, immer wieder Schwierigkeiten dieser Art auftreten. (...) Die Erfahrungen in Italien, wo drei verschiedene Förderationen sich bei größeren Verhandlungen zusammentun und gemeinsame Stellungnahmen zu politischen Fragen ausarbeiten, sollte hier richtungsweisend sein."[1)]

[1)] M.Warner/L.Turner, Über die Voraussetzungen einer gewerkschaftlichen Strategie, in: K.P.Tudyka, Multinationale Konzerne und Gewerkschaftsstrategie, Hamburg 1974, S. 196.

Literaturverzeichnis

Abendroth, W., Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt 1965.

Auerbach, N., Marx und die Gewerkschaften, Berlin-Leipzig 1922.

Arbeitgeberverbände, ein Überblick über ihre Geschichte, Organisation und Tätigkeit, Mönchengladbach 1908, o.V.

Balser, F., Sozial-Demokratie 1848/49 - 1963 (Die erste deutsche Arbeiterorganisation - "Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung" nach der Revolution), Stuttgart 1966².

Bardey, E., Unternehmer-Organisationen - Wofür sind sie da?, Stuttgart 1959.

Bebel, A., Gewerkschafts-Bewegung und politische Partei, Stuttgart 1900.

Benda, E., Industrielle Herrschaft und sozialer Staat, Göttingen 1966.

Berg, F., in: R.Rodenstock, Der Unternehmer im Spannungsfeld von Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik, Bonn 1950.

Bergmann, J., Jacobi, O., Müller-Jentsch, W., Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Gewerkschaftliche Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen, Frankfurt-Köln 1975.

Bottomore, T.B., Elite und Gesellschaft, München 1966.

Braun, A., Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe. Eine Sammlung von Abhandlungen, Nürnberg 1917.

Bueck, H.A., Der Centralverband deutscher Industrieller 1876 bis 1901, Bd. 3, Berlin 1905.

Burnham, J., Das Regime der Manager, Stuttgart 1948.

Cassau, T.A., Die Gewerkschaftsbewegung, ihre Soziologie und ihr Kampf, Halberstadt 1925.

Conert, H., Die politischen Grundrichtungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, Heft 1: Richtungskämpfe in der SPD, hrsg. vom Sozialistischen Büro, Offenbach 1974.

Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 7. 2. 1891.
4. 4. 1892.
1. 4. 1893.
6. 1. 1902.
3. 9. 1904.
1.10. 1904.

Dahrendorf, R., Gesellschaft und Freiheit, München 1961;
derselbe, Industrie- und Betriebssozilogie, Berlin 1965.

Demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Dokumente zur Gewerkschaftspolitik, Bochum (1964).

Demokratisches Wochenblatt, 14. 11. 1868;
dasselbe, 5. 12. 1868.

Der Spiegel, 11/1973.

Der Volksstaat, 6. 6. 1875.

Der Vorbote, Nr. 2, Februar 1866;
Nr. 6, Juni 1866;
Nr. 6, Juni 1869;

Der Vorbote, Nr. 9, September 1869;

Nr. 3, März 1870;

Nr. 5, 1870;

Nr. 6, Juni 1870.

Deutsche Industrie-Zeitung, 9. 5. 1901;

19. 5. 1901;

26. 5. 1901.

DGB Bundesvorstand (Hrsg.), Protokoll des außerordentlichen Bundeskongresses am 21. und 22. November 1963 in Düsseldorf, Düsseldorf o.J.;

derselbe, Abt. Organisation (Hrsg.), Protokoll des 3. außerordentlichen Bundeskongresses am 14. und 15. Mai 1971 in Düsseldorf, Düsseldorf o.J.

Dialog, 2/73.

Die 1. Internationale in Deutschland (1864 - 1872), hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED/Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Berlin (DDR), 1964.

Die Gelben. Mit besonderer Berücksichtigung der Gelben Frankreichs (Schriften des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands), Köln 1907.

Die Welt, 27. 4. 1971.

Eichhoff, W., Die erste internationale Arbeiterassoziation. Ihre Gründung, Organisation, politisch-soziale Tätigkeit und Ausbreitung, Berlin 1868.

Elsner, W., Die EWG. Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften, Köln 1974.

Engels, F., Fortschritte der Sozialreform auf dem Kontinent, MEW Bd. 1,

derselbe, Die Lage der arbeitenden Klassen in England, MEW Bd 2,

derselbe, Die deutsche Reichsverfassungskampagne, MEW Bd. 7,

derselbe, Revolution und Konterrevolution in Deutschland, MEW Bd. 8,

derselbe, Das Lohnsystem, MEW Bd. 19,

derselbe, Notwendige und überflüssige Gesellschaftsklassen, MEW Bd. 19,

derselbe, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), MEW Bd. 20,

derselbe, Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, MEW Bd. 21.

Erdmann, G., Arbeitgeberverbände und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften, in: Aufgaben und Stellung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland (Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 6), Köln und Opladen 1966.

Frankfurter Rundschau, 9. 10. 1973,

dieselbe, 17. 10. 1973.

dieselbe, 10. 11. 1975.

Friedrich, A., Gehen wir aufeinander zu?, München 1958,

derselbe, Das Leitbild des Unternehmers wandelt sich, Stuttgart-Degerloch 1959.

Fülberth, G., Zur Genese des Revionismus in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914, in: Das Argument 63 (Geschichte und Geschichtsschreibung der deutschen Arbeiterbewegung I), West-Berlin 1971,

derselbe, August Bebels Beitrag zur Durchsetzung zentraler Prinzipien marxistischer Politik in der deutschen Arbeiterbewegung, in: Abendroth, W., Fülberth, G., Hofschen, H.-G., Ott, E., Stuby, G. (Hrsg.), Sozialdemokratie und Sozialismus - August Bebel und die Sozialdemokratie, Köln 1974.

Galbraith, J.K., Wirtschaft für Staat und Gesellschaft, München/Zürich 1974.

"Gedanken zur sozialen Ordnung" - Ein Manifest unternehmerischen Wollens, in: Der Arbeitgeber, 15. 4. 1953.

Gehlen, A., Die gesellschaftliche Situation unserer Zeit, in: Unser Standpunkt - unser Standort (Schriftenreihe der Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände NRW e.V., Heft Nr. 13), Düsseldorf 1960.

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Hrsg.), Die Organisationsfrage, Berlin 1891.

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, hrsg. vom Institut für Marxismus - Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1966.

Grebing, H., Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966.

Grosse, F., Die historische Stunde des Unternehmers, Darmstadt 1954.

Hartmann, H., Der deutsche Unternehmer: Autorität und Organisation, Frankfurt 1968.

Heer, H., Burgfrieden oder Klassenkampf - Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930 bis 1933, Neuwied und Berlin 1971.

Herrmann, U., Die Bedeutung einheitlicher Aktionen des Proletariats für die Durchsetzung marxistischer Prinzipien des gewerkschaftlichen Kampfes der 1. Internationale, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Protokoll der Konferenz zu Anlaß des 100. Jahrestages der Gründung der IAA vom 10./11. 9. 1964, Berlin (DDR) 1964.

Hirsch-Weber, W., Gewerkschaften in der Politik. Von der Massenstreikdebatte zum Kampf um das Mitbestimmungsrecht, Köln/Opladen 1959.

Hofmann, W., Die Ideengeschichte der sozialen Bewegung, Berlin/New York 1974.

Hoffmann, R., Streik als gesellschaftsverändernde Praxis, in: D.Schneider, Zur Theorie und Praxis des Streiks, Frankfurt 1971.

Hondrich, K.O., Die Ideologie von Interessenverbänden. Eine strukturell-funktionale Analyse öffentlicher Äußerungen des Bundesverbandes der deutschen Industrie, der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und des deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1963.

Institut für marxistische Studien und Forschungen (IMSF) (Hrsg.), internationale Konzerne und Arbeiterklasse, Frankfurt 1972.

Jacobi, O., Müller-Jentsch, W., Schmidt, E. (Hrsg.), Gewerkschaften und Klassenkampf. Kritisches Jahrbuch '73, Frankfurt 1973.

Jun, V., Koubek, N., Piehl, E., Scheibe-Lange, E., Aspekte der Gewerkschaftspolitik in Westeuropa. Wirtschaftliche Konzentration und politische Integration als Herausforderung der Gewerkschaften, in: WWI-Mitteilungen, 10/1971.

Kaiser, J., Die Legitimität der Interessenrepräsentation, in: Die Aufgaben der Unternehmer und Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft (aus unserer Arbeit, Schriftenreihe der jungen Unternehmer der ASU, Heft 7), Bad Godesberg 1961.

Kalbitz, R., Die Entwicklung der Streiks und Aussperrungen in der BRD, in: D.Jacobi, W.Müller-Jentsch, E. Schmidt (Hrsg.), Gewerkschaften und Klassenkampf. Kritisches Jahrbuch '73, Frankfurt 1973.

Kamp-Schulte, F., Unternehmens-Führung heute, Analyse und organisatorische Gestaltung des sozialen und wirtschaftlichen Kräftespiels, Heidelberg o.J. (1966).

Klaus, G. und Buhr, M. (Hrsg.), Philosophisches Wörterbuch, 2 Bde., Berlin 1970.

Köhler, C., Unternehmer und Gewerkschaften, in: F.Grosse, Die historische Stunde des Unternehmers, Darmstadt 1954.

König, E., Vom Revionismus zum "Demokratischen Sozialismus", Berlin 1964.

Köpke, G., Multinationale Unternehmen und Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7/1971.

Krysmanski, H.J. und Marwedel, P. (Hrsg.), Die Krise in der Soziologie, Köln 1975.

Kuczynski, J., Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, 38 Bde., Berlin 1961 ff.

Lebius, R., Die Gelbe Arbeiterbewegung, Berlin 1908.

Lehrbuch politischer Ökonomie. Vorsozialistische Produktionsweisen, Frankfurt 1972.

Leminsky, G., Die Programmatik der Gewerkschaften - einführende Überlegungen, in: derselbe und B.Otto (Hrsg.), Politik und Programmatik des deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1974.

derselbe und Otto, B. (Hrsg.), Politik und Programmatik des deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1974.

Levinson, Ch., Gewerkschaften, Monopole, Konzerne. Die internationale Gewerkschaftsbewegung und die multinationalen Konzerne, Köln o.J.

Lison, R., Interessendurchsetzung und Streikformen, unveröff. Diplomarbeit, Münster 1972,

derselbe (Hrsg.), Die "Soziale Frage" - Arbeiterbewegung und Gewerkschaften, hektogr. Seminars-Skript, Duisburg 1974.

Luxemburg, R., Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: dieselbe, Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1972,

dieselbe, Sozialreform oder Revolution, in: dieselbe, Gesammelte Werke Bd. 1/1, Berlin 1974.

Marx, K., Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons "Philosophie des Elends", MEW Bd. 4,

derselbe, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, MEW Bd. 7,

derselbe, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW Bd. 8,

derselbe, Inauguraladresse der internationalen Arbeiter-Assoziation, MEW Bd. 16,

derselbe, Provisorische Statuten der internationalen Arbeiter-Assoziation, MEW Bd. 16,

derselbe, Lohn, Preis und Profit, MEW Bd. 16,

derselbe, Instruktionen für die Deligierten des provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen, MEW Bd. 16,

derselbe, Das Kapital, Bd. 3, MEW Bd. 25,

derselbe und Engels, F., Das Manifest der kommunistischen Partei, MEW Bd. 4,

derselbe und Engels, F., Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom Juni 1850, MEW Bd. 7,

derselbe und Engels, F., Revue, Mai bis Oktober 1850, MEW Bd. 7.

Matthöfer, H., Streiks und streikähnliche Formen der Arbeitnehmer im Kapitalismus, in: D. Schneider (Hrsg.), Zur Theorie und Praxis des Streiks, Frankfurt 1971,

derselbe, Internationale Kapitalkonzentration und Gewerkschaftsbewegung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 8/1971.

Mayer, E., Theorien zum Funktionswandel der Gewerkschaften, Frankfurt 1973.

Mottek, H., Wirtschaftsgeschichte Deutschlands - ein Grundriß, zwei Bde, Berlin 1974,

derselbe, Becker, W., Schröter, A., Wirtschaftsgeschichte Deutschlands - ein Grundriß, Bd. 3, Berlin 1974.

Müller, A., Gewerkschaften und Unternehmerverbände, Magdeburg o.J. (1966).

Müller, H., Die Organisationen der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, Berlin 1917.

Neuer Sozialdemokrat, 6. 6. 1875.

Piehl, E., Multinationale Konzerne und internationale Gewerkschaftsbewegung. Ein Beitrag zur Analyse und zur Strategie der Arbeiterbewegung im international organisierten Kapitalismus insbesondere in Westeuropa, Frankfurt 1974.

Protokolle über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Mannheim vom 23. - 29. September 1906, Berlin 1906.

Protokoll der Verhandlungen des 10. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin o.J. (1919).

Prüssing, J., Die Aufgaben der Unternehmer und der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft, in: Die Aufgaben der Unternehmer und der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft (aus unserer Arbeit, Schriftenreihe der Jungen Unternehmer der ASU, Heft 7), Bad Godesberg 1961.

Raase, W., Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Zeit der revolutionären Nachkriegskrise. Zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1919 - 1923, Berlin o.J.

Rathenau, W., Von kommenden Dingen, Berlin 1917.

Reindl, Dr. J., Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, Koalitionsrecht und Koalitionen der Arbeiter in Deutschland seit der Reichsgewerbeordnung (1869), Altenburg S. - A. 1922.

Rodenstock, R., Der Unternehmer im Spannungsfeld von Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik, Bonn 1970.

Schelsky, H., Industrie- und Betriebssoziologie, in: A.Gehlen und H.Schelsky (Hrsg.), Soziologie, Düsseldorf/Köln 1955.

Schieder, W., Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung (die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution 1830), Stuttgart 1963.

Schmölders, S., Die Unternehmer in Wirtschaft und Gesellschaft - Wandlungen der gesellschaftspolitischen "Hackordnung" in der Bundesrepublik Deutschland, Essen 1973.

Schneider, D. (Hrsg.), Zur Theorie und Praxis des Streiks, Frankfurt 1971.

Schröder, W., Klassenkämpfe und Gewerkschaftseinheit. Die Herausbildung und Konstituierung der gesamtnationalen Gewerkschaftsbewegung und der Generalkommission Deutschlands, Berlin 1965,

derselbe, Marxismus und Opportunismus, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 6, Berlin 1972.

Schuster, D., Die deutsche Gewerkschaftsbewegung DGB, 4. erg. Auflage, Berlin 1973.

Sombart, W., Der kapitalistische Unternehmer, in: Archiv für Sozialwissenschaften und Politik, Bd. 29 (1909),

derselbe, Der moderne Kapitalismus, 4 Bde., München und Leipzig 1924.

Steinhaus, K., Streiks in der Bundesrepublik 1966 - 1974, Frankfurt 1975.

Streisand, J., Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine marxistische Einführung, Köln 1972.

Stresemann, G., Der Zusammenschluß der deutschen Arbeitgeber (Veröffentlichungen des Verbandes sächsischer Industrieller, VII. Heft), Dresden 1904.

Studiengruppe "Unternehmer in der Gesellschaft" - deutsche Sektion der Fondantion Européenne pour l'Economie (F. E. E.), Köln 1971.

Suhr, O., Die Organisation der Unternehmer, Berlin 1924.

Thieringer, R., Das Verhältnis der Gewerkschaften zu Staat und Parteien in der Weimarer Republik - Die ideologischen Verschiedenheiten und taktischen Gemeinsamkeiten der Richtungsgewerkschaften - der Weg zur Einheitsgewerkschaft, Phil.Diss. Tübingen 1954.

Tille, A., Die Arbeitgeberpartei und die politische Vertretung der deutschen Industrie, Saarbrücken 1908.

Todt, E., Die gewerkschaftliche Betätigung in Deutschland von 1850 - 1859, Berlin 1950,

dieselbe und Radandt, H., Zur Frühgeschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1800 - 1849, Berlin 1950.

Tschierschky, S., Die Organisation der industriellen Interessen in Deutschland, Göttingen 1905.

Umbreit, T., 25 Jahre deutsche Gewerkschaftsbewegung 1890 - 1915, Berlin 1915.

Veblen, Th., The Engineers and the Price System, New York 1923.

Veil, K.F., Das Wesen für Unternehmung und Unternehmer, Baden-Baden/Frankfurt 1956.

Vetter, H.O., Rede auf dem 3. außerordentlichen Kongreß zur Gewerkschafts- und Satzungsreform, in: DGB Bundesvorstand, Abtl. Organisation (Hrsg.), Protokoll des 3. außerordentlichen Bundeskongresses am 14. und 15. Mai 1971 in Düsseldorf o.J.,

derselbe, Gewerkschaften im Visier der Reaktion, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/1974.

Wachenheim, H., Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 - 1914, Köln und Opladen 1967.

Warner, M., und Turner, L., Über die Voraussetzungen einer gewerkschaftlichen Strategie, in: K.P. Tudyka, multinationale Konzerne und Gewerkschaftsstrategie, Hamburg 1974.

Weber, A., Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in Deutschland, Tübingen 1954.

Wehler, H.U., Bismarck und der Imperialismus, Köln und Berlin 1969.

Zwing, K., Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften, Jena 1928.

Lebenslauf

Am 21. September wurde ich, Rüdiger Wolf Kurt Lison, als Sohn des Landwirts Hans-Wolfgang Lison und seiner Ehefrau Grete geb. Pfeil-Schneider mit meiner Zwillingsschwester in Schönebeck/Elbe geboren.

Meine jüngere Schwester wurde im April 1946 geboren.

Am 1. September 1951 wurde ich in Halle/Saale in die Diesterweg-Volksschule eingeschult. Im Frühjahr 1954 zogen meine Eltern nach Krefeld. Hier trat ich 1955 in die Sexta des Humanistischen Arndt-Gymnasiums ein und bestand 1964 das Abitur.

Am 2. April 1964 wurde ich für 2 Jahre Soldat bei der Bundeswehr. Ich wurde 1966 als Leutnant entlassen und begann mit dem Soziologie-Studium in Bonn. 1967 wechselte ich an die Universität Münster und schloß hier im September 1972 mit dem Diplom und der Note "Gut" ab.

Vom 1. November 1972 bis 30. April 1973 war ich als Jugendreferent beim Diakonischen Werk beschäftigt. Seit dem 15. September bin ich als Wissenschaftlicher Assistent (m.d.V.b.) an der Gesamthochschule in Duisburg tätig.

Rüdiger Lison